Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Nr. 4 • 1996 54. Jahrgang 40 Schilling

Symposium
60 Jahre Internationale Brigaden

Samstag, 23. November 1996
Wien 21., Galvanigasse 15-17
Beginn: 10.00 Uhr

Veranstalter:
Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der spanischen Republik 1936 – 1939
und der Freunde des demokratischen Spanien
Alfred Klahr Gesellschaft
Kommunistische Partei Österreichs

60 Jahre spanischer Bürgerkrieg – Internationalismus und Antifaschismus der Tat
Referent: Hans Landauer (Vereinigung österr. Freiwilliger)

Der spanische Bürgerkrieg in den Medien zum 60. Jahrestag
Referent: Manfred Mugrauer (Student der Politikwissenschaft und Geschichte, KSV)

Aktualität und Bedeutung im heutigen Spanien
Referentin: Dr. Ana Perez (Vereinigung der Freunde der Internationalen Brigaden, Spanien)

Volksfrontorientierung und antifaschistische Bündnisanforderungen heute
Referent: Mag. Walter Baier (Vorsitzender der KPÖ)

Anmeldung und genauere Information: Irene Filip, per Adresse: Bundesvorstand der KPÖ, 1020 Wien, Schönngasse 15-17, Tel. 0222/217 42 u. Fax 0222/217 42/499.

»Weg und Ziel«-LeserInnen-Forum

Präsentation der Nummer 4/1996

„Oh, du teure Bildung!"

Podiumsdiskussion
mit AutorInnen dieses Heftes

Freitag, 8. November 1996,
20 Uhr
Uni Wien, Hauptgebäude,
Dr.-Karl-Lueger-Ring,
Hörsaal 33

Eine gemeinsame Veranstaltung mit dem KSV.

ÖkoLinX 23

5 Jahre ÖkoLinX, 5 Jahre Ökologische Linke

★ *Murray Bookchin:* **Anarchismus, Kommunismus & Biozentrismus** ★ *Rainer Trampert:* **PDS** ★ *Peter Bierl:* **Veganismus & Bioregionalismus** ★ *Dieter Asselhoven/Jolanta Dawidziuk:* **Singer in Bonn** ★ **Anti-AKW-Aktionen:** *überall* ★ *Tamara Schaaf/Matthias Schäfer/Marc Neumann*: **Bei M. O. Bruker in Siegen, Lahnstein und Neustadt** ★ *Gerd Fittkau*: **Revolutionäre 1. Mai-Demo Berlin** ★ **Ökologische Linke in Aktion:** München, Berlin, Berlin usw. und: ★ **Sozialrecht & Behinderte** ★ **Bündnis f. Arbeit** ★ **Brunner beerbt Schönhuber** ★ **Rückblick 8. Mai** ★ **Automobilisierung** ★ **usw.**

Ich bestelle: ❑ Probeheft 8 DM *(6 DM + 2 DM Porto/Vers.)* ❑ Abo 36 DM (6 Ausg./Abojahr)
Außerdem: ❑ Infos über **Ökologische Linke** bundesweit (7 DM)
Kontakt: Ökologische Linke, c/o Manfred Zieran, Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt/Main

!! Lieferung nur gegen Vorkasse!!

Achtung!!!

Die im letzten Heft
für **20. November** 1996 im WUK
angekündigte Veranstaltung zum
Schwerpunkt **„Liebe, Sex & Sinnlichkeit"**
mußte leider **auf unbestimmte Zeit verschoben** werden.

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Herausgeber:
Kommunistische Partei Österreichs

Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Lutz Holzinger
Dr. Günter Klodner
Mag. Julius Mende
Dr. Martin Potschka
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. Maria Wölflingseder

Wenn nicht anders angegeben, leben und arbeiten die Autorinnen und Autoren in Wien.

Abonnement, Vertrieb und Redaktionsadresse:
Karin Springer, KPÖ,
Trattnerhof 2/14, 1010 Wien,
Tel.: 0222/533 60 23

Erscheinungsweise:
fünfmal jährlich

Abonnement-Preise:
5 Hefte 200,– S; 35,– DEM

Layout:
Matthäus Zinner

Druck:
Resch und Vana
Lichtg. 10, 1150 Wien.

Die nächste Nummer

erscheint im

Dezember 1996

Themenschwerpunkt:

Religionen

Inhalt

Nr. 4, Oktober 1996, 54. Jahrgang

Marxismus in Diskussion

Boris LECHTHALER: Das Subjekt politischen Eingriffs – Ethik und Engagement 2
Friedhelm KRÖLL / Monika WAMMERL: Ansatzpunkte für eine zeitnahe Reformulierung der historisch-materialistischen Klassenkonzeption – 14 Thesen 7
Franz SCHANDL: Geschichte als Fortschritt 9

Thema: Oh, du teure Bildung!

Einleitung: Julius MENDE 18
Rudi SCHMIEDE: Die Informatisierung der gesellschaftlichen Arbeit 19
Nikolaus KIRSTEIN: Bildung und Wissen werden auf den Informationsmarkt geschmissen – Thesen über die ökonomischen Rahmenbedingungen für Bildungspolitik . . . 26
Erich RIBOLITS: Kann Bildung leisten was Politik versagt? Von der „Illusion der Chancengleichheit durch Bildung“ zum „Mythos, durch Qualifizierungsmaßnahmen Arbeitslosigkeit verringern zu können“ 32
Franz KAINZ: Bildungs- und Ausbildungsstand in Österreich im internationalen Vergleich 38
Wolfgang SCHMID: Bildungsökomonie – Ausweitung des kapitalistischen Denkens 42
Erna APPELT: Späte Entzauberung? Frauenförderung an den österreichischen Hochschulen 45
Karin SCHNEIDER: Die Macht des Faktischen – Ein Kommentar zur hochschulpolitischen Debatte rund um die universitäre Streikbewegung 47

Israel/Palästina

Helmut RIZY: Sich in Haifa nach Haifa sehnen... – Zum Tod des palästinensischen Schriftstellers Emil Habibi 52

Spanischer Bürgerkrieg

Anni DONNINGER: Spaniens Himmel – Der Bürgerkrieg als Kampfprobe 56
Hans LANDAUER: Die österreichischen Spanienkämpfer – Eine Bilanz 58

LeserInnenbriefe 61
Nachrufe 64

Titelbild: Erró: Vienne, 1979 (Ausschnitt)

Das Subjekt politischen Eingriffs

Ethik und Engagement

Boris LECHTHALER

Wer über die laufenden gesellschaftlichen Prozesse nachdenkt, kommt nicht umhin, festzustellen, daß diese von einer Vielzahl partikulärer Opposition gegen Marktunterwerfung und Machtunterwerfung begleitet sind. Greenpeace-Aktionen gegen den profitorientierten Raubbau an den Meeren oder Lichterketten für die rechtliche Gleichstellung von AusländerInnen seien als Beispiele genannt.

Viele Menschen scheinen sich der Notwendigkeit gezielten politischen Eingriffs bewußt zu sein. Ihr Engagement empfinden sie jedoch nicht als Notwendigkeit, sondern als moralische Berufung. Im Gespräch mit diesen engagierten Menschen stellt sich heraus, daß kaum jemand an die letztliche Durchsetzung seiner Wertmaßstäbe in der wirklichen Welt glaubt. Jörg Haider und der Weltmarkt werden zur unüberwindlichen Hürde und Daseinsbedrohung.

Gemeinhin werden diese Wertmaßstäbe als rein individuelle Entäußerung gefaßt, deren Quellen letztlich metaphysisch bleiben. Daß individuelle Ethik selbst mögliches Ergebnis individueller Bewältigung gesellschaftlicher Prozesse ist, gehört nicht zum weltanschaulichen Standard. Sie wird vielmehr diesen Prozessen, dem Konkreten, als Abstraktum gegenübergestellt.[1]

1. These

Möglicherweise kommen wir zu einem interessanten Ergebnis, wenn wir davon ausgehen, daß die Entwicklung solch individueller Ethik, die oftmals die Triebfeder für das politische Engagement vieler Menschen bildet, nicht beliebig ist, sondern *mögliches* und *notwendiges* Resultat gesellschaftlicher Prozesse.

Dabei möchte ich vorweg klarstellen, daß hier nicht eine banale Basis-Überbau-Hierarchie wiedererrichtet werden soll.

Das als These in den Raum zu stellen ist historisch auch nicht neu. Eigentlich bildet sie eine banale Wiederanknüpfung an den Versuch, verbindliche Aussagen über die Welt und die Entwicklung der Gesellschaft zu machen, nachdem eine Welle postmoderner Beliebigkeit über uns hinwegschwappte. Jede Phase gesellschaftlicher Entwicklung entwirft und unterwirft ihr individuelles Selbstverständnis des Allgemein-Menschlichen. In seiner umfassenden historischen, aber auch naturhistorischen Bedingtheit erscheint es der Phase äußerlich. Zudem ist es nie homogen. In seiner Widersprüchlichkeit zu tatsächlichen Lebensverhältnissen besitzt es transformatorisches Potential.

Zwei Fragen

Zwei Fragen stellen sich im Hinblick auf aktuelles politisches Engagement:

1. Existiert individuelle Ethik, die transformatorisches Potential besitzt?
2. Gibt es eine schichtenspezifische Ausformung von Ethik?

Postmoderne Theorie erklärte die Ethik zum individuellen Verbrauch, zum zur Verfügung stehenden Sortiment an Lebensbewältigungsmustern. Kritische Theorie behauptet, daß das Verständnis des Allgemein-Menschlichen und seiner Bedrohung durch ökologische und soziale Risiken Wesenszug des Allgemeinen Menschen der Moderne ist. „Wir sind jedoch die erste Generation auf dieser Erde, für die ethische Universalien auch mit empirischen Universalien konvergieren."[2] (Anthony Giddens) Vergleiche dazu auch den Beitrag von Franz Schandl im letzten »Weg und Ziel«.[3] Meines Erachtens ist diese Schlußfolgerung vorschnell.

Ethik und Transformation

Die erste Frage soll an dieser Stelle sehr salopp beantwortet werden. Die marktförmige Durchdringung jedes Winkels der Erde und jedes Winkels individueller Lebensführung produziert nicht nur einheitliche Auffassungen über Menschenrechte, Gerechtigkeit, Freizügigkeit etc., sondern auch deren immanente Frustration. Ausdruck dessen ist nicht nur emotionale Befindlichkeit, sondern das hochkomplexe Regelwerk, das ungeachtet stattgefundener und stattfindender neoliberaler Konterrevolution mit den Marktkräften entwickelt wird. Dieses Regelwerk kann nur erdacht und durchgesetzt werden, wenn über den Markt hinausgedacht und gehandelt wird. Eben weil die Ergebnisse der Marktprozesse nicht mit individuellen Wertvorstellungen kongruieren.

Ethik und Klasse

Die vorschnelle Fassung der Menschheit, oder der „ersten Generation"[4] als Subjekt bewußten politischen Eingriffs ist unter anderem durch die Erfahrung mit der Arbeiterklasse als postulierte Vollstreckerin der Geschichte begründet. Doch bereits bei Untersuchung des historischen Scheiterns dieser Konzeption ergibt sich eine folgenschwere Weichenstellung. Eine Erklärung geht von nichts geringerem als dem empirischen Verschwinden der Arbeiterklasse aus. Da scheint es mir, wird Erkenntnis auf den Kopf gestellt, in Form eines logischen Kurzschlusses: Die Arbeiterklasse ist revolutionäres Subjekt der Geschichte – Die Revolution findet nicht statt, ergo: Die Arbeiterklasse gibt es nicht.

Zentraler Begründungsansatz für die Auffassung der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt war die Annahme, daß ihre klassenspezifischen Interessen mit den allgemein-menschlichen Interessen konvergieren. Das Scheitern dieser Theorie in der gesellschaftlichen Praxis bedeutet von vornherein weder, daß Transformation unmöglich ist, noch, daß Konvergenz von individuellen oder klassenspezifischen Interessen mit allgemein-menschlichen Interessen undenkbar ist. Was wir vielmehr brauchen ist eine Theorie, die differenziert oder disaggregiert. Offensichtlich läßt die empirische Evidenz

der Angleichung von Lebensverhältnissen nicht automatisch Schlußfolgerungen auf politische Konstitution zu. Der fortschreitende Prozeß der Proletarisierung – im Sinne der Unterwerfung unter Lohnarbeit – von immer mehr Menschen wird begleitet von Differenzierungen innerhalb derer, die diese Lohnarbeit verrichten. Ich habe hier weder die Möglichkeit noch die Absicht, eine detaillierte Beschreibung dieser Differenzierung vorzunehmen. Als ein Moment seien die unterschiedlichen Niveaus der Substituierbarkeit konkreter Arbeit angeführt. Ein anderes ist, daß doch mit wachsendem gesellschaftlichen Reichtum auch eine „Mittelschicht" entstanden ist, die über vielfältige Eigentumstitel verfügt (Beispiel: Wohnungseigentum). Betonen möchte ich jedoch die Überzeugung, daß Theorie, die solche Differenzierung berücksichtigt, großes Erklärungspotential für aktuelle politische Entwicklungen besitzt. Nicht zuletzt für die Hegemoniefähigkeit neoliberaler Ideologie.

Im Ergebnis jedenfalls scheint sich zu bestätigen, daß die spontanen Interessen der Industriearbeiter, nicht mit Menschheitsinteressen konvergieren. Dazu bedarf es nicht der zweifelhaften Annahme des „global village" mit globaler Standortkonkurrenz. Die Planung und Durchsetzung zweier Weltkriege in diesem Jahrhundert ungeachtet einer organisierten Arbeiterschaft hätte schon Anlaß gegeben, darüber nachzudenken. Doch auch in kleineren geografischen Räumen war und ist Solidarität meist nur politisch vermittelbar, was meint, sie bedarf der Organisation und der OrganisationsarbeiterInnen. Dies bedeutet nicht, daß Menschen aus der Industriearbeiterschaft keine „ethischen Universalien" entwickeln können. Sehr wohl aber, daß diese mit deren spontanen Interessen in Widerspruch geraten können. Wenn wir zu unserer zweiten Frage zurückkehren, ergibt sich nunmehr eine Spezifikation: Wenn für die Industriearbeiterschaft spontan „ethische Universalien" wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit nicht „mit empirischen Universalien" konvergieren, wer ist dann diese „unsere Generation", für die dies zutrifft? Die Behauptung, die Industriearbeiterschaft habe aufgehört zu existieren, halte ich jedenfalls für empirisch nicht haltbar. Zu fragen gilt es vielmehr, ob

1. spontane Konvergenz von unmittelbaren Interessen mit allgemeinen Menschheitsinteressen denkbar ist, und

2. wer, wenn Konvergenz nicht spontan stattfindet, diese organisieren kann?

Kriterien der Differenzierung

Zur Begrifflichkeit: Unter Rechts werden im weiteren immer Strömungen subsumiert, die davon ausgehen, daß Unterschiede in der Existenzberechtigung und in der Teilhabeberechtigung von Menschen hinzunehmen sind. Als Links jene Strömungen, die von der Möglichkeit zur Emanzipation ausgehen und sie als Ziel postulieren.

Ein Punkt der Kritik am derzeitigen linken politischen Engagement ist, daß es willkürlich ist, ohne Berücksichtigung der Kräfteverhältnisse. Man spricht von der „Opposition der guten Absichten", von den „Gutmenschen", die glauben, das bessere Argument könne die Welt verändern.5

Sollte die Kritik legitim sein, so muß von unterschiedlichen Kräften in der Gesellschaft ausgegangen werden. Kräften, die spezifische Interessenslagen besitzen und sich längerfristig entlang dieser Interessen entwickeln.

2. These

Ein wesentliches Kriterium für die Bestimmung gesellschaftlicher Kräfte ist nach wie vor die Verfügung über Eigentum an Produktionsmitteln (Kapital). Wesentlich neu und neu zu diskutieren ist der Staat, sein Verhältnis zum Eigentum und den marktoppositionellen Kräften.

Faktum ist die enorme Ausweitung direkter und indirekter staatlicher Aktivität in der modernen Gesellschaft (zwischen 30 Prozent und 50 Prozent des BIP).[6] Über die ökonomische Begründung dieser Ergebnisse gibt es eine umfassende Literatur, sie soll und kann hier nicht wiedergegeben werden. Zwei Momente sind jedoch erwähnenswert.[7]

1. Der Siegeszug der neoliberalen Ideologie hat einfach auch dazu beigetragen, diesen Teil gesellschaftlicher Wirklichkeit auszublenden. In Wahrheit gelingt es diesen Kräften aber nicht einmal in ihrem Siegeszug, die Bedeutung staatlicher Aktivität wesentlich zurückzudrängen.[8] Es sei denn, sie riskieren das Auseinanderbrechen der Gesellschaft. Selbst dort, wo versucht wird einzelne Bereiche wieder marktförmig zu organisieren, gelingt dies nur mittels komplexem staatlichem Regelwerk. Ein Beispiel: Im Bereich von technischem Fortschritt und Entwicklung muß der Staat als Nachfrager auftreten, wenn er sich als Anbieter zurückzieht. Der Nationalstaat ist tatsächlich durch die internationalen Aktivitäten des Kapitals in Bedrängnis gekommen, hat aber in keiner Weise zu existieren aufgehört oder an Bedeutung grundsätzlich eingebüßt.[9] Supranationale Organisationen entwickeln sich nur insoweit, als sie nationalstaatliche Kompetenzen an sich ziehen können.

2. Die Linke hat diese staatliche Aktivität nur unter ihrem reformerischen, systemstabilisierenden Aspekt betrachtet. Was ist, wenn wir annehmen, daß ein Grund für die neoliberale Konterrevolution gerade das erreichte Niveau staatlicher Aktivität ist. Ein Niveau, das das Kräfteverhältnis nachhaltig zuungunsten des Kapitals verändert hat oder verändern würde?

Das Niveau staatlicher Aktivität läßt sich jedoch nicht nur ökonomisch begründen, sondern auch politisch. Exakter müßte formuliert werden, es widerspiegelt die fortschreitende Aufhebung der Dichotomie (Zweiteilung) von Ökonomie und Politik, wie sie der Markt erfordert. Soweit der Markt nicht in der Lage ist, den gesellschaftlichen Zusammenhalt bei sich vertiefender Arbeitsteilung unter Aufrechterhaltung individueller Eigentumsrechte an Produktionsmitteln zu sichern, gewinnen nichtmarktförmige Beziehungen an Bedeutung. Doch nur der Staat verfügt über die Machtmittel, den Markt zu disziplinieren. Dabei soll keineswegs das Postulat eines neutralen Staates, der gewissermaßen die gesellschaftlichen Kräfte in ihrer Auseinandersetzung moderiert, verteidigt werden. Gebrochen werden muß aber mit der vereinfachten Auffassung vom Primat der Ökonomie.[10]

Staatliche Aktivität und neue Schicht

Das erreichte Niveau staatlicher Aktivität geht einher mit einer weitreichenden Veränderung im Sozialgefüge. Der klassische Begriff der Intelligenz als sozialer Schicht genoß von jeher besondere Bedeutung in der Debatte um die Formierung des transformierenden Subjekts. Marksteine dieser Debatte sind der individuelle Klassenverrat, den revolutionäre Intellektuelle an der Bourgeoisie begehen, – die Intelligenz als Zwischenschicht, die je nach dem gegebenen Kräfteverhältnis auf die eine oder andere Seite gezogen wird. Mit und nach 1968 wurde postuliert,

daß die spezifischen Eigeninteressen der Studierenden und der Intelligenz sie zum natürlichen Verbündeten der Arbeiterklasse machen. Eine entsprechende politische Konzeption – die gewerkschaftliche Orientierung – wurde entwickelt und an den Hochschulen auch erfolgreich praktiziert. Als eigenständiger und mitunter entscheidender Träger von Veränderung wurde die Intelligenz jedoch nicht verstanden. Doch so wichtig die Auffassung von Intelligenz als Schicht der geistig Arbeitenden auch in der bisherigen Auseinandersetzung war, der Begriff wird für die weitere theoretische Entwicklung zu kurz greifen.

Da ich selbst nicht in der Lage bin, eine neue Begrifflichkeit zu schöpfen, versuche ich die Annäherung über eine unsystematische Auflistung beobachtbarer Prozesse und Ergebnisse:

■ Die Bedeutung staatlicher Aktivität für das Alltagsleben der Menschen ist in den letzten Jahrzehnten umfassend geworden. Die nunmehr beabsichtigte Erfassung aller Arten von Erwerbseinkommen durch die Sozialversicherung wirft ein Schlaglicht darauf.

■ „Geistig Arbeitende" sind keine marginale Schicht mehr, sondern bilden eine eigenständige Quantität.

■ Gerade diese „Geistig Arbeitenden" sind über lange Ausbildungszeiten – nicht nur als Jugendliche – eng mit staatlicher Aktivität in ihrer Lebensplanung verbunden.

■ Fortschreitende Arbeitsteilung erfordert nicht nur berufliche Spezialisierung, sondern die Fähigkeit, die Welt ständig neu „zusammenzudenken", die Fähigkeit, die Wirkungen des eigenen Handelns ständig neu zu überdenken.

■ Fortschreitende Arbeitsteilung findet nicht in einer sonst statischen Welt statt, was heißen soll, es wird nicht einfach die Reproduktion einer gegebenen Welt arbeitsgeteilt. Modelle einer veränderten Welt werden unmittelbar, sprich sinnlich zur Handlungsanleitung.

■ Zur Schaffung dieser Funktionen existieren vielfältige Institutionen. Dazu einige Beispiele:

Marketingabteilungen sollen die permanente Reflexion des Gesamtunternehmens bezüglich der Gesellschaft sichern. Das Controlling als moderne Buchhaltung soll nicht nur Zahlen korrekt wiedergeben, sondern Aufschluß über die Umsetzung der gesamten Unternehmenspolitik. Wissenschaftliche Stäbe, begleitende Evaluierung finden sich heute auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung.

■ Symposien, Kongresse, Konferenzen sind zur Dauereinrichtung auf allen Ebenen der Gesellschaft geworden.

■ Nachdenkpausen, wie nach Hainburg verordnet, werden durch Kommissionen, laufende Verfertigung von Studien etc. institutionell betrieben.

■ Der Anteil der im öffentlichen Sektor Beschäftigten ist in der Bundesrepublik zwischen 1960 und 1978 von 8 Prozent auf 14,5 Prozent gestiegen, in Österreich von 10,8 Prozent auf 18,3 Prozent. Dies hat nicht nur, wie leichtfertig oft behauptet, konjunkturelle Gründe.

■ Der sogenannte tertiäre oder Dienstleistungssektor wurde zum großen Beschäftiger in den letzten Jahrzehnten.

■ Die Anzahl der Menschen, die in Sozial- und Gesundheitsdiensten beschäftigt sind, ist weit überdurchschnittlich gewachsen.

■ Kulturarbeit wird bewußt oder unbewußt als Ort institutioneller Reflexion der Gesellschaft anerkannt.

■ Viele dieser Tätigkeiten werden nicht im privatwirtschaftlichen oder öffentlichen Sektor ausgeführt. Es hat sich ein eigener Sektor von „non-profit-Organisationen" herausgebildet. („Freie Szene", Franz Primetzhofer)

■ Es kann angenommen werden, daß die Zahl der Menschen in diesen Lebensverhältnissen weiter wachsen wird.

Eine Schwierigkeit bei der Analyse dieser Sozialstruktur rührt aus der Inhomogenität der sozialen Stellung. Die Bandbreite reicht von Mitgliedern der Management-Ebene von Unternehmen bis zu Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen. Vor allem aber gibt es keine stabile statische Differenzierung, sowohl was die soziale Herkunft anbelangt als auch die biografische Bestimmtheit. Pragmatisierte Beamte treffen sich bei Konferenzen mit freischaffenden Lebenskünstlern, und was das Besondere ist, sie können sich verständigen. Als Beispiel diene hier unser Innenminister. Oberflächlich betrachtet befinden wir uns hier in einer analytischen Sackgasse. Entweder ist es unmöglich, die beschriebenen Menschen als soziale Schicht zu fassen, oder soziale Schichten sind allesamt postmodern verdampft.

Die dritte Möglichkeit wäre, daß das gegebene Instrumentarium zur Fassung sozialer Schichten zu kurz greift. Dieses stellt hauptsächlich auf den Widerspruch von Kapital und Arbeit ab. Oder anders gesagt, bedient sich fast paralleler Begriffe, wie wir sie im Einkommenssteuerrecht mit seinen sieben Einkunftsarten finden. Es geht nicht darum, diese für obsolet zu erklären. Wir haben sie seit über 100 Jahren und es ist durchaus denkbar, daß uns diese Begrifflichkeit erhalten bleibt. Für unsere Zwecke muß aber vielleicht darüber hinausgegangen werden.

Als mögliche Instrumente zur Abgrenzung dieser sozialen Schicht wären:

■ das Ausbildungsniveau

■ der Inhalt der konkreten Arbeit

■ gerade die Durchlässigkeit in der sozialen Stellung

■ die direkte und indirekte Betroffenheit von staatlicher Aktivität

■ ein gemeinsamer kultureller Hintergrund

denkbar.

Erró: Facescape, 1992 (Ausschnitt)

3. These

Es ist möglich, all jene Menschen, die ich hier mit „Geistig Arbeitende" oder „Gesellschaftliche OrganisationsarbeiterInnen" bezeichne, als soziale Schicht zu fassen. Jene Schicht, deren empirisch feststellbare Interessen potentiell mit „ethischen Universalien" konvergieren.

Trotz aller notwendigen Differenzierung muß festgehalten werden, daß sich innerhalb keine Antagonismen auftun. Der Antagonismus besteht nach wie vor zu an kurzfristiger Verwertung orientiertem Kapital.

Die Folgen einer solchen Behauptung sind alles andere als simplifizierend. Vereinfachend war auch nicht das Anliegen. Auch wenn eine solche Behauptung mehr Schwierigkeiten aufgibt, als sie löst, um eine Differenzierung zwischen den Polen:

■ die Unterdrückten werden ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen und

■ das Subjekt der Veränderung ist der allgemeine Mensch der Spätmoderne,

werden wir nicht umhin kommen. Es sei denn, wir konzedieren die postmoderne Behauptung von der Unmöglichkeit kontextübergreifenden politischen Eingriffs, für die es jedoch empirisch wenig Anhaltspunkte gibt.

Neue Schicht und politische Formierung

Nunmehr stellt sich natürlich die Frage, ob, selbst wenn wir die Existenz einer solchen sozialen Schicht einräumen, diese die Fähigkeit zur Formierung zu einem selbständigen politischen Subjekt besitzt.

Vorherrschende Betrachtungen stellen das rundweg in Abrede. PolitologInnen werden nicht müde, das Verschwinden jeglicher Parteibindungen zu analysieren. Parteimitgliedschaft ist aus der Mode gekommen und gewählt wird nach jeweiliger individueller Befindlichkeit. So sehr dies auch tatsächliche tiefgreifende Umbrüche in der Parteienlandschaft wiedergibt, so wenig sagt dies über beobachtbare Polarisierungen aus. Haider und der bessere Anti-Haider als politische Identifikationsmuster werden damit nicht erklärbar. Dies ist nur ein beobachtbarer Prozeß. Ein anderes Moment bildet zum Beispiel eine relativ stabile Grünwählerschaft in Ballungszentren, deren auffallendste Merkmale ein gemeinsamer kultureller Hintergrund und ähnliche berufliche Tätigkeitsfelder sind. Und dies unabhängig von konkreten Wahlkämpfen. Ein weiteres Moment ist, daß sich auch das Rekrutierungsfeld für etablierte Parteien spürbar verändert hat. Die Diskussion um Quereinsteiger in der Politik ist nur ein Aspekt davon.

Die Schwierigkeit, hier ein politisches Subjekt zu bestimmen, rührt letztendlich daher, daß zwei Kriterien, die dafür sprechen, ebenso gegenteilig interpretiert werden können – die Inhomogenität der materiellen Lebensabsicherung und das Fehlen eines Bewußtseins über die eigene Zugehörigkeit zu einer Schicht. So abstrus es scheinen mag, aber materielle Inhomogenität als Bestimmungsgrund zu wählen, macht deshalb Sinn, weil offensichtlich trotz dieser Inhomogenität über andere – oben angeführte Kriterien – institutionalisierte Kommunikation stattfindet. Diese funktioniert mitunter quer zur sozialen Lage besser als innerhalb einer „Einkommensgruppe". Wie oben schon festgestellt wurde, erzwingt Inhomogenität auch keinen inneren Antagonismus.

Frappierend ist wahrlich die geringe Reflexion über sich selbst. Mit etwas Übertreibung könnte man behaupten, die Individuen betrachten sich als der Gesellschaft äußerlich. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang zum Beispiel die Basisdiskussion, bei der häufig über sich selbst nicht debattiert wird. Damit einher geht eine weitgehende Unfähigkeit, Eigeninteressen zu definieren.

Doch versuchen wir uns der Frage der Formierung dieser Schicht zum politischen Subjekt anhand der klassischen Formen von Organisierung anzunähern:

1.) Der gewerkschaftlichen Organisation

2.) der parteiförmigen Organisierung

Gewerkschaftliche Organisierung

Beim Versuch, Eigeninteressen zu formulieren, wird sichtbar, daß sich diese spontan nicht einfach im Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit auflösen lassen. Ebenso wird die pekuniäre Beteiligung an der Wertschöpfung nicht unbedingt zum Kristallisationspunkt von Interessensdurchsetzung. Fragen der Freizügigkeit, der Zeitsouveränität, der individuellen Gestaltbarkeit von Arbeitsfeldern, der Hierarchiefreiheit aber auch Sicherheit und gesellschaftlichen Anerkennung werden nicht nur als ornamentales Beiwerk empfunden, sondern sind existentiell bedeutend. Gegner, vielleicht oft milder ausgedrückt, Ansprechpartner bei dieser Interessensdurchsetzung ist seltener ein Patron, häufiger eine Struktur, staatlich oder parastaatlich, in gemeinnützigen Vereinen, letztlich aber auch in Unternehmen. Formen der kollektiven Durchsetzung individueller Interessen verlieren dabei an Bedeutung.

Dies hilft auch die Attraktivität (neo-)liberalen Gedankenguts in dieser Schicht zu erklären. Diese ist mehr als ein zufälliger politischer Un(m)fall. Die Durchsetzung von Eigeninteressen wird mitunter sogar als verwerflich im Hinblick auf den eigenen ethischen Kodex betrachtet. Verpflichtet durch Amtseid und Gemeinnützigkeitsideal wird die Durchsetzung von Eigeninteressen auf den freien Markt verwiesen. Dort ist ihre rücksichtslose Durchsetzung gesellschaftlich sanktioniert. Dies bildet aber nichts weniger als den Kern liberaler Ideologie.

Im Ergebnis zeigt sich, daß Durchsetzung von Eigeninteressen hier spontan nicht in Organisierung mündet. Trotzdem kann der Umstand, daß die konkreten Lebenszusammenhänge des Großteils der Menschen aus dieser Schicht von konkreten staatlichen Aktivitäten bzw. deren Steuerung durch gesellschaftliche Entwicklungen abhängen, nicht ohne Auswirkung bleiben.

4. These

Quasigewerkschaftliche Organisierung ist möglich, vermittelt sich jedoch nich spontan, sondern erfordert bewußtes Selbstverständnis über Funktion und Bedeutung in der Gesellschaft.

Das Adjektiv quasigewerkschaftlich soll zum Ausdruck bringen, daß, obwohl diese Formierung gewerkschaftlich im Sinne von Interessensdurchsetzung ist, sie deshalb nicht in der Form von Gewerkschaften auftreten muß. Ebenso kann per se keine Aussage über die Mittel in der Auseinandersetzung gemacht werden. Empfehlungen dazu waren auch historisch noch nie sehr hilfreich. So gibt es neben den starken gewerkschaftlichen Aktionen des öffentlichen Dienstes auch Versuche zur Formierung der „Freien Szene" zum politischen Subjekt.

Parteiorganisation

Im Zusammenhang mit parteiförmiger Organisierung stellen sich die Fragen ähnlich. Programmatische Verbindlichkeit und organisierte Disziplin stehen im Widerspruch zum eigenen individuellen Lebensentwurf. Der zeitgeistige üble Leumund, der den Funktionär begleitet, und die Wertschätzung, die dem nur seinem Gewissen verpflichteten Mandatar entgegenschlägt, legen darüber Zeugnis ab. In Wahrheit stellt sich die Frage, ob parteiförmige Organisierung möglich ist, in dieser Form nicht. Weil Parteien, die sich aus diesen Schichten rekrutieren, in der Praxis existieren: als Grünparteien, aber auch als andere Parteien, insbesondere der radikalen Linken, differieren sie nicht grundsätzlich wesentlich, was die soziale Basis anbelangt. Auch die Frage, ob sie für die gesellschaftliche Entwicklung von zentraler Bedeutung sind, muß bejaht werden, wenn wie oben entwickelt der Staat als wesentliches Feld dieser Auseinandersetzung anerkannt wird. Die eigentliche Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist die Frage der Form der Partei:

Wählerpartei oder Mitgliederpartei! Dabei gibt der Begriff der Wählerpartei die Gegebenheiten nur unzulänglich wieder. In Wahrheit findet die Interaktion zwischen WählerIn und MandatarIn nicht nur vor Wahlen statt, wie in schlagworthafter Kritik an bürgerlich-parlamentarischer Demokratie behauptet wird. Im Kern geht es darum, wer über die Instrumente der Interaktion verfügt. Wenn Kräfteverhältnisse für die weitere gesellschaftliche Entwicklungsrichtung von Bedeutung sind, ist auch von Bedeutung, welche Kräfte über diese Instrumente der Interaktion Einfluß besitzen.

5. These

Über bewußt einsetzbare Macht entlang verbindlicher ethischer Maßstäbe kann deshalb letztlich nur eine Mitgliederpartei verfügen. Bezugnahme auf marktförmig vermittelte Einflußnahme verunmöglicht bewußte Transformation.

Daß die Formierung einer solchen Mitgliederpartei aus der Schicht der „geistig Arbeitenden" oder „gesellschaftlichen OrganisationsarbeiterInnen" möglich ist, habe ich versucht zu begründen. Inwieweit sie sich tatsächlich entwickeln wird, kann nur von Propheten beantwortet werden. Dies wird von den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen abhängen und davon, ob sinnlich erfahrbare Partizipation dabei eine Rolle spielt. Ebenso vermessen wäre es, verbindliche Muster für die konkrete Organisierung vorzugeben. Es kommt nicht darauf an, eine Organisaiton zu erfinden, sondern ausgehend vom breiten Spektrum bestehender Organisationen mit programmatischer und organisatorischer Vernetzung zu beginnen. Es gibt sehr wohl Anhaltspunkte, die Mitgliedschaft und Mitarbeit bei den Grünen in diesem Sinne als hoffnungsreich erscheinen lassen. Hinweise auf ertragreicheres Engagement bleiben natürlich legitim.

Besondere Beachtung verdienen die marktliberalen Strömungen. Wie oben schon angedeutet, ist das Paradoxon, daß diese in der jüngsten Entwicklung als linke Strömungen rezipiert werden, nicht Ergebnis willkürlicher Befindlichkeiten. Tatsächlich sind wir mit einer Konvergenz von spontanen Interessenslagen und neoliberaler ideologischer Hegemonie konfrontiert. Dies impliziert auch, daß der Einfluß dieser Strömung nichts Zeitweiliges, schnell Vorübergehendes sein wird. Mit ihrer Mobilisierung gegen hierarchische Bevormundung und nicht marktförmig vermittelte Ungleichheit werden auch egalitäre Denkmuster und emanzipatorisches Potential frei. So gesehen sind die Strömungen fortschrittlich, weil mit diesen liberalen Strömungen der Prozeß der Moderne radikalisiert wird. Die mit dem Liberalismus verbundene Auffassung von der letztlichen Unmöglichkeit, verbindliche Aussagen über die Gesellschaft zu machen, läßt jedoch die Tür zur Reaktion zwingend offen. Freilich vermittelt sich dies nicht vorwiegend ideologisch, sondern in den Ergebnissen der Marktprozesse und verfügt deshalb über enorme Risikokapazität für die menschliche Gesellschaft. Deshalb ist eine Auseinandersetzung mit marktliberalen Strömungen in linken Organisationen, klarerweise auch mit den „Liberalen", von zentraler Bedeutung. Diese Auseinandersetzung kann mitunter Gestaltungsinstrument in der Entwicklung von Organisationen zu linken Organisationen sein.

Schlußbemerkung

Bei der Suche nach dem Subjekt bewußten politischen Eingriffs bin ich vom Verständnis der Ethik ausgegangen. Zentrale Hypothese ist dabei, daß verbindliche Aussagen über ethische Universalien und empirisch feststellbare Interessen möglich sind. Und daß schichtungsspezifische Differenzierung existiert. Die Formierung der „gesellschaftlichen OrganisationsarbeiterInnen", um diese Konstruktion nochmals zu verwenden, zum politischen Subjekt folgt für mich als politischer Handlungsauftrag. Verbindliche Aussagen über gesellschaftliche Entwicklungen dürfen und können keine Prophezeiungen sein. Freilich fällt damit die Suche nach dem Subjekt bei weitem weniger spektakulär aus, als vielleicht erhofft. Aber wenn Transformation nicht ein einmaliger Willensakt ist, dann kann das Subjekt dieser Transformation auch kein widerspruchsfreier Vollstrecker der Geschichte sein. So gesehen möchte ich der Giddensschen „realistischen Utopie" einen pragmatischen Optimismus hinzufügen.

Es gibt historische Beispiele dafür, daß die Unterdrückten bereit sind, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Und diese sind ob ihrer Bedeutung für den geschichtlichen Verlauf auch von großer Anziehungskraft. Letztlich bleiben diese aber sowohl im Hinblick darauf, ob sie passieren, als auch in ihren Ergebnissen unbestimmbar. Als Möglichkeiten bleiben sie immer bestehen. Sich darauf zu fixieren, heißt jedoch in Perspektivlosigkeit handlungsunfähig zu werden.

So wichtig unsere Nabelschau sein mag, so wenig kann natürlich der Rest der Gesellschaft ausgeblendet werden. Nicht nur analytisch, sondern auch politisch-praktisch. Das theoretische Verständnis und die praktisch-politische Entwicklung der Verflechtungen lassen sich jedoch erst vertiefen, wenn Verständnis über das Selbst entwickelt wurde.

Dieser Aufsatz soll jedoch nicht nur mit einer Aufforderung zu politischem Engagement enden, sondern ebenso mit einer Einladung zur fortgesetzter theoretischer Debatte. Auf politisch-ökonomischen Gebiet muß das Verhältnis von Staat und Eigentum noch viel eingehender untersucht werden. Insbesondere, denke ich, ist es notwendig eine qualitative Bestimmung von differenzierten staatlichen Aktivitätsniveaus vorzunehmen. Auf politisch-soziologischem Gebiet wäre eine tiefergehende Differenzierung empirisch notwendig, und schärfere Begriffsbestimmung theoretisch. ■

Boris LECHTHALER ist Mitglied der Grünen in Oberösterreich und Vorstandsmitglied der Friedenswerkstatt Linz.

Literatur

1 Karl Marx, Thesen über Feuerbach, in: Marx/Engels, Ausgewählte Werke, Band I, S. 196ff., Dietz-Verlag, Berlin 1979.
2 Anthony Giddens, Kritische Theorie der Spätmoderne, Passagenverlag, Wien, 1992, S. 54.
3 Franz Schandl, Ambivalente Notizen zum historischen Subjekt, in »Weg und Ziel" 3/1996, 54. Jg., S. 6ff.
4 Vgl. Giddens und Schandl, a.a.O.
5 Konrad Paul Liessmann im Gespräch mit Peter Huemer, Ö1.
6 Frey/Kirchgässner, Demokratische Wirtschaftspolitik, WISO-Kurzlehrbücher, Verlag Vahlen, München 1994.
7 Amit Bhaduri, Makroökonomie. Die Dynamik der Warenproduktion, Metropolis Verlag, Marburg 1988.
8 Olivier Blanchard, Reaganomics. Economic Policy, Cambridge October 1987.
9 Jörg Huffschmid, Globalisierung – das Ende der Wirtschaftspolitik? in: »Kurswechsel« Heft 3/1995.
10 Bhaduri, a.a.O.

Ansatzpunkte für eine zeitnahe Reformulierung der historisch-materialistischen Klassenkonzeption*

Friedhelm KRÖLL
Monika WAMMERL

1. Ökonomische Verhältnisse

Bislang gibt es keine überzeugenden Einwände dagegen, von Klassen als Ergebnis ökonomischer Verhältnisse, – wie sie für die kapitalistische Produktionsweise charakteristisch sind, – zu sprechen. Folgenschwere theoretische Verkürzungen bestehen darin, die ökonomischen Verhältnisse nicht als Gesamt der Produktions- und Verkehrsverhältnisse aufzufassen, sondern die Bedeutung der Produktionsverhältnisse – Kapital als Klassenverhältnis – zum Anlaß zu nehmen, das Gesamt der Produktions- und Verkehrsverhältnisse zu vernachlässigen.

2. Verhältnisse

Von Klassen als Erzeugnisse ökonomischer Verhältnisse zu sprechen, beinhaltet, daß Klassentheorie nicht separate Klassen, sondern Klassen in Verhältnissen zum Gegenstand hat, welche die Individuen im Prozeß ihrer Lebensgewinnung vorfinden und eingehen. Es geht also nicht darum, mit dem Klassenbegriff die Gesellschaft einfach „einzuteilen", sondern darum, „Klasse" als ein Verhältnis aufzufassen, durch das Beziehungen von Menschen wesentlich gestaltet werden.

3. Gesellschaftliche Verhältnisse

Die Betrachtung kapitalistischer Vergesellschaftungsweise nach der ökonomischen Struktur legt die Eigentumsform frei, durch die die Beziehungen der gesellschaftlichen Individuen im Produktionsprozeß bestimmt sind. Folgenschwere theoretische Verflachungen beginnen dort, wo die ökonomische Kategorie der Klasse als ein gesellschaftlicher Begriff konzipiert wird: Ökonomische Eigentumsformen konstituieren nicht unvermittelt gesellschaftliche Klassen.

4. Reproduktion der Produktionsverhältnisse

Ökonomische Verhältnisse sind nicht als steinernes Fundament zu denken, auf dem die Individuen in gesellschaftlichen Verkehr eintreten. Folgenschwere theoretische Verflachungen bestehen darin, Klassen als über gesellschaftliche Veränderungen erhabene Größen anzusehen, statt sie in ihren Verhältnissen als gesellschaftliche Prozeßkategorien zu formulieren. Es geht um den Entwurf der Klassentheorie als Theorie der Reproduktion der ökonomischen Verhältnisse, der Regulierung der Produktions- und Verkehrsverhältnisse.

Reproduktion und Regulierung der Verhältnisse, in denen gesellschaftliche Individuen in Produktion und Verkehr arbeiten und leben, sind nicht wie in einem Kreislauf als stetige Wiederholung des Immergleichen zu denken. Klassen in ihren Verhältnissen als Prozeßkategorien zu formulieren, verlangt von einer theoretischen Fassung, daß sie zugänglich sein muß für die Veränderung der Formen der Reproduktion und Weisen der Regulierung der Produktions- und Verkehrsverhältnisse. Klassen sind Entwicklungen unterworfene, veränderliche Größen.

5. Krisendimension

Es gibt bislang keinen überzeugenden Grund, von der Einsicht Abstand zu nehmen, daß in der kapitalistischen Produktionsweise Widersprüche der Mehrwertproduktion und -realisierung liegen. Die Verwertung des Werts, die Reproduktion der ökonomischen Verhältnisse, vollzieht sich im Zuge von Krisen, Krisenregulierungen und Krisenbewältigung. Der Krise verdankt das Kapital seine Lebens- und Entwicklungsfähigkeit. Die Formierung und Deformierung von Klassen sollte als krisengesteuerter Entwicklungs- und Veränderungsprozeß der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise und ihrer Regulierung konzipiert werden.

6. Perspektive der Umwälzung

Als zur Erfassung gesellschaftlicher Verhältnisse und ihrer Reproduktion bestimmte Theorie ist Klassentheorie bislang als Theorie der gesellschaftlichen Umwälzung formuliert worden. Das Aufgeben der Perspektive der Umwälzung würde die Klassentheorie in eine beliebige Theorie der Vergesellschaftung verwandeln. Reformulierung der Klassentheorie beinhaltet demnach die Wiedererarbeitung einer Theorie der gesellschaftlichen Umwälzung. Als solche ist die Klassentheorie angehalten, die Dimensionen des Ökonomischen, Sozialen, Kulturellen und Ideologischen sowohl die Aspekte des Gesellschafts- wie Subjektwissenschaftlichen zu integrieren. Klassentheorie umschließt nicht die Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse, wohl aber das Konzentrat der umwälzungsrelevanten Momente der Reproduktion der Produktions- und Verkehrsverhältnisse.

7. Subjekt der Umwälzung

Bislang galt die Arbeiterklasse im marxistischen Denken als das revolutionäre Subjekt. Dagegen sind immer schon, in letzter Zeit grundsätzliche, Einwände erhoben worden. Solange die Klassentheorie als Theorie der gesellschaftlichen Umwälzung zurückgebunden wird an das antagonistische Verhältnis zwischen Kapitalverwertungsklasse und der Klasse der Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen bleibt ihr nicht erspart, zu benennen, wie sich ein Subjekt der Umwälzung formiert.

8. Klassen

Durch die ökonomischen Eigentumsformen und die dazugehörigen Einkommensquellen (Lohn, Unternehmergewinn [Profit], Rente und zunehmend Zins) sind Klassen als ökonomische Kategorien bestimmt. Diese Bestimmung erscheint als Grundriß der Klassenverhältnisse. Die ökonomische Betrachtungsweise der Klassenverhältnisse, des bestimmten Ausbeutungsverhältnisses (unbezahlte Mehrarbeit bzw. „Diebstahl fremder Arbeitszeit"), ist zwar notwendig, reicht aber nicht für die Bestimmung der Klassen aus.

In der marxistischen Tradition hat sich die Identifizierung von Klasse als Kürzel für das ökonomische Ausbeutungsverhältnis und als Chiffre für eine soziologisch bestimmbare reale Großgruppe festgesetzt. Diese Identifizierung von ökonomischem Kürzel und soziologischer Chiffre ist revidierungsbedürftig. Das Nichtidentische der Identität von Klasse als ökonomischer

---

* Entnommen aus: Friedhelm Kröll, Monika Wammerl: Angebetet und verworfen – Streitfrage „Arbeiterklasse", Marburg 1992, S. 209 – 214.

Kategorie und als soziale Verkörperung ökonomischer Verhältnisse ist stärker systematisch neu zu konzipieren.

Marxistische und nichtmarxistische Analytiker, die dem Klassenbegriff einen Platz in ihren theoretischen Arrangements reserviert haben, beklagen seit längerem übereinstimmend die immensen Schwierigkeiten, die Grenzen der Arbeiterklasse in ihrer spezifischen Bestimmtheit zu zeichnen. Es gehört zu den zentralen folgenschwersten Unterlassungen, keine oder wenig Mühe darauf verwendet zu haben, die sich herausbildende und um sich greifende Nichtidentität von Arbeiterklasse und Klasse der Lohnarbeiter in Form der Differenzierung von Klasse als ökonomischer Kategorie (Lohnarbeit) und als soziologischer Kategorie (Arbeiterklasse) abzubilden.

9. Mittelklasse

Der „gordische Knoten" der anfangslogischen Schwierigkeiten ist gewiß nicht mit der Einführung einer weiteren Klasse in die Klassentheorie zu durchhauen. Im klassischen ökonomischen Grundriß des „Kapitals" sind „drei große Klassen" genannt: Lohnarbeiter, Kapitalisten, Grundeigentümer. Im ökonomisch-politischen Grundriß des „Manifests" sind zwei Klassen als für die entwickelte kapitalistische Produktionsweise charakteristisch ausgewiesen: Bourgeoisie und Proletariat. Für einen zeitnah zu zeichnenden ökonomischen Grundriß gäbe es gute Gründe, mit Blick auf die Einkommensquellen als vierte Klasse noch die der Bezieher von Zins-Revenuen eigens aufzuführen (Stichwort: Verflechtung von Bank- und Industriekapital). Auf der Ebene der Klassenverhältnisse als Ausdruck ökonomischer Verhältnisse, das heißt von Klasse als ökonomischer Kategorie ist es schlüssig, ein polares Klassenschema zu konzipieren. Auf der Ebene der Klassenverhältnisse als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, das heißt von Klasse als soziologischem Begriff, ist auf dem Weg zu einer Reformulierung des Klassenparadigmas die ökonomisch-politische Figur der Zwei-Klassen-Struktur einer gründlichen Reflexion und Diskussion zu unterziehen. Die Konzeption der realen Nichtidentität von Arbeiterklasse und Klasse der Lohnarbeiter, von Klasse als ökonomischer Kategorie und soziologischem Begriff, sollte sich einstweilen die Option für ein Mehr-Klassen-Modell, für den Begriff der „Mittelschicht" offenhalten.

10. Differentielle Klasse

Ungeachtet des Ausgangs der Diskussion um ein Zwei- oder Mehr-Klassen-Modell ist eine Reformulierung der Klassentheorie angehalten, die internen Gliederungen und Differenzierungsprozesse der Klassen theoretisch-analytisch zu gewichten. Hat bislang aus konventionalisierten Gründen der politischen Strategie („Subjekt der Umwälzung") die vorgeschriebene Optik sozialökonomischer Einheitlichkeit der Arbeiterklasse dominiert, so ist darüber nachzudenken und zu befinden, ob es gerade im Hinblick auf die politische Einheitlichkeit nicht von Vorteil ist, sich von der ökonomisch-sozialen Uneinheitlichkeit, der Heterogenität der Klasse leiten zu lassen. Der Vorteil scheint im Realismusgewinn, in der Eindämmung bzw. Vorbeugung gegen harmonistische Illusionsbildungen zu bestehen. In diesem Zusammenhang sind ökonomische Theorien und Forschungen daraufhin zu befragen, was sie über die Konsistenz der ökonomischen Kategorie der Lohnarbeit zu sagen wissen. Die differentielle Betrachtungsweise ist demnach nicht erst auf der Ebene der Klasse als soziologisches Problem zur Geltung zu bringen.

11. Segmentierung

Die Angst, die Arbeiterklasse könnte von internen Gegensätzen objektiver Natur geprägt sein, ist kein guter Ausgangspunkt. Ein zu formulierendes Konzept der sozialen Klasse hat Prozesse des Entstehens, der Festigung, des Austragens von Gegensätzen und der Krise einzuplanen. Eine klassentheoretische Konzeption von Segmentierungen und deren Kollisionen bedingt eine mehrdimensionale Bestimmung von sozialer Klasse. Als Grunddimension zeichnet sich die Verortung der Klassenindividuen in der Sphäre der Produktions-, der Verkehrs- und der Reproduktionsverhältnisse ab: Stellung im System der Wirtschaft, Wert- und Preisbestimmung der Ware Arbeitskraft, Formen und Standards der einfachen und erweiterten Reproduktion der Arbeitskraft. Kurz, es geht um eine mehrdimensionale Charakterisierung des „doppelt freien Lohnarbeiters" und der Struktur seiner Interessen.

12. Mobilität

Es ist unverzichtbar, die segmentierungstheoretische Konzeptualisierung unter dem Gesichtspunkt horizontaler und vertikaler Mobilitätsprozesse vorzunehmen. Soziale Klassen reproduzieren sich intra- und intergenerativ, reproduzieren sich durch Verschiebungen im sektoralen und regionalen Gefüge der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens.

13. Soziale Lage und Lebenschancen

Die Struktur der Lebenslagen der Klasse der Lohnarbeiter/innen ist mit der Unsicherheit der Bedingungen der lebensnotwendigen Reproduktion entscheidend gekennzeichnet. Wie alle Waren, wie jeder Wert bedarf auch die Arbeitskraft der Verwertung. Die Grade der Unsicherheit bzw. die Wahrscheinlichkeit, Kontinuierlichkeit und qualifikationsgebundene Art der Verwertung variieren aber innerhalb der Klasse der Lohnarbeiter ganz erheblich. Der gewordene und reproduzierte Wert der Ware Arbeitskraft bestimmt wesentlich die soziale Lage und die hieraus resultierenden Lebenschancen im Sinne von Möglichkeiten erfüllter, entwicklungsoffener Lebensgewinnung. Ein Konzept der segmentierten Klasse erfordert demnach die Ausarbeitung einer elastischen Typologie unterschiedlicher sozialer Lagen, Lebenschancen und Lebensweisen, von sozialen Scheide- und Trennlinien innerhalb der ökonomischen Kategorie der Klasse der Lohnarbeiter. Eine hierauf gründende Phäno- und Soziographie der Verteilung der Lebensrisiken bzw. der sozialen Lagen, Lebenschancen und Lebensweisen sind unverzichtbare, ständig fortzuschreibende Stationen auf dem Wege zu einer differentiellen Theorie der sozialen Klasse.

14. Forschung

Eine Reformulierung der Klassentheorie sollte von Anfang an der Verführung widerstehen, sich gegen empirische Forschung und Erfahrung abzuschotten, um wahrnehmbaren Unstimmigkeiten aus dem Weg zu gehen. Die „immunisierenden" Verformungen innerhalb der marxistischen klassentheoretischen Tradition, gerechtfertigt mit dem schematischen Hinweis auf die Differenz zwischen Wesen und Erscheinung, sind zu korrigieren. Ein klassentheoretischer Ansatz wird erst dann wissenschaftlich produktiv und politisch fruchtbar, wenn er Forschungsfragen nicht nur gestattet, sondern provoziert. ■

Geschichte als Fortschritt

Franz SCHANDL

Die Überschrift für sich mag schon eine Provokation sein, vor allem nach all den Intonierungen sowie Abgesängen, die der Fortschritt in diesem Jahrhundert aushalten mußte. Gerade aber in Zeiten wie diesen, ist es notwendig, sich den Grundsätzen emanzipatorischer Theorie neuerlich zu stellen, sich den postmodernen Auflösungstendenzen entgegenzusetzen, die unmittelbaren Verhältnisse im größeren Zusammenhang zu betrachten, nicht sachlich zu entkoppeln, sondern aufzuladen und zu verinhaltlichen. Das soll hier – vorerst einmal – in größtmöglicher Abstraktion geschehen.

In der folgenden Analyse geht es darum, zu zeigen, wie Geschichte sich qualitativ aus der menschlichen Entwicklung heraushebt, einerseits dieser integriert bleibt, andererseits sich aber auch von ihr differenziert. Geschichte hat Entwicklung zur Bedingung, aber Geschichte ist mehr und weniger als Entwicklung. Weniger ist sie, weil sie Entwicklung quantitativ verdünnt, mehr ist sie, weil sie Entwicklung dadurch qualitativ bestimmt.

Geschichte wird beschrieben als *das Besondere am Allgemeinen*, das über dieses selbst Hinausgehende und Fortschreitende. *Geschichte* und *Fortschritt* sind so gesehen eins, wobei Fortschritt nicht als positive, gar affirmative Größe erscheint, sondern als kritische Kategorie, die kein Bekenntnis abverlangt, sehr wohl aber die Erkenntnis aufdrängt, daß jener als ehernes Prinzip Geschichte konstituiert. Fortschritt sagt lediglich, daß die Menschheit nicht beharrend bei sich bleibt, sondern den Kreislauf der ersten Natur durchbrechen konnte. Beide, Fortschrittsglauben und Fortschrittsnegation greifen aber zu kurz. Zumindest, wenn man die Fragestellung so auflöst, wie es hier vorgeschlagen wird.

Begriff und Selektion

Damit Geschichte ihren Teil aus der Welt gewinnt, bedarf es der Selektion. In der historischen Forschung werden bestimmte Schablonen angelegt, um zu spezifischem Wissen, zu historischen Erkenntnissen zu gelangen. Gegenstand der Geschichte ist:

1. das Irdische;
2. das Menschliche (Außernatürliche);
3. die Vergangenheit;
4. die Dokumentation in der Gegenwart;
5. die Relevanz.

Geschichte kann nur sein, was diesen Kriterien zugängig und zuträglich ist. Geschichte meint Menschheitsgeschichte, nicht Naturgeschichte. Es ist nicht die Natur, die uns zwingt, den Menschen besonders zu beachten und zu beschützen, sondern die Kultur. Unsere Sorge und unsere Sorgfalt gilt so auch primär der menschlichen Kultur in ihrer zeitlichen Dimension, dem Besonderen, nicht der menschlichen Natur, dem Allgemeinen. Der zentrale Faktor der Geschichte ist der Mensch. Geschichte kennt Subjekte, Natur kennt nur Objekte. Wobei kennen schon zuviel des Guten ist; Natur tut können, nicht kennen!

Aus dieser Sonderstellung folgt: Geschichte ist anthropozentriert. Die Alternative zum gegenwärtigen Anthropozentrismus ist nur ein anderer. Dieser wird sich unterscheiden von der für die zweite Natur typischen Rigidität und Maßlosigkeit, die unzweifelhaft für die permanente menschliche Repulsion von der ersten Natur notwendig gewesen ist. Ökologische, soziale und animalische Katastrophen zeigen jedoch nicht nur an, daß diese Repulsionskraft erschöpft ist, sondern geradezu zerstörerisch geworden ist. (Darin liegt auch die tiefe Berechtigung der Tierschutzbewegung, so obskur sie auch daherkommt.)

An der ontologischen Differenz zwischen Mensch und Anderem wird festgehalten werden. Der Anthropozentrismus wird nur anderer Kultur sein. Ein Muster der Auflösung, das Viren und Bakterien, Lanzettfischchen und Mücken, Ratten und Rinder, Motten und Menschen gleiche Ansprüchlichkeiten und Notwendigkeiten einräumt (abgesehen davon, daß nur menschliche Inszenierungen zu solchem „fähig" sein würden), sie gleich gültig setzt, ist entschieden abzulehnen und zu bekämpfen. Ein universeller Relativismus ist gleichgültig gegenüber der Spezies Mensch, kurzum menschenfeindlich.

Der Mensch hat Möglichkeiten, während die Natur ihren Notwendigkeiten gehorcht.[1] Geschichte kennt so den Willen, Natur kennt nur ein willenloses Einander. Der Menschen Selbstgestaltung ist mehr als Selbsterhaltung. Die zweite Natur ist die endliche Geschichte (eigentlich: Vorgeschichte) der menschlichen Versuchung wider die Natur. Der Mensch wird vom Geschöpf der Evolution zu ihrem Schöpfer. Zumindest Mitschöpfer. „Die universal entwickelten Individuen, deren gesellschaftliche Verhältnisse als ihre eignen, gemeinschaftlichen Beziehungen auch ihrer eignen gemeinschaftlichen Kontrolle unterworfen sind, sind kein Produkt der Natur, sondern der Geschichte"[2], schreibt Karl Marx in den Grundrissen. Das ist die fruchtbare wie furchtbare Wirklichkeit der Menschwerdung. Hier gibt es kein Zurück.

Erró: Facescape, 1992 (Ausschnitt)

Das Gewesene und das Gewonnene

Das Historische ist nicht das *Gewesene*, sondern das *Gewonnene*. Geschichte meint qualitative Veränderung in der Zeit. Geschichte ist das *Besondere* der Transformation, das *Hervorzuhebende*, das *Bestimmende*. Geschichte ist nicht mit der Vergangenheit, auch nicht mit der aufgearbeite-

ten Vergangenheit zu verwechseln. *Geschichte meint eine Vergangenheit bestimmter Qualität*. Die Vergangenheit ist bloß das Forschungsfeld, nicht aber der Forschungsgegenstand der Geschichte. Aus ihm ist das Material, aus dem die Geschichtsforschung Geschichte macht. Geschichte ist das Produktive der gesellschaftlichen Entwicklung, nicht das Reproduktive. Sie ist also das, was die Potenz hat, aus sich zu gehen, nicht bloß in sich zu verharren.

Wirkung und Erinnerung

Wirkung und Erinnerung sind bestimmende Größen der Geschichte. Ein erster normativer Begriff von Geschichte könnte in etwa so lauten: Geschichte soll sein, was gesellschaftliche Wirkung ist. Geschichte ist das, was menschliche Erinnerung sein soll.

Geschichtsschreibung ist die Benennung und Gewichtung der historischen Entwicklungsprozesse. Sie sollen zueinander, sowie zum Ganzen in Beziehung gesetzt werden. Das ist der Anspruch, der freilich nie zur Gänze eingelöst werden kann, der jedoch die Meßlatte jeder historischen Arbeit ist.

Geschichte ist eine Rekonstruktion, das heißt eine Konstruktion von Vergangenem unter spezifischen Gesichtspunkten, die, von ihrem zeitlichen Horizont rückwirkend projiziert: „Die Geschichte ist Gegenstand einer Konstruktion, deren Ort nicht die homogene und leere Zeit, sondern die von Jetztzeit erfüllte bildet“[3], schreibt Walter Benjamin. Oder Louis Althusser: „Jede Wissenschaft mit einem geschichtlichen Objekt (...) bezieht sich auf ein gegenwärtig gegebenes geschichtliches Objekt, das zum Resultat der vergangenen Geschichte geworden ist. Jede Erkenntnistätigkeit ist also, indem sie vom Gegenwärtigen ausgeht und sich auf ein gewordenes Objekt bezieht, nichts anderes als die Projektion der Gegenwart auf die Vergangenheit dieses Objekts.“[4]

Die historischen Quellen durchlaufen das Wissen der Gegenwart, bezüglich der Fakten heißt das ein Wissen, das zum Zeitpunkt des zu untersuchenden Prozesses Zukunft gewesen ist, in seiner Konkretion unvorhersehbar. Geschichte meint die dokumentarische Reflexion der Menschen über ihre Vergangenheit.

Geschichte darf nicht in der Fülle der Geschichten ertrinken. Geschichte ist das Hervorragende, das für das Allgemeine von determinierender und dominierender Bedeutung ist. *Geschichte ist ein Destillat des Gewesenen*. Das Charakteristikum der Geschichte gegenüber der Vergangenheit ist, daß jene in relevantem Ausmaß auch dageblieben ist. Geschichte meint das Bleibende der Vergangenheit, das *Dasein des Vorbeiseins*. Nicht alles Geschehen(e) wird also Geschichte. Geschichte ist nicht Vergangenheit, sie ist eine besondere, bestimmte und/oder bestimmbare Vergangenheit. Nicht alles, was war, ist Geschichte gewesen. Geschichte meint den spezifischen Rückblick und hat das Wissen der Gegenwart.

Objektive und subjektive Geschichte

Schon Hegel deutete eine Differenzierung in objektive und subjektive Geschichte an: „Geschichte vereinigt in unserer Sprache die objektive sowohl als subjektive Seite und bedeutet ebensogut die historiam rerum gestarum als die res gestas selbst; sie ist das Geschehene nicht minder wie die Geschichtserzählung.“[5] Ähnlich auch Günther Anders, der Geschichte „wiederum *nicht nur als die Nacherzählung des Gewesenen („narratio rerum gestarum“),* auch nicht nur als Erinnerung an das Gewesene („memoria rerum gestarum“), *sondern vor allem als das Geschehen selbst* („res gestae“)“[6] verstanden haben will.

Auch wir wollen an dieser Unterscheidung festhalten, ja sie noch ausbauen: Der objektive Begriff versteht Geschichte im Sinne von *Wirkung*, der subjektive Begriff versteht Geschichte im Sinne von *Erinnerung*. Wirkung und Erinnerung können nicht identisch sein. So gibt es zwei historische Auswahlkriterien aus der Vergangenheit, die *objektive,* das heißt wie die menschliche Entwicklung sich selbst ausbreitet und die Gesellschaft bestimmt und die *subjektive*, durch Geschichtsforscher und andere vorgenommene Interpretation des historischen Materials.

Es gibt daher auch keine *Geschichtslosigkeit*, sondern bloß eine *Ungeschichtlichkeit*.[7] Letztere meint das Unvermögen, subjektive Geschichte, Erinnerung und Kenntnis von Vergangenem zu haben. Sie baut auf Ignoranz oder Verweigerung. *Geschichtslosigkeit* hingegen kann es nicht geben, weil sich der objektiven Geschichte niemand entziehen kann, die wirkliche Welt ja nur Folge dieser ist. Objektiv ist Geschichte als *Sich-uns-Vorgebende*. Das muß übrigens deutlich vom Anspruch an das Subjekt, zum Beispiel den Historiker, objektiv zu sein, unterschieden werden. Diese Objektivität liegt außerhalb seiner Möglichkeiten. Das Subjekt kann nicht objektiv sein, das Objekt schon. Die Wirklichkeit kennt zweifellos eine Objektivität, die Wahrheiten (von den Unwahrheiten ganz zu schweigen) von ihr kennen strenggenommen keine.

Der Historiker als Verweser

Je unbedeutender das Vergangene ist, desto geringer ist seine Chance, Geschichte zu werden. So könnte eine Regel lauten, die freilich durch die Vorlieben der Historiker, durch die intellektuellen Traditionen, und in noch stärkerem Ausmaß durch die Herrschaftsverhältnisse der verschiedensten Gesellschaften andauernd durchbrochen wird.

Subjektive Geschichte ist festgehaltene Erinnerung. Sie steht im Gegensatz zum Vergessen-Werden. Ihre Stärke ist die Äußerung, sie wird als Erfahrbares und Bekanntes verstanden, wird zum Allgemeingut. Nur der geäußerte Gedanken kann sich sozialisieren, nicht der verinnerlichte. Das Innen muß nach außen: „Die Kraft des Geistes ist nur so groß als ihre Äußerung, seine Tiefe nur so tief, als er in seiner Auslegung sich auszubreiten und sich zu verlieren getraut.“[8]

Den Historiker interessiert nicht die *Vergangenheit an sich*, sondern die *Geschichte für uns*. Das Instrument des Historikers ist nicht das Skalpell, er hat nicht das Vergangene zu sezieren, er hat nicht herauszuschneiden, sondern das Besondere am Allgemeinen hervorzuheben und das Allgemeine am Besonderen herauszuarbeiten, er soll nicht Teile präsentieren, sondern das spezifische Wesen des Gewesenen anhand seines Gegenstands aufbereiten. Der Historiker ist der *Verweser* der Geschichte.

Unerreichbar bleibt das Ideal, das von einer Verschmelzung von subjektiver und objektiver Geschichte ausgeht. Subjektive Geschichte wirkt mehr auf das Denken nach, objektive Geschichte mehr auf das Dasein der Menschen. Objektive Geschichte ist weniger faßbar, obwohl ihre Wirkungen deutlich spürbar sind. Geschichte ist so nicht mit dem identisch, was Historiker (und verwandte Wissenschafter) schreiben und dokumentieren, aber es gibt auch wiederum keine gewußte Geschichte außerhalb dieser festgehaltenen Prozesse und Ereignisse.

Die Ergebnisse der Geschichtsforschung sind konstituierend für die subjektive Geschichte, sie sind aber nicht mit der objektiven Geschichte ident. Geschichte ist ohne Geschichtsforscher möglich, nicht aber die Geschichtsschreibung. Nicht alles, was in die Geschichtsforschung eingeht, ist objektive Geschichte. Dieser Geschichtsbegriff ist ein qualitativer, der sich jedoch einer näheren Kategorisierung entzieht.

Mehr und weniger

Geschichtswissenschaft ist mehr und weniger als Geschichte. Mehr ist sie, weil sie auch historisch Belangloses und Irrelevantes dokumentiert bzw. historische Fakten – wie wir noch zeigen werden – unter einem zeitlichen Relevanzverlust leiden und somit aus der Güteklasse des historischen Materials herausfallen können.

Die Geschichtswissenschaft ist weniger als Geschichte, weil sie nicht alles, was tatsächlich für die menschliche Entwicklung (womit selbstverständlich das Kollektiv oder ein bestimmtes Kollektiv, nicht jedoch jedes einzelne Individuum gemeint ist) relevant war, gespeichert hat und auch nicht gespeichert haben kann. Die Geschichtswissenschaft weist einerseits über die objektive Geschichte hinaus und bleibt andererseits hinter ihr zurück.

Subjektive Geschichte bedarf der Geschichtsschreibung. Sie spiegelt die Dialektik zwischen Historiker und Material wieder. Wird etwas nicht dokumentiert, geht es, unabhängig von seiner Bedeutung, verloren. Nicht de facto, aber für das Wissen. Was für das Wissen verloren ist, muß aber noch lange nicht für die Welt verloren sein. Es bleibt Wirkung, ohne Erinnerung zu sein. Der *Wissensverlust*, von dem wir hier sprechen, darf nicht mit dem historischen Relevanzverlust verwechselt werden, auch wenn beide manchmal übereinstimmen oder zumindest korrespondieren.

Die Hauptaufgabe des Historikers besteht nicht im Aufspüren dieses oder jenes Details, sondern vielmehr im Erkennen der großen Züge der Entwicklung an dem behandelten Material. Gerade der Hang zur Vollständigkeit ist eher eine Belastung für Forscher und Rezipienten. Emsigkeit kann somit nur eine sekundäre Tugend des Historikers sein, manchmal kann sie vollends zum Laster werden, die ihn und sein Publikum im Meer der Empirie zu ersäufen droht.

Geschichte meint ja nicht Wissensanhäufung, sondern ein mit theoretischen Kriterien hervorgebrachtes selektives Wissen, das zur Erkenntnis der Vergangenheit beiträgt. Besonders gefährlich wird diese Wissensanhäufung, diese Überfrachtung mit Fakten dann, wenn Wissen unterschiedlicher Qualität unkommentiert, ungeordnet und unreflektiert nebeneinander zum Stehen gebracht wird, sodaß der Leser Wesentliches von Vernachlässigbarem, Wichtiges von Beiläufigem nicht mehr unterscheiden kann. „Geschichte ist also ein Auswahlprozeß nach dem Gesichtspunkt der historischen Bedeutung."[9]

Erró: Le harem spacial, 1977

Gewordenes und Werdendes

Die Geschichtswissenschaft unterscheidet sich von anderen Wissenschaften durch ihr Forschungsfeld. Die meisten Wissenschafter stellen dar und vor, was ist, während der Historiker vorstellt, was war bzw. was relevant gewesen ist. Das heißt er stellt etwas vor, was anders ist, als das, was ist. Unwillkürlich erscheint die Welt als etwas Gewordenes und Werdendes. Diese Erkenntnis, daß es einmal anders war, als es heute ist, läßt auch den Schluß zu, daß es einmal anders sein wird als es heute ist.

Wer Entwicklung seriös erklärt, muß die Kritik des Neuen am Alten und die Momente seiner Durchsetzung benennen. Woraus folgt, daß Zukunft nicht die verlängerte Gegenwart sein kann, auch sie wird ihre grundsätzlichen Brüche und Unterscheidungen vom Heute, von ihr aus gesehen, dem Gestrigen, vornehmen. Das Ende der Geschichte, sooft es auch ausgerufen werden mag, ist eine Eskamotierung der Zukunft und somit Herrschaftsideologie par excellence. Nur die Abschaffung der Menschheit würde ein Ende der Geschichte garantieren, alles andere ist Quatsch.

Die Aufgabe, objektive Geschichte aus der Wirkung in die Erinnerung zu holen, ist Anspruch und Überforderung in einem. Niemand kann wiedergeben, was vorbei ist. Was einmal war, wird nie wieder sein. Das Gewesene ist in seiner spezifischen Wirklichkeit nicht mehr rückholbar. Die Herausforderung liegt vielmehr darin, angereicherte und vollständige, in sich stimmige Geschichtsbilder zu entwerfen. Das Publikum soll sich etwas vorstellen können, das dem Wesen des Gegenstandes gerecht wird.

Rekonstruktion und Bearbeitung

Geschichtsschreibung ist Rekonstruktion von Vergangenem. Niederschreiben (Filmen, Ordnen, Aufneh-

men, Archivieren etc.) kann man nur eine Vorstellung von Vergangenem, niemals das Vergangene selbst, das ja stofflich durch seine (gewesene) Realität einen ganz anderen Charakter haben muß als das Geschriebene (Dokumentierte) in der Wiedergabe. Die Wiedergabe mag originell und den Ansprüchen adäquat sein, sie kann jedoch nie original sein. Original ist nur die Wirklichkeit. Die Vergangenheit ist weder haltbar, noch behaltbar. Nicht das Vergangene an sich ist über die Geschichtsforschung vermittelbar, sondern bloß ein Bild des Vergangenen. Diese Imagination bedarf des Planes, der Hypothese, der Konstruktion, kurzum entobjektivierender Beigaben. Diese verwirklichen sich unabhängig irgendwelcher Vorsätze.

Geschichte muß wie jedes Geschichterl erklärenden Charakter haben. Sie hat mehr zu sein als eine Chronik, sie ist mehr als bürokratisches Vermerken, mehr als unkontrolliertes und zufälliges Archivieren von Gestrigem. Geschichte meint Bearbeitung der Vergangenheit. Sie ist keine Nacherzählung, sondern eine Inhaltsangabe, eine spezifische Aufbereitung des Geschehens. In ihr wird ein Ablauf rekonstruiert, wie er für den Historiker relevant ist, strenggenommen aber nicht, wie er wirklich gewesen ist. Das ist übrigens kein Nachteil. Die Realität als tatsächliche Konkretion des Daseins bleibt in ihrem allumfassenden Sinn immer in dieser selbst verborgen. Was uns interessiert ist auch vielmehr das Wesen, der Sinn dieser oder jener Wirklichkeit.[10]

Der realen Wirklichkeit folgt keine reale Wahrheit, sondern eine möglichst konstruktive Vorstellung, eine die die Substanz erkennt, nicht diese destruiert. Ein apologetisches Verhalten zu vergangenen Realitäten ist nicht nur unsinnig, es ist auch unmöglich. Es gibt kein Faktum, das für sich spricht. Man lebt *in der* Wirklichkeit, aber man spricht *von der* Wirklichkeit. Die Wirklichkeit ist nicht zu sprechen. Wirklichkeit kann in Wirklichkeit nicht wiedergegeben werden. Kurzum: „Nichtig ist Denken, welches das Gedachte mit Wirklichem verwechselt."[11] Zwei dialektische Brechungen müssen hier berücksichtigt werden:

1. Jede Sache, jeder Gegenstand meint Materie in Bewegung (objektive Brechung: Dialektik der Natur bzw. der Gesellschaft).

2. In der Betrachtung erfahren Gegenstand und Sache eine zweite Brechung, da das Subjekt in sie Eingang findet (subjektive Brechung: Dialektik zwischen Objekt und Subjekt).

Nur die Wirklichkeit selbst ist in ihrer Gesamtheit wahr. In dieser Totalität läßt sie sich nicht darstellen, es geht daher um spezifische Inhalte und Formen, um Wesen und um Substanz des gesellschaftlichen Prozesses. Einzelne Aspekte sind diesem untergeordnet.

Besonderes und Allgemeines

Was der Historiker erforscht, ist alles schon gewesen. Aber das Wesen des Gewesenen wirkte und wirkt nach, seine Substanz ist für das Morgen des Gestern, also auch für das Heute von Bedeutung. Geschichte ist die Zusammenfassung und Ordnung der Spezifika einer Zeit, jener, die hervorragend eingewirkt haben und/oder nachwirken. Geschichte ist nicht Geschichte des Alltäglichen. *Geschichte soll sein das Spezifische, das das Allgemeine prägt.*

„Die Wahrheit des Seins ist das Wesen."[12] Dieses zu entdecken ist die Aufgabe der Wissenschaft. Sie darf sich also nicht mit den Erscheinungsformen begnügen, sondern hat stets den „verborgenen Hintergrund"[13] zu suchen: „Die ersteren reproduzieren sich unmittelbar spontan, als gang und gäbe Denkformen, der andre muß durch die Wissenschaft erst entdeckt werden."[14]

Wäre es mit dem Wissen allein getan, bräuchte man ja gar keine Wissenschaft. Denn nicht – wie das Wort irrtümlich suggeriert – Wissen schafft Wissenschaft, sondern erst die systematische Ordnung und Theoretisierung desselben. Wissenschaft kann nicht einfach aus der Wirklichkeit deduziert werden. Sie bedarf des theoretischen Zusatzes, eines Treibmittels, um überhaupt keimen zu können.

Die Herausforderung der Geschichtswissenschaft besteht also darin, das Wesentliche des Besonderen als auch des Allgemeinen in ihrer Dialektik im historischen Prozeß zu erkennen und zu benennen, auszuwerten und zu bewerten. Es geht um das Besondere im Allgemeinen und um das Allgemeine im Besonderen, nicht jedoch um das Allgemeine und um das Besondere an sich. Erst in der Beziehung von *Allgemeinem* zu *Besonderem* entsteht Erkenntnis, deren Systematisierung sich die Wissenschaft zur Aufgabe gemacht hat. Das Besondere zeichnet sich dadurch aus, daß es fest im Allgemeinen verankert, eben sein besonderer Ausdruck ist. Es ist so zu unterscheiden vom *Absonderlichen* bzw. *Sonderbaren*, das sich eben abgesondert hat und sich in seiner Gegensetzung zur Welt gefällt. Es trägt sektiererischen Charakter, ist Auswurf und hat keinen Bestand.

„Der Historiker interessiert sich nicht wirklich für das Einmalige, sondern für das Allgemeine im Einmaligen."[15] Er hat mehr zu sein als ein Chronist der Geschehnisse, seine Qualitäten lassen sich nicht vom Material, das er zusammengetragen hat und das er in einem fehlgeleiteten Glauben gar auf sein Publikum – falls er dann noch eines hat – losläßt, ableiten, sondern aus der spezifischen Verknüpfung der geschichtsträchtigen Momente in seinem Werk. Dem Historiker hat es nur sekundär um Wissensvermittlung zu gehen, primär geht es um Erkenntniserweiterung.

Ob er das Neue anhand von neuem Material sagt, ist da nicht so wichtig. Natürlich ist Erkenntnis ohne Wissen unmöglich, doch ist nicht davon auszugehen, daß sich aus dem Wissen an sich schon Erkenntnis ableiten läßt. Nicht bloß was war, hat zu interessieren, sondern vor allem, *warum es war, wie es gewesen ist.* Der Historiker hat zu wägen. Nichts was war, sollte ihm selbstverständlich sein, sondern von ihm immer nur als eine – wenn auch in den meisten Fällen die wahrscheinlichste – Variante der Verknüpfung verschiedenster Faktoren des gesellschaftlichen Prozesses vorgestellt werden.

Moment und Dasein

Gegenwart ist die Zukunft, die soeben Vergangenheit geworden ist. Als eigenständige Zeit ist sie eine Fiktion, und doch hat sie für den Menschen den – sofern dieser Superlativ zugelassen wird – realsten Bezug: nur in ihr findet das Leben statt. Das wirkliche Leben ist für den Menschen der Moment, den er nach hinten und nach vorne in die Länge zieht. Gegenwart ist die Zeit, die noch ist und schon ist. So streckt sie sich vom Moment zu einem eigenständigen Kontinuum. Sie bestiehlt Vergangenheit und Zukunft um das ihr Nahekommende.

Als gedankliche Konstruktion macht die Gegenwart durchaus einen Sinn. Walter Benjamin schreibt: „Auf den Begriff einer Gegenwart, die nicht Übergang ist sondern in der Zeit einsteht und zum Stillstand gekommen ist, kann der historische Materialist nicht verzichten. Denn dieser Begriff definiert eben die Gegenwart, in der er für seine Person Geschichte

schreibt."[16] In dieser Betrachtung ist jene mehr als ein Zeitpunkt, wird Zeit, kennt Dauer, wird Jetztzeit, die Zeit, die immer ist. Die Gegenwart oszilliert zwischen einem tatsächlichen Augenblick des Umschlags und einer imaginären Unendlichsetzung.

Für die Menschheit ist der *Moment* eine vernachlässigbare und unsichtbare Größe. Für den einzelnen Menschen jedoch hat gerade dieser die allergrößte Bedeutung. Nie lebt er woanders, obwohl er immer woanders gelebt hat und immer woanders leben wird. Der Moment hat sozusagen einen hervorragenden Wert für den Menschen, auch und gerade weil er so beschränkt und unangreifbar, weil ungreifbar ist. Der Moment ist jeden Moment vorbei. Der Augenblick mag noch so schön sein, er ist nicht aufzuhalten. Aber er ist. Und er ist immer und ewig, eben weil ein Moment den anderen ablöst. Am Moment läßt sich auch sehr gut demonstrieren, daß jedes Dasein ein Fortsein (somit Nichtsein) ist, reines Sein und reines Nichts somit identisch sein müssen.

Idealismus und Metaphysik

Jeder Mensch neigt in seiner eigenen Idealisierung zu Idealismus und Metaphysik. Wer ist schon gern ein Staubkorn des Universums? Ist der Mensch nicht mehr (oder noch nicht), kann die Welt ihm nichts bedeuten, sie ist *für ihn* nur, wenn er *da ist*. Ihre Wirklichkeit ist ihm an sein Dasein gebunden. Leben heißt, daß das was wird, auch wieder vergeht. Die Zeit auf Erden, die uns gegeben, die nennt man Leben. Nur so ist es zu erklären, warum das Individuum so ungern sein Leben verliert. Außerhalb seines Lebens ist für ihn kein Leben.[17] Außerhalb seiner Existenz existiert für ihn nichts.

Natürlich ist das Sein nicht an sein Sein gebunden, sein Sein aber schon. *Sein Sein* ist ein Dasein, ein „In-der-Zeit-sein".[18] Und doch bleibt nichts, wie es ist. Auch dieses Sein ist ein Werden und Vergehen, ein Relatives in Zeit und Raum. Flüchtig wie alles. Sicher wie nichts. Nur im Moment kann man in-der-Zeit-sein, das Gestern ist vorbei und das Morgen noch nicht herbei. Existentielle Sicherheit gibt es nur im Moment. Die Streckung dieses Moments ist ein menschliches Charakteristikum, eine tägliche Aufgabe, die doch scheitern muß. Der Tod beseitigt dann mit dem Individuum die letzten Zweifel über die individuelle Gegenwärtigkeit. Stets.

Auch wenn der Mensch von etwas Vergangenem zehrt oder sich auf etwas Zukünftiges freut, er erlebt und erfährt sich und die Welt immer nur im tatsächlichen Moment des Augenblicks. In der Vergangenheit hat niemand mehr reale Möglichkeiten. Sie ist *eine*, eins und abgeschlossen, es gibt keine verschiedenen Vergangenheiten. Nichts ist so unumstoßbar wie das Gewesene. Auch Interpretationen ändern nichts mehr am abgelaufenen Geschehen, aber vielleicht am laufenden, für das sie ja eigentlich gedacht sind. Für ersteres sind jene völlig irrelevant, nicht bloß, weil das Gewesene sowieso nicht Subjekt ist, sondern auch weil die Subjekte der Vergangenheit – selbst wenn die Menschen, die da gehandelt haben, noch leben – in die Vergangenheit nicht mehr eingreifen können. Sie mögen Schlüsse für die Zukunft ziehen, aber das ist etwas gänzlich anderes. Was war, war, was ist, ist, nur in was sein wird, können wir uns gestalterisch einbringen.

Bloß die Zukunft ist von uns abhängig. Nur von ihr soll im Plural (*Zukünfte*) gesprochen werden. Für die Vergangenheit ist die Mehrzahl unangebracht. Auch wenn unzählig viele Vergangenheiten möglich gewesen wären, hat es doch nur eine bestimmte gegeben. Und – das vor allem verhindert jedweden Plural – wir können keine andere mehr herstellen, weil es uns nicht gegeben ist, rückwirkend in die Zeit einzugreifen, aus der Dimension, die nur eine Richtung kennt, nämlich der Zukunft, auszusteigen. Die Vergangenheit ist die *geschlossene* Zeit, Zukunft ist die *offene* Zeit, Gegenwart das, wo temporale Geschlossenheit und Offenheit aufeinander treffen.

Relevanz und Relevanzverlust

Geschichte hat nur, was von dem Geschehenen eine besondere Relevanz für dessen Zukunft hat. Diese Relevanz wird mit dem zeitlichen Voranschreiten sich verändern. Im Normalfall mehr ab- als zunehmen. Die Tendenz geht Richtung *historischer Relevanzverlust*. Als Regel, die selbstverständlich auch ihre Ausnahmen kennt, mag gelten: *Je größer die zeitliche Distanz zu einem historischen Ereignis, desto geringer ist seine Relevanz*. Die Bedeutung vieler historischer Fakten wird daher abnehmen, sodaß sie früher oder später den Charakter des historischen Faktums verlieren.

Relevanzverlust bedeutet, daß die Relevanz jedes historischen Ereignisses, jedes bedeutenden Entwicklungsprozesses durch die zeitliche Voranschreitung in seiner weltgeschichtlichen Bedeutung gegen Null tendiert. Wenngleich es freilich nie Null werden kann, kann es als historischer Bezugspunkt verschwinden, eben weil es nicht mehr wahrgenommen wird oder wahrgenommen werden braucht.

Neues Material legt sich über ältere Quellen. Neuere Geschichte verdrängt ältere in ihrer Relevanz für die Gegenwart. Sie ist ganz einfach näher, diese Nähe ist deutlicher spürbar. Geschichte ist so ein dynamischer Prozeß, bedarf der laufenden Erneuerung und des stetigen Abgangs. Die Kriterien, nach denen Objekte auf ihren historischen Gehalt geprüft werden, ändern sich ständig. Die zeitliche Distanz zwischen Gegenstand und Gegenwart ist aber das Gewichtigste, das den Relevanzverlust bestimmt. Ereignisse, Theorien, Faktoren, Prozesse können *enthistorisiert* werden, im Meer der Vergangenheit untergehen. „Geschichte ist nur, insofern sie sich selbst siebt,"[19] wie Günther Anders einst erklärte. *Historia cum tempore fugit.*

Geschichte verdünnt sich in der Zeit. Sie verliert, ohne jedoch weniger zu werden, da sie gleichzeitig gewinnt. Geschichte schöpft aus dem Materialienreichtum, den Quellen der Vergangenheit, aber sie geht nicht in diesen auf, ist etwas qualitativ anderes, obwohl sie nur aus diesen Bereichen ihren Rohstoff entnehmen kann. Ihr Produkt ist eine spezifische Transformation, keine bloße Wiedergabe nach dem Motto: wie es wirklich gewesen ist.

Geschichte meint, daß Aspekte der Vergangenheit durch die Gegenwart geschleift werden; angesteckt von den modernsten Erkenntnissen, zerlegt und wieder zusammengefügt, beinhaltet sie Wissen, das in der Zeit des historischen Gegenstands völlig unmöglich gewesen war, während Wissen, das seinerzeit selbstverständlich war, verloren gegangen ist. Wissen (von) der Vergangenheit verliert an Kraft und Ausstrahlung, wenn es nicht in das zeitgenössische Wissen eingebaut werden kann. Alles, was hingegen brauchbar erscheint, wird aufgehoben, auch wenn es in seinen neuen Formen dann nicht mehr an seinen Ursprüngen gemessen werden kann, weil es ein qualitativ Anderes geworden ist.

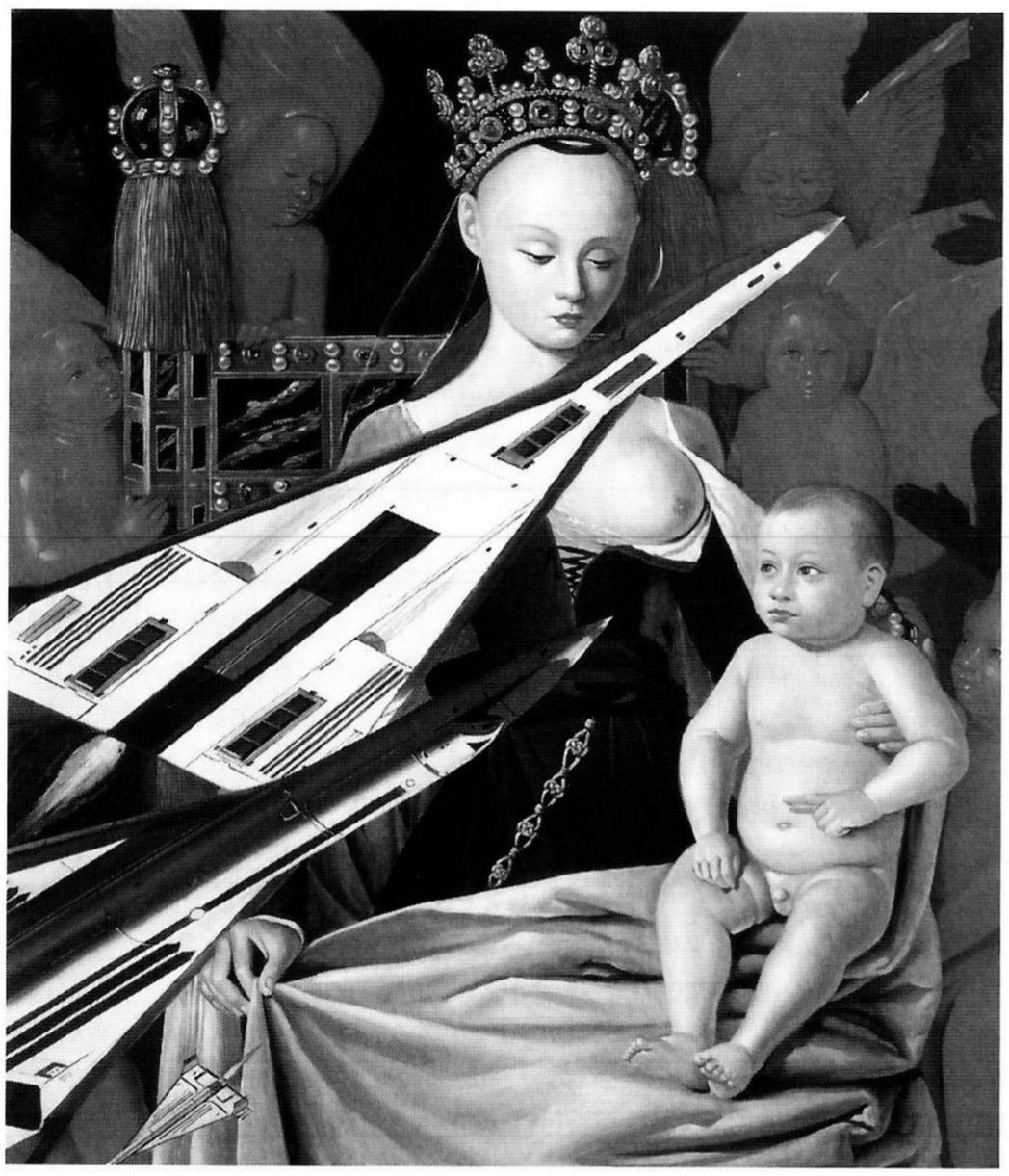
Geschichte von unten

Die Geschichte ist natürlich primär eine des Siegenden und somit der Sie-

ger, denn gerade in ihnen, durch sie bekommt das Herrschende, das sie verkörpern und darstellen, einen programmatischen und prägenden Ausdruck. Geschichte ist *Herrschaftsgeschichte*, unabhängig davon, ob wir sie legitimieren oder kritisieren. Es ist ja die Herrschaft, die die herrschenden Verhältnisse bestimmt und prägt, ihnen ihren besonderen Ausdruck verleiht. „Die Beherrschten sind immer nur ‚mit-geschichtlich'."[20]

Daher vermögen wir auch mit Schlagwörtern wie „Geschichte von unten" oder „Geschichte des Alltags" wenig anfangen. Das „Unten" und der „Alltag" kennen im engeren Sinn keine Geschichte, sie sind Beiwerk der gesellschaftlichen Entwicklung. Erst durch ihre Transformation in etwas anderes, zum Beispiel im Aufstieg der Arbeiterklasse zur Arbeiterbewegung werden sie geschichtsträchtig, weil gesellschaftlich mächtig. Was die Maurer taten, als die Chinesische Mauer fertig war, oder ob Caesar im Gallischen Krieg einen Koch mithatte, ist historisch irrelevant, interessiert nicht einmal den lesenden Arbeiter.[21]

Geschichte von unten ist Unsinn. Setzt sie sich durch, ist sie nicht mehr unten durch, sondern geschichtsträchtig, setzt sie sich nicht durch, ist sie geschichtsunwirksam, eben Durchfall. Das *Bestimmende* ist interessant, gerade auch von emanzipatorischer Perspektive her betrachtet. Das *Bestimmte* ist nur interessant ob seiner Bestimmung, nicht aufgrund seines einfachen Daseins. Am Allgemeinen interessiert das Besondere, das *Für-Sich,* nicht das *An-Sich. Geschichte ist das substantielle Konzentrat vergangener Geschehnisse von Relevanz.*



Erró: Decollage, 1974

Universalgeschichte und Telos

Stellvertretend für viele schreibt Kant: „Man kann die Geschichte der Menschengattung im großen als die Vollziehung eines verborgenen Plans der Natur ansehen, um eine innerlich- und, zu diesem Zwecke, auch äußerlich-vollkommene Staatsverfassung zu Stande bringen, als den einzigen Zustand, in welchem sie alle ihre Anlagen in der Menschheit völlig entwickeln kann."[22] Und an anderer Stelle: „Ich werde also annehmen dürfen: daß, da das menschliche Geschlecht beständig im Fortrücken in Ansehung der Kultur, als dem Naturzwecke desselben, ist, es auch im Fortschreiten zum Besseren in Ansehung des moralischen Zwecks seines Daseins begriffen sei, und dieses zwar bisweilen unterbrochen, aber nie abgebrochen sein werde."[23]

Auch der Marxismus stand unter diesem teleologischen Dogma, das heute – nach den beiden Weltkriegen, nach Ausschwitz und Hiroshima, nach Tschernobyl, AIDS und dem Ozonloch – so nicht mehr zu halten ist.[24] Vorerst einmal möchten wir Adorno zustimmen: „Universalgeschichte ist zu konstruieren und zu leugnen. Die Behauptung eines in der Geschichte sich manifestierenden und zusammenhängenden Weltplans zum Besseren wäre nach den Katastrophen und im Angesicht der künftigen zynisch. Nicht aber ist darum die Einheit zu verleugnen, welche die diskontinuierlichen, chaotisch zersplitterten Momente und Phasen der Geschichte zusammenschweißt, die von Naturbeherrschung, fortschreitend in die Herrschaft über Menschen und schließlich die über inwendige Natur. Keine Universalgeschichte führt vom Wilden zur Humanität, sehr wohl eine von der Steinschleuder zur Megabombe."[25]

Es stellt sich aber gleich die Frage, ob mit der Erledigung dieses religiös-abendländisch-aufklärerisch-marxistischen Credos überhaupt ein Eliminieren jedweder teleologischen Ausrichtung ansteht, oder nicht. Ein kategorisches Verwerfen des Telos ist bestenfalls resignativ, schlimmstenfalls wird es offen konservativ, da es die Zustände als eben gegeben hinnimmt, alles andere als schlechte, ja gefährliche Utopien ablehnen und denunzieren muß, außer Modernisierung nichts zulassen kann.[26]

Gerhard Scheit schreibt: „Die Geschichte hat kein Ziel, sie kennt allerdings Wendepunkte. Kein Subjekt namens Menschheit hat den Prozeß der Vergesellschaftung, der ihr zugrunde liegt und den man irrtümlicherweise Fortschritt nennt, geplant, kein Gott und keine Klasse, auch nicht das männliche Geschlecht."[27] Jawohl, die Geschichte hat kein *Ziel*, aber trotzdem gilt es *Ziele* zu setzen und zu wollen. Man sollte zwar von Endzielen und Endzuständen absehen, sich jedoch nicht Vorhaben und Aufgaben gänzlich abschminken. Auch eine geglückte sozialistische Transformation, die diesen Namen wirklich verdient, vollendet keine Geschichte – besser gesagt: sie ermöglicht diese erst(!) –, verhilft ihr nur zu neuen Kriterien.

Der postmoderne Regreß von der Bestimmung zur Stimmung kann wohl kaum die Alternative sein. Er ersetzt das Ziel bloß durch aktuelles Einerlei, solche Auffassung ist „nur die einfache Umkehrung der Teleologie, nicht deren Kritik."[28] Es gibt also zwei Möglichkeiten der Verabschiedung des falschen Telos: Ziellosigkeit durch Zielaufgabe – die postmoderne Variante; oder Zielrelativierung (eben vom abstrakten Ziel zu konkreten Zielen) als neue Zielorientierung – die emanzipatorische Variante.

Das Ziel wird im zweiten Fall seiner ultimativen Metaphysik entkleidet, erfährt durch den notwendigen Paradigmenwechsel seine rettende Transformation. Doch damit verschwindet es nicht, verliert auch nicht die Kraft der Wegsuche. Der kategorische Zwang verfällt, die hypothetische Orientierung verbleibt. Ziel soll eben nicht als metaphysischer Ort mißverstanden

werden, als das erreichbare, gar gültige, ja endgültige Dasein.

Möglichkeit und Verunmöglichung

Fortschritt und Geschichte sind nicht zu trennen. Eine der meistzitierten Aussagen Hegels lautet: „Die Weltgeschichte ist der Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit – ein Fortschritt, den wir in seiner Notwendigkeit zu erkennen haben."[29] Hegel sagt damit, daß – und das gilt es aufgrund der schlampigen Mißdeutungen zu betonen – die Geschichte nicht Fortschritt der Freiheit, sondern Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit ist.

Was ein bedeutender Unterschied sein kann. Denn: Die Zunahme der menschlichen Möglichkeiten und Fähigkeiten darf nicht verwechselt werden mit der Emanzipation schlechthin, sie ist Bedingung, nicht Erfüllung. Freiheit meint hier objektive Erweiterung des Bewußtseins und Denkens, Freiheit meint weiter die fortschreitende Befreiung des Menschen von der Natur, und daß diese Freiheit des Könnens unumkehrbar ist, da wir das, was wir wissen, nicht mehr verlernen können.[30] Oder skeptisch formuliert: „Wir sind unfähig, das einmal Gekonnte nicht mehr zu können. Nicht an Können fehlt es uns also, sondern an Nichtkönnen."[31] (Günther Anders)

Geschichte – und das trifft heute im besonderen, weil beschleunigtem Maße zu – bedeutet Vermehrung im Bereich der menschlichen Möglichkeiten, nicht aber unbedingt im Bereich menschlicher Wirklichkeiten. (Jetzt im positiven Sinne verstanden.) Möglichkeiten und Wirklichkeiten können gerade aufgrund der Fortschritte in der Produktion auseinanderdriften, die neuen Möglichkeiten nicht Chancen eröffnen, sondern alte Sicherheiten zerstören. Möglichkeiten, die keine Wirklichkeiten werden, haben freilich nur imaginäre Potenzen. Oder noch schlimmer: Möglichkeiten, die zu *Verunmöglichungen* führen, sind nicht nur nicht auszuschließen, sondern decken gegenwärtig den Großteil des Risikopotentials ab.

Daher dürfen diese Möglichkeiten nicht ausschließlich oder primär als willkommene Freiheiten, als Erweiterungen und Erleichterungen, gesehen werden. Sie sind auch Bedrohungen, vor allem sozial und ökologisch ist die Erweiterung der menschlichen Möglichkeiten destruktiv geworden. Immer mehr Möglichkeiten geraten zu Verunmöglichungen. Menschliche Leistung schlägt qualitativ in ihr Gegenteil um, vor allem dann, wenn der neue Inhalt sich im alten Rahmen nicht mehr wiederfindet, sich aber in ihn zwängen muß.

Historische Determinante

Geschichte meint *fortschreiten*, ist somit *Fortschritt. Der Fortschritt ist das dynamische Prinzip menschlicher Entwicklung. Fortschritt* meint immer ein *Darüberhinausgehen*, ein *Überschreiten*, ein *Weggehen; Modernisierung* hingegen bloß ein *Weitermachen*, ein Adaptieren und Reformieren der alten Substanz. Fortschritt ist also die dialektische Aufhebung der steten Modernisierung, ihr Quantensprung.

Die Menschen betätigen sich nicht in einem Kreislauf, sondern spiralenförmig aus ihm heraus. Leben ist hier – und nur hier! – mehr als biologische Existenz, es ist sozial begründet und ausgelegt, mehr als eine sich eben ereignende Variation des Immergleichen. Hier ist auch der wesentliche Unterschied zwischen erster und zweiter Natur zu verorten, so fließend manche Übergänge im Konkreten auch sein mögen. Die Frage ist also nicht, ob es Fortschritt gibt oder nicht, sondern ob er gestaltbar wird oder nicht. Ob die Menschen weiterhin ihren Geschicken ausgeliefert sind, oder ob sie sich diese unterordnen können.

Fortschritt ist das Prinzip der menschlichen Entwicklungsspirale, die *historische Determinante* schlechthin. Wenn uns der Fortschritt im Griff hat, ist die Frage, ob wir den Begriff des Fortschritts fallen lassen sollen, hinfällig. Die abstrakte Frage, ob man für oder gegen den Fortschritt sei, ist also geradewegs wie die Frage, ob man für oder gegen die Geschichte sei, oder noch zugespitzter: für oder gegen das Essen. Auf der Ebene der Bekenntnisse ist jedenfalls weder theoretisches noch praktisches Terrain zu gewinnen.

Der hier vorgeschlagene Begriff ist restriktiv, in gewisser Hinsicht dogmatisch. Er mag prinzipiell abgelehnt werden, – vor allem von jenen, die Fortschritt a priori positiv besetzen oder negativ umpolen – in seiner Logik erscheint er aber zwingend. Fortschritt als kulturelle Abstraktion, als anthropologische Konstante der zweiten Natur ist demnach nicht kritisierbar, erst in der jeweiligen Konkretion gilt es den jeweiligen Fortschritt zu überprüfen und zu bewerten.

Fortschritt ist die Form, nicht der Inhalt der historischen Entwicklung. Fortschritt ist Schicksal. Daraus folgt aber keineswegs ein blindes Bekenntnis, daß Fortschritt per se als positiv betrachtet werden kann. Eine sehende Erkenntnis hat vielmehr davon auszugehen, daß Entwicklung Konstruktion und Destruktion in sich birgt, man der Transformation also weder mit Fortschrittsgläubigkeit noch mit Kulturpessimismus gerecht werden kann.

Unsere Fortschrittsdefinition ist eben nicht (gleich dem Hegelschen Weltgeist[32]) zu verwechseln mit einem universellen Fortschrittsglauben, der der Menschheit trotz mancher Widrigkeiten einen geraden Weg zum Schönen und Guten verheißt. Umgekehrt heißt das aber auch, daß man Fortschritt nicht gleich einem Sündenfall betrachten kann, wie etwa Gregory Bateson allen Ernstes zu schreiben: „Es scheint, als sei das System Mensch-Umwelt seit der Einführung von Metallen, des Rades und der Schrift wirklich immer unstabiler geworden."[33] Es geht vielmehr darum, eine Position der kritischen Akzeptanz zu gewinnen, die zuguterletzt fragt: Was hier und jetzt tun? Welches Eingreifen folgt dem Begreifen?

Fortschritt ist also nicht gleich Politik und Ökonomie, Demokratie und Recht lediglich ein Formprinzip kapitalistischer Moderne, sondern wird hier quasiontologisch für die gesamte zweite Natur geltend gemacht. Er ist Modus historischer Entwicklung. Auch in vorkapitalistischen Gesellschaften hat es Fortschritt – wenngleich seine qualitativen Bewegungen sich in längeren Zeiträumen bemessen – gegeben, ansonsten bleibt die Herausbildung der Warenwirtschaft und die Durchsetzung des Kapitalismus ja völlig im Dunkeln. Bestimmte Formationen müssen Dynamiken gekannt haben, die über sie hinauswiesen. Wenn die Geschichte bisher eine Geschichte von Fetischformen und somit des Fetischs gewesen ist, muß der Nucleus des Werts in älteren Fetischformen gesucht werden. Wie hätte er sich sonst herausbilden können?

Quantität, Qualität und Maß

Maß des Fortschritts ist die Herstellung eines vergleichbaren qualitativen Produkts in einem kürzeren Zeitquantum. Dies ist auch die quantitative (aber eben nicht: qualitative!) Vorbedingung jedweden gesellschaftlichen Reichtums. Insofern ist der Lehrsatz: *„Zeit ist der Weg zum Haben"*[34] (Anders) nicht nur ein kapitalistischer.

Es mag vorerst einmal gänzlich widersprüchlich sein, den Fortschrittsbegriff inhaltlich zu entleeren, um ihn

dann hinterrücks durch Einführung eines Maßes wieder aufzuladen. Aber das galt es ja gerade zu sagen: Fortschritt an sich ist richtungslos, betrachten wir ihn von der inhaltlichen Bestimmung, der Qualität her. Fortschritt ist aber nicht frei von Veränderung des Quantums. Das heißt er ist einerseits ungerichtet und ungezielt, andererseits aber nicht resultatslos. Der logische Bruch im Begriff des Fortschritts deutet möglicherweise aber auch auf einen bisher unaufhebbaren Doppelcharakter desselben hin: einmal als abstraktes Prinzip des Fortschreitens, das andere Mal auf die Betrachtung des konkreten Resultats jeden Fortschritts.

Der offensichtliche und stete Zeitgewinn kann jedenfalls heute kaum in allgemeine Zeitsouveränität umgewandelt werden, er wird immer weniger effektiv. Der konkrete Zeitgewinn ist nämlich einer abstrakten Zeitnutzung unterworfen, er hängt an der ökonomischen Rentabilität. Ähnliches gilt für die Reichtumsverteilung, die materiell betrachtet wohl noch nie so absurde Proportionierungen angenommen hat wie am Ende dieses Jahrhunderts. Das grundsätzliche Problem ist: Die Quantität schlägt nicht in die diagnostizierte Qualität um, die stofflichen Möglichkeiten des Reichtums verrecken an den kapitalistischen Bedingungen. Der Quantität sind Grenzen gesetzt durch Quantum und Qualität.

Wir sind hier aber grundsätzlich optimistischer als etwa Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, die behaupten: „Jeder Versuch, den Naturzwang zu brechen, indem Natur gebrochen wird, gerät nur umso tiefer in den Naturzwang hinein."[35] Oder: „Der Fluch des unaufhaltsamen Fortschritts ist die unaufhaltsame Regression."[36] Konsequent zu Ende gedacht, wäre die Dialektik der Kultur letztlich nichts anderes als eine Mechanik der Natur. Die These kann in dieser apodiktischen Form nicht unterstützt werden. Einen Automatismus, wo auf jede Befreiung vom Naturzwang ein neuer adäquater Naturzwang folgt, können wir nicht ausnehmen. Horkheimer/Adorno verfallen hier geradezu einer fatalistischen Sicht: Plus erzeugt Minus. Ja, die Quanta werden gleichgesetzt: Plus ist gleich Minus.

In Wirklichkeit halten diese sich selten die Waage zum Nullsummenspiel, tätigt die „List der Vernunft"[37] (Hegel) Konstruktives und Destruktives unterschiedlichen Ausmaßes. Worin die beiden Autoren freilich recht haben, ist, daß jeder Eingriff auch eine destruktive Komponente beinhaltet, jedes Gut ein Böse birgt. Keine Chance, die nicht mit ihrer Gefahr das Licht der Welt erblickt.

Was sich hingegen konkret realisiert oder nicht, hängt nicht von irgendwelchen sachlichen Eigenschaften des Produkts oder des Produzierens ab, sondern von den gesellschaftlichen Bezügen, in denen sie sich entfalten. Jene beherbergen emanzipatorische wie antiemanzipatorische Züge. Welche Züge mehr zum Zug kommen, ist nicht a priori ausgemacht. Die Aufgabe der Menschen besteht in der Auslotung der Grenzen. Doch darauf können sie sich nur konzentrieren, wenn anderweitige Kriterien – der Wert in all seinen Verkleidungen vom Sachzwang bis zur Standortsicherung – überwunden sind.

Zuviel und zuwenig

„Eine Kritik der Grenzen des Menschen, also nicht nur der seiner Vernunft, sondern der Grenzen aller seiner Vermögen (der seiner Phantasie, seines Fühlens, seines Verantwortens usf.), scheint mir heute, da sein Produzieren alle Grenzen gesprengt zu haben scheint, und da diese spezielle Grenzsprengung die noch immer bestehenden Grenzen der anderen Vermögen um so deutlicher sichtbar gemacht hat, geradezu das Desiderat der Philosophie geworden zu sein"[38], schrieb Günther Anders bereits 1956.

Solche Grenzen sind jedoch nicht als fixe oder absolute Größen zu verstehen, sondern als dynamische Leitlinien. Es gibt nicht nur die *Grenzen des Wachstums*, es gibt auch ein *Wachstum der Grenzen*. Was es nicht gibt, ist einerseits eine *kategorische Grenze* bzw. andererseits *prinzipienlose Schrankenlosigkeit*.

Noch immer gilt Aristoteles' Lehrsatz: „Als erste Erkenntnis nun ist festzuhalten die, daß alles was irgendwie einen Wert darstellt, seiner Natur nach durch ein Zuviel und ein Zuwenig zerstört werden kann."[39] Dieses *Zuviel* oder *Zuwenig* muß aber heute mehr denn je anhand inhaltlicher Gesichtspunkte diskutiert werden, darf sich nicht zwangsläufig aus anderen Prinzipien, zum Beispiel der Wertlogik ergeben. Diese ist nämlich blind gegenüber den Folgen. Deren Ausmaße sind heute dermaßen ins Beträchtliche gestiegen, daß kaum noch ein Prinzip von „trial and error" (etwa in Form von Großexperimenten in der Atom- oder Gentechnologie) geduldet werden kann.

Es ist die Kapitalverwertung, die heute die letzten Behutsamkeiten zertrümmert und Vorsichten zerstört. Es gibt gegenwärtig keinen materiellen Grund, die technologischen Möglichkeiten der Menschen zu dynamisieren und auszureizen, im Gegenteil, es gilt die Forschung und Produktion zu *entschleunigen*, sie endgültig aus der Verwertungsmaschinerie zu lösen. Erst dann „wäre es möglich, zwischen verschiedenen Gebrauchswerten, zwischen verschiedenen Techniken zu differenzieren, ehe sie produziert oder angewendet werden; erst wenn die Akkumulation gestoppt ist, könnte die Produktivität – an deren Gefälle täglich Zehntausende zu Grunde gehen – geteilt werden zwischen reichen und armen Gesellschaften."[40]

Bremse oder Wendigkeit

„Geschichte verläuft stets so rasch wie die Geschichte der Veränderung der Produkte"[41], schreibt Günther Anders. Sie ist „ins Rasen geraten"[42]. Das Geschwindigkeitsproblem wird immer offensichtlicher. Und doch ist es nicht zähmbar, sondern nur überwindbar. Es ist deswegen nicht zähmbar, weil die komparative Logik („besser", „schneller", „mehr") der kapitalistischen Logik entspringt, keine von irgendwoher oktroyierte ist. Somit auch nur mit ihr verschwinden kann.

Heikel ist in diesem Zusammenhang daher der Benjaminsche Terminus der *Notbremse*, den Gerhard Scheit zum Titel eines umfangreichen Beitrages gewählt hat. Zunächst erscheint er einmal problematisch als die regressive Zurechtstutzung des Begriffs der *Notwendigkeit*: *Not* wird aufgrund der Evidenz beibehalten, aber die *Wendigkeit* fällt weg, ist scheinbar nicht zu halten. Dafür haben wir jetzt eine Bremse. Sie soll nun Wunder wirken.[43] Auch inhaltlich greift die Bremse nicht, sie überhitzt bloß. Wird nur die Notbremse gezogen, sind autoritäre und/oder mafiotische Formen der Herrschaft realistischer. Und es ist nachgerade der Kapitalismus, der im *Stau* schon seine immanente Bremse (weniger Sozialausgaben, weniger Bildung, weniger Mobilität) tritt, sodaß – verlassen wir mal die Engelssche Lokomotive und steigen um ins Auto – davon gesprochen werden kann, daß je mehr das Gaspedal durchgetreten wird, die Bremse sich immer fester anzieht.

Das Problem der Geschwindigkeit ist nicht nur eines der Beschleunigung, sondern zunehmend auch eines des

eben erwähnten *Staus*, der ja nichts anderes ist als die immanente Verunglückung des Komparativs.[44] Eine Kritik, die jedenfalls nur am Tempo ansetzt, bzw. in einer Entschleunigung per se Möglichkeiten sieht, greift zu kurz. Der Wachstumsfetischismus ist nirgendwo Ursache, immer nur Folge, er ist keine Schaffungsinstanz, sondern Realisierungsform.

Künftig sollte gelten: Das Resultat hat dem Ziel zu entsprechen, nicht das Ziel durch das Resultat desavouiert werden. Resultat und Ziel haben sich unter der Dominanz des letzteren zu gestalten. Das nicht zur Gänze beseitigbare Restrisiko, das heißt, daß man nie davon ausgehen kann, daß das Vorgestellte und das Hergestellte gänzlich identisch sind, muß aufgrund der Potenz der Produktivkräfte so gering als möglich gehalten werden. ■

Dr. Franz SCHANDL ist Historiker und Publizist.

Anmerkungen

1 Wobei freilich auch diese Formulierung prekär ist, da sie Natürliches mit menschlichen Kategorien erklären muß. Doch wie sollte es anders gehen, so es doch nur solche gibt. Strenggenommen wendet die Natur keine Not an, ist ihr alles, was unter menschlichen Modalitäten, den *Keiten* firmiert, fremd. Wir jedoch müssen es so benennen, ansonsten könnten wir gar nicht darüber sprechen.

2 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (1857/58), MEW, Bd. 42, S. 95.

3 Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte; in: ders.; Gesammelte Schriften, Band I.2. Abhandlungen, Frankfurt am Main 1974, S. 701.

4 Louis Althusser/Etienne Balibar, Das Kapital lesen I, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 162.

5 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte (1832), Stuttgart 1961, S. 114.

6 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, Band II. Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1980, S. 274. Die etwas eigentümliche Kursivsetzung ist so dem Original entnommen.

7 Vgl. ebenda, S. 271.

8 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Phänomenologie des Geistes (1807), Werke 3, Frankfurt am Main 1986, S. 18.

9 Edward Hallett Carr, Was ist Geschichte? (1961), Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, 5. Aufl. 1977, S. 103.

10 Zur Kategorisierung der Wirklichkeit siehe: Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Wissenschaft der Logik II., S. 186ff., 200ff.

11 Theodor W. Adorno, Negative Dialektik (1966), Frankfurt am Main, 7. Aufl. 1992, S. 385.

12 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Wissenschaft der Logik II. (1816), Werke 6, Frankfurt am Main 1986, S. 13.

13 Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals (1867), MEW, Bd. 23, S. 564.

14 Ebenda.

15 Edward Hallett Carr, Was ist Geschichte?, S. 62.

16 Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte, S. 702.

17 Die Religionen sind so gesehen Hilfskonstruktionen gegen die Hilflosigkeit der Erkenntnis des einmaligen Daseins. Sie sind Wunschbilder und Trostpflaster gegen das Vergängliche, quasi-ontologische Konstanten der zweiten Natur.

18 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie I. (1817), Werke 18, Frankfurt am Main 1986, S. 51.

19 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, Band I. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution, München 1956, S. 262.

20 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, Band II., S. 273.

21 Vgl.: Bertolt Brecht, Fragen eines lesenden Arbeiters, Gesammelte Werke 9, Gedichte 2, Frankfurt am Main 1967, S. 656.

22 Immanuel Kant, Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, Werkausgabe Band XI, Frankfurt am Main 1991, S. 45.

23 Immanuel Kant, Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis (1793), Werkausgabe Band XI, Frankfurt am Main 1991, S. 167.

24 Die folgenden Passagen können auch als teilweise Revision des eigenen Fortschrittsoptimismus gelesen werden. Vgl. etwa noch: Franz Schandl/Gerhard Schattauer, Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft, Wien 1996, S. 57f., S. 464.

25 Theodor W. Adorno, Negative Dialektik, S. 314.

26 Auf der subjektiven Seite spiegeln das genau jene konvertierten Linken wieder, die heute Loblieder auf Demokratie und Freiheit, Rechtsstaat und Marktwirtschaft, EU und NATO absingen. Die schlimmsten Eiferer sind immer die Ehemaligen.

27 Gerhard Scheit, Notbremse (II). Die Vertreibung aus dem Paradies der Produktivkräfte. Von Karl Marx zu Günther Anders, FORVM, Nummer 458/459, 18. März 1992, S. 31.

28 Gerhard Scheit, Dramaturgie der Geschlechter. Über die gemeinsame Geschichte von Drama und Oper, Frankfurt am Main 1995, S. 30.

29 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, S. 61.

30 Günther Anders, Der Mann auf der Brücke. Tagebuch aus Hiroshima und Nagasaki (1958); in: ders., Hiroshima ist überall, München 1982, S. 23.

31 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, Band II., S. 395.

32 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts (1821), Werke 7, Frankfurt am Main 1986, S. 504.

33 Gregory Bateson, Ökologie des Geistes. Anthropologische, psychologische, biologische und epistemologische Perspektiven (1972), Frankfurt am Main, 3. Aufl. 1990, S. 634.

34 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, Band II., S. 343.

35 Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente (1947), Frankfurt am Main 1971, S. 15.

36 Ebenda, S. 35.

37 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Wissenschaft der Logik II., S. 452.

38 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, Band I., S. 18.

39 Aristoteles, Nikomachische Ethik, Buch II, Stuttgart 1983, S. 36-37 [1103b 26 – 11041 12].

40 Gerhard Scheit, Notbremse [III]. Theorie der Gebrauchswerte, »Sinn und Form«, 45. Jg. (1993), Nr. 2, S. 332-333.

41 Günther Anders, Einleitung in: ders., Hiroshima ist überall, München 1982, S. XXIX.

42 Ebenda.

43 Vgl. Gerhard Scheit, Notbremse (I). Zur Aktualität einer Metapher Walter Benjamins. Von Benjamin zu Marx, »FORVM«, Nummer 452-454, 2. Juli 1991, S. 53.

44 Vgl. dazu Franz Schandl, Der gesellschaftliche Stau, »Streifzüge« Nr. 1/1996, S.1; bzw. unter dem Titel: Wenn Fortschritt Heimsuchung wird, »Neues Deutschland«, 6./7. Jänner 1996, S. 1.

Oh, du teure Bildung

Ein Teil, der vor dem Sommer angekündigten Restriktionen im Bildungswesen und insbesondere an den Hochschulen tritt schon in diesem Herbst in Kraft. Vor allem wurden Lehraufträge gekürzt, ihre Dotierung deutlich herabgesetzt und damit der fest angestellte Lehrkörper vor spürbaren Schnitten bewahrt. Der Einfluß von Menschen, die sonst im »Leben draußen« stehen wurde so weiter minimiert. Hauptziel der Reformen ist jedoch die »Studentenflut« einzudämmen. Das Bild ist passend, hält man sich den Ansturm der Medizinstudenten zu Semesterbeginn vor Augen. Barrieren und Ordnerdienste wurden aufgeboten, um die studierfreudige Jugend, die sich schon die ganze Nacht um Einlaß anstellte, davon abzuhalten zu studieren. Was ist das für ein Land unter den reichsten dieser Erde, das studierwillige Jugendliche von der freien Wahl ihres Bildungsweges abhalten will, sei's durch Stipendien- und Kinderbeihilfenkürzungen, durch Abschaffung der Freifahrt und schließlich durch Ordnertrupps und Demo-Absperrungen?

Die Antwort auf diese Frage wäre bei einem ärmeren Land einfacher. In diesem Heft versuchen unterschiedliche AutorInnen, StudentInnen und HochschullehrerInnen Hintergründe und aktuelle Ausformungen der Bildungskrise auszuleuchten.

Auch wenn man für eine stärkere Entkoppelung zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt eintritt oder wie das in manchen Beiträgen anklingt, diesen Bezug zwischen Bildung und Ausbildung überhaupt durchtrennen möchte, also von »reiner Bildung um der Menschwerdung willen« schwärmt, bleibt auf dem Boden der Tatsachen wichtig, was sich in der Arbeitswelt im Zeichen der Neuen Technologien in Produktion, Verwaltung und Kommunikation verändert hat. Eng damit verbunden stellt sich die Frage nach der Qualität der Arbeit und den dafür notwendigen Qualifikationen.

Rudi Schmiede und Nikolaus Kirstein kreisen um die Themen Informatisierung, Verwissenschaftlichung, um das Funktionalistischer- und Abstrakter-werden von Arbeitstätigkeiten. Ein immer höherer Anteil der Gesellschaftsmitglieder ist mit Informationsverarbeitung in Arbeits- und Medienwelt befaßt. Was bedeutet das für die gesellschaftliche Stellung dieses Milieus? Kann man wie Kirstein – Lyotard bemühend – tatsächlich von einer Bourgeoisifizierung (Verbürgerlichung? Kapitalistenknechte? Trittbrettfahrer?) dieser qualifizierten Angestelltenschichten sprechen? Welchen Beitrag zu dieser Aufstiegs- und Qualifikationsdynamik leistet das Bildungswesen?

Allen Beiträgen ist gemeinsam, daß sie den Selektionscharakter und den Anpassungsmechanismus des Bildungswesens an Kapitalinteressen geißeln. Auch wenn Kirstein den Zusammenhang von Ausbildung und Bildung sieht, verharrt der Blick auf dem »Warencharakter der Bildung«, während die Möglichkeit zum Widerstand, zum emanzipatorischen Aneignen des Herrschaftswissens kaum gesehen wird. Eine solche Sichtweise wird durch Erich Ribolits' Entmystifizierung der Chancengleichheit, dem Slogan der Bildungsexpansion der sechziger Jahre bestärkt, indem er schlüssig nachweist, daß es zwar die Ausweitung des Bildungszuganges gegeben hat, auch mehr Arbeiterkinder an Hochschulen gehen, sich aber an dem prinzipiellen Bildungsprivileg der Ober- und Mittelschichten und ihrer Kinder kaum etwas geändert hat.

In den bisherigen Beiträgen wäre interessant nachzufragen, was der breitere Zugang zur Bildung für ärmere Kinder gebracht hat. Kennzeichnet sie erst recht das sprichwörtliche Aufsteigerverhalten – ein Blick auf die Führungsintelligenz der Sozialdemokratie verleitet dazu, oder gibt es Teile von »Aufsteigern«, die ihr Wissen kritisch gegen jene wenden, die es in Ausbildung und Arbeitswelt lediglich funktionalisieren wollen. Hat die an den bestehenden Institutionen erworbene »Ware« Bildung keinerlei Gebrauchswertseite für den Widerstand? Zumindest unseren AutorInnen dürfte das Bildungssystem dazu verholfen haben jetzt kritisch darüber zu schreiben.

Nach der Lektüre des empirischen Überblicks von Franz Kainz über das österreichische Bildungswesen im internationalen Vergleich, vor allem im Spiegel der Absolventenzahlen von Hochschulen und Gymnasien, wird völlig rätselhaft was die jetzigen Sparmaßnahmen beitragen sollen, um Anschluß an die führenden Industriestaaten zu finden.

Diese kritische bildungsökonomische Darstellung auf der Basis von Zahlen und Daten wird die pauschale Verdächtigung dieser Disziplin als Herrschaftswissenschaft relativieren, wenn gleich Wolfgang Schmid schlüssig nachzeichnet, daß alle Ansätze der Bildungsökonomie auf eine effektivere Abstimmung von Wirtschaftsinteressen und Bildungsnachfrage orientierten.

Erna Appelt beleuchtet das Frauengleichbehandlungsgesetz im Spannngsfeld zwischen Anpassung und feministischen Ansprüchen.

Schließlich wird auch aus studentischer Sicht, aufbauend auf die Kollegen Kirstein und Schmid, von Karin Schneider versucht, aus den Sudentenprotesten des Frühjahrs ein Resumee zu ziehen. Mit diesem Bogen, dem Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten, möchte unser Heft dazu beitragen, den Widerstand gegen die restriktive Sozial- und Bildungspoltik etwas voranzutreiben. Wir wünschen uns natürlich auch viele LeserInnen unter den protestierenden StudentInnenen und LehrerInnen. Am wichtigsten wäre freilich, die Probleme, verständlicher als wir dies konnten, an viel mehr KollegInnen zu vermitteln, und Verbündete außerhalb der Hochschulen für wirklich wirksame Widerstandshandlungen zu finden. Für ein heißes Jahr nach diesem kalten Sommer!

Julius Mende

Die Informatisierung der gesellschaftlichen Arbeit*

Rudi SCHMIEDE

Auf dem Kongreß „Informationsgesellschaft – Medien – Demokratie" im Januar 1996 in Hamburg beschäftigte sich eine der Arbeitsgruppen mit der Frage, ob wir es im Zuge der Informatisierung aller gesellschaftlichen Bereiche auch mit einer „Transformation der Arbeitsgesellschaft?" zu tun hätten. Das Fragezeichen kann weggelassen werden: Entgegen modischen Thesen vom „Ende der Arbeitsgesellschaft" hat eine grundlegende Restrukturierung der gesellschaftlichen Arbeit begonnen, die die allseitige Abhängigkeit von der Arbeit nicht nur nachhaltig verschärft, sondern mit der Ausbreitung von „Informationsarbeit" auch ein neues Niveau der Abstraktheit, der Entqualifizierung und der Polarisierung der Arbeitsverhältnisse mit sich bringt.

Die Debatte über die „Informationsgesellschaft" verdient in Deutschland bislang kaum ihren Namen. Einerseits steht hierzulande die technische Infrastruktur („Datenautobahn", „ISDN" etc.) im Mittelpunkt interessierter Erörterungen; andererseits wird die Informatisierung vor allem mit einzelnen Erscheinungsformen des Massenkonsums (wie Vervielfachung des TV-Angebots, „Teleshopping" und „Telebanking") verbunden. Sonstige gesellschaftliche Probleme werden durch sie gewissermaßen miterledigt, so etwa die Standardisierungstendenzen von Arbeit oder die ökologischen Folgen des Individualverkehrs durch die „Telearbeit". Von einer ernsthaften Beschäftigung mit Perspektiven und Problemen der Informatisierung der Gesellschaft kann bislang kaum die Rede sein.

Der Rückzug auch des vorherrschenden sozialwissenschaftlichen Blicks von den Entwicklungstendenzen der gesellschaftlichen Arbeit vollzieht diese Entwicklung bewußtlos oder gar affirmativ ideologisierend mit, statt kritisch ihre Konsequenzen für die Stellung des Individuums in der Gesellschaft zu reflektieren. Theodor W. Adorno, der sich gewiß nicht einer zu ausgeprägten Neigung zur Arbeitsanalyse verdächtig gemacht hat, diagnostizierte schon in den fünfziger Jahren eine „Krise des Individuums", die für ihn wesentlich mit der Entwicklung von Arbeit zusammenhing. Zwei Zitate mögen dies belegen: „Zunächst glaube ich allerdings, daß, da der Mensch sich wesentlich durch seine gesellschaftliche Arbeit bestimmt und entfaltet, das, was er an sich ist, sich wesentlich konstituiert in der Arbeitssphäre. Wir sind in einem höheren Sinn das, was wir in unserer Arbeit sind, als das, was wir in dem Augenblick sind, in dem wir von unserer Arbeit und damit unserer objektiven gesellschaftlichen Funktion abstrahieren." Veränderungen in der Qualität, der Quantität, der Struktur und nicht zuletzt der Anerkennung der gesellschaftlichen Arbeit sind daher entscheidende Indikatoren dafür, in welcher Weise sich die Prägung des Individuums durch die gesellschaftliche Dynamik zumal in der heutigen Gesellschaft entwickelt, denn „die Gesellschaft, in der wir leben, entqualifiziert die Arbeit, nimmt den Menschen objektiv die Möglichkeit, (...) als Individuen sich selbst zu bestimmen, und würdigt dadurch die Menschen zur Masse herab."[1]

Am umfassendsten wurde die Veränderung der gesamten Struktur der gesellschaftlichen Arbeit in den Theorien und Analyseansätzen thematisiert, die diesen Wandel durch die Verschiebung zwischen gesamtwirtschaftlichen Sektoren beschreiben: Die Theorien der post- oder nachindustriellen Gesellschaft, die in den siebziger Jahren die These der heraufziehenden „Dienstleistungsgesellschaft" proklamierten (Touraine, Bell), wurden in den achtziger Jahren als Theorien der „Informationsgesellschaft" reformuliert (Bell, Masuda) oder um neue Facetten erweitert (Toffler, Schaff).[2] Folgende Merkmale werden – stark zusammengefaßt – dort als charakteristisch für die „Informationsgesellschaft" angesehen:

1. Die Wissensarbeiter (Machlup) oder Informationsarbeiter (Porat) entwickeln sich zur Mehrheit der Arbeitskräfte in der modernen Gesellschaft und spielen zunehmend eine Schlüsselrolle für die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung.

2. Information wird allgemein verfügbar. Dies ist die Basis für eine Dezentralisierung von Entscheidungen, damit für verstärkte Partizipation, mithin demokratisierende Effekte. Die „Informationsgesellschaft" ist also auch eine informierte Gesellschaft und als solche Grundlage freier Individualität.

3. Die „Informationsgesellschaft" eröffnet durch die Globalisierung von Information und Kommunikation weniger und unentwickelten Ländern die Chance des Einstiegs in modernste Technologien. Die Verringerung des Nord-Süd-Gefälles trägt damit zur Lösung der Entwicklungsproblematik bei.

4. Es entsteht eine neue Informationskultur, die vor allem zu einer kulturellen Synchronisierung zwischen verschiedenen Teilen der Gesellschaft und rund um den Globus führt. Dadurch werden neue Formen der Vergemeinschaftung („communities"), die nicht mehr an örtliche Milieus gebunden sind, möglich.[3]

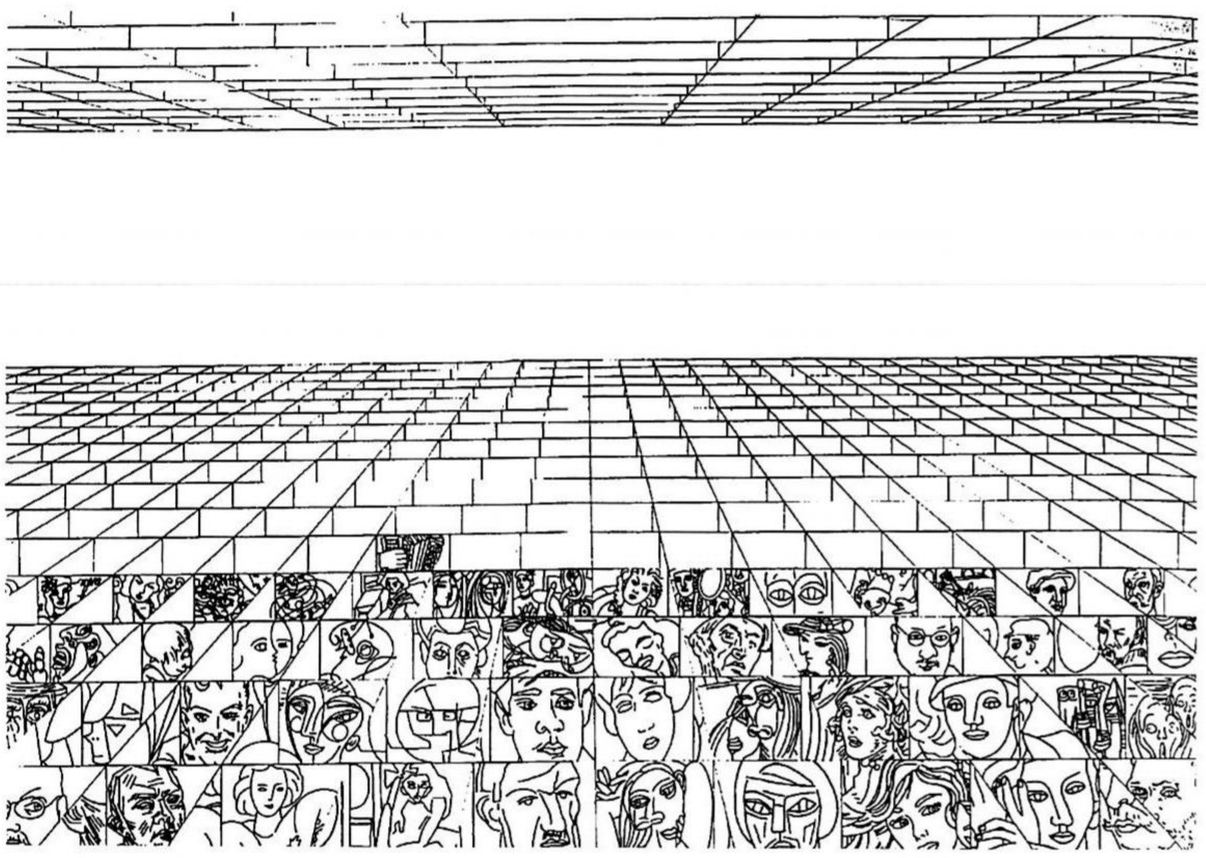
Die Entwicklung zur „Informationsgesellschaft" ist implizit oder explizit als „Marsch durch die Sektoren"[4] konzipiert, der zur Lösung zentraler gesellschaftlicher Probleme und damit zum forcierten ökonomischen, sozialen und politischen Fortschritt beiträgt.

---

* Dieser Beitrag erschien in abgeänderter Form zum ersten Mal in »Forum Wissenschaft« 1/1996, Marburg.

Für die gegenwärtige Entwicklung sei die Entstehung eines neuen und dominierenden 4. Sektors, der durch Informationsarbeit charakterisiert ist, kennzeichnend. Das ganze Argument hängt mithin an der Frage, ob dieser Sektor qualitativ und in bezug auf seine ökonomische Funktion einen trennscharfen, eigenständigen Charakter hat oder nicht.[5] Diese Frage kommt dem informierten Beobachter eigentümlich bekannt vor: Sie stand – in bezug auf den 3. Sektor – vor fast zwei Jahrzehnten im Zentrum der Debatte um die „Dienstleistungsgesellschaft". Ein kurzer Rückblick auf sie führt einer Beantwortung näher.

Der englische Sozialwissenschaftler Jonathan Gershuny hat – um dies kurz in Erinnerung zu rufen – theoretisch argumentiert und empirisch gezeigt, daß die Expansion des sogenannten Dienstleistungssektors zur stärkeren Ausprägung einer „Selbstbedienungswirtschaft" („Self-service Economy") führt. Was ist darunter zu verstehen? Die Dienstleistungen im eigentlichen Sinne (der direkten persönlichen Dienste) sind – so sein Nachweis – historisch rückläufig; sie werden zunehmend ersetzt durch unbezahlte Arbeit in den Haushalten, für die in wachsendem Ausmaß in industriell gefertigte Gebrauchsgüter investiert wird (er nennt als wichtigste Beispiele den Privatverkehr, Fernsehen und Rundfunk und Haushaltsgeräte).[6] Der größte Teil des sogenannten Dienstleistungssektors ist dagegen produktionsbezogen auf die industrielle Güterproduktion, stellt also sogenannte produktionsnahe Dienstleistungen („producer services") dar.[7]



Erró: Arbeitsprozeß

Informations- und Produktionssektor

Der US-amerikanische Ökonom Charles Jonscher[8] fand in einer Input-Output-Analyse der Waren- und Dienstleistungsströme zwischen dem Produktions-, dem Informationssektor und dem Endkonsum von 1947 bis 1972 und einer Hochrechnung bis 1990 genau analoge Trends für die Dynamik und Einbindung des Informationssektors vor. Zusammengefaßt lauten seine Ergebnisse:

1. Der Informationssektor ist zwar im Untersuchungszeitraum erheblich stärker als der Produktionssektor gewachsen; aber

2. wurde der Output des Informationssektors in erster Linie durch die industrielle Güterproduktion, viel weniger direkt durch die Konsumenten genutzt; und

3. war der Warenstrom, der überhaupt am stärksten angewachsen ist, der Fluß industrieller Produktionsgüter in den Informationssektor, um dessen Produktionsmittel zu liefern. Die Dynamik des Informationssektors erklärt sich also zu wesentlichen Teilen aus der intensivierten gesellschaftlichen Arbeitsteilung; er ist im Kern produktionsbezogen, nicht konsumorientiert. Auch wenn man für dieses Argument die gängige Definition und die tatsächliche und sinnvoll begrifflich abgrenzbare Existenz dieses 4. Sektors unterstellt, zeigen diese Ergebnisse, daß die „Informationsgesellschaft" als informierte Gesellschaft, als neuer Schritt zum freien Individuum bislang kaum sichtbar ist. Eine kurze Besinnung auf die in den achtziger und neunziger Jahren in der BRD wie international erfolgte massive Einkommensumverteilung zugunsten der Gewinneinkommen und die dadurch verschärfte Begrenzung der Massenkaufkraft untermauert diese Einschätzung.

Es steht zu vermuten, daß die beiden in diesen Analysen der „Dienstleistungs"- bzw. der „Informationsgesellschaft" beschriebenen Tendenzen durch die Ausbreitung und Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik und die mit ihnen einhergehenden Restrukturierungsstrategien noch verstärkt werden:

1. Dienstleistungsfunktionen lassen sich – denkt man an die gegenwärtig realisierten bzw. entstehenden Möglichkeiten etwa im Bankenbereich, im Einzelhandel oder in den Freizeitindustrien – in erheblich erweitertem Umfang in die Haushalte bzw. in die private unbezahlte Reproduktionsarbeit verlagern.

2. Der gegenwärtige und voraussehbar andauernde Rationalisierungsschub in Wirtschaft und Verwaltung, der unter Begriffen wie „lean production" und „lean administration", „total quality management" und „re-engineering" betrieben wird, trifft vor allem die mittlere Managementhierarchie als bisherigen Träger des betrieblichen Informations- und Entscheidungssystems; hier setzt der massive Einsatz von Techniken der informatorischen Vernetzung und Kontrolle ein, durch den diese mittlere und obere Angestelltenschicht gegenwärtig selbst zum bevorzugten Objekt der Rationalisierungsbegierde geworden ist.

Geht man einen Schritt weiter und hinterfragt die Prämisse des abgrenzbaren 4. Sektors, so macht die oben zitierte Aufstellung der (ILO-) Berufskategorien deutlich, daß es sich bei dem Bezug auf die sektorale Struktur von Wirtschaft und Beschäftigung um Querschnittskategorien handelt; wir kennen dieselbe Diagnose schon aus älteren Untersuchungen und Kritiken der sogenannten post-industriellen oder Dienstleistungsgesellschaft, für die L. Hack[9] und andere Autoren gezeigt haben, daß auch im sogenannten güterproduzierenden (sekundären) Sektor der größere Teil der Tätigkeiten – sortiert nach Tätigkeits- oder Berufsmerkmalen – Dienstleistungsfunktionen sind.

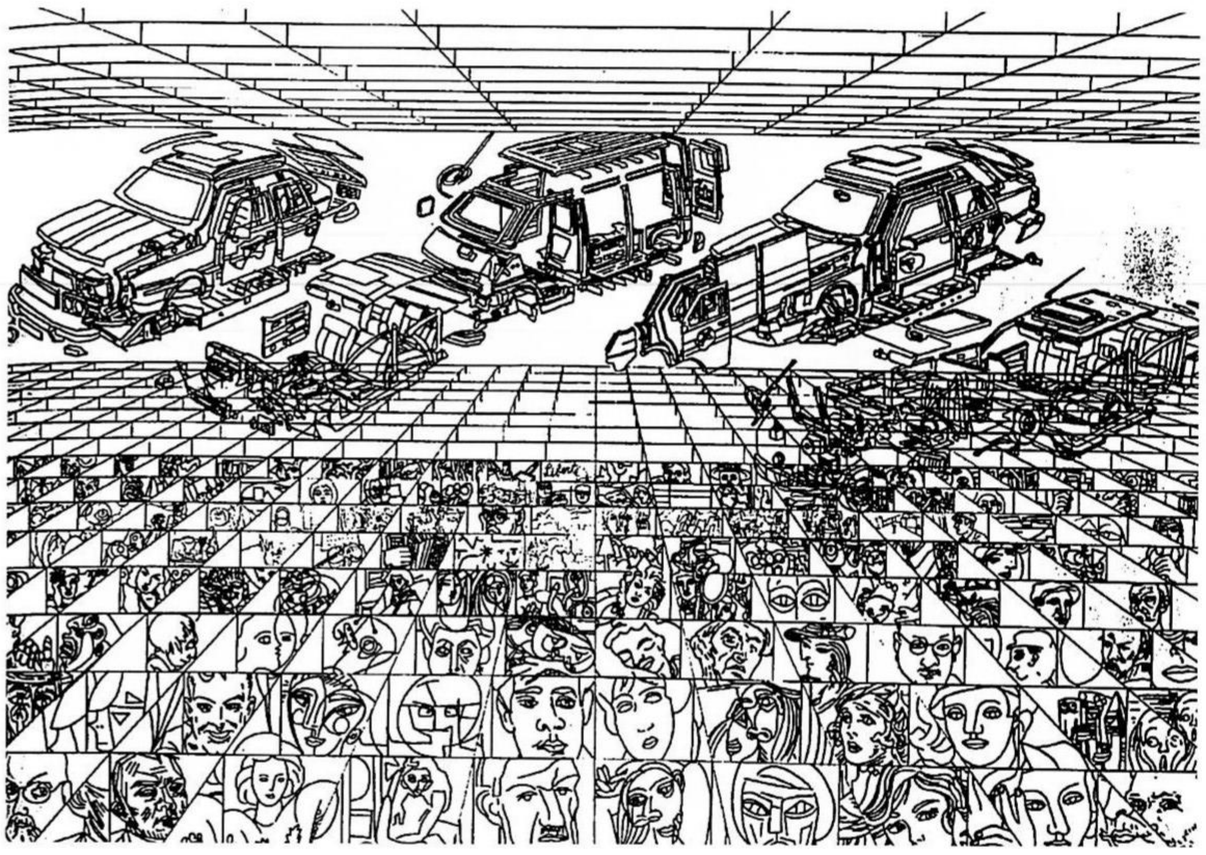
Jonscher zeigte in der schon zitierten Arbeit (S. 18f.) in einer Hochrechnung der untersuchten Entwicklungstrends für die USA, daß 1978 knapp 20 Prozent, 1990 aber nur noch 17,5 Prozent der Beschäftigten im Informationssektor unter Bells ältere, an Machlup anknüpfende Definition der „Wissensarbeiter" („knowledge worker", die beschäftigt sind mit „creation and development of stock of knowledge", die also „lasting information" oder

„information capital" erzeugen) fallen; dagegen seien die restlichen 4/5 bzw. 5/6 der Informationsbeschäftigten eher mit informatorischen Routinetätigkeiten beschäftigt (also mit Funktionen des „management and coordination of economic activity", das vor allem „current" oder „transient information" handhabt, insgesamt aber nicht zur dauerhaften Wertschöpfung beiträgt, sondern industrielle Zuarbeiten leistet).

Es ist notwendig, sich diese Zusammenhänge und Strukturen klarzumachen (oder wieder in Erinnerung zu rufen), um zu einer realistischen Sicht der gegenwärtigen Strukturveränderungen und einer angemessenen Einschätzung der künftigen Entwicklungsperspektiven der gesellschaftlichen Arbeit zu gelangen. Die Debatte um die „Dienstleistungsgesellschaft" und die Empirie zur Realität der Entwicklung gesellschaftlicher Arbeit mit ihrer Entfaltung lassen erhebliche Zweifel an den optimistischen Annahmen und Prognosen zur Zukunft der Arbeit in der „Informationsgesellschaft" entstehen. Eine kurze Übersicht über die wichtigsten empirischen Entwicklungstendenzen der gesellschaftlichen Arbeit – aufgrund der Materiallage und der weiter fortgeschrittenen Entwicklung mit Schwerpunkt auf den USA[10], aber auch mit einer Reihe von Verweisen auf Europa und Deutschland – vermag den skeptischen Blick auf die Verheißungen der „Informationsgesellschaft" für die abhängig Beschäftigten deutlich zu machen.

Ausgeprägter Abbau von Arbeitsplätzen

In allen großen Beschäftigungsbereichen ist ein mehr oder weniger *ausgeprägter Abbau von Arbeitsplätzen* zu verzeichnen. Während dieser für die Beschäftigung in der Industrie schon seit vielen Jahren evident war, wird er zunehmend auch für die großen Bereiche der sogenannten Dienstleistungsbeschäftigung sichtbar. In den USA hat von 1979 bis 1992 die Produktivität in der Industrie um insgesamt 35 Prozent zu-, dagegen die Zahl der Beschäftigten um 15 Prozent abgenommen; die jährliche Zuwachsrate der Produktivität ist von gut 1 Prozent Anfang der achtziger Jahre auf mittlerweile über 3 Prozent angestiegen (Rifkin S. 21). Im Handel und Verkehrswesen der USA arbeiteten schon Ende der achtziger Jahre weniger Angestellte als 1960 (Lyon S. 48). Die Handels- und Geschäftsbanken in den USA planen bis zum Ende des Jahrzehnts den Abbau von 30-40 Prozent der Arbeitsplätze. Der Anteil der beim Staat Angestellten an allen Beschäftigten in den USA ist von rund 18 Prozent Anfang der achtziger Jahre auf 16,4 Prozent Ende der achtziger Jahre zurückgegangen (Rifkin, S. 22, 42). Auch in Deutschland sinkt die Zahl der im öffentlichen Dienst sowie im Sektor Handel und Verkehr Beschäftigten seit einigen Jahren. Das Wachstum der Beschäftigung bei Banken und Versicherungen ist zum Stillstand gekommen (IW, Tab. 13); faktisch hat der systematische Beschäftigungsabbau dort inzwischen begonnen.



Erró: Arbeitsprozeß

Der Druck hin auf mehr oder weniger massiven Beschäftigungsabbau erstreckt sich neben den genannten Sektoren über den Einzelhandel, die Büroangestellten und Sekretärinnen, nicht zuletzt über das mittlere Management bis hin zu Bereichen wie Bibliotheken, Information und Dokumentation, Medienbeschäftigte etc. Die Rationalisierung und Produktivitätserhöhung durch Informatisierung, die mit eher stagnativen Tendenzen des gesamtwirtschaftlichen Wachstums einhergeht, wird in absehbarer Zukunft eher noch an Tempo gewinnen; die Ausdünnung der bislang personell vermittelten betrieblichen und überbetrieblichen Informationsstrukturen wird forciert werden. Wir haben daher mit einer dauerhaft sinkenden Zahl abhängig Beschäftigter und einer entsprechenden Zunahme der Arbeitslosigkeit (deren Quote in den europäischen Ländern schon seit Jahren in der Größenordnung zwischen 10 und 20 Prozent liegt) und insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit zu rechnen. Die „Informationsgesellschaft" hört keineswegs auf, „Arbeitsgesellschaft" zu sein; sie wird aber verstärkt „Arbeitslosengesellschaft".

Polarisierung der gesellschaftlichen Arbeit

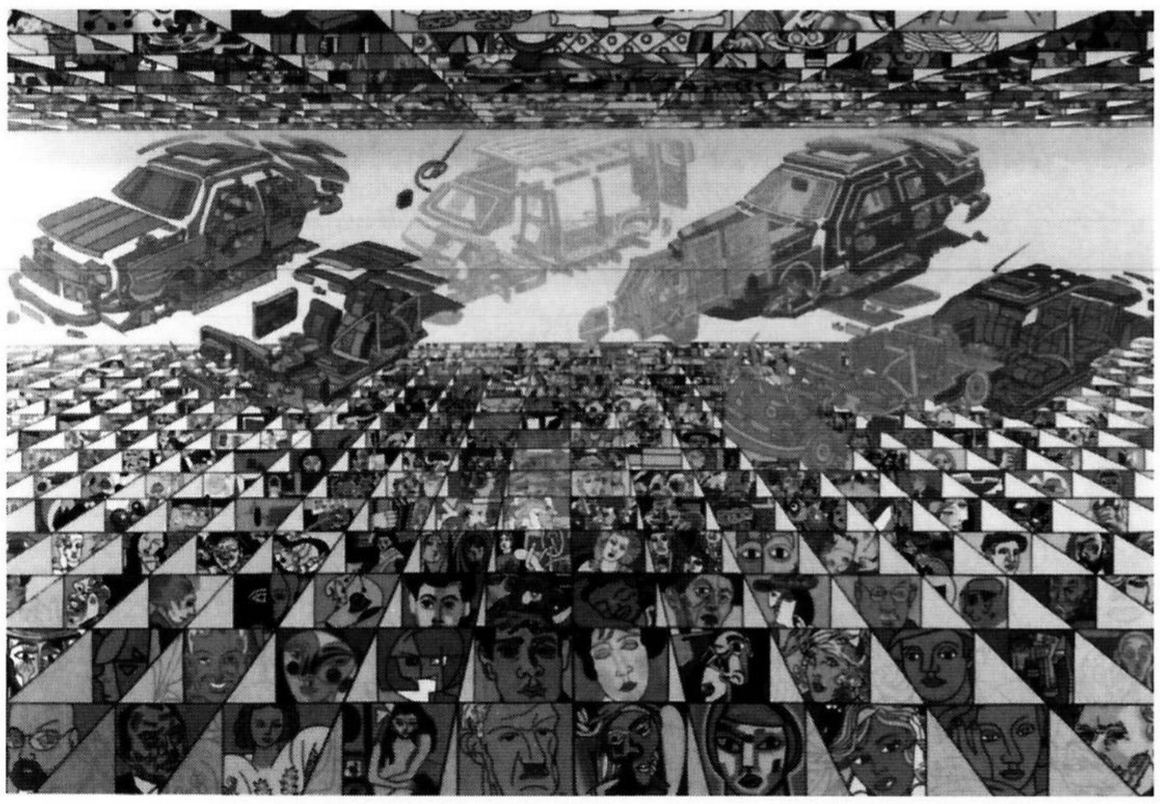
Dieselbe Dynamik bringt Tendenzen zur *Polarisierung der gesellschaftlichen Arbeit* – im nationalen wie im internationalen Maßstab – mit sich. Während die Rationalisierung der traditionellen Arbeitertätigkeiten weitergeht, ist als Kern der „lean-Strategien" ein massiver Angriff auf Beschäftigung und Arbeitsverhältnisse der mittleren Beschäftigungsschichten und des mittleren Managements hinzugekommen. Dadurch entsteht auf der einen Seite eine minoritäre Gruppe von entfremdeten Hightech-Arbeitskräften, deren Existenz durch Hightech-Streß (Rifkin S. 128ff.) und Überarbeit (Schor S. 68ff.) charakterisiert ist. Gleichwohl ist auch ihre dauerhafte Beschäftigungsperspektive unsicher, wie die zunehmende Bedeutung von Phänomenen wie „Mobbing" oder „Burn-out-Syndrom" deutlich machen. Auf der anderen Seite beobachten wir für eine große Zahl von Beschäftigten die Kombination wachsender Anspruchslosigkeit der Arbeit, zunehmender Produktions- und Arbeitsgeschwindigkeiten, steigender Belastungen (die sich z.B. als Streßerschöpfung oder zunehmende Ungeduld äußern), neuer Formen des sanften Zwangs und der subtilen Einschüchterung („Management by Stress"), oft vermittelt durch Druck in Gruppenarbeit und Teams.

Zudem ist die Ausdehnung eines Sektors von gewöhnlich unter das Schlagwort der „Flexibilisierung" gefaßten „Bad Jobs", der Formen der Unterbeschäftigung, unterwertiger sowie geringfügiger Beschäftigung und

prekärer Arbeitsverhältnisse umfaßt, unübersehbar. Teilzeitbeschäftigung und befristete Arbeitsverhältnisse sind seine quantitativ wichtigsten Erscheinungsformen. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in Westdeutschland lag schon 1993 bei rund 4,5 Millionen und wächst weiter; 2 von 3 neu hinzugekommenen Erwerbstätigen in der BRD zwischen 1970 und 1993 waren Teilzeitbeschäftigte, ihr Anteil erhöhte sich entsprechend von knapp 9 auf knapp 17 Prozent (IW, Tab. 14). In den USA betrug dieser Anteil 1993 knapp 19 Prozent; besonders hoch war er im Handel und bei den Dienstleistungen (Mishel/Bernstein S. 219ff.). Die Zahl der Zeitarbeitskräfte ist in den USA in den achtziger Jahren 10 mal so schnell angestiegen wie die Gesamtbeschäftigung; die Zeitarbeitsfirmen beschäftigen rund 1,5 Millionen Arbeitskräfte; die größte Zeitarbeitsfirma Manpower ist mit 560.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber des Landes; 2 von 3 neugeschaffenen Stellen in der US-Privatwirtschaft wurden zudem 1992 zeitlich befristet besetzt. Über 25 Prozent aller Arbeitnehmer in den USA haben heute entweder eine Teilzeitbeschäftigung oder einen befristeten Arbeitsvertrag; bis zum Jahr 2000 wird ein Anstieg dieser Gruppe auf 35 Prozent prognostiziert (Rifkin S. 135). In der BRD dürften die Größenverhältnisse ähnlich sein. Dazu sind noch die verschiedenen Formen der Selbständigkeit und Scheinselbständigkeit durch Outsourcing, Franchising und ähnlichem zu rechnen, die schwer statistisch erfaßbar sind, aber nach allen verfügbaren Informationen zunehmen und gerade im „Informationssektor" vertreten sind. Unterhalb dieser Schicht von Beschäftigten liegt noch die Gruppe der sogenannten geringfügig Beschäftigten, die meist statistisch gar nicht erfaßt werden; in Deutschland wurde ihre Zahl 1992 auf knapp 3 Millionen geschätzt (Hanesch u.a. S. 154). Rifkin spricht deswegen mit einem treffenden Ausdruck von einer wachsenden Bedeutung der „Just-in-time-Beschäftigung" (S. 148), von einer neuen Reservearmee (S. 134), für die der Drittelschätzwert aus der Titulierung als Zwei-Drittel-Gesellschaft wahrscheinlich eher noch zu niedrig gegriffen ist. Die Glitzerwelt der High-tech-Büros der „Informationsgesellschaft" hat ihre – zudem in nicht unerheblichem Ausmaß geschlechtsspezifische – Kehrseite einer Mehrheit von zunehmend belastenden und unsicheren Arbeitsplätzen und von ausgesprochenen „bad jobs"[11].

Polarisierung der Sozialstruktur

Die Polarisierung der Arbeitsverhältnisse schlägt sich auch in einer verschärften *Polarisierung der Sozialstruktur* nieder. Für die Einkommensverteilung ist das wohlbekannt: Die (mit der Beschäftigungsstruktur von 1994 bereinigte) Bruttolohnquote ist von 77,5 Prozent 1981 auf 70,7 Prozent 1994 gesunken; netto ist diese Entwicklung noch deutlicher ausgeprägt: Die Nettorealverdienste sind von 1980 bis 1994 lediglich um 2,6 Prozent gestiegen; die Massenkaufkraft ist für weite Teile der Bevölkerung rückläufig (St. TB 1995, Tab. 1.9 und 1.15). Damit hat in den achtziger Jahren die stärkste Umverteilung zugunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen in der Geschichte der BRD stattgefunden. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat mittlerweile die 5-Millionen-Grenze überschritten, die Einkommensarmut wird auf knapp 10 Prozent der Bevölkerung, die Zahl der Obdachlosen auf gut 300.000 geschätzt. In Europa liegt die Zahl der Armen bei etwa 80 Millionen.



Erró: Arbeitsprozeß

Rifkin stellt (S. 139ff.) aus mehreren einschlägigen Studien[12] ein Bild der aktuellen US-amerikanischen Sozialstruktur zusammen, das an Deutlichkeit nichts zu Wünschen übrig läßt und zugleich den Zusammenhang der sozialen Polarisierung mit der der Arbeitsverhältnisse sichtbar macht: An der Spitze der Gesellschaft steht eine kleine, superreiche ökonomische Elite von 0,5 Prozent der Bevölkerung, die durch ihren Besitz und ihre wirtschaftliche Macht über die Lebenschancen der Bevölkerung bestimmt. Unter ihnen steht eine neue Gruppe hochqualifizierter Wissensarbeiter oder „Symbolanalytiker" (Rifkin nennt sie auch die „Kosmopoliten", „High-tech-Nomaden" oder „High-tech-Internationalisten" [S. 142]), „die über eine sehr gute Ausbildung verfügen und die neue High-tech-Wirtschaft steuern"; sie machen 4 Prozent der abhängig Erwerbstätigen aus. Diese kleine Gruppe wird ergänzt durch weitere 16 Prozent der Beschäftigten, die ebenfalls vor allem mit Hilfe ihrer intellektuellen Fähigkeiten viel Geld verdienen: Diese beiden Gruppen zusammen, 20 Prozent der Arbeitnehmer in den USA haben ein absolut höheres Einkommen als die restlichen 80 Prozent der Arbeitsbevölkerung. Sie sind die Katalysatoren der „Informationsgesellschaft" und ihre Gewinner.

Auf der anderen Seite steht die Mehrheit der Verlierer, die weit in den sogenannten neuen Mittelstand hineinreicht; hier findet sich auch die große und wachsende Gruppe der Unter- und Schlechtbeschäftigten. Dieser Zerfall der USA in Arm und Reich, in zwei feindliche Lager, führt zu massiven sozialen Desintegrationstendenzen[13] mit zahlreichen sozialen und politischen Folgeproblemen. Sie treten besonders in den städtischen Ballungsgebieten auf, wo viele der schlechtbezahlten Dienstleister konzentriert sind. Vergegenwärtigt man sich, daß die Tätigkeitsgruppen, die in der BRD seit Beginn der achtziger Jahre am stärksten zugenommen haben, das Sicherheitspersonal und Pförtner sowie das Reinigungspersonal sind, so lassen sich durchaus vergleichbare Muster erkennen. Büros, Bürofenster und vielleicht auch bald die Wohnviertel der Elite der Wissensarbeiter müssen auch geputzt, gewartet und bewacht werden; doch damit gewinnt man weder Macht noch Reichtum.

Der Kurzüberblick über die Empirie der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit in der „Informationsgesellschaft" führt zu dem Ergebnis, daß

die optimistischen Prognosen und Hoffnungen, die die Theorien der Informatisierung durchziehen, realistische Perspektiven lediglich für die herrschende Klasse bzw. die an der Macht teilhabenden minoritären Gruppen sind. Wieso spielt in diesem Prozeß gerade die Informatisierung der Arbeit – eine Nutzung des Instruments Informationstechnik könnte ja auch enorme befreiende Dimensionen haben – eine Schlüsselrolle? Über das einleitend genannte allgemeine Argument der zentralen prägenden Rolle von Arbeit in einer durch Lohnarbeit charakterisierten Gesellschaft hinaus sind dazu einige speziellere Überlegungen über den qualitativen Wandel der gesellschaftlichen Arbeit, der mit ihrer Informatisierung einhergeht, vonnöten. Ich will sie hier kurz umreißen.[14] Sie führen zu dem Schluß, daß wir es bei der Informatisierung der gesellschaftlichen Arbeit mit einem neuen Schub hin zu einer zugleich unmittelbaren und abstrakten Vergesellschaftung zu tun haben.

Formalisierung gesellschaftlicher Sachverhalte

Die Informationsproblematik und ebenso Informationstechniken sind nicht so neu, wie sie Zeitgenossen des Computerzeitalters erscheinen mögen. Mit der Entstehung zunächst des Handels- und des Geldkapitals, dann der industriell-kapitalistischen Produktionsweise, bildete sich die Formalisierung gesellschaftlicher Sachverhalte durch ihre ökonomische Bewertung und ihre formal rationale Organisation heraus. Auf beiden Tendenzen basiert die Entstehung des Informationsbegriffs, das heißt die Fassung von Wissenspartikeln in einer Form, die den organisierenden und technischen Umgang mit ihnen erlaubt, sie in operable Einheiten transformiert. Informationstechniken begleiteten daher auch diese Entwicklung, von der doppelten Buchführung über Kontenbücher bis zu immer verbesserten Rechenapparaturen; von der berittenen Post über den Flügeltelegraphen bis zu Telefon und Funk; vom Lohnbuch über Laufzettelsysteme, Akteien und Karteien bis zur Hollerith-Maschine. Neben dem stofflichen, auf die Materialumformung und -bearbeitung bezogenen Produktionsprozeß bildete sich sein informatorisches Abbild in Gestalt formal rationaler, also bürokratischer Informations-, Kommunikations- und Entscheidungsprozesse heraus. Die frühe Verdoppelung des Gegenstands in Gebrauchs- und Tauschwert bildete sich nicht nur zu der in Lohnarbeit und Kapital, sondern weiter zu der von materialen Prozessen und formalisierter Informationsbearbeitung fort. Die organisatorische Formalisierung geht dabei der Informatisierung voraus, aber die informatorische Formalisierung zieht wiederum bedeutsame Entwicklungsschübe formaler Organisation nach sich.

Seit dem 19. Jahrhundert sind mit zunehmenden Geschwindigkeiten und Komplexitäten im technischen Sinne rasch wachsende Informations- und Regelungsprobleme[15], vom Eisenbahnwesen über das Militär bis zur Bürokratie, verbunden gewesen. Charakteristisch für das 20. Jahrhundert ist die Behandlung der Arbeitskraft nach diesem technischen Modell, das heißt ihre informationsgestützte Kontrolle und Subordination. Diese von Marx als „reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital“ bezeichnete Tendenz fand ihren zeitgenössischen und maßstabsetzenden Ausdruck in Taylors bis heute gültiger zeitökonomischer Fundierung der Betriebs- und Arbeitsorganisation. Läßt sich dieser Prozeß schon – zumindest was den inneren Maßstab von Arbeits- und maschinellem Prozeß, ihre Kommensuration (Sohn-Rethel) angeht – als wichtige Stufe in der Abstraktifizierung der Arbeit begreifen, so gilt dies im erweiterten Sinn für diejenige Arbeit, die im Kern durch den Umgang mit Information charakterisiert ist. Die Erzeugung von Information, ihre Manipulation, ihre Weitergabe und ihre Umformung in Entscheidung auf Basis bestimmter Rationalitätskalküle ist ihrem Wesen nach die Veranlassung formaler Prozesse. Die Abbildung von Realität in abstrakten Systemzusammenhängen und die indirekte Veränderung von Realität durch die Veränderung dieser Zusammenhänge erfordert die regelgeleitete[16], je nach Schwierigkeit der Aufgabe sogar souveräne Beherrschung dieser Abstraktionsschritte und -ebenen. Sie ist wesentlich Umgang mit Abstraktion, gekennzeichnet durch die Eliminierung bzw. Kontrolle aller Störfaktoren zugunsten der reinen Form; sie ist mithin ihrem Inhalt nach im wörtlichen Sinn *abstrakte Arbeit*.

Entqualifizierung der Arbeit

Dieser Prozeß stellt eine *Entqualifizierung der Arbeit*[17] dar, die logisch und tatsächlich etwas Anderes ist als die (im Zentrum der industriesoziologischen Debatten stehende) Dequalifizierung der Arbeit (die allerdings oft erst – wie wir oben gesehen haben – beim Blick auf den Gesamtprozeß erkennbar wird). Sie beinhaltet im Prinzip ein zunehmendes Absehen vom konkreten Produktions- und Arbeitsprozeß, dem man nur noch in symbolisch repräsentierter Form begegnet, den Verlust der Erfahrung unterschiedlicher Qualitäten, die mit dem stofflichen Bezug traditioneller Handwerks- und Industriearbeit verbunden waren. Dies kann qualitatives Merkmal von Arbeit bei sehr hochqualifizierten wie bei angelernten Tätigkeiten sein. Die sichtbare Erscheinungsform ist die Gemeinsamkeit des Umgangs mit Symbolen und Regeln am Bildschirm, die dem höchst qualifizierten Systementwickler und dem angelernten Automobilarbeiter, der seinen Einblick in die organisatorische Struktur seiner Arbeit vom Computer erhält, gemeinsam ist.

Die Formalisierung technischer und arbeitsorganisatorischer Vollzüge steht für eine Entwicklungslinie, die durch eine sukzessive Materialisierung des Wertes gekennzeichnet ist: Durch die wertökonomische Bemessung entstand die Wertform, die Zeitökonomie lieferte den allgemeinen Nenner für die Kommensuration technischer und durch lebendige Arbeit geprägter Prozesse, die Informatisierung schließlich öffnet den prägenden Einzug von Wert und Verwertung in den unmittelbaren Arbeitsvollzug. Allgemein gesagt, eröffnet die Informatisierung der gesellschaftlichen Arbeit dem Wert- und Verwertungsmaßstab den Zugriff auf jede einzelne Arbeit, die in einen prinzipiell globalen Informationszusammenhang eingegliedert ist. Spezieller formuliert, entsteht eine neue Unmittelbarkeit der einzelnen Arbeit und damit des Einzelnen, des Individuums gegenüber dem abstrakten vergesellschaftenden Wertprinzip. Über die informationstechnische Anbindung hängt sozusagen jeder Einzelne am Tropf, aber auch am Meß- und Kontrollcomputer der zentralen Versorgung, Verteilung und Funktionszuteilung. Die Vergesellschaftung ist zugleich abstrakter und unmittelbarer geworden.

Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“

Vielleicht hängt das, was unter dem Schlagwort der Flexibilisierung heute gehandelt wird – also die tendenzielle

Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“, gepaart mit zunehmend differenzierten, sich auseinander entwickelnden, zugleich aber diffuser werdenden Arbeitsanforderungen –, mit der dargestellten Entwicklung unmittelbar zusammen, ist sozusagen ihre Kehrseite: Entqualifizierte, abstrakte Arbeit ist leichter nach rein quantitativen Proportionen und Portionen zu unterteilen und anzuordnen. Die Ausbreitung von Teilzeitarbeit, Überarbeit, prekären Arbeitsverhältnissen, informeller Arbeit, schwarzen und grauen Märkten, das Bestreben, die Arbeitszeiten wieder an den Betriebszeiten zu orientieren, illustrieren die erhöhte Austauschbarkeit von Arbeitspartikeln. Diese Entwicklung ist in ihrer sozialen Bedeutung nicht zu unterschätzen: Das Normalarbeitsverhältnis hatte – zusammen mit dem konkreten Gebrauchswertbezug der traditionellen Industriearbeit – identitätsstiftende Funktionen in doppelter Weise. Zum einen war es Basis persönlicher Identität (Unverwechselbarkeit), indem sie die Welterfahrung durch die Einmaligkeit von Arbeit, Methode und Produkt zur Voraussetzung hatte. Zum anderen stiftete es kollektive Identitäten, indem die gemeinsame Arbeitserfahrung und Arbeitswelt milieu- und organisationsbegründende Wirkungen hatte: Betriebskollektive, Gewerkschaften und Arbeitermilieus sind auf dieser Grundlage entstanden.[18] In beiderlei Hinsicht haben wir es mit massiven Tendenzen zur „außen-geleiteten Lebensweise“ (David Riesman[19]), oder wie Adorno in den eingangs zitierten Passagen sagt, der Herabwürdigung der Menschen zur Masse zu tun. Statt der „lonely crowd“ scheint heute eher der oder die atomisierte Einzelne das Thema zu sein; Individualisierung wird – das schlüpft selbst Ulrich Beck gegen alle Ausgewogenheit durch – zur Negativutopie der gesellschaftlichen Entwicklung. David Riesman beendet sein Buch mit dem Satz: „Die Idee, daß die Menschen frei und gleich geschaffen sind, ist wahr und zugleich irreführend: die Menschen sind verschieden geschaffen und sie verlieren ihre soziale Freiheit und ihre individuelle Autonomie, wenn sie versuchen, einander gleich zu sein.“ (S. 320) Man könnte heute hinzufügen: Dieser Verlust droht ihnen umso eher, je mehr sie durch die Walze der gesellschaftlichen Formalisierung – die nicht zuletzt durch die Informatisierung der gesellschaftlichen Arbeit vorangetrieben wird – gleich gemacht werden. ■

Prof. Dr. Rudi SCHMIEDE ist Soziologe, er lehrt an der Technischen Hochschule Darmstadt.

Literatur

Walter Hanesch u.a.: Armut in Deutschland, Reinbek bei Hamburg 1994, hier die Darstellung der Daten des Sozioökonomischen Panels in Kap. III, S. 126-214.

David Lyon: The Information Society. Issues and Illusions, Cambridge/UK 1988.

Lawrence Mishel; Jared Bernstein: The State of Working America 1994-1995, Armonk (NY); London 1994.

Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit – und ihre Zukunft, Frankfurt a.M.; New York 1995.

Juliet B. Schor: The Overworked American. The Unexpected Decline of Leisure, New York 1992.

St. TB: Statistisches Taschenbuch 1995. Arbeits- und Sozialstatistik, hg. von BM für Arbeit und Sozialordnung.

IW: Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.): Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1995. (Köln).

Anmerkungen

1 Theodor W. Adorno: Zum Verhältnis von Individuum und Gesellschaft heute. Vortrag, gehalten am 26. April 1958 bei den Hochschulwochen für staatswissenschaftliche Fortbildung in Bad Wildungen, Sonderdruck, Bad Homburg v.d.H.; Berlin; Zürich: Verlag Dr. Max Gehlen, o.J., S. 14, 17, 16 (Reihenfolge der Zitate).

2 Alain Touraine: La société post-industrielle, 1969, dt. 1972; Daniel Bell: The Coming of Post-Industrial Society, 1973, dt. 1975; Daniel Bell: The Social Framework of the Information Society, 1979 und 1980; Yoneji Masuda: The Information Society as Post-industrial Society, 1981; Alvin Toffler: The Third Wave, 1980; Adam Schaff: Wohin führt der Weg? Überleben in der Informationsgesellschaft. Bericht für den Club of Rome, 1985.

3 Vgl. speziell dazu Esther Dyson et al.: A Magna Carta for the Knowledge Age, in: »New Perspectives Quarterly«, Vol. 11 (1994), No. 4; zur obigen Typisierung David Lyon: The Information Society. Issues and Illusions, Cambridge/UK: Polity Press 1988.

4 Ian Miles und Jonathan Gershuny: The social economics of information technology, in: Marjorie Ferguson (ed.): New Communication Technologies and the Public Interest. Comparative Perspectives on Policy and Research, London; Beverly Hills; New Delhi: Sage Publ. 1986, S. 18-36, merken dies kritisch an.

5 Das Argument rekurriert bei den meisten Autoren auf die von Marc Porat schon in den siebziger Jahren (Marc Uri Porat: The Information Economy. Definition and Measurement, Washington 1977) aus der US-amerikanischen Beschäftigungsstatistik entwickelten Zahlen. Dordick und Wang (Herbert S. Dordick; Georgette Wang: The Information Society. A Retrospective View, Newbury Park/Calif.; London; New Delhi: Sage Publications 1993, S. 148) verwenden für einen internationalen Vergleich die ersten 4 Kategorien der ILO-Beschäftigungsstatistik – ein mittlerweile vielfach angewandtes Verfahren. Diese Kategorien lauten: (1) Professional, technical, and related occupations; (2) Administrative, technical, and related workers; (3) Clerical and related workers; (4) Sales workers. Diese Kategorien machen die empirische Breite der subsumierten Berufs- und Tätigkeitsarten gut deutlich. Eine neue deutsche Untersuchung, die Tätigkeits-, Berufs- und Wirtschaftszweigdaten kombiniert und erstmals zu ähnlichen Ergebnissen wie die US-amerikanischen Untersuchungen gelangt, ist gerade veröffentlicht worden von Werner Dostal: Die Informatisierung der Arbeitswelt – Multimedia, offene Arbeitsformen und Telearbeit, in: »Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung«, Jg. 28 (1995), H. 4, S. 527-543.

6 Gershuny schreibt: „Da, wo wir dem aktuellen Dogma entsprechend einen beträchtlichen Anstieg im Konsum von Dienstleistungen erwartet hätten, finden wir statt dessen eine bemerkenswerte Abnahme im Verhältnis zum Gesamtkonsum. Anstatt daß die Haushalte Dienstleistungen kaufen, scheinen sie ihr Geld verstärkt für dauerhafte Güter auszugeben – oder besser gesagt, in dauerhafte Güter zu *investieren* –, mit deren Hilfe der Endkonsument Dienstleistungen für sich selbst herstellen kann. Ein großer Teil der Zunahme der Beschäftigung im tertiären Sektor über die Zeit läßt sich nicht etwa mit Dienstleistungskonsum, sondern mit

dem Bedarf der Industrie nach technisch ausgebildetem Personal für die effiziente Produktion dauerhafter Konsumgüter erklären. Tatsächlich zeigt sich also das Bild einer ‚*Selbst*-bedienungswirtschaft', in der die abhängige Beschäftigung auf technische und leitende Berufe im Industriesektor konzentriert ist, während Dienstleistungen außerhalb des eigentlichen Wirtschaftsprozesses erstellt werden, und zwar durch direkten Arbeitseinsatz und die Benutzung von Haushaltsmaschinen." (Jonathan Gershuny: Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft. Produktion und Verbrauch von Dienstleistungen, Frankfurt a.M.; New York: Campus Verlag 1981 (engl. zuerst 1978), S. 17f.).

7 Nochmals Gershuny, insbesondere S. 111, als Zeugnis: „Das Argument, das hier vorgebracht und entwickelt wird, besagt einfach, daß die Zunahme der Beschäftigung im Dienstleistungssektor und der Dienstleistungsberufe zum größten Teil eine Folge der Weiterentwicklung der Arbeitsteilung ist. Die Planungs-, Prognose- und Organisationsfunktionen gehen von den einzelnen Handwerkern auf andere Arbeiter über, deren Aufgaben ausschließlich in diesem Bereich liegen und die mit der physischen Bearbeitung von Material direkt nichts mehr zu tun haben. Daraus resultiert die Zunahme der Büro-, Verwaltungs- und Managementberufe. Handelsnetze weiten sich in geographischer Hinsicht aus, das internationale Handelsvolumen wächst, im Produktionsprozeß wird die Zeitspanne von der Anfangsinvestition bis zum Endverkauf immer länger, und daher ist den Banken und Versicherungen und anderen Finanzinstituten ein wachsender Beschäftigungsanteil zuzuschreiben."

8 Charles Jonscher: Information Resources and Economic Productivity, in: Information Economics and Policy 1 (1983), S. 13-35.

9 Irmgard Hack; Lothar Hack: Die Wissenschaft, die Wissen schafft. Zum wechselseitigen Begründungsverhältnis von „Verwissenschaftlichung der Industrie" und „Industrialisierung der Wissenschaft", Frankfurt a.M.; New York: Campus Verlag 1985.

10 Populärwissenschaftlich, aber seriös zusammengefaßt findet sich Vieles bei Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit – und ihre Zukunft, Frankfurt a.M.; New York 1995; empirisch detaillierter, aber in der Tendenz analog: Lawrence Mishel; Jared Bernstein: The State of Working America 1994-95, Armonk (NY); London: M.E. Sharpe 1994; ferner, speziell für die Arbeitszeiten und die Einbeziehung der Individuen in die „Arbeitsgesellschaft" Juliet B. Schor: The Overworked American. The Unexpected Decline of Leisure, New York: Basic Books 1992. Angaben für Deutschland entstammen dem Statistischen Taschenbuch 1995. Arbeits- und Sozialstatistik, hgg. v. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; den Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1995, hgg. v. Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln sowie Walter Hanesch u.a.: Armut in Deutschland, Reinbek bei Hamburg: Rowohl TB-Verlag 1994, hier die Darstellung der Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) in Kap. III, S. 126-214.

11 Auch im internationalen Maßstab ist mit zunehmender Automatisierung und Informatisierung eine sich verschärfende Polarisierung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen zu verzeichnen. Rifkin weist insbesondere auf den grundlegenden Strukturwandel der landwirtschaftlichen Produktion (S. 88, 93), aber auch auf den Wegfall von Arbeitsmöglichkeiten durch Automatisierung und Bildung von High-Tech-Inseln (S. 151ff.) hin. Dordick und Wang zeigen die sich öffnende Schere zwischen hochentwickelten und wenig entwickelten Ländern in der Ausstattung mit Geräten der Information und Kommunikation.

12 Diese sind die schon zitierte Untersuchung von Mishel; Bernstein, The State of Working America; Donald Barlett; James B. Steele: America: What Went Wrong?, Kansas City 1992; Robert B. Reich: Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie, Frankfurt a.M./Berlin 1993; Bennett Harrison; Barry Bluestone: The Great U-Turn. Corporate Restructuring and the Polarizing of America, New York 1988.

13 Wilhelm Heitmeyer u.a.: Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus, Weinheim; München: Juventa Verlag 1995 sehen darin auch für Deutschland die wichtigste Ursachenkombination für anomische Tendenzen Jugendlicher, die sich u.a. im Erstarken von Xenophobie und Fremdenfeindlichkeit, gepaart mit Rechtsradikalismus äußern.

14 Die Grundzüge dieser Argumentation habe ich an anderer Stelle ausführlicher dargestellt; s. Rudi Schmiede: Information und kapitalistische Produktionsweise, in: ArBYTE. Modernisierung der Industriesoziologie?, hg. v. Thomas Malsch/Ulrich Mill, Berlin: edition sigma 1992, S. 53-86.

15 James R. Beniger: The Control Revolution. Technological and Economic Origins of the Information Society, Cambridge/Mass.; London: Harvard Univ. Press 1986 sieht hierin die Wurzel einer bis heute andauernden „crisis of control"; er stellt diese Entwicklung plastisch und gut nachvollziehbar dar.

16 Bettina Heintz: Die Herrschaft der Regel. Zur Grundlagengeschichte des Computers, Frankfurt a.M.; New York: Campus Verlag 1993 hat die Formalisierung als Kern der Geschichte der Informationstechnik herausgearbeitet. Ihre mathematischen Grundlagen finden sich übersichtlich dargestellt bei Sybille Krämer: Symbolische Maschinen. Die Idee der Formalisierung in geschichtlichem Abriß, Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft 1988.

17 Vgl. den Gebrauch des Begriffs in den eingangs zitierten Passagen von Adorno, der damit die Tendenz der Ent-Individualisierung bezeichnet. Ähnlich findet er sich benutzt von Eggert Holling; Peter Kempin: Identität, Geist und Maschine. Auf dem Weg zur technologischen Zivilisation, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt TB-Verlag 1989, die ihn zur Begründung ihrer These vom „peripheren Individuum" heranziehen.

18 Vgl. zur Analyse der ersten Dimension der persönlichen Identität Christoph Deutschmann: Der Weg zum Normalarbeitstag. Die Entwicklung der Arbeitszeiten in der deutschen Industrie bis 1918, Frankfurt a.M.; New York: Campus Verlag 1985, bes. S. 172ff.; die zweite Dimension der Stiftung kollektiver Identität wird entfaltet in Christoph Deutschmann; Rudi Schmiede: Lohnentwicklung in der Bundesrepublik 1960-1978. Wirtschaftliche und soziale Bestimmungsgründe, Frankfurt a.M.; New York: Campus Verlag 1983, S. 1-59.

19 David Riesman: Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt TB-Verlag 1958 (zuerst 1950).

Bildung und Wissen werden auf den Informationsmarkt geschmissen

Thesen über die ökonomischen Rahmenbedingungen für Bildungspolitik

Nikolaus KIRSTEIN

„Der letzte Teil des 20. Jahrhunderts ist das Zeitalter des Humankapitals, das Zeitalter der Menschen." (Gary S. Becker, Nobelpreis 1992)

Das klingt so imposant, daß es schon wieder abschreckt. Was wollen die von uns? Hat das etwas Gutes zu bedeuten, wenn ein Ökonom den Menschen in den Mittelpunkt schiebt? Was auch immer in Beckers Kopf vorgeht, in diesem Artikel soll anhand ökonomischer Rahmenbedingungen ergründet werden, wie die interessanten Fragen zu Bildungspolitik und insbesondere Bildungsökonomie lauten könnten.

Studiengebühren oder freier Hochschulzugang werden sich als unerhebliche Alternative herausstellen. Die kommunistische Forderung einer „einheitlichen, polytechnisch orientierten Gesamtschule" verliert angesichts der Rahmenbedingungen etliche emanzipatorische Inhalte.

Im „Zeitalter der Menschen" interessieren weiterhin nur die Teile des Menschen, deren Produkte mit Profit in Tauschwert umgesetzt werden können. Ein relativ neuer Teil ist die menschliche Kommunikation, ein etwas älterer die wissenschaftliche Arbeit.

Umorientierung der Kapitalströme

Die politisch vorangetriebene Ökonomisierung der Bildung baut auf drei hier als Arbeitshypothesen dargestellten Entwicklungen auf.

These 1: Die heutige Weltwirtschaftskrise bewirkt eine Umorientierung der Kapitalströme zu den neuen Leittechnologien: Werkstoffentwicklung, Gentechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie. Weltwirtschaftskrisen sind der Tiefpunkt der langen ökonomischen Zyklen, der Kondratjew-Zyklen.[1] Sie sind Ausdruck technologisch-ökonomischer Paradigmenwechsel, die von jeweils einigen Basisinnovationen getragen werden. Der dritte Kondratjew (1890-1940) stand im Zeichen der Elektrotechnik und des Schwermaschinenbaus; der vierte im Zeichen der Einzweck-Automatisierung bzw. der fordistischen Massenproduktion. Basisinnovationen waren EDV, Mikroelektronik, Raumfahrt, Kernenergie, Software, Penizillin. Der mit dieser Weltwirtschaftskrise, deren Talpunkt sicher noch nicht erreicht ist, beginnende fünfte Kondratjew wird im Zeichen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK-Technologie) stehen. Als Basisinnovationen bieten sich Supercomputer, flexible Automatisierung, Laser-Technik, Biotechnologien und neue Werkstoffe an – Forschungsgebiete, die als „zukunftsträchtig" eingestuft und gefördert werden.[2]

„Was bestimmt eigentlich die Akkumulation von Kapital, Tempo, Umfang, Richtung, Struktur? Das sind die zusammengefaßten Entscheidungen der Einzelkapitalisten.

Die Triebkraft ist dabei (...) der Profit. Aber in dieser Kategorie (...) gibt es zwei Bestimmungsgrößen, die in einem Wechselverhältnis stehen: nämlich die Profitrate (...) und die Profitmasse (...). Wobei ein Fall der Profitrate nicht die Akkumulation stocken läßt, sondern sie erstmal stimuliert. Das ist einsichtig, denn der Kapitalist, der sieht, daß seine Profitrate sinkt, weil die Kosten zu hoch sind, muß seine Kosten senken, das heißt rationalisieren."[3] Wenn aber neue Investitionen die Profitmasse nicht heben können, dann werden Profite in den Finanzmärkten angelegt. Deren Zinsforderungen, soweit sie nicht durch Spekulation vernichtet werden, lasten auf der „realen" Ökonomie, die sich ebendieser mit Bankrotten entledigen könnte. Doch diese Bankrotte haben immer auch einen Domino-Effekt, den die großen Banken und Staaten nicht zulassen können. Immer mehr Geld wartet begierig auf Profitmasse.

Wo auch immer die auftauchen wird, es werden Menschen sie produzieren. „Hat der Mensch auf der Stufe der Mechanisierung die Werkzeugmaschine zwischen sich und den Arbeitsgegenstand geschoben und wurde er dadurch teilweise aus dem unmittelbaren Arbeitsprozeß herausgehoben, stellt er sich nunmehr auf der Stufe der Automatisierung mit Hilfe der ‚informationsverarbeitenden Maschine' als potentiell schöpferischer Wächter und Regulator neben den Fertigungsprozeß."[4] „Die Technologie bringt daher in Teilbereichen den universellen Arbeiter hervor, der mithilfe der Maschinerie verschiedenste Tätigkeiten zugleich oder hintereinander ausüben kann – allerdings im Kapitalismus nur um den Preis der Arbeits- und Berufslosigkeit."[5]

„Die Arbeit hat generell eine Tendenz zur Abstraktheit und Allgemeinheit. Die unmittelbare Arbeit, an der sensomotorische Tätigkeiten stark beteiligt waren, wird reduziert, symbolisch oder sprachlich vermittelte Arbeitsvorgänge nehmen zu."[6] „Anstatt die mit der neuen Technologie entstandenen Möglichkeiten schöpferischer menschlicher Tätigkeit durch entsprechende Qualifikationsangebote einem großen Kreis von Menschen zugänglich zu machen, wird in vielen Fällen aus kurzfristigen Kostenüberlegungen des Managements und der Unternehmensleitung einem unqualifizierten, aber dafür billigen Personal der Vorzug gegeben. Psychosomatische Krankheitsbilder, Zerstörung der Persönlichkeit durch monotone und inhaltsleere Arbeit sind die inhumanen Folgen einer solchen Entwicklung."[7]

„Der Trend zur höheren Allgemeinheit der Arbeit läßt sich etwa durch ‚Expertensysteme' illustrieren, in denen das Wissen von vielen Individuen eines Fachgebietes zusammengefaßt und durch den Benützer strukturiert erschließbar ist. Kann jemand mit solchen Systemen einmal umgehen, tritt

das spezielle Fach in den Hintergrund."[8] „Die neuen Anforderungen umfassen technologisches Mitdenken, logische Fähigkeiten, mathematische Kenntnisse, Überblick, Verantwortung, aber auch andere Fertigkeiten usw. – das, was Kern und Schuhmann den ‚ganzheitlichen Zugriff auf Arbeitskraft' nannten. Allerdings werden diese Zusatzqualifikationen noch nicht als Höherqualifikationen anerkannt."[9]

Zumindest in der Hoffnung auf neue Profitmasse werden die Anforderungen an Angestellte und Arbeiterinnen auf die Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK-T) zugeschnitten. „Die Industrie vereinfacht die Produktion durch immer kompliziertere Maschinen und verkompliziert somit die konkrete Tätigkeit in Produktion, Zirkulation und Konsumtion. Das gilt selbstverständlich auch für alle Folgebereiche des gesellschaftlichen Überbaus. An jeder Waschmaschine und an jedem Thermostat läßt sich das nachweisen. Herstellung wie Bedienung des Produkts verlangen koordiniertes Denken, nicht bloß sinnliche Reflexe, wollen die Möglichkeiten des Geräts auch genutzt werden. Gefordert ist wiederum ein vielseitiges Individuum. Doch wird es gefordert, so wird es auch gefördert. Die heutige Produktpalette bringt so einerseits zwar Monotonisierung, andererseits aber auch vernetztes Denken. Das Denken wird angeregt, wenn auch technisch verkürzt und in die falsche Richtung weisend. Aber es ist da. Der Widerspruch, der sich daraus ergibt, ist, daß dieses Individuum einerseits dumpf und abgeklärt sein soll, andererseits aber nicht dumpf und abgeklärt sein darf. Es soll denken und es soll nicht denken, es soll behandeln, aber nicht selbst handeln. Es soll Wissen haben, aber nicht begreifen dürfen, geschweige denn ein adäquates Bewußtsein entwickeln. Der Prototyp des Fachidioten gehört jedenfalls immer mehr der Vergangenheit an."[10]

Die Umorientierung von Teilen der Kapitalströme in die IuK-Technologie ist ein krisengeleitetes, derzeit stattfindendes und potentiell wie das Automobil um sich greifendes Geschehnis.

Menschliche Kommunikation wird zur Ware

These 2: Die neuen Kommunikationstechnologien ermöglichen es, die menschliche Kommunikation umfassend freizusetzen, sprich zur Ware zu machen. Waren früher die Kommunikationsbezugspunkte der ArbeiterInnen ziemlich starr (Chef, Gewerkschaft, Partei, vielleicht Sportklub), aber weitaus unbeständiger als im feudalen System, so sind wir schon durch die Bewirtschaftung unserer Freizeit genötigt, vielfältige Kommunikationskanäle zu errichten und zu erhalten. „Mit der Produktion von Konsumgütern wurde zugleich ein neuer, innerer Markt, nämlich der Bereich des ‚Privatlebens' der Arbeitskräfte, als Anlage- und Verwertungssphäre für das Kapital erschlossen".[11] Diese Entwicklung geht mit der rasant zunehmenden Warenwerdung von „Information" weiter.

Die atemraubende Computerisierung der Haushalte und die verzweifelte Verkabelung dieser Rechner, sowie das hastige „Aufspringen auf den Datenhighway" schaffen zuerst einmal eine Infrastruktur, auf der dann „massenhaft kommuniziert" werden kann. Noch umfaßt der Verkauf von Computern und anderen IuK-Artikeln den größten Marktanteil, doch „nicht mehr das Sammeln von Informationen an sich (wie es etwa die Ämter machen, N.K.) ist von Bedeutung, sondern die Fähigkeit, Informationen für die eigenen Interessen zu organisieren, zu verdichten, zu filtern und aufzubereiten."[12] In Wahrheit ist es nur eine Bedeutungsverschiebung vom Sammeln zum Verarbeiten. „Angenehmerweise (für wen?, N.K.) enthält der Rohstoff ‚Information' nicht die Gefahr der Erschöpfung, sondern kann fast beliebig vermehrt werden."[13]

Das bedeutet für unsere Lebenssituation heute mal nicht so viel: Wir erleben heute nur, wie heftigst daran gearbeitet wird, Verwaltungsentscheidungen, die meist juristisch geregelt sind, zu automatisieren. Teleshopping, Beratung per eMail, Newsgroups werden Teil unserer täglichen Kommunikation, die auch damit einen flüchtigeren Charakter erhält. Unternehmen werden versuchen, sie zu strukturieren und uns Kommunikationsmöglichkeiten oder auch „Gespräche selber", also ein Kommunikationserlebnis zu verkaufen. Oder aber wir nutzen unsere „Filterkompetenz", um selber NebenerwerbskommunikatorIn zu werden. Mehr als bisher werden wir bei Kommunikation vor die Frage gestellt: Was nützt sie mir?

Sicherlich ist der Verkauf von Information nichts Neues, denken wir an den Buchdruck oder die Makler. Die Verkommerzialisierung legt aber nun mit der Suche nach neuen Profitquellen und Ausbeutungsmöglichkeiten zu. Der Unterschied liegt in der Direktheit der Ausbeutung: Zwar konnte die Arbeitsproduktivität immer gesteigert werden, wenn die „richtige" Kommunikation gewählt wurde. Die tayloristische Arbeitsorganisation versuchte das mit Anordnung der Maschinen und Regelung der Arbeitsabläufe. In der „Teamarbeit" übernehmen die ArbeiterInnen die Organisation der Arbeitsabläufe (oder zumindest deren Verbesserung). Der Mehrwert wird aber noch mit dem Produkt realisiert. Damit die Kommunikation selber Mehrwert liefern kann, muß ihr „Produkt", die „Information", in Tauschwert umgesetzt werden können. Mit der mathematischen Abbildung von menschengeschaffener Information (unterscheidbare Ansamlungen von Bits und Bytes) in Dateien, die Texte, Bilder, Töne, Filme speichern, gelingt eine besonders weitreichende „Materialisierung". Der „Fortschritt" zu analogen Medien, wie Schallplatte oder Filmrolle, liegt in der Nutzbarmachung von elektronischen oder optischen Leitungen, sowie diverser Speichermedien.

Ein fast sicheres Zeichen des zunehmenden Profits der Berufe, die mit Kommunikation zu tun haben, ist ihr „Geschlechtswechsel".[14] War die „Kulturaufgabe" oder auch das „Tratschen" „Frauensache", so ist „Kulturmanagement" oder „Vernetzungsarbeit" „Männersache" geworden. „Es stellt sich heraus, daß Männer bestimmte Berufe solange gegenüber dem Eindringen von Frauen verteidigen, wie diese Perspektiven für stabile und gut honorierte Beschäftigungen versprechen. Sinken diese Aussichten durch technologische Rationalisierungen oder längerfristige konjunkturelle Veränderungen, dann greifen die ökonomischen Erfordernisse der Wirtschaft zusammen mit den Reformbestrebungen. Es erfolgt eine ‚Öffnung' für Frauen, jedoch sind die so feminisierten Berufe nicht mehr dieselben Berufe, die sie vorher waren. Umgekehrt dringen Männer in Zeiten ökonomischer Krisen und erhöhter Arbeitslosigkeit in typische Frauenberufe ein und werten sie auf. (...) Letzlich ist es dieser ‚Geschlechtswechsel' von Berufen, der auf dem Arbeits- und Bildungsmarkt für einen ständigen Prozeß der Konstruktion und Rekonstruktion von Hierarchien und Arbeitsteilungen sorgt. Bemerkenswert ist, daß mit dem Wechsel der Berufe auch die legitimatorische Begründung wechselt, deren Grundargument aber stets in der Differenz liegt."[15] Feministische Informatik wird belächelt und in Wien mit einer

Außerordentlichen Professur bedacht. „Bis dato gab es nicht sehr viel Forschung auf dem Gebiet der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Interaktion von Mensch und Computer. (...) Einer der Gründe dafür mag sein, daß potentielle Benutzer, die von den Resultaten von HCI (Human Computer Interaction) profitieren könnten, vorwiegend männlich sind."[16]

Die Kommunikation wird zu einem wichtigen Teil unserer Arbeitskraft. Das wird durch die IuK-Technologien verlangt und befördert.

Wissenschaft wurde Produktivkraft

These 3: Die dritte Arbeitshypothese knüpft daran an, indem sie behauptet, daß der Inhalt der Kommunikation, die „Information", auch eine marktmäßige Weiterentwicklung von „Wissen" sein kann. Denn die Wissenschaft produziert heute nichts anderes mehr als Ideen, oder Sprachspiele. Mit der Verwertung von Technik begann die Wissenschaft sukzessive Produktivkraft zu werden. Die Patente sind ein Ausdruck der Warenwerdung von Wissen. Aber schon das Erkenntnisinteresse wurde seit der Ersten Industriellen Revolution unter das Paradigma der Effizienz gestellt. Nicht die ausgetüftelte Darstellung von Wahrheit treibt die Forschung, sondern das ewige Produzieren neuer effizienter Argumente und Beweise. Disziplinen spalteten sich ab, schufen ihr eigenes Argumentationsgebäude, und sind nur noch über ihre Verwertbarkeit vergleichbar – nicht wissenschaftlich.[17]

Im Humboldtschen Idealismus war der „Glauben" noch stark, daß Wissenschaft auch Wahrheit beleuchtet. Doch Gödel stellte fest, daß selbst die Arithmetik innere Widersprüche besitzt. Wissenschaftlich beweisbar war und ist keine einzige Wissenschaft. Ihre Existenz ist genauso geschichtliche Norm wie ihre Axiome. Und ein Grund, warum Wissenschaft trotzdem noch so anerkannt ist, warum immer noch Universitäten finanziert werden, ist der „Legitimationskurzschluß der Macht": Wissenschaft produziert verwertbare Ideen; und steigert immer zugleich ihre eigene Effizienz. Das gibt im Kapitalismus Recht. Ein Widerspruch entsteht durch die Produktion von „ketzerischen" Ideen und deren oft zu beobachtende Niederhaltung durch Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Die „freie" Wissenschaft gerät automatisch immer wieder in Konflikt mit dem System der Verwertbarkeit, der Macht.

„Man sieht endlich, wie die Informatisierung der Gesellschaften sich auf diese Problematik auswirkt. Sie kann das ‚erträumte' Kontroll- und Regulierungsinstrument des Systems des Marktes werden, bis zum Wissen selbst erweitert werden und ausschließlich dem Prinzip der Performativität (Effizienz, Leistung; N.K.) gehorchen. Sie bringt dann unvermeidlich den Terror mit sich."[18]

Bildung im ökonomischen Kontext

Die erste „Bildungsexplosion" fand in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts unter der Notwendigkeit Beamte und Richter auszubilden statt. Die Staatsverwaltungen in Europa wurden mehr und mehr „professionalisiert", das heißt dem Adel entzogen und Beamten überlassen, und zugleich drängte das Großbürgertum im Rahmen seiner Emanzipationsbewegung an die Universitäten.[19] Der politische Diskurs war im neuen Deutschland wesentlich von der „humboldtschen Bildungsidee" beeinflußt: Wissenschaft als Prinzip und Ethik als Ideal ergeben zusammen die Idee, die erst den ganzen Aufwand legitimiert. Zugleich schwang auch Nationalstolz und Großmachtstreben mit, weil klar war, daß Englands wirtschaftliche Macht auf technischem Know-how basierte, das wiederum Ergebnis von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung war. Aber ohne Ethik ging und geht nichts in teutschen Landen!

Die ÖkonomInnen der jungen Sowjetunion erkannten den volxwirtschaftlichen Nutzen von Humankapital. Aus dem Reduktionskoeffizienten der Marxschen Arbeitswerttheorie wurde quasi ein nationalökonomischer Faktor gemacht. Die Menschen konnten nun darauf zählen, ein großes Bildungsangebot zu erhalten, zugleich waren sie Objekte volxwirtschaftlicher Planung.

Die USA lagen mit ihren Ausbildungsstatistiken schon lange vor Westeuropa, als sie nach 1945 unbeeinspruchte Führungsmacht wurden. Vielfach wurde von ökonomistischer Seite beteuert, wie viel die Schulbildung jeder Art zum Wirtschaftswachstum beigetragen hat. Der „technische Fortschritt", zu dem auch die Anhäufung von Humankapital gehört, sollte in den ökonomischen Modellen nicht mehr vom Himmel fallen. Es war Zeit, Wissenschaft und Bildung zu „endogenisieren", also wie einen Wirtschaftsfaktor zu behandeln (Jacob Mincer, Milton Friedman ab den fünfziger Jahren).

Zwar war das Humboldtsche Bildungsideal nicht aus der deutschen und österreichischen Politik verschwunden, aber materiell wurden die Universitäten diesem weiter entzogen: Mit AHStG 1966 und UOG 1975 gerieten sie in Österreich unter die vollständige Kontrolle der Regierung, und damit zur Variablen volxwirtschaftlichen Wachstumsstrebens. Es galt mehr als je zuvor: Bildung und Wissenschaft bringt Wirtschaftswachstum.

Ich will damit die Kontinuität der volxwirtschaftlichen Sichtweise von (höherer) Bildung und Universitäten aufzeigen. Denn ich begreife die heutige unverschämt offene Ökonomisierung der Universität nicht als Werteverfall oder politischen Fehler, sondern als typischen Effekt des Kapitalismus, wobei die wirtschaftswissenschaftlichen und politischen ProtagonistInnen das Effizienzstreben der Konzerne unterstützen. Nach dem Verschwinden der großen Erzählungen, nach der Entdeckung, daß keine Wissenschaft wissenschaftlich legitimiert werden kann und aus sich heraus keiner Ethik folgt, ist der Blick für die Legitimationsweise der Wissenschaften im Kapitalismus frei. „Wenn die Triebfeder (des Interesses am Wissen, N.K.) die Macht ist, dann hört der emanzipatorische Aspekt der klassischen Dialektik auf, relevant zu sein".[20]

Mit der Weltwirtschaftskrise haben sich die Anforderungen eben verschoben. Einerseits wird der optimale Mix des nationalen Arbeitskräfteangebots schon mit weniger AbsolventInnen erreicht, andererseits wird die Planungstätigkeit schwerer, weil der Nationalstaat mit der Liberalisierung der Geldmärkte die Kontrolle über die Investitionstätigkeiten verliert: Die Standortpolitik gewinnt an Bedeutung. Das volxwirtschaftliche Bildungsziel verschiebt sich. Früher ging es um die Expansion von „nationalem Humankapital", nun um die „Optimierung" der Produktion von AbsolventInnen (Matura, FHS, Uni), und das unter größter planerischer Unsicherheit. Der „freie Hochschulzugang" erscheint in diesem liberalen Licht als „ungezügelte Verschwendung".

Angesichts des kommenden 5. Kondratjew[21] mit seinen Leittechnologien, die fast nur „akademisch" ausgebildetes Personal benötigen, konkurrieren schon heute Japan, NAFTA und EU um die besseren Startpositionen. Dazu gehören auch genügend gutgebildete Arbeitskräfte – also „optimaler" Aus-

bau einzelner Fachbereiche, wenn es dem nationalen Wettbewerbsstaat in die Strategie paßt. Das wird derzeit durch die Implementation des UOG 1993 (Kürzung aller Bereiche und gleichzeitige Projektförderung der „guten", das heißt effizienten, erfolgreich evaluierten und „zukunftsträchtigen" Institute) in Österreich umgesetzt – vielleicht ein bißchen spießiger und konservativer als in Großdeutschland.

Gut, aber das war nur die volxwirtschaftliche technokratische Draufsicht, die ihre Aufgabe darin sieht, Humankapital effizient bereitzustellen. Harry Maier argumentiert, daß der fünfte Kondratjew eine Steigerung der AkademikerInnenquote verlangt, und daher die Bildungsexpansion weitergehen müsse – nur halt effizienter. Bleiben wir noch einen Augenblick bei der volxwirtschaftlichen Perspektive, und sehen wir uns an, ob wir unseren Planungsobjekten Gutes verheißen können?

Bildungsmythos

Der freie Hochschulzugang ist eine politische Errungenschaft der Arbeiterbewegung. Er ist ein Symbol für die Rechtmäßigkeit der Ansprüche auf gleichen Zugang zum „Privileg Hochschulbildung". Konnte die Arbeiterbewegung damit was erreichen? Ja und Nein.

Nein, denn „alle sogenannte Volksbildung – mittlerweile ist man hellhörig genug, das Wort zu umgehen[22] – krankte an dem Wahn, den gesellschaftlich diktierten Ausschluß des Proletariats von der Bildung durch die bloße Bildung revozieren zu können."[23] Der Klassenkampf veränderte sich mit der Teilung von Besitz und Kontrolle des Kapitals. Ich will hier die Klassendefinition von Balibar[24] einbringen:

Aristokratie und Bourgeoisie werden durch die Begriffe „Rente" und „Profit" getrennt. Lohnabhängige, die keine „Rente" beziehen, also keine Aristokraten sind, bilden die Bourgeoisie, wenn sie sich Mehrwert aneignen können. Aber im Gegenstz zur Aristokratie haben sie Zeit ihres Lebens nicht die Möglichkeit, Nennenswertes „anzusparen" und zu vererben. Sie sind an die Gegenwart gebunden, während die Aristokratie von der Vergangenheit, bzw. den dort erworbenen Rechten lebt, von den Renten. Proletarier sind ebenso lohnabhängig und nicht imstande, auf Vergangenheit (Erspartes) zurückzugreifen. Der Bourgeois „unterscheidet sich allerdings in einem gewichtigen Punkt vom Proletarier: Er lebt nämlich sehr viel besser. Dieser Unterschied scheint nichts mehr mit dem Besitz oder der Kontrolle von Produktionsmitteln zu tun zu haben. Dennoch erhält dieser Bourgeois, das Produkt der Bourgeoisifizierung, auf irgendeine Weise den vom Proletarier, dem Produkt der Proletarisierung, geschaffenen Mehrwert."[25] Explizite Kriterien zur Klassentrennung sind weiterhin die der Ausbeutung, der Herrschaft in der Produktion und der Unsicherheit durch Gefahr der Einkommenslosigkeit. Neben den sozialen Konstrukten Geschlecht und Nationalität ist das Humankapital ein entscheidendes Unterscheidungsmerkmal zwischen Menschen, die mehrwertaneignende (gut dotierte), Befehlsgewalt innehabende (hohe), und sozial abgesicherte (Abstieg endet in Verdrängung anderer aber nicht in Armut) Jobs haben und dem Rest.

Der Bildungssektor erscheint in diesem Licht als „Klassenlotterie". Bildung bekam die primäre Selektionsfunktion in unserer Gesellschaft. Deshalb enthält die Forderung nach „Chancengleichheit" den bitteren Beigeschmack, daß sie die „Bourgeoisifizierung" als Chance versteht. Damit kann aber nicht an der Selektionsfunktion der Bildung gekratzt werden.

Die Verfielfachung der Studienplätze in den Siebzigern und Achtzigern brachte die Bourgeoisie tatsächlich in eine Konkurrenzsitutaion, wenn auch eine kleine. Ihre Kinder mußten selbst mit einem Diplom noch gegen „ArbeiterInnenkinder" konkurrieren. Aus emanzipatorischer Sicht, und das

Erró: Vienne, 1979

war eine Kritik von Anbeginn des „freien Hochschulzugangs", wird, ökonomistisch gesehen, viel Geld für wenig Emanzipation ausgegeben. Weil Studienwünsche sozial vorstrukturiert sind, und Frauen „brotlose" Studien wählen, bzw. deren Studienwahl am Arbeitsmarkt „brotlos" gemacht wird, weil die oberen Schichten auch diese Öffnung für ihre Kinder beanspruchen, und nicht zuletzt weil die Herren Professoren niemals eine an Emanzipation orientierte Lehre wünschen, weil also innerhalb der Uni sozial selektiert wird, wäre es, ebenfalls aus ökonomistischer Sicht, effizienter (sic!) weniger Studienplätze „gerechter" zu verteilen.

Das US-amerikanische System zeigt vor, wie allen Menschen die tertiäre Bildung offenstehen und die Klassenreproduktion aufrechterhalten werden kann: mit hierarchisch gestaffelten Institutionen. So ein neoliberaler freier Hochschulzugang ist kapitalismuskonform – trägt aber offensichtlich nichts zur Emanzipation und Gerechtigkeit bei.

Mit der formalen Festschreibung der Gleichheit konnte die Arbeiterbewegung noch lange keine materielle Gleichheit erreichen, weil Zusatzreformen fehlten. Diese vermissen wir in der Schule, in der universitären Lehre, in der universitären Selbstverwaltung – alles alte politische Forderungen.

Also war der freie Hochschulzugang ein Erfolg, weil er aufzeigt, daß die Bildungsökonomie sicher keine relevante Empfehlung zur Erreichung sozialer Gleichheit oder Emanzipation geben kann. Bildungsökonomie ist keine „unglückliche Wissenschaft, zumal man sie in Österreich erst zu spät entdeckt hat", wie das Julius Mende[26] behauptet, sondern eine Mystifizierung der Bildung.

Auf den Inhalt kommt es an

Als nun Anfang der Siebziger die österreichischen Universitäten immer mehr Studierende aufnahmen, kamen Menschen hin, die sich der ökonomischen Funktion klar bewußt waren. Nicht Wahrheitsfindung, Geistesentwicklung oder „freie Forschung" waren ihr Anliegen, sie brachten ökonomisch vorstrukturierte Wünsche nach einem „effizienten" Studium mit. Die Universitäten wuchsen, besonders in den Achtzigern, und wurden „von unten", von den Studierenden ökonomisiert. Deren Wünsche an die Lehrenden waren nicht Auseinandersetzung (was diesen wiederum viel „Ärger" erspar-te), sondern klare Leistungsvorgaben und verwertbare Vor- oder Ausbildung. Daß Studierende eine Umgebung vorfinden, die dem nicht entspricht, deren Leistungsanforderung oft sehr „niedrig" ist, die viel Raum für „Sonstiges" läßt, ermöglicht eine angenehmene Zeit.

Dieser „Freiraum" kann benutzt werden um bestehende Vorteile auszubauen oder Nachteile aufzuholen. Für ArbeiterInnenkinder sowieso Luxus. Wenn wir Chancengleichheit als Chance zur Bourgeoisifizierung verstehen, dann wird auch Emanzipation zur vollständigen Unterwerfung unter die Ökonomie, dann müssen ArbeiterInnen die Effizienzsteigerung der Universitäten durch Sparprogramme befürworten. Dann gelangen wir eben zu sozial gestaffelten Studiengebühren und Leistungsstipendien mit Sozialförderung.

Der springende Punkt liegt in der Änderung des Charakters von „Bildung". Ich will hier bei Adornos „Theorie der Halbbildung"[27] ansetzen. Seine Kritik an der Veränderung dessen, was allgemein Bildung genannt wurde, nämlich der Entgeistigung, oder auch des Verlustes an „Bildung", sprich der Bildung des Geistes, sehe ich eben in der Geschichte der Warenwerdung von Bildung/Wissen.

Wie die Arbeitskraft in der Industriellen Revolution freigesetzt wurde – als manuelle Arbeitskraft, und wie die Freizeit auf den Markt geworfen wurde[28] – mit der Konsumindustrie, so sind die IuK-Technologien von einer Freisetzung des Wissens und der Bildung abhängig.

Platte Analogien? Ja, sicher. Aber das erklärt doch einiges. War das Anlernen vor 200 Jahren noch kaum ein Thema, und waren die betriebsinternen Abläufe trivial, wie auch die Maschinenproduktion in der Hand von sehr wenigen, so ist der heutige Betriebsablauf durchdrungen von wissenschaftlichen Erkenntnissen. In allen Staaten wurde vor einem „Entwicklungsschub" ein gewisses Bildungsniveau erreicht. Arbeits„kraft" genügt nicht mehr, es muß schon „Hirn" dabei sein. Nicht geistige Bildung, sondern ausgebildete Fertigkeit. Doch diese Unterscheidung ist meines Erachtens Haarspalterei, weil jede Ausbildung geistige Konzepte vermittelt, also auch geistig bildet, und jede Bildung des Geistes auch Fertigkeiten vermittelt.

Adorno meinte: „Frisch-fröhliche Verbreitung von Bildung unter den herrschenden Bedingungen ist unmittelbar eins mit ihrer Vernichtung."[29] Lyotard: „Das alte Prinzip, wonach der Wissenserwerb unauflösbar mit der Bildung des Geistes und selbst der Person verbunden ist, verfällt mehr und mehr."[30] Die Bildung verliert ihren Gebrauchswert, wird also durch Entgeistigung und Lösung vom Denken der lernenden Person zum Tauschwert. Lyotards flapsige Verfallsthese wird von Adorno so beschrieben: „Der unwiderrufliche Sturz der Geistesmetaphysik hat die Bildung unter sich begraben. Das ist kein Tatbestand isolierter Geistesgeschichte, sondern auch ein gesellschaftlicher. Geist wird davon affiziert, daß er und seine Objektivation als Bildung überhaupt nicht mehr erwartet werden, damit einer gesellschaftlich sich ausweise. Das allbeliebte Desiderat einer Bildung, die durch Examina gewährleistet, womöglich getestet werden kann, ist bloß noch der Schatten jener Erwartung. Die sich selbst zur Norm, zur Qualifikation gewordene, kontrollierbare Bildung ist als solche so wenig mehr eine wie die zum Geschwätz des Verkäufers degenerierte Allgemeinbildung."[31]

Die Bildungszertifikate sind eine Warenform der Bildung. Wenn nun die Ausbildung marktgerecht erfolgt, dann erhalten auch die Lehrinhalte Warencharakter und werden tauschbar, was vor allem in der Weiterbildung zu bemerken ist (z.B. modulare Umschulungskurse des Arbeitsmarktservices). Diese Lehrinhalte sind zum Teil Forschungsergebnisse und sie sind einfach „Wissen". Dieses Wissen sich anzueignen, scheint ein geistiger Prozeß zu sein, der eben „Bildung" genauso vermittelt wie „Ausbildung". Somit ist Ausbildung immer auch Bildung. Obwohl Denken im Sinne von Nachdenken, Begreifen, Kritisieren, ist bei diesem Wissen nicht mehr nötig.

Was Adorno beschrieb, war die erste Stufe zur völligen Warenwerdung von Wissen: Herausreißen von „Wissen" aus den dazugehörigen geistigen Konzepten, aus dem Kontext: Nachplappern. Und, um gleich einen größeren Sprung zu machen, heute stehen wir Wissensdarstellungen gegenüber, die explizit mit „Wissensstücken" arbeiten. Seien es Artikel in Fachjournalen, die nur so tun, als gehörten sie zu „der großen Diskussion", oder dynamisch erstelltes Wissen aus Expertensystemen und Datenbanken. So wird aus dem volxwirtschaftlichen „Wachstumsfaktor Wissen" und der nationalen Patentproduktion ein universeller Inputfaktor Wissensstück, der in Datenbanken lagert, nach Bedarf gekauft

und nach Belieben kombiniert werden kann: Die „Information". Dieser „Wissensmarkt", oder nennen wir ihn besser Informationsmarkt, durchdringt die ganze Gesellschaft (zumindest einige wenige), die dann „Informationsgesellschaft" genannt werden dürfen.[32]

Humankapital erhält einen neuen Charakter: Selbst das Faktenwissen, die zertifizierte Halbbildung, die ein Mensch erwarb, ist nicht mehr ausschlaggebend, sondern die Fähigkeit, den Wissensmarkt effektiv zu verwenden, sprich die richtigen Fragen zu stellen, um billig effizient verwertbare Antworten zu erhalten. Wenn die konservativen StudentInnen von „Entrümpelung der Lehrpläne" sprechen, dann fordern sie ganz marktförmig die „Schlüsselkompetenzen" für sich, um diese elektronischen Bibliotheken effizient befragen zu können. Sie folgen konsequent der Weiterführung der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft: Lohn gab's erst für Tun, dann Können, später Wissen und nun für „Informiert-sein".

Dazu kommen noch die Warenwerdung von Wissen und der rasante „technische Fortschritt". Auf dieser Basis wird das Humankapital, das wir bisher als in der Jugend angeeignet verstanden haben, ein zeitlich variables Kapital. Es unterliegt rasanter Entwertung und wird immer leichter „auffrischbar", weil Wissen leichter verdaulich wird, zur Information gerät, deren Aufbereitung und Vermittlung gerade Inhalt der IuK-Technologie ist. Damit dynamisiert der Kapitalismus sogar die Bourgeoisifizierung, weil der berufliche Aufstieg theoretisch zu jeder Lebenszeit möglich wird, wie auch der Abstieg. Deshalb ist liberalerweise auch nicht einzusehen, weshalb Lehrlinge nicht mit 40 Karriere machen können sollen, und warum ebenso alte Manager nicht dequalifiziert werden sollen? – Der liberale Anspruch gerät in immer krasseren Widerspruch zur gesellschaftlichen Realität, zum konsumierenden Interesse der Bourgeoisie-Eltern, zum allgmein menschlichen Interesse, nicht zum Objekt der Märkte zu werden.

Abschlußworte

Die Konzentration des Kapitals einerseits und die Warenwerdung von Bildung und Wissen andererseits „proletarisiert" viele Tätigkeiten. Die neuen Leittechnologien (Werkstoffe, Gentechnik und Informations- und Kommunikationstechnik) mögen vielleicht Arbeitsplätze bringen, aber sie setzen sich nur durch, wenn sie die Profitmasse wieder heben, also die Ausbeutung verstärken. Daran werden anteilsmäßig nicht mehr Menschen mitnaschen als früher, außer wir betrachten nur einen regionalen Ausschnitt (Beverly Hills oder so). Der „freie Hochschulzugang" scheitert nicht an sich selber, sondern am Arbeitsmarkt, den er zwar beeinflußt, nicht jedoch „geändert" hat. Und weil nun auch das Wissen Ware geworden ist, oder wird, die Hochschulen zum Marktplatz umgebaut werden, bleibt uns nichts anderes, als gegen die Entfremdung an sich, gegen den Warencharakter der Lohnarbeit aufzutreten. Dazu können „offene Universitäten" ganz brauchbar sein, dazu sind aber alle „Freiräume" gleich brauchbar.

Ich meine, es geht darum jeden Zynismus zu vermeiden. Also, wenn es uns um eine Zurückweisung der Expansion der Warenwirtschaft geht, dann tun wir doch nicht so, als verteidigten wir den „freien Hochschulzugang", weil wir darin ein fortschrittliches Konzept sehen. Und wenn wir uns gegen den Warencharakter von Information wehren, gegen die Verungeistigung von Wissen, dann tun wir nicht so, als sehen wir in der Universität ein probates Mittel dazu. ■

Nikolaus KIRSTEIN studiert Wirtschaftsinformatik. Er war bildungspolitischer Referent im Hauptausschuß der TU und des Zentralausschusses der ÖH.

Literatur

Harry Maier, Bildungsökonomie, Stuttgart 1994.

Paul Windolf, Die Expansion der Universitäten 1870-1985, Stuttgart 1990.

Michael Daxner, Ist die Uni noch zu retten?, Hamburg 1996.

Anmerkungen

1 Im Jahre 1925 von N. Kondratjew empirisch nachgewiesen.
2 Eine gut einführende Darstellung findet sich in: Harry Maier, Bildungsökonomie, Stuttgart 1994.
3 Jörg Goldberg, Kapitalistische Zentren: Krisenzentren? In: P. Fleissner, F. Deppe, Arbeiterklasse – Gibt's die noch?, Wien 1985.
4 Peter Fleissner, Automaten statt Menschen? In: Arbeitserklasse – gibt's die noch?, Wien 1985.
5 Ebendort.
6 Ebendort.
7 Ebendort.
8 Ebendort.
9 Ebendort.
10 Franz Schandl, Gerhard Schattauer, Die Grünen in Österreich, Wien 1996, S. 28.
11 Eine gute Darstellung in: Inge Karazman-Morawetz, Arbeit – Leistung – Konsum – Freizeit, in: »Weg und Ziel« 1/1996, Abdruck aus Sieder/Steinert/Tálos, Österreich 1945 bis 1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien 1995.
12 Hans Zeger, Entwicklungstendenzen in der EU, in: Neue Kommunikations und Informationstechnologien, Wien 1995.
13 Ebendort.
14 Marianne Friese, Frauenbildung und Geschlechterdifferenz im Prozeß europäischer Modernisierung, in »Weg und Ziel« 1/1994.
15 Ebendort.
16 Margit Pohl, Angepaßte Technologie oder: Geschlechtertausch auf Knopfdruck, in »Weg und Ziel« 1/1995.
17 Jean-Francois Lyotard, Das postmoderne Wissen; Hrsg. Peter Engelmann, Wien 1993.
18 Lyotard, Das postmoderne Wissen, S. 192.
19 Paul Windolf, Die Expansion der Universitäten 1870-1985, Stuttgart 1990.
20 Lyotard, Das postmoderne Wissen, S. 63.
21 Eine gute Darstellung findet sich in: Samuel Bowles, Richard Edwards, Understanding Capitalism, New York 1993, S. 440ff.
22 Oder mit „x" zu schreiben.
23 Theodor W. Adorno, Theorie der Halbbildung, Rede von 1959, in: Sociologica, Frankfurt/Main 1984.
24 Etienne Balibar, Bourgeois(ie): Begriff und Realität, in: Etienne Balibar, Immanuel Wallerstein, Rasse-Klasse-Nation: ambivalente Identitäten, Berlin 1992.
25 Ebendort.
26 Julius Mende, Bildungsökonomie, in: »Weg und Ziel« 4/1996.
27 Adorno, Theorie der Halbbildung.
28 Karazman-Morawetz, Arbeit-Leistung-Konsum-Freizeit.
29 Adorno, Theorie der Halbbildung.
30 Lyotard, Das postmoderne Wissen, S. 15.
31 Adorno, Theorie der Halbbildung.
32 Das Durchdringen geschieht einfach durch die am Anfang beschriebene Vermarktung der Kommunikation.

Kann Bildung leisten was Politik versagt?

Von der „Illusion der Chancengleichheit durch Bildung" zum „Mythos, durch Qualifizierungsmaßnahmen Arbeitslosigkeit verringern zu können"

Erich RIBOLITS

Es gibt kaum einen Punkt, in dem Politiker unterschiedlicher Couleurs, Gewerkschafter und Unternehmervertreter derzeit mehr übereinstimmen, wie in der Behauptung, daß dem Problem der anwachsenden Arbeitslosigkeit durch ein mehr und bedarfsgerechter qualifiziertes Arbeitskräftepotential erfolgreich entgegengearbeitet werden kann.

Aus- und Weiterbildung der Erwerbsbevölkerung wird als wesentlicher Input für Produktivität, Wirtschaftswachstum und Konkurrenzfähigkeit im globalen Verdrängungswettkampf und damit auch als wichtige Grundlage für das Entstehen neuer Arbeitsplätze gesehen. In diesem Sinn gelten die öffentlichen Ausgaben für Aus- und Weiterbildung heute allgemein als „Investition in das Humankapital, die sich für alle rentieren". Für die entsprechend qualifizierten Arbeitskräfte lohnen sie sich in Form von (gesteigerten) Arbeitsplatzchancen und höheren Löhnen und für „die Wirtschaft" in Form von erweiterten Produktionsmöglichkeiten und damit als Grundlage einer verbesserten Kapitalverwertung. Bildung erscheint damit als jene Größe, die den der kapitalistischen Gesellschaft immanenten Interessenswiderspruch von Kapital und Arbeit gleichsam auflöst.

So wie schon einmal in den sechziger und siebziger Jahren wird Bildung damit zu einer Strategie hochgelobt, mit der es gelingen kann, das politisch-ökonomische System auszutricksen. Damals war es die Vorstellung, über den Weg eines egalitär ausgerichteten, reformierten Schulsystems und durch die Verringerung der materiell vermittelten Bildungsbenachteiligungen Chancengleicheit für das Erreichen höherer gesellschaftlicher Positionen herzustellen. Die beiden großen Ursachen herkunftsbedingter Bildungsunterschiede sollten abgebaut werden. Die kulturelle Barriere, die sich darin äußert, daß Kinder, deren Eltern selbst nur ein niedriges Bildungsniveau besitzen, jene kulturellen Fertigkeiten im Elternhaus nicht erwerben können, die in der Schule im besonderem Maß honoriert werden. Und die finanzielle Barriere, die sich in direkten Kosten (Schul- und Studiengebühren, Ausgaben für Bücher und Unterrichtsmaterialien, Beförderungskosten und dergleichen) und in indirekten finanziellen Belastungen (Verzicht auf ein baldiges Einkommen der Heranwachsenden) niederschlägt. Staatliche Fördermaßnahmen sollten für den Ausgleich sozial bedingter Startunterschiede sorgen und die optimale Förderung für jeden Schüler sicherstellen. Das erklärte Ziel war das Aufbrechen der „sozialen Vererbung" durch einen für alle ermöglichten ungehinderten Zugang zu Bildung – das Bildungswesen sollte Motor für soziale Gerechtigkeit sein.

Zwar wurde schon früh aus unterschiedlichen politischen und wissenschaftlichen Positionen vor der „Illusion der Chancengleichheit" gewarnt. Von Heydorn über Illich und Bourdieu bis hin zu Stefan Blankertz gab es eine Reihe früher Kritiker an der Vorstellung, mit Hilfe eines reformierten Schulsystems materiale Chancengleichheit für alle herbeizuführen. Nun, zwischenzeitlich ist es nicht mehr zu übersehen, und durch eine Reihe empirischer Studien auch ausreichend belegt[1], daß es sich beim Traum von der „Chancengleichheit durch Bildung" um eine bildungspolitische Schimäre ersten Ranges gehandelt hat. Die in den letzten Jahrzehnten unbestreitbar stattgefundene Reduzierung materiell bedingter Bildungsbarrieren und die, mit dem Argument der optimalen Förderung für alle legitimierten, exorbitant erhöhten öffentlichen Ausgaben pro Schüler[2] haben die Einflüsse des ökonomischen und kulturellen Milieus auf die Bildungsungleichheit letztendlich nur marginal beeinflußt. Tatsächlich ausgelöst haben die angesprochenen Maßnahmen eine gewaltige Expansion des Bildungssektors, wodurch Angehörige „unterer" sozialer Schichten heute wesentlich häufiger in weiterführenden Bildungsgängen anzutreffen sind. Allerdings ist gleichzeitig auch die Bildungsbeteiligung sozial begünstigter Bevölkerungsgruppen angestiegen, sodaß im wesentlichen die relativen Vorteile, die mit einer privilegierten sozialen Herkunft verbunden sind, aufrecht geblieben sind. Die Gesellschaft produziert von Geburtsjahrgang zu Geburtsjahrgang zwar ein höheres durchschnittliches Niveau an Bildungsabschlüssen, die Bildungschancen von Kindern unterschiedlicher sozialer Schichten werden dadurch allerdings nur minimal verändert. Der Selektionsmechanismus des Bildungswesens wirkt unvermindert der Reproduktion der gesellschaftlichen Sozialstruktur in die Hände.[3]

Kapitalistische Systemlogik nicht durch Bildung zu unterlaufen

Heute müssen die ehemaligen Vertreter der Vorstellung, daß sich die kapitalistische Systemlogik durch ein „Bürgerrecht auf Bildung" unterlaufen ließe, irritiert feststellen, daß die Bildungsexpansion die herkunftsbezogene Ungleichheit nicht bloß nicht beseitigt, sondern – ganz im Gegenteil – ihre Fortdauer sogar noch begünstigt hat. Sie tut das zum einen, indem sie quasi durch eine kontinuierliche „Vergrößerung des Kuchens" zu einer Verminderung des Konflikts über die relative Größe der einzelnen „Kuchenstücke" beiträgt. Blossfeld/Shavit meinen dazu: „Solange das Bildungsniveau der unteren sozialen Schichten sich erhöht, solange kann eine politische Diskussion und Auseinandersetzung die Zuwächse bei den privilegierten Schichten vernachlässigen." Und sie folgern: „Die Bildungsexpansion verkleinert den politischen Druck zur Verminderung der Bildungsungleichheit." Zum anderen hat sich die expansive Bildungspolitik dadurch kontraproduktiv für das Erreichen von mehr sozialer

Gerechtigkeit ausgewirkt, da sie in weit überproportionalem Ausmaß den sozial sowieso schon begünstigten Bevölkerungsschichten zugute gekommen ist. So bewirkt – über den Weg, daß Angehörige einkommensstärkerer Bevölkerungsschichten wesentlich häufiger ein Studium „in Anspruch nehmen" – zum Beispiel das kostenlose Hochschulstudium – eine Umverteilung finanzieller Mittel „nach oben" in der sozialen Hierarchie. Allerdings partizipieren selbstverständlich auch die „unteren" sozialen Schichten – nur eben im entsprechend geringem Ausmaß – vom kostenlosen Studienzugang. Damit ergibt sich das Dilemma, daß durch die Einführung von Studiengebühren zwar die angesprochenen Umverteilungseffekte reduziert werden können, zugleich jedoch auch wieder neue Bildungsbarrieren für sozial Benachteiligte errichtet werden – den Kapitalismus qua Bildungspolitik an die *soziale* Kandare zu nehmen ist offenbar gar nicht so leicht.

Zusätzlich sinkt der Wert von Bildungstiteln selbstverständlich im selben Maß, wie die Zahl derer ansteigt, die diese Titel erwerben. Bildungsabschlüsse, in der Hoffnung auf sozialen Aufstieg erworben, unterliegen gewissermaßen denselben Effekte wie die Goldstücke in den Märchen, die sich nach Verlassen des „magischen Raums" als wertlose Roßknödel herausstellen; sie werden – wie jede Ware im Kapitalismus – im Augenblick ihres Erwerbens inflationär. „Aus erhofften sozialen Aufstiegen" – so formuliert es der deutsche Bildungssoziologe Peter Alheit[4] – „wird eine bloß fiktive Mobilität im sozialen Raum." Und er illustriert diesen Effekt an zwei exemplarischen Beispielen: Am „Sohn des Dorfschullehrers, der Oberstudienrat wird und damit zwar einen höheren Bildungstitel besitzt als sein Vater, jedoch in eine gesellschaftliche Position eingerückt ist, die – ironischerweise – gerade dadurch strukturell entwertet wurde, *daß* er und seinesgleichen sie besetzen. Bei Lichte besehen steht er schlechter da als sein Vater. Der hatte immerhin in der Dorfgemeinschaft eine exponierte Position inne, war hochakzeptiert und in seiner Stellung geachtet." Und an der „Krankenschwester, die mit beträchtlichen Entbehrungen das Abitur nachholt, um Sozialpädagogik zu studieren, im Anschluß an den Erwerb des akademischen Titels jedoch den Löwenanteil ihrer Reproduktionskosten durch Nachtwachen im Krankenhaus absichert. Im Grunde hat sich auch ihre soziale Position *verschlechtert*, weil der mühevoll erworbene Bildungstitel nicht einmal ‚symbolisches Kapital' verspricht."

Das Bildungswesen offenbart sich somit als jene Instanz, die zwar die „individualisierte" Legitimation für gesellschaftliche Ungleicheit liefert, tatsächlich jedoch bloß exekutiert, was durch gesellschaftliche Mechanismen, auf die das Bildungswesen keinen Einfluß hat, vorgegeben wird. Das heißt selbstverständlich nicht, daß sich nicht auch an vielen Einzelschicksalen tatsächlich ein „Aufstieg durch Bildung" aufzeigen läßt. Einen empirisch nachweisbaren Trend, dessen Ursachen sich in den Maßnahmen der strukturellen Bildungsreform dingfest machen lassen, belegen solche Beispiele allerdings nicht. In der kapitalistischen Warengesellschaft ist eben auch Bildung bloß Ware und den Marktgesetzen unterworfen. Und der Erwerb von Waren ist bekannterweise von finanziellen Möglichkeiten abhängig und durchaus nicht für jedermann (und jedefrau) im gleichen Maße möglich. Der Gedanke, Bildung könnte Verteilungsinstanz für Lebenschancen sein, und zugleich demokratisiert werden, ist schlichtweg naiv, da er davon ausgeht, daß Bildung den Imperativen der die Ungleichheit begünstigenden Ökonomie entzogen werden könnte. Die Forschungen zur Resistenz herkunftsbezogener Bildungsbenachteiligung haben nur kenntlich gemacht, was immer schon galt: Die Behauptung, durch strukturelle Bildungsreformen Chancengleichheit und Gerechtigkeit herstellen zu können, ist bloße Ideologie. „Bildung als Verteilungsschlüssel, für Lebenschancen beherrscht die Struktur und Inhalte der Schule solange wie diese die Distinktionen vorbereitet, von denen die Herrschaftsstruktur der Gesellschaft sich erhält."[5]

Erró: Femme fatale, 1994/95

Gut vermarktbare Ausbildung

War es in der Bildungsreformbewegung der sechziger und siebziger Jahre das allgemeine Schulwesen auf dem sich die Vorstellung focussierte, durch strukturelle Bildungsmaßnahmen dem politisch-ökonomischen System ein Schnippchen schlagen zu können, dient heute der berufliche Aus- und Weiterbildungssektor als der Schlüssel um sich an der Anerkenntnis eines systemimmanenten Interessenwiderspruchs von Kapital und Arbeit vorbeizumogeln. Mit dem Hinweis auf eine angeblich immer höhere Bedeutung des Qualifikationspotentials der Erwerbstätigen für das wirtschaftliche Geschehen werden die staatlichen Aufwendungen für Aus- und Weiterbildung zu jenem Bereich hochstilisiert, in dem sich die spezifischen „Interessen der Lohnabhängigen" mit den „nationalen Wirtschaftsinteressen" decken. Die Statistik belegt ja tatsächlich eindeutig, daß unqualifizierte und nichtarbeitsmarktgerecht ausgebildete Personen wesentlich häufiger

von Arbeitslosigkeit betroffen sind als solche mit gut „vermarktbarer" Ausbildung. Also – so wird argumentiert – gilt es, die Qualifikationen der Arbeitslosen durch öffentlich finanzierte Maßnahmen entsprechend zu adaptieren, um ihre Jobchancen zu erhöhen.[6] Der Einwand, daß selbst wenn auf diese Art schon von Arbeitslosigkeit betroffene Personen tatsächlich wieder Arbeit finden können, sie dadurch nur andere – weniger „brauchbare" – Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt verdrängen, sich an der Arbeitslosigkeitssituation insgesamt also gar nichts ändert, wird dann in der Regel mit dem Argument vom „attraktiven Investitionsstandort" pariert. Behauptet wird, daß durch bedarfsgerecht ausgebildete und qualifikationsmäßig immer wieder den neuesten Anforderungen entsprechend nachjustierte Arbeitskräfte der jeweilige nationale Standort für Kapitalinvestitionen attraktiver wird, da das optimal adaptierte Humankapital als die Basis einer hohen Produktivität eine hohe Kapitalrendite verspricht. Somit rentieren sich die öffentlichen „Investitionen in Aus- und Weiterbildung" letztendlich für alle: Kapital wird ins Land „gelockt", die Wirtschaft wächst, es entstehen neue Arbeitsplätze – die Entlohnung der Erwerbstätigen kann hoch und die Arbeitslosigkeit niedrig gehalten werden

Die Arbeitsmarktexpertin des WIFO, Gudrun Biffl, bringt die Selbstverständlichkeit, mit der heute den öffentlichen Bildungsaufwendungen eine Schlüsselfunktion für das ökonomische Geschehen und die Arbeitsmarktentwicklung zugeschrieben wird, auf den Punkt, wenn sie an den Beginn eines Artikels[7] lakonisch die Behauptung stellt: „Bildung und Ausbildung sind Investitionen in das Humankapital. Sie erhöhen die Arbeitsmarktchancen der Individuen und erweitern die Produktionsmöglichkeiten der Betriebe. Der Bildungsfaktor ist eine wichtige Komponente für die Entwicklung der Produktivität und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. (...) Soweit herrscht allgemeine Übereinstimmung über die Rolle der Bildung und damit der Qualifikation der Arbeitskräfte im Erwerbsprozeß." Tatsächlich scheint sich dem hier angesprochenen Konsens derzeit kaum jemand entziehen zu können; alle – Gewerkschafter, Unternehmer, Parteien, Regierungen, etc. – sind sich in der Betonung der Wichtigkeit von Aus- und insbesonders von Weiterbildung einig. Der vordergründige Interessenskonsens kulminiert in der wohlklingenden und bei jeder Gelegenheit wiederholten Phrase vom „lebenslangen (neuerdings noch schöner: lebensbegleitenden[8]) Lernen", die sich bei näherem Hinsehen allerdings als bloßer Appell zu einer in immer rascherer Folge zu vollziehenden „Anpassungsleistung" herausstellt. Nicht um die Subjektentwicklung von Individuen geht es dabei, sondern um „Anpassung von Humankapital" an die sich immer schneller verändernden Anforderungen des Beschäftigungssystems. Die freundliche Parole vom „lebensbegleitenden Lernen" übertüncht bloß den unerbittlichen *Zwang* zur *lebenslänglichen* (Nach-)Qualfizierung unter Androhung des sonstigen Untergangs im allgesellschaftlichen Konkurrenzkampf. Worum es dabei geht, ist die Profitmaximierung; Bildungspolitik soll die „Bildung" von Kapital ermöglichen, bezeichnet wird sie aber nobel als „Beschäftigungspolitik".[9]

Bessere Ausbildung als Wundermittel gegen Arbeitslosigkeit

Daß es jedoch skeptisch zu sein gilt, wenn üblicherweise kontroversiell argumentierende Politiker plötzlich allesamt entdecken, daß öffentliche Investitionen in mehr und bessere Ausbildung jenes ökonomische Wundermittel darstellen, mit dem es möglich sei, die derzeitige Arbeitslosigkeitsmisere wirkungsvoll zu bekämpfen, meint man sogar in der liberal-konservativen britischen Wirtschaftszeitschrift »Economist«.[10] In einem jüngst veröffentlichten Artikel wird unter Bezugnahme auf eine Reihe von breit angelegten Untersuchungen, die in verschiedenen Ländern Europas, den USA und in Australien durchgeführt worden waren, der Frage nachgegangen, wieweit es überhaupt funktioniert, Arbeitslosen durch Umschulung und Nachqualifizierung neue Arbeitsplatzchancen zu eröffnen. Für die Argumentation wurden Forschungen herangezogen bei denen jeweils eine Gruppe von Arbeitslosen, die ein Programm der „aktiven Arbeitsmarktpolitik" durchlaufen hatte, in Vergleich gesetzt wurde mit einer Gruppe, der eine solche Hilfe für die Reintegration in den Arbeitsmarkt nicht zugute gekommen war. Das Resümee der Autoren ist ernüchternd: In faktisch allen Fällen haben die Studien belegt, daß die Um- und Nachschulungsmaßnahmen weder in Hinblick auf die Arbeitsplatzchancen noch beim Einkommen ihrer Klientel die erwünschten positiven Auswirkungen gezeitigt haben. Zwar verhelfen die Weiterbildungsprogramme den Absolventen oftmals zu Kurzzeitjobs, aus denen sie aber allzu häufig wieder in die Arbeitslosigkeit zurückfallen. Die Programme verringern somit zwar die Zahl der Langzeitarbeitslosen, echte Auswirkungen in Hinblick auf die Verringerung der Gesamtarbeitslosigkeit haben sie jedoch nicht.

Auch eine 1989 erschienene österreichische Untersuchung zur Wirksamkeit von Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, die im Auftrag des Landesarbeitsamtes Steiermark im Bereich der Metall- und Elektroberufe durchgeführt worden waren[11], spricht eine ähnliche Sprache. Zusammenfassend wird festgestellt, daß die Wahrscheinlichkeit der Teilnehmer, eine Beschäftigung aufzunehmen, nach dem Kurs nicht höher war, als die durchschnittliche allgemeine Abgangswahrscheinlichkeit aus der Arbeitslosigkeit. Ein Drittel der Teilnehmer blieb auch nach dem Kurs weiterhin über eine Periode von mehr als sechs Monaten arbeitslos. Zusätzlich blieb bei 40 Prozent derjenigen, die den Kurs absolviert und eine Beschäftigung aufgenommen hatten, das erste Arbeitsverhältnis nicht einmal über die Dauer von einem Jahr aufrecht. Die gesamte Zeit, die die Teilnehmer in Arbeitslosigkeit verbracht haben, hat sich nach dem Kurs gegenüber der Vorkurssituation *nicht* verändert. Im direkten Vergleich der Arbeitslosigkeitsdauer vor und nach der Kursmaßnahme zeigte sich, daß sich die Situation für Teilnehmer mit ungünstigen persönlichen Voraussetzungen sogar häufiger *verschlechtert* als verbessert hat. Abschließend zieht auch der Autor dieser Untersuchung das ernüchternde Resümee: „Von den sozialpolitischen Zielsetzungen her betrachtet verweisen diese Ergebnisse auf die ‚Erfolglosigkeit' des Instrumentes..."[12]

Die Autoren des oben erwähnten »Economist«-Artikels gehen im Zuge ihrer Recherche über Studien zur arbeitsplatzschaffenden Wirkung öffentlich finanzierter Aus- und Weiterbildungsprogramme auch auf das „Duale System" der Ausbildung von Facharbeitern ein, wie es in der BRD und in Österreich existiert. Diese Form des Heranbildens von Nachwuchsarbeitskräften wird ja sehr oft als die Ursache für die hierzulande relativ niedrigen Arbeitslosenraten hochgelobt. Im Zusammenspiel von Ausbildung in Betrieb und Berufsschule wird – trotz fallweise geäußerter Kritik an der Aus-

bildungsqualität in vielen Betrieben und Branchen – die ideale Basis für die Ausstattung hiesiger Unternehmen mit einem qualifizierten Humankapitalstock gesehen. Dabei wird allerdings geflissentlich etwas übersehen, worauf im erwähnten Artikel mit aller Deutlichkeit hingewiesen wird: Sobald die Ausbildungszeit vorbei ist – wo die Arbeitskraft des Jugendlichen um den günstigen Preis der Lehrlingsentschädigung erstanden werden kann –, verabschieden sich viele Untenehmen sehr schnell von den nunmehr kostspielig gewordenen Facharbeitern. Dementsprechend besteht eine große Gruppe der Arbeitslosen aus Absolventen des Dualen Systems – in Österreich etwa 42 Prozent.[13] (Bei jüngeren Arbeitslosen ist die Betroffenheitsrate von Personen mit Lehrabschluß sogar deutlich höher.) – Der arbeitsplatzschaffende Effekt dieses Ausbildungssystems hält sich also durchaus in Grenzen. Aus dieser Tatsache folgern die »Economist«-Redakteure mit ernüchternder Klarheit: Die Attraktivität des „Dualen Ausbildungssystems“ für die Wirtschaft liegt offenbar nicht in der Qualifikationsvermittlung, sondern in der Tatsache, daß es über die Ausbildungsdauer der Jugendlichen billige Arbeitskraft zur Verfügung stellt. Und – so die sarkastische Conclusio der Autoren – es ist wohl auch das Arbeitskostenargument, warum, obwohl deutsche Bauarbeiter höchstwahrscheinlich besser ausgebildet sind als ihre britischen oder polnischen Kollegen, derzeit etwa 90.000 von ihnen arbeitslos sind, während etwa doppelt so viele ausländische Arbeitskräfte auf deutschen Baustellen arbeiten.

Erró: Madonna, 1996

Um- und Nachqualifizierung

Die Behauptung, daß öffentlich finanzierte Um- und Nachqualifizierung eine brauchbare Strategie gegen Arbeitslosigkeit darstellt, wird massiv durch zwei Argumente gestützt: Zum einen die Vorstellung eines allgemein steigenden Bedarfs der Unternehmen an Arbeitskräften mit höherer Qualifikation, bedingt durch erhöhte Arbeitsplatzanforderungen aufgrund des zunehmenden Einsatzes von Mikroelektronik und Computern, und zum anderen die Annahme, daß Arbeitsplätze, die nur eine geringe Qualifikation erfordern, derzeit rasch zugunsten solcher weniger werden, für die eine umfangreiche Ausbildung notwendig ist. Henry M. Levin von der Stanford-University/USA hat eine Reihe amerikanischer Forschungen zusammengetragen, die der Richtigkeit dieser Annahmen nachgehen[14] und er kommt zum Schluß, daß die beiden Argumente weitgehend zu relativieren sind.

Richtig ist bloß, daß immer mehr Arbeitnehmer in ihrem Beruf mit informationsverarbeitenden Geräten zu tun haben, allerdings müssen die Geräte zumeist bloß im Sinne eines einfachen Anwendungsschemas benützt werden, wofür vielfach nur geringe Einschulung erforderlich ist. Das heißt, daß sich Berufsfelder und Tätigkeiten infolge des Einsatzes der informationsverarbeitenden Technik zwar verändern, von einer technologiebedingten dramatischen Aufwertung der notwendigen Qualifikationen allerdings nicht gesprochen werden kann. Ein tatsächliches Potential in Hinblick auf anwachsende Qualifikationsanforderungen läge nach Levin in arbeitsorganisatorischen Veränderungen in Richtung einer Entscheidungsverlagerung zum einzelnen Arbeitnehmer und zu Arbeitsteams. Allerdings zeigen Studien, daß von derartigen Veränderungen nur ganz wenige Arbeitnehmer betroffen sind. Der wesentlich dominantere Trend ist eine – sich ja auch schon in Europa und Österreich abzeichnende – Tendenz der US-amerikanischen Wirtschaft, verstärkt mit „leicht disponiblen Arbeitskräften“ – Aushilfsarbeitskräften, Teilzeit- und minimal beschäftigten Arbeitnehmern, Werkvertragsnehmern und dergleichen – zu operieren, die weder irgendeine Arbeitsplatzsicherheit noch irgendwelche sonstige mit einem traditionellen Arbeitnehmerstatus verknüpfte Vorteile genießen. Gegenüber dieser rasch anwachsenden Gruppe von Arbeitskräften fühlen sich die Unternehmen auch zu keinerlei Qualifizierungsangeboten verpflichtet.

Das zweite Quellenargument für die Behauptung, durch Qualifizierung Arbeitslosigkeit hintanhalten zu können, ist die Annahme einer generellen Tendenz in Richtung des zunehmenden Verschwindens von Arbeitsplätzen mit geringem Qualifikationsbedarf und des Heranwachsens von Arbeitsplätzen, die höhere Qualifikationen erfordern. Aber auch in diesem Fall sprechen die tatsächlichen – von Levin anhand der amerikanischen Entwicklungen festgestellten – Trends eine andere Sprache. Dort, wo Jobs mit überdurchschnittlich hohen Qualifikationsanforderungen entstehen, handelt es sich zwar um tatsächlich anwachsende, insgesamt aber nur sehr kleine Wirtschaftsbereiche. Das Gros der neu heranwachsenden Arbeitsplätze entsteht jedoch in Bereichen, wo nur unterdurchschnittliche Qualifikationsanforderungen bestehen. Levin faßt seine Studien dementsprechend dahingehend zusammen, daß sich für die nächste Zukunft kein wirklich bedeutsames Anwachsen der qualifikatorischen Arbeitsplatzerfordernisse vorhersagen läßt.

Investition durch Unternehmer

Wie steht es nun mit der Frage, ob der durch das Bildungswesen eines Landes produzierte durchschnittliche Ausbildungsstand der Erwerbsbevölkerung tatsächlich einen derart zu Buche schlagenden Faktor der Produktivität darstellt, daß auch die Investitionsentscheidung von Unternehmern davon nachhaltig beeinflußt wird? Tatsächlich handelt es sich dabei um ein Argument, dem empirisch wahrscheinlich nur sehr schwer beizukommen ist. So deuten zwar Unternehmensverlagerungen in Billiglohnländer, in denen durchaus nicht immer von vornherein das entsprechende Qualifikationspotential vorhanden ist, und wo es oftmals notwendig ist, die Arbeitskräfte erst aufwendig einzuschulen, darauf hin, daß das zur Verfügung stehende Ausbildungsniveau der potentiellen Arbeitskräfte zumindest keine Hauptrolle bei Investitionsentscheidungen spielt. Allerdings ist im Gegenzug nur schwer nachweisbar, ob – wie ja vielfach behauptet wird – verschiedene Unternehmen nicht tatsächlich wegen des Ausbildungsvorteils hierzulande produzieren. Der schon oben umfangreich zitierte Henry M. Levin versucht den Zusammenhang von Ausbildungspotential und Produktivität dadurch zu evaluieren, daß er die Produktivität von ausländischen Unternehmen, die in den USA mit amerikanischem Personal arbeiten, mit US-Unternehmen in amerikanischem Besitz vergleicht. So produzieren nahezu alle japanischen Automobilhersteller auch in Amerika und bedienen sich dabei im wesentlichen der für diese Tätigkeiten am amerikanischen Arbeitsmarkt verfügbaren Arbeitskräfte. Wenn die Produktivität nun tatsächlich wesentlich vom amerikanischen Ausbildungsniveau beeinflußt wird, dann müßte – so die Argumentation von Levin – in diesen Werken eine etwa gleich hohe Produktivität wie in vergleichbaren Automobilwerken in amerikanischen Besitz erreicht werden. Dem ist jedoch nicht so; die Produktivität der US-Betriebsstätten japanischer Unternehmen ist deutlich höher als die amerikanischer Automobilhersteller und entspricht der der entsprechenden japanischen Zweigbetriebe.

Besonders interessant stellt sich der Vergleich im Falle eines Toyota-Zweigwerkes in Kalifornien dar. Dieser Betrieb arbeitet fast ausschließlich mit Personal, das durch die Schließung eines General Motors-Werkes verfügbar geworden war, das als das unproduktivste seiner Art gegolten hatte. „Trotz der inadäquaten Belegschaft" konnte in Vergleichsstudien festgestellt werden, daß unter der „japanischen Führung" eine um 50 Prozent höhere Produktivität als im alten GM-Werk erreicht wurde. Dabei entsprach sowohl die Produktivität als auch die Qualität der erzeugten Fahrzeuge der des japanischen Schwesterwerkes. Allerdings differiert das von Toyota geführte Werk selbstverständlich in vielen Punkten gegenüber solchen US-amerikanischer Automobilbauer. Das Werk ist nach „post-fordistischen" arbeitsorganisatorischen Erkenntnissen aufgebaut, bietet den Mitarbeitern eine hohe Arbeitsplatzsicherheit sowie kontinuierliche und umfangreiche Möglichkeiten der betriebsinternen Weiterbildung. Zusammenfassend meint Levin deshalb, daß die hohe Produktivität dieses und anderer Werke japanischer Automobilhersteller in den USA nur wenig mit dem durch das amerikanische Bildungswesen produzierten Bildungsniveau der Arbeitskräfte zu tun hat, sondern wesentlich durch bessere Managementpraktiken und eine effizientere Arbeitsorganisation beeinflußt ist.

Erró: Femme fatale, 1994/95

Wozu Qualifikationsoffensive

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß die Behauptung, durch öffentlich finanzierte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen ließe sich die kapitalistische Logik trickreich ausnützen und im Gleichklang mit der Befriedigung von Kapitalinteressen auch Arbeitslosigkeit verhindern, auf sehr wackligen Beinen steht. Zumindest der immer wieder beschworene direkte Zusammenhang zwischen nationalen Bildungsausgaben und den Wachstumsparametern der Wirtschaft muß grundsätzlich bezweifelt werden. Arbeitslosigkeit kann erfolgreich nicht durch Qualifikationsoffensiven oder Programme des lebensbegleitenden Lernens bekämpft werden. Die Beseitigung von Arbeitslosigkeit ist Teil des Kampfes um die Durchsetzung der „Interessen der Arbeit" gegen die „Interessen des Kapitals" und kann sinnvoll nur auf politischer Ebene angegangen werden. Die in Europa allerorts hohen und noch weiter steigenden Arbeitslosenzahlen, der anwachsende Zwang für viele Amerikaner, „Mc-Jobs" anzunehmen, Tätigkeiten gegen eine Entlohnung mit der sich nicht einmal die grundsätzlichen Lebenshaltungskosten abdecken lassen und der sinkende Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamteinkommen bei massiv steigenden Unternehmergewinnen sind Indikatoren einer Machtverschiebung

zugunsten der Kapitalinteressen. Die Behauptung, Qualifikationsmaßnahmen seien eine geeignete Strategie zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit auf kollektiver Ebene, verschleiern diese Tatsache und arbeiten immanent einem politischen Bewußtsein der Betroffenen entgegen.

Ganz sicher heißt das aber nicht, daß hier einer Reduzierung öffentlich finanzierter Aufwendungen für Aus- und Weiterbildung entlang der Begründung zu geringer sozialer und arbeitsplatzschaffender Wirkungen das Wort geredet wird. Zu befürchten ist allerdings, daß die über die Pflichtschule hinausgehende öffentliche Finanzierung von Bildung zunehmend in den Sog entsprechender Argumentationen und unter massiven Legitimationszwang geraten wird. Heute wird schon recht laut darüber nachgedacht, ob die im Zuge der Bildungsreform der sechziger und siebziger Jahre eingeführten Maßnahmen zur Reduzierung sozialer Bildungsbarrieren „wegen Zielverfehlung" wieder rückgängig gemacht werden sollen. Der Staat muß sparen – heißt es – und wo kann es besser sein zu sparen, als bei Investitionen, die nicht den gewünschten Erfolg zeitigen. Damit könnte aber – wenn sich „herumspricht", daß die öffentlich finanzierte Adaptierung des Humankapitals nicht geeignet ist, um auf kollektiver Ebene dem Problem steigender Arbeitslosigkeit Herr zu werden – auch schnell der Ruf nach der „Privatisierung" der Weiterbildungskosten laut werden. Jeder soll – so könnte es bald heißen – die laufend notwendige Adaptierung seiner Qualifikation selbst finanzieren. Schließlich kommt sie ihm ja in Form erhöhter Konkurrenzchancen am Arbeitsmarkt auch selbst zugute.

„Bildung für alle" tut jedoch not – und zwar unabhängig vom ökonomischen Nutzen. Allerdings nicht Bildung, die verstanden wird im Sinne einer Investition ins Humankapital und ihre Legitimation aus dem Marktwert der vermittelten Qualifikationen schöpft, sondern Bildung als Grundlage politischen Handelns. Wird Bildung zur Investition pervertiert, wirkt sie affirmativ. Indem sie zur bloßen Vermittlungsagentur von Qualifikationen und Verhaltensweisen degradiert wird, die in Arbeitsprozessen „verwertbar" erscheinen, wird sie zum Element der allgemeinen „Entpolitisierung". Die Vorstellung, den Widerspruch von Kapital und Arbeit durch marktorientiert ausgerichtete Aus- und Weiterbildung neutralisieren zu können, ist ein Beitrag zur Auflösung der politischen Zielsetzung, „Liquidation von Macht". Soll Bildung nicht gänzlich zum Instrument der Aufrechterhaltung der Machtverhältnisse verkommen, muß sie Menschen befähigen, die Struktur betrieblicher und gesellschaftlicher Rollen zu durchschauen und im Sinne ihrer Interessen verändern zu können. – Bildung kann nicht leisten, was Politik versagt, aber sie muß Bedingung der Möglichkeit für politisches Handeln von Menschen sein, sonst ist sie nicht Bildung, sondern Zurichtung. ■

Dr. Erich RIBOLITS ist Berufsbildungsforscher. Er ist in der Aus- und Weiterbildung von LehrerInnen berufsbildender Schulen tätig und lehrt an den Universitäten Wien und Graz sowie am Institut für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung der Universitäten Innsbruck, Klagenfurt und Wien.

Anmerkungen

1 Siehe dazu beispielsweise den durch H.P. Blossfeld und Y. Shavit durchgeführten Vergleich von dreizehn Länderstudien zum Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildung. In: »Zeitschrift für Pädagogik« 39 (1993) Heft 1, S. 25-32.

2 Lorenz Lassnig, Bildungsökonom am Institut für Höhere Studien, errechnet, daß im Zeitraum zwischen 1980 und 1992 die Schulausgaben pro Schüler im Verhältnis zum Volkseinkommen im jährlichen Durchschnitt real um 10,4 Prozent angewachsen sind. Lassnig, L.: Ökonomie und fortschrittliche Bildungspolitik – feindliche Geschwister? In: »ZV-Lehrerzeitung« 3/95, S. 7-10.

3 Tatsächlich verändert haben sich geschlechtsspezifisch bedingte Ungleichheiten der Bildungsbeteiligung. So weisen Blossfeld/Shavit (Fußnote 1) nach, daß die geschlechtsspezifische Lücke, die zum Vorteil der Männer bestand, in den letzten Jahrzehnten deutlich abgebaut wurde, in einigen Industrieländern hat sie sich sogar umgekehrt. Ob man – wie es die Autoren tun – daraus folgern kann, daß „Frauen von der Bildungsexpansion profitiert" haben, sei dahingestellt, tatsächlich könnten auch ganz andere gesellschaftliche Mechanismen zu dieser Entwicklung geführt haben.

4 Alheit, P.: Ambivalenz von Bildung in modernen Gesellschaften: Strukturprinzip kumulativer Ungleichheit oder Potential biographischer Handlungsautonomie? In: Meier/Rabe-Kleberg (Hg.): Weiterbildung, Lebenslauf, sozialer Wandel. Neuwied/Kriftel/Berlin 1993, S. 87-103.

5 Meisel, M.: Verschiebungen auf dem Bildungsmarkt. Über die zunehmende Marktförmigkeit der Bildung. In: »Pädagogische Korrespondenz«, Heft 4, Winter 1988/89.

6 Völlig absurd ist es allerdings, den zu einem bestimmten Zeitpunkt vorhandenen arbeitsplatzsichernden Effekt einer bestimmten Ausbildung „hochzurechnen", also anzunehmen, daß diese Ausbildung eine gleichbleibende Arbeitsplatzsicherheit bietet, wenn sie von einer anwachsenden Zahl von Personen nachgewiesen wird.

7 Biffl, G.: Bildung und Arbeitsmarkt. In: »Wirtschaftspolitische Blätter«, 40 (1993), 2, S. 189-194.

8 Ganz im diesem Sinn wurde das Jahr 1996 von der EU ja auch zum „Europäischen Jahr für lebensbegleitendes Lernen" erklärt, – was gibt es auch schöneres als einen Begleiter/eine Begleiterin für's ganze Leben?

9 Zu diesem Wortspiel hat mich ein unter dem Titel: „Kapitalbildung – einmal anders gesehen, Bildungspolitik als Beschäftigungspolitik", angekündigter Vortrag von Prof. Herbert Krejci (Vorsitzender im Aufsichtsrat der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts AG) auf einer Tagung des BFI-Wien und des Sozialministeriums im Herbst 1996 angeregt.

10 »The Economist«, 6. April 1996, „Training and Jobs – what works?", S. 21-23.

11 Faschingbauer, H.: Die Wirksamkeit der Arbeitsmarktausbildung. Eine Analyse ausgewählter Schulungsmaßnahmen, die durch das Landesarbeitsamt Steiermark in Auftrag gegeben wurden. November 1989.

12 Was allerdings sowohl in der hier beschriebenen Studie von Faschingbauer als auch in den im »Economist«-Artikel aufgeführten ausländischen Studien betont wird, ist, daß sich Beratung und Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche deutlich positiv darauf auswirkt, daß die betroffenen Personen einen Arbeitsplatz finden.

13 AMS-Österreich: Die Arbeitsmarktlage 1995, S. 54f.

14 Levin, H. M.: Education and Jobs: A Proactive View.

Bildungs- und Ausbildungsstand in Österreich im internationalen Vergleich

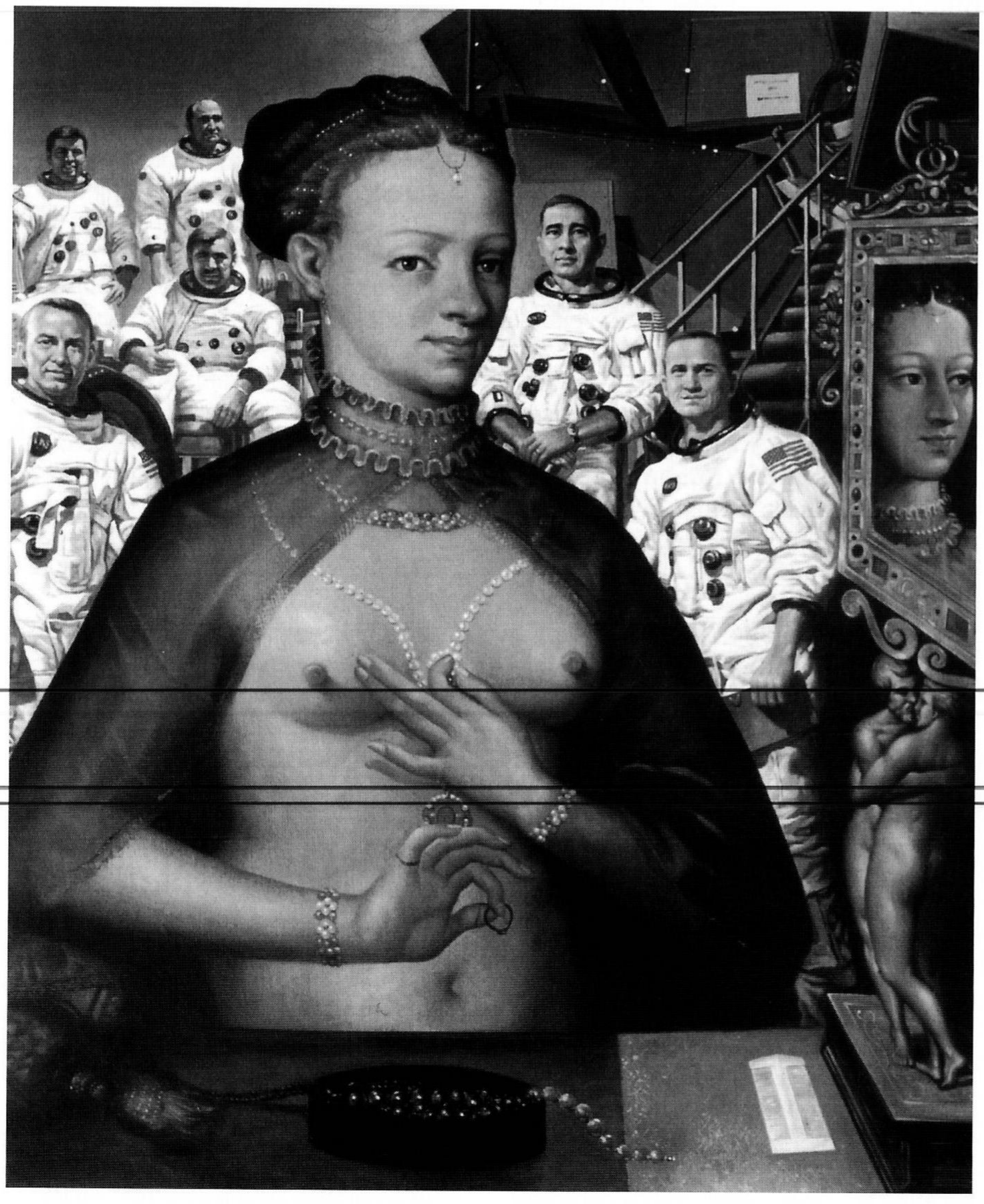
Franz KAINZ

Es besteht kein Zweifel daran, daß der Bildungs- und Ausbildungsstand der Erwerbsbevölkerung in einem engen Zusammenhang mit den Möglichkeiten der ökonomischen Entwicklung eines Landes steht.

Der Bildungspolitik, insbesonders den Bildungsinvestitionen, wird aus diesem Grund von der Bildungsökonomie ein entscheidender Stellenwert unter denjenigen Faktoren eingeräumt, die den technischen Fortschritt und das Wirtschaftswachstum (mit)bestimmen. Durch entsprechend qualifizierende Bildung und Ausbildung werden dem Arbeitsmarkt durch das Bildungssystem den jeweiligen Anforderungen entsprechende Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt. Aus ökonomischer Sichtweise geht es somit darum, daß durch qualifizierte allgemeine und berufliche Bildung und Ausbildung die Qualität (bzw. der Gebrauchswert) des Arbeitskräfteangebotes den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechend hergestellt bzw. erhöht wird mit dem Zweck, dadurch letztlich zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität beizutragen.

Nachfrageorientierte und angebotsorientierte Betrachtungsweise

Während diese nachfrageorientierte Betrachtungsweise das durch das Bildungssystem erzeugte Arbeitskräftepotential in quantitativer wie qualitativer Hinsicht aus dem Bedarf der privaten Wirtschaft und des öffentlichen Sektors nach Arbeitskräften in den verschiedenen Berufen und Qualifikationsbereichen begründet bzw. daraus ableitet, ist der Ausgangspunkt für die angebotsorientierte Betrachtung das in diesem Ansatz postulierte Bürgerrecht auf Bildung. Dieser These liegen gesellschaftspolitische Zielsetzungen etwa nach Chancengleichheit, Mündigkeit und Emanzipation zugrunde. Der Bedarf an Bildungseinrichtungen ergibt sich bei dieser Sichtweise aus der erwarteten Zahl der SchülerInnen, StudentInnen und Lehrlinge. Ausgangspunkt der Betrachtung ist somit die Neigung und Eignung der Auszubildenden. Bildung und Bildungsziele werden damit als unabhängig von ökonomischen Verwertungszusammenhängen angesehen, womit einer Kritik an der Orientierung der Bildungspolitik an einseitig ökonomischen Interessen – allerdings nur scheinbar – die Basis entzogen wird. Denn der Großteil der Jugendlichen hat bei der Entscheidung über die eigene Bildungs- und Ausbildungslaufbahn keineswegs eine, den von außen gesetzten Bedarf unberücksichtigt lassende autonome Wahlmöglichkeit. Die Notwendigkeit, einen Arbeitsplatz zu erhalten (das heißt diesen erstmals zu erlangen, aber auch zu behalten), ist nach wie vor eine unverzichtbare Voraussetzung der materiellen Existenzsicherung für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung. Vor allem in Phasen immer bedrohlicher werdender Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt muß sich daher die Ausrichtung der Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen Einzelner im



Erró: Diane et Apollo, 1977

Kampf um einen der zunehmend knapper werdenden Arbeitsplätze zwingend an den von außen gesetzten Bedingungen orientieren. Dieser aus individueller Sicht notwendigen Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen am Arbeitsmarkt, die zunehmend nicht nur eine entsprechend ausgerichtete Erstausbildung, sondern auch die Fähigkeit und Bereitschaft zu permanenter Um- und Nachqualifikation erforderlich macht, entspricht die Forderung nach Konkurrenzfähigkeit nationaler Volkswirtschaften und ganzer Wirtschaftsräume auf dem Weltmarkt. „Bei der Wiederbelebung des Wachstums sowie der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und eines sozial annehmbaren Beschäftigungsniveaus in der Gemeinschaft kommt Bildung und Ausbildung eine entscheidende Rolle zu", schreibt beispielsweise die Europäische Kommission in ihrem Weißbuch zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Von Anpassungsmaßnahmen im Bereich der Bildungssysteme werden dabei von der Kommission positive Auswirkungen auf zwei Ebenen erhofft und erwartet: erstens bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Qualifizierung der Jugendlichen und Neuqualifizierung derjenigen, die aufgrund des Produktivitätszuwachses im Zusammenhang mit dem technologischen Fortschritt ihren Arbeitsplatz verloren haben (in der Diktion des Weißbuches: „freigesetzt worden sind"), und zweitens bei der Belebung bzw. Wiederbelebung des Wachstums durch eine Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit und bessere Anpassung der allgemeinen und spezifischen Befähigungen an die Entwicklung der Märkte und der gesellschaftlichen Erfordernisse.

Bildung wird ihrer Zweckfreiheit entzogen

Das Bildungssystem wird damit ganz klar dem ökonomischen System und den daraus erwachsenden Anforderungen untergeordnet: Bildung und Ausbildung werden als Investition in das Humankapital und damit als Instrument zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit gesehen und dienen der Anpassung der Qualifikationen an die Markterfordernisse. Damit wird gleichzeitig die Hoffnung verbunden, daß dadurch die Eingliederung der Absolventen des Bildungssystems in den Arbeitsmarkt und eine Wiedereingliederung der Langzeitarbeitslosen erleichtert wird. Abgesehen davon, daß damit Bildung ihre Zweckfreiheit entzogen wird, bleibt dabei ein zentraler Widerspruch unbeachtet, nämlich zwischen der Forderung nach Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit (um damit über Wachstum – vorwiegend auf Kosten anderer – Beschäftigungsprobleme zu lösen) durch Produktivitätsfortschritt, was unter anderem durch Bildungs- und Ausbildungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen ermöglicht bzw. begleitet und abgesichert werden soll, und der Tatsache, daß ebendieser Produktivitätszuwachs unter Wettbewerbsbedingungen mit eine Ursache für genau das Problem ist, das man damit glaubt beseitigen zu können. Bemängelt wird in diesem Zusammenhang im Weißbuch konsequenterweise vor allem das vergleichsweise niedrige Ausbildungsniveau in der EU im Unterschied zu den Konkurrenten USA und Japan: Während in EU-Europa nur etwas mehr als 40 Prozent der betreffenden Altersgruppe das Sekundarschulsystem mit einem Reifezeugnis verlassen, liegt dieser Wert in den Vereinigten Staaten bei 75 Prozent und in Japan bei 90 Prozent. Auch ein Hochschulstudium absolvieren in der Gemeinschaft wesentlich weniger Jugendliche der entsprechenden Altersgruppe als in den USA oder in Japan.

Internationaler Vergleich

Aufgrund der Bedeutung des Bildungsniveaus einer Volkswirtschaft im Hinblick auf deren Wettbewerbsfähigkeit veröffentlicht auch die OECD seit einiger Zeit international vergleichende Daten unter anderem zum Bildungs-

Erró: Sur Venus, 1974

Der 1932 in Island geborene Maler Erró lebt und arbeitet seit 1958 in Paris. Er und Seinesgleichen lehnten „die abstrakte Kunst als eine zu individuelle, esoterische, von der gesellschaftlichen Realität weit entfernte, der Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft dienende, dekorative und politisch völlig neutrale Haltung" ab. „Die radikalen neuen figurativen Maler" - darunter Erró - „strebten eine tiefe Veränderung der Kunstbetrachtung an, vor allem im Bereich der Funktionsdefinition der Kunst: Sie wollten eine gesellschaftliche, analytische und am Reformprozeß der Gesellschaft aktiv teilnehmende Kunst schaffen, welche durch die schockierende Ironie der Konfrontation beliebiger Klischeebilder mit der drastischen Realität das Bewußtsein der Macht der Bilder wecken sollte." (Lóránd Hegyi, Von Mao bis Madonna - Das Bild als Entmythologisierung. Bemerkungen zur Kunst von Erró.)
Das Museum moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien veranstaltete kürzlich eine Erró-Ausstellung. Wir danken für die Erlaubnis, aus dem Katalog Bilder abdrucken zu dürfen.

stand der Bevölkerung in den einzelnen Mitgliedstaaten. Der Bildungsstand wird dabei ausgedrückt als Prozentsatz der 25-64jährigen Wohnbevölkerung, die eine bestimmte (höchste) Bildungsstufe erreicht bzw. abgeschlossen haben. Daraus geht hervor, daß in den meisten europäischen OECD-Staaten mindestens die Hälfte der erwachsenen bzw. erwerbsfähigen Bevölkerung wenigstens einen Abschluß im Sekundarbereich II, und somit eine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung aufweist: Ausnahmen sind die Türkei (86 Prozent der Bevölkerung dieser Alterskategorie haben hier keine weiterführende Ausbildung abgeschlossen), Portugal (ebenfalls 86 Prozent), Spanien (77 Prozent), Italien (72 Prozent), Griechenland (66 Prozent) sowie Irland und Belgien. Ein besonders hohes Bildungsniveau ihrer Bevölkerung – gemessen an der Anzahl der Abschlüsse der Sekundarstufe II – haben innerhalb der OECD-Staaten die Schweiz und Deutschland (in diesen beiden Ländern haben nur knapp 20 Prozent der Wohnbevölkerung keinen über die Sekundarstufe I hinausgehenden Abschluß) sowie Norwegen und Schweden (mit 21 Prozent bzw. 30 Prozent der Bevölkerung, die nur einen Abschluß der Sekundarstufe I erworben haben).

In Österreich hat etwa ein Drittel der Bevölkerung maximal einen Pflichtschulabschluß, etwa 60 Prozent der Wohnbevölkerung weisen als höchsten erreichten Bildungsstand einen Abschluß der Sekundarstufe II auf, was ungefähr der Lage in Deutschland und der Schweiz entspricht. Dabei sind jedoch die Unterschiede im Bildungsstand der Wohnbevölkerung zwischen den Altersgruppen erheblich: Während innerhalb der jüngsten Bevölkerungsgruppe der 25-34jährigen fast 80 Prozent der ÖsterreicherInnen mindestens einen Abschluß der Sekundarstufe II (inkl. Lehrabschluß) erreicht haben, liegt dieser Anteil bei den über 55jährigen nur bei 50 Prozent, in den dazwischenliegenden Altersgruppen nimmt dieser Wert (ausgehend vom Bildungsstand der Gruppe der 25-34jährigen) kontinuierlich ab: bei den 35-44jährigen beträgt der Anteil derer mit erfolgreichem Abschluß der Sekundarstufe II rund 70 Prozent, bei den 45-54jährigen rund 65 Prozent. Etwa die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung in Österreich und etwa ein Drittel der 35-54jährigen hat nur (maximal) die Pflichtschule absolviert. Der Anteil derer, die somit über keine über die Pflichtschule hinausgehende Qualifikation verfügen, ist in Österreich in dieser Altersgruppe also deutlich höher als in Deutschland oder in der Schweiz: Nur rund 15 Prozent der 35-54jährigen Deutschen oder Schweizer haben nicht wenigstens einen Abschluß im Sekundarbereich II erreicht, bei den 25-34jährigen in diesen beiden Ländern haben überhaupt nur etwa 10 Prozent keinen über die Pflichtschule hinausgehenden Schulabschluß. Dieser Unterschied zwischen den Generationen im Hinblick auf das vorhandene Bildungsniveau der Bevölkerung aufgrund des verbesserten Bildungsangebotes in den letzten Jahren und Jahrzehnten veranlaßt jedenfalls die OECD zu der Feststellung, daß im allgemeinen in allen Mitgliedsstaaten die Weiterbildung und Weiterqualifizierung in der Altersgruppe der 35-64jährigen mehr Berücksichtigung als bisher finden sollte.

Besonders auffällig ist, daß im internationalen Vergleich Österreich über ein vergleichsweise geringes Potential an Höchstqualifizierten – gemessen am Anteil derjenigen an der 25-64jährigen Wohnbevölkerung, die einen Abschluß im universitären oder nichtuniversitären Postsekundarbereich aufweisen – verfügt. Während dieser Anteil, was die europäischen Staaten betrifft, in Deutschland, der Schweiz, Schweden und Norwegen bei oder über 20 Prozent liegt, beträgt der entsprechende Wert in Österreich nur 7 Prozent (Statistisches Jahrbuch 1994). Bezieht man auch die außereuropäischen OECD-Staaten mit in die Betrachtung ein, nimmt sich dieses Gefälle noch deutlicher aus: In den USA beträgt dieser Wert 36 Prozent, in Kanada 40 Prozent, für Japan ist ein Vergleichswert (Statistisches Jahrbuch, 1994) nicht angegeben. Die von der OECD (in: »Bildung kompakt«, 1995) veröffentlichten Abschlußquoten (siehe Tabelle Hochschulabsolventenquoten) setzen die Anzahl der Absolventen und Absolventinnen in Relation zur Bevölkerung im theoretischen Abschlußalter. Dieser Indikator ist damit ein Maß für den Anteil (bezogen auf ihre Altersgruppe) an jungen Leuten, die an Hochschulbildungsgängen teilgenommen und einen (ersten) akademischen

Hochschulabsolventenquoten international (1992)

	Abschlußart		
Staaten (Auswahl)	Bachelor	Master	Summe
USA	27,4	9,1	36,5
Japan	23,4	1,6	25,0
Deutschland	k.A.	13,0	13,0
Österreich	k.A.	7,9	7,9
Schweiz	k.A.	8,0	8,0
Frankreich	k.A.	14,5	14,5
Italien	0,7	9,8	10,5
Niederlande	17,8	8,6	26,4
Schweden	11,4	k.A.	11,4
Belgien		13,6	13,6
Dänemark	22,1	7,9	30,0
Ländermittel (OECD)	13,4	7,4	20,8

Quelle: »Bildung kompakt«, 1995

Ausgaben für F & E (1991)

in Prozent Bruttoausgabenanteile		f. F&E		Finanzierung durch		
	BIP	**US**	**HS**	**Staat**	**gem.S.**	**Staat**	**Wirtschaft**
USA	2,67	68%	17%	11%	3%	45%	53%
Japan	2,87	75%	12%	8%	4%	16%	77%
Deutschland	2,65	69%	16%	15%	1%	37%	61%
Österreich	1,51	59%	32%	8%	2%	47%	50%
Schweiz	2,86	75%	20%	4%	1%	23%	75%
Frankreich	2,42	62%	15%	23%	1%	49%	43%
Italien	1,32	59%	20%	22%		47%	48%
Niederlande	1,92	53%	25%	20%	3%	45%	51%
Schweden	2,86	68%	28%	4%	0%	35%	61%
Belgien	1,69	73%	17%	6%	4%	28%	70%
Dänemark	1,69	59%	23%	18%	1%	40%	51%

US: Unternehmenssektor
HS: Hochschulsektor
gem.S.: privater gemeinnütziger Sektor

Grad erreicht haben (Bachelor oder Master). Damit ist er auch ein Maß für die der Wirtschaft eines Landes zur Verfügung stehenden bestqualifizierten Fachleute.

Wie die Tabelle links zeigt, weist auch dieser Indikator tendenziell auf ein Gefälle in bezug auf das Qualifikationsniveau in zweifacher Weise hin:

Erró: Facescape, 1992 (Ausschnitt)

Einerseits im globalen Vergleich zwischen Europa – Nordamerika – Japan, andererseits aber auch im Vergleich Österreichs mit anderen europäischen Staaten, vor allem mit der Bundesrepublik und mit Frankreich.

Mit dieser Situation korrespondiert auch die Tatsache der in Österreich vergleichsweise geringen Investitionen in Forschung und Entwicklung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (siehe Tabelle: Ausgaben für F&E). Die österreichische Forschungsquote ist im internationalen Vergleich, obwohl sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten merklich zugenommen hat (1970: 0,6 Prozent; 1981: 1,17 Prozent; 1991: 1,51 Prozent; 1993: 1,6 Prozent; Statistisches Jahrbuch, 1994), nach wie vor niedrig und liegt wesentlich unter dem EU-Durchschnitt bzw. unter dem führender oder ähnlich entwickelter (auch kleiner) Industrieländer.

Österreich: hoher Anteil der öffentlichen Forschung

Innerhalb dieser unterdurchschnittlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung weist Österreich einen hohen Anteil der öffentlichen Forschung, vor allem der Hochschulforschung auf: 40 Prozent der Forschungsausgaben erfolgen entweder unmittelbar über den staatlichen Bereich oder die Hochschulen, während diese Aufwendungen in den USA und in Japan, aber auch in Deutschland, der Schweiz, Schweden und Belgien zu etwa 70 Prozent oder mehr durch den privaten Unternehmenssektor getätigt werden. In den genannten Ländern liegt auch der durch die private Wirtschaft finanzierte Forschungsanteil im allgemeinen wesentlich über dem in Österreich. Vor allem der private Sektor in Österreich betreibt und finanziert somit im internationalen Vergleich relativ wenig Forschung: Damit in Verbindung steht ein im EU-Vergleich überdurchschnittlich hoher Anteil an High-tech-Importen, während der Exportanteil von Hochtechnologieprodukten am gesamten Warenexport deutlich unter dem der führenden Länder liegt. Dieses – durch Import substituierte – Defizit im Bereich von Forschung & Entwicklung muß sich selbstverständlich, aufgrund der damit verbundenen beschränkten Bedarfslage, auch auf die Anzahl der in diesem Bereich tätigen Personen auswirken.

Wenig Forschungspersonal in Österreich

Wie die Übersicht unten zeigt, liegt der Anteil des Forschungspersonals an den Beschäftigten bzw. an der Gesamtbevölkerung in Österreich (siehe Tabelle: Personal in F&E, Beschäftigte, Gesamtbevölkerung) im internationalen Vergleich am unteren Ende der Skala. Dieser Rückstand besteht dabei nicht nur gegenüber den großen führenden Industrieländern (vor allem Japan und Deutschland), sondern ist auch im Vergleich zu anderen, kleineren Ländern durchaus ausgeprägt: Beispielsweise sind in der Schweiz bei geringerer Einwohnerzahl mehr als doppelt soviele Personen im Forschungsbereich tätig als in Österreich, aber auch Länder wie Dänemark, Belgien, die Niederlande und Schweden haben hier einen deutlichen Vorsprung. Im Hinblick auf die oben beschriebene, im internationalen Vergleich geringe Quote an Hochschulabsolventen in Österreich kann man somit davon ausgehen, daß diese wesentlich durch die im internationalen Vergleich – bisher – relativ niedrige Nachfrage vor allem des privaten Sektors nach hochqualifiziertem, akademisch ausgebildetem Personal (mit) bedingt ist. ■

Mag. Franz KAINZ hat Betriebswirtschaft und Wirtschaftspädagogikstudiert. Er ist BMHS-Lehrer.

Personal in F&E, Beschäftigte, Gesamtbevölkerung (1991)

	Beschäftigte (Tsd)			Gesamt-	Antei F&E-Personal
	F&E	Gesamt	bev.	F&E/Besch. *100	F&E/Bev. *1000
USA	1.334	116.877	252.688	1,1	5,3
Japan	803	63.690	123.921	1,3	6,5
Deutschland	506	28.537	70.334	1,8	7,2
Österreich	23	3.471	7.803	0,7	2,9
Schweiz	50		6.792		7,4
Frankreich	299	22.133	57.049	1,4	5,2
Italien	144	21.410	57.052	0,7	2,5
Niederlande	67	6.444	15.065	1,0	4,4
Schweden	54	4.431	8.635	1,2	6,3
Belgien	39	3735	9.844	1,0	4,0
Dänemark	26	2612	5.154	1,0	5,0

Bildungsökonomie – Ausweitung des kapitalistischen Denkens

Wolfgang SCHMID

Die ökonomische Herangehensweise an Fragen der Erziehung und Bildung ist spätestens seit den Belastungspaketen I und II der Regierung allgemein bekannt und vielfach akzeptiert.

Wenn von Bildungsökonomie die Rede ist, so sind mehrere Punkte zu beachten, die den Kontext abstecken, innerhalb dessen erst eine ökonomische Fragestellung zu Bildung möglich wird. Zum einen setzt Bildungsökonomie eine weitgehend durch Arbeitsteilung differenzierte Gesellschaft voraus. Nun hat es Arbeitsteilung schon immer gegeben und wird es immer geben. Das Neue liegt darin, daß die Differenzierung unter Wettbewerbsgesichtspunkten erfolgt. Historisch ist hier hervorzuheben, daß mit der Industriellen Revolution im 19. Jahrhundert viele neue Arbeitsbereiche und Betätigungsfelder entstanden, was eine Eigendynamik der Spezialisierungen einleitete, die bis heute andauert und nicht mehr wegzudenken ist. Diese Spezialisierungen bedeuten weiters, daß es zu einem breiten Angebot an Qualifikationsmöglichkeiten kommt, die zueinander in Konkurrenz treten. Die gesellschaftliche Stellung eines Individuums wird zunehmend nicht mehr durch Herkunft, Klasse und Geschlecht bestimmt, sondern das Bildungssystem übernimmt die Selektionsfunktion zur Reproduktion und Neugestaltung von Hierarchien.

Weiters bedeutet Bildungsökonomie meistens eine nationalökonomische Herangehensweise. Es wird gefragt, wieviel AkademikerInnen ein Land wohl benötige, welche allgemeinen Qualifikationen in den Volxschulen zu vermitteln seien, welche Bildungsinvestitionen sich am meisten für das Individuum oder den Staat rechnen. Diese nationalökonomische Fragestellung ist im Rahmen eines globalkapitalistischen Wettbewerbs angesiedelt, in dem vor allem die Staaten als Unternehmer miteinander konkurrieren. Mit dem fließenden Übergang von einer fordistischen zu einer postfordistischen Produktionsweise, mit der Internationalisierung des „Kapitals" verliert der Staat als kapitalistischer Unternehmer seine ökonomische Bedeutung zunehmend an multi- und transnationale Konzerne. Die vielzitierte „Standortpolitik" ist der krampfhafte Versuch von Staatsgebilden, den transnationalen Großkonzernen möglichst gute Konzessionen einzuräumen, nur damit diese einen Produktionsstandort im Land beibehalten oder errichten und somit Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Verschwiegen wird meistens, daß von dieser „Standortpolitik" die Konzerne am meisten profitieren und sowohl Staaten als auch Arbeitskräfte gegeneinander auszuspielen versuchen.

Bildungsökonomie setzt weiters voraus, daß den in den Ausbildungsphasen erworbenen Qualifikationen – eine Kombination von Wissen und Fertigkeiten – eine große Bedeutung für die Produktivität bzw. Wettbewerbschancen eines Staates oder eines Unternehmens zukommt. Qualifizierte Arbeitskräfte sind notwendig, um im ständigen Wettlauf um wissenschaftlich-technische Innovationen und deren Vermarktung nicht ins Hintertreffen zu gelangen.

In dem großen Feld der Bildungsökonomie lassen sich nun verschiedene Ansätze ausmachen, die kurz zu charakterisieren sind.

Social demand theory

Dieser Ansatz geht davon aus, daß in einer hierarchischen, arbeitsteiligen Gesellschaft diese als ganzes ein Interesse daran hat, daß Individuen sich gewisse Qualifikationen aneignen, da die Gesellschaft von den Qualifikationen des Individuums längerfristig wieder profitiert. Konsequenterweise übernimmt dann die Gesellschaft die Ausbildungskosten des Individuums. Als offensichtliches Beispiel kann hier das Medizinstudium angeführt werden, das AbsolventInnen zu einem Beruf befähigt, von dessen Ausübung die Gesellschaft als ganzes ihre Vorteile zieht. Bildung läßt sich konsequenterweise hier als „soziales Gut" bezeichnen.

Ist das Beispiel des Arztes/der Ärztin recht einleuchtend, so stellt sich aber sofort die Frage, wie hier allgemein der gesellschaftliche Nutzen definiert wird. Ein Nutzen läßt sich nur bestimmen, wenn die Ziele klar sind, an denen die Effizienz gemessen werden soll. Mit der Geschichtlichkeit von Menschen und damit von Gesellschaft ist zunächst klar, daß solche Ziele einem ständigen Wandel und einer dauernden Auslegung unterliegen. Daraus folgt, daß es keine verbindlichen Kriterien zur Bestimmung des Nutzens geben kann, sondern immer auch um öffentlich-politische Auseinandersetzungen um die Definition des Begriffs geht. Zum anderen ist gerade die Vorstellung eines gesamtgesellschaftlichen Interesses eine höchst suspekte Idee. Dies deshalb, weil mit dem Sich-Berufen auf einen allgemeinen Willen der Staat mit der Idee von unantastbaren Grundrechten eines Individuums in Konflikt tritt. In der Historizität von Staatsgebilden ist nun klar zu erkennen, daß dieser unvermeidliche Konflikt zwar ganz unterschiedlich, dennoch immer aber zu Ungunsten der individuellen Grundrechte ausgelegt wurde und wird. Mensch denke nur daran, daß es noch immer Gesetze zum Schutz von „nationalen" Symbolen gibt und vielerorts einen Zwang für Staatsbürger zum militärischen Dienst oder sozialen Ersatzdienst.

Private profit theory

Der der „social demand theory" entgegengesetzte Ansatz geht davon aus, daß in einer kapitalistischen, arbeitsteiligen Gesellschaft die Aneignung von Qualifikationen für den Arbeitsmarkt dem Individuum längerfristig ein höheres Einkommen und/oder soziale Anerkennung sichert. Dadurch, daß das Individuum einen persönlichen Vorteil aus den Qualifikationsphasen zieht, sei es auch angebracht, daß es seine eigene Ausbildung finanziere. Bildung wird dementsprechend hier als „privates Gut" angesehen.

Da nun in einer sozial differenzier-

ten Gesellschaft junge Menschen nicht über die gleichen Möglichkeiten verfügen, sich eine Ausbildung finanzieren zu können, sind öffentliche Stipendienmodelle notwendig, um eine gewisse „Chancengleichheit" beim Wettlauf um Bildungszertifikate zu gewährleisten. Diese Überzeugung hat sich mittlerweile auch in wirtschaftsliberalen Kreisen etabliert, da es selbst aus kapitalismusimmanenten Gründen unsinnig erscheint, das „Humankapital" „fähiger Menschen" aus sozialen Unterschichten verkommen zu lassen.

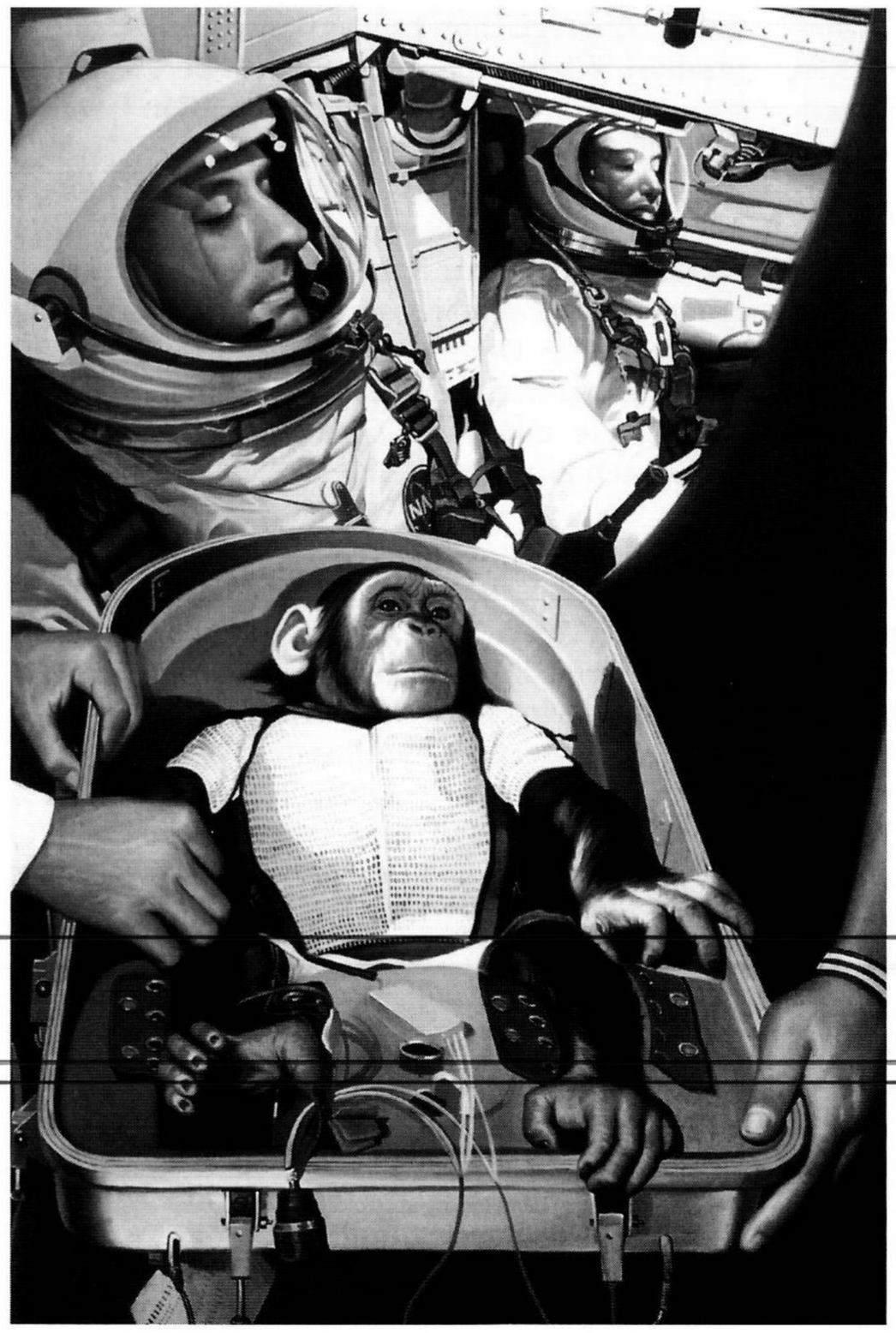
Bildung als „gemischtes Gut"

Innerhalb einer ökonomischen Fragestellung Bildung betreffend, läßt sich einigermaßen plausibel argumentieren, daß weder die erste noch die zweite Theorie gewisse Phänomene am Arbeitsmarkt und Einkommenssektor zureichend erklären kann. Viele TheoretikerInnen verknüpfen deshalb die beiden Theorien und qualifizieren Bildung als „gemischtes Gut". Sie habe sowohl für das Individuum als auch für die Gesellschaft Bedeutung. Was die Finanzierung der Qualifikationsphasen betrifft, sei deshalb eine Kombination von staatlicher Hand und privatem Investment angesagt.

Historischer Abriß zur Bildungsökonomie

Zunächst einmal führte der Ende der fünfziger Jahre in den USA entwickelte „Humankapitalansatz" in den sechziger und siebziger Jahren in den „Industrieländern" zu einer erhöhten Investitionsbereitschaft des Staates im Bildungsbereich. Die Einsicht, daß „seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts (...) die Wissenschaften zur ersten Produktivkraft"[1] sich entwickelten, wurde zum ersten Mal für die *Wirtschafts*politik der „Industriestaaten" von Bedeutung. Ein staatlicher „Investitionsschub" im Bildungsbereich war die Folge. Die Wissenschaften sollten die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und damit den Wohlstand des Staates sichern. Die Universitäten sollten einerseits das vom Arbeitsmarkt benötigte „Humankapital" produzieren, andererseits wirtschaftlich vermarktbare Forschungsergebnisse.

Seither gab es zwar aufgrund der Erfahrungen der siebziger und achtziger Jahre eine berechtigte Kritik an monokausalen Erklärungen, die das Wirtschaftswachstum nur in Abhängigkeit von technologischen Innovationen sahen, aber die führende Rolle der Wissenschaften für Wettbewerbsfähigkeit und technologische Entwicklungen weitet sich weiter aus. Gerade in einer Zeit, in der die Forschung und die wirtschaftliche Verwertung der Forschungsergebnisse immer weniger zu trennen sind, in der die Umschlagzeit zwischen einem Forschungsergebnis und dessen Nutzanwendung ständig kürzer wird, bekommt die Öffnung des Bildungssystems und hier vor allem der Universitäten für Interessen der Wirtschaft eine weitreichende strategische Bedeutung.



Erró: Ham, 1974

Der European Round Table of Industrialists (ERT), ein EU-weiter Zusammenschluß von gut vierzig Großkonzernen und in etwa als Industriellenvereinigung auf EU-Ebene zu qualifizieren, erhebt deshalb ganz gezielt seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre Forderungen an die Bildungssysteme. Eines der wichtigsten Postulate trägt den Titel „lifelong learning". Gemeint ist damit folgendes: Angesichts der Tatsache, daß die Bedeutung wissenschaftlicher Erkenntnisse immer kurzzeitiger wird und fertig ausgebildete Arbeitskräfte ohne Weiterschulungen nicht mehr auf dem neuesten Wissensstand sind, damit zusehens ihre Arbeitsplätze verlieren oder kaum für Innovationen geeignet sind, wird das lange Zeit gültige Postulat, das die Ausbildung in den ersten fünfundzwanzig Lebensjahren im Hinblick auf einen Lebensjob angesiedelt hat, für nicht mehr zeitgemäß erklärt. Die neuen Arbeitsmarktmodelle sehen deshalb einen ständigen Wechsel von Beschäftigungs- und Weiterbildungsphasen vor. Auch in den „Maastrichter Verträgen zur Europäischen Union" wird von diesem neuen Arbeitsmodell ausgegangen. Es geht darum, „die örtliche und berufliche Mobilität der Arbeitskräfte zu fördern sowie die Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse und an Veränderungen der Produktionssysteme insbesondere durch berufliche Bildung und Umschulung zu erleichtern."[2]

Bildungsökonomie made in Austria

Die sozialdemokratische Bildungsoffensive in den siebziger Jahren in Österreich war ökonomisch und sozialpolitisch motiviert. Einerseits ging es um die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs, andererseits um die Anhebung des AkademikerInnenanteils der unteren Schichten. Mit dem staatlichen Investitionsschub im Wissenschaftsbereich und einer gewissen Öffnung der Universitäten stieg die Zahl der StudentInnen rapide an. Innerhalb von zwanzig Jahren vervierfachte sich in Österreich etwa der Anteil der StudentInnen bis zu Beginn der neunziger Jahre. Im gleichen Zeitraum stiegen das Hochschulbudget und der Anteil an Lehrenden verhältnismäßig gering an. Unter den Rahmenbedingungen eines zentral verwalteten und gesteuerten Hochschulsystems führte das zu einem bürokratischen, unübersichtlichen Kom-

plex, der die von staatlicher Seite in ihn gesteckten Erwartungen – hohe AkademikerInnenquote, qualifizierte Arbeitskräfte – nicht erfüllen konnte.

Mit den Wirtschaftskrisen in den achtziger und neunziger Jahren setzten sich auch vor dem Hintergrund dieses schwerfälligen, teilweise kafkaesken Universitätssystems Vorstellungen durch, die einen effizienteren Mitteleinsatz sowohl im Bildungssektor als auch im Bereich der „Humanressourcen" einleiteten. Die Einführung von Fachhochschulen, die Neuorganisation der Universitäten sowie die Diskussionen um Studiengebühren, Studiendauer, StudienabbrecherInnenquote sind in Österreich eine Folge davon. Der Abbau des Sozialstaates eine andere.

Was den Anteil der sozialen Schichten an den AkademikerInnen betrifft, so fällt die Analyse der sozialdemokratischen Politik der siebziger Jahre vollkommen ernüchternd aus. Von den staatlichen Bildungsinvestitionen haben die Mittel- und Oberschichten viel mehr profitiert als die Unterschichten. Es gab eine Umverteilung von unten nach oben statt umgekehrt. Einkommensschwächere Gruppen haben entgegen aller Absicht einkommenstärkere Schichten subventioniert. Den Schluß, den sozialdemokratisch gesinnte BildungsökonomInnen heute daraus ziehen, ist einfach, allzu einfach. Sie erheben die private Investition in den Ausbildungssektor verknüpft mit einem staatlichen Darlehenssystem für sozial Schwächere zur neuen Maxime. Dabei wird die Bildungsfrage zu einer rein individuell-ökonomischen In- und Output-Abwägung reduziert. Es wird nicht gesehen, daß es gerade wiederum schicht- und geschlechtsspezifische Unterschiede in der Einschätzung gibt, Bildung als Investitionsgut zu betrachten. Die Vorstellung, das US-Bildungssystem zum Vorbild der bildungspolitischen Veränderungen in Österreich zu nehmen, muß zu kurz greifen, da nicht berücksichtigt wird, daß Bildung in den USA aus historischen Gründen einen ganz anderen Stellenwert einnimmt als hierzulande.

Weiters wird ein gewisser Erfolg der sozialdemokratischen Bildungsoffensive – die deutliche Anhebung des Studentinnenanteils an den Universitäten plus Kunsthochschulen von 25,9 Prozent Anfang der siebziger Jahre auf 44,8 Prozent im Wintersemester 1992/93 – von den sozialdemokratischen BildungsökonomInnen nun weitgehend vergessen. Vor allem wird nicht hinterfragt, um welches Wissen es vor allem geht, das in den Institutionen im Sinne von Bildungsökonomie vermittelt werden soll. Es handelt sich um eine Hegemonie des „technischen Erkenntnisinteresses" im Habermasschen Sinne. „Dies ist das Erkenntnisinteresse an der technischen Verfügung über vergegenständlichte Prozesse."[3] Es sind die empirisch-analytischen Wissenschaften, die dieses Wissen zu Tage fördern. Unter kapitalistischen Rahmenbedingungen heißt das: Es geht um ein Know-how-Wissen für technologische Innovationen, die die Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum sichern sollen. Historisch-hermeneutische Wissenschaften wie Soziologie oder Literaturwissenschaft und kritische Forschungsansätze (z.B. gender studies, gay/lesbian studies) bleiben unter diesen Prämissen längerfristig auf der Strecke oder werden zu für die Wirtschaft nützlichen Begleitstudien (z.B. soziale Verträglichkeit von technologischen Innovationen) degradiert. Wissen, das keinen Marktwert hat, wird weitgehend zum privaten Vergnügen und zur Freizeitbeschäftigung erklärt. Weiters entziehen sich mit der Etablierung von Drittmittelforschung in öffentlichen Institutionen immer mehr Forschungsergebnisse demokratischer Kontrolle, da sie in der Verfügungsgewalt der GeldgeberInnen stehen, die mit den Ergebnissen tun und lassen können, was sie wollen.

Resümee

Meine These lautet: Egal, welcher Theorie von Bildungsökonomie mensch anhängt, mensch ist immer schon in der ökonomischen – und meistens auch in der „nationalen" – Falle. Bildungsökonomie ist immer eine funktionale Herangehensweise. Mensch wird auf seine/ihre Funktion als Produktionsfaktor in einem Wirtschaftssystem reduziert, ohne gefragt zu werden, ob mensch dieses Wirtschaftssystem überhaupt für richtig hält. Individuelle Grundrechte gelten weniger als die totalisierende Konstruktion eines gesellschaftlichen Ganzen. Weiters reproduziert und legitimiert Bildungsökonomie ein hierarchisches Gesellschaftssystem. Es wird nicht in Frage gestellt, daß Individuen über andere Individuen herrschen und befehlen. Die „Dialektik von Herr und Knecht" soll nun nicht mehr aufgehoben werden, sondern wird damit legitimiert, daß Bildung als Selektionsverfahren ein „objektives" Kriterium sei, das die Spreu vom Weizen trenne. Das Bildungssystem gebe allen in etwa die gleichen Chancen. Wer also am Schluß vorne sei, habe es sich auch redlich verdient und solle besser verdienen.

Bildungsökonomie ist die Ausweitung oder Differenzierung kapitalistischen Denkens auf den Sektor der Bildung. Jeder Versuch, emanzipatorische bildungs*ökonomische* Ansätze zu entwicklen, muß deshalb an den Prämissen des Marktes und Wettbewerbs scheitern. Damit ist nicht einem Verzicht auf bildungs*politische* Utopien und Auseinandersetzungen das Wort geredet. Zu bedenken ist allerdings: Da das Bildungssytem zu einem Großteil die Gesellschaft repräsentiert und reproduziert, ist ein egalitäres, basisdemokratisches, nicht-hierarchisches Bildungsmodell in einer hierarchischen, wettbewerbszentrierten Gesellschaft nicht verwirklichbar. Ein Bildungssystem ist also immer in etwa genau so selektiv wie die Gesellschaft. Und selbst wenn innerhalb des Bildungsbereichs die Selektion abgeschwächt werden kann, so versteht es die Gesellschaft, ihre Hierarchien mit Hilfe anderer Parameter (z.B. Zugehörigkeit zu bestimmten Lobbies) aufrechtzuerhalten. Bildungspolitische Vorstellungen müssen deshalb immer auch gesellschaftspolitische Utopien umfassen wie umgekehrt. ■

Dr. Wolfgang SCHMID hat Philosophie und Ethnologie studiert.

Anmerkungen

1 Jürgen Habermas: Technik und Wissenschaft als „Ideologie", S. 74.
2 Vertrag über die Europäische Union, S. 46.
3 Jürgen Habermas: Erkenntnis und Interesse, S. 157.

Literatur

BMWF: Hochschulbericht 1993, Band 1 und 2, Wien 1993.
Jürgen Habermas: Erkenntnis und Interesse. In: Habermas: Technik und Wissenschaft als „Ideologie", Frankfurt a. M. 1968, S. 146-168.
Jürgen Habermas: Technik und Wissenschaft als „Ideologie". In: Habermas: Technik und Wissenschaft als „Ideologie", Frankfurt a. M. 1968, S. 48-103.
Max Horkheimer: Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, Frankfurt a. M. 1967.
Vertrag über die Europäische Union, Luxemburg 1992.

Späte Entzauberung?*

Frauenförderung an den österreichischen Hochschulen

Erna APPELT

In der Einführung zu seinen religionssoziologischen Studien stellte Max Weber (1921) die Frage, welche Voraussetzungen den spezifisch okzidentalen Rationalismus hervorgebracht hätten. Als rational beschrieb er jenen Entzauberungsprozeß, der in Europa dazu geführt hat, daß die zerfallenden religiösen Weltbilder eine profane Kultur aus sich entließen.

Zu der Erkenntnis, daß sich mit dem von Weber so luzide analysierten okzidentalen Rationalismus ein keineswegs rationaler Mythos verband, nämlich der Mythos des rational denkenden und handelnden männlichen Subjekts, konnte sich Weber, als Mitglied der Männergemeinschaft des Wissenschaftsbetriebes, freilich nicht durchringen.

In die lange Reihe der Kritiker des okzidentalen Rationalismus haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten postmoderne TheoretikerInnen sowie feministisch orientierte WissenschaftlerInnen an prominenter Stelle eingereiht (Benhabib 1993). Der zumindest seinem Anspruch nach über jeden „Zauber" erhabene Rationalismus wurde selbst „entzaubert". WissenschaftstheoretikerInnen haben begonnen, die wissenschaftlichen Institutionen, das durch sie vermittelte Wissen und das die sogenannte „Normalwissenschaft" kennzeichnende Verständnis von Forschungsprinzipien und Methoden als männliches Anspruchssystem zu decodieren.

Analysen der historischen Genese sowie des politischen und sozialökonomischen Kontexts der neuzeitlichen Wissenschaft haben den Konnex zwischen der psychischen Tiefenstruktur des modernen wissenschaftlichen Habitus und Männlichkeit zutage gefördert (List 1993). Diese Analysen werfen ein Licht darauf, wie die Imperative einer androzentrischen Geschlechterpolitik im Bereich der Theoriebildung, oder anders gesagt, in der wissenschaftlichen Beschreibung der Realität zu einer Weltsicht führen, die Sichtweisen, die Bedürfnisse und Interessen von Männern verabsolutiert. Das okzidentale Wissenschaftsgebäude baute auf einer radikalen Differenzphilosophie auf: Wissenschaftliche Institutionen entstanden als eingeschlechtliche Männerinstitutionen und entwickelten philosophische und sozialwissenschaftliche Theorien, die diese Eingeschlechtlichkeit rechtfertigten. Die Vorliebe für universelle Lösungen, die Suche nach dem Absoluten, prägten wissenschaftliches Denken. Die Immanenz, die Bewältigung des Alltages, die Erziehung der Kinder, die Versorgung Hilfebedürftiger, kurz, das konkrete Leben, wurde aus dem Bereich des Wissenschaftlichen verbannt.

Die späte Entzauberung des okzidentalen Rationalismus zieht den Schleier der Allgemeingültigkeit, der Objektivität von der männlichen Wissenschaft. Die von Weber beschriebene Institutionalisierung eines zweckrationalen Wirtschafts- und Verwaltungshandelns decodierten Feministinnen als wichtigen Bestandteil eines androkratischen Systems (Appelt 1994).

Wozu brauchen wir eine Gleichstellungspolitik?

Das Ziel der Gleichstellung wäre (definitionsgemäß) gesellschaftlich dann erreicht, wenn eine Gleichverteilung der politischen Machtpositionen, eine Gleichverteilung von Einkommen, von Ressourcen und kulturellem Kapital auf beide Geschlechter realisiert wäre. Nun braucht es nicht viel Phantasie, um zu erkennen, daß dieses Ziel ganz offensichtlich beides ist: utopisch und begrenzt zugleich.

Zu Beginn der siebziger Jahre lehnte die autonome Frauenbewegung bekanntlich Gleichheits- und Gleichstellungsstrategien ab und betonte demgegenüber Selbstbestimmung und Autonomie. Doch schon Mitte der siebziger Jahre entstand in etlichen europäischen Ländern ein Parteien- und Verbandsfeminismus, ein „intermediärer Feminismus", der die Gleichstellung von Mann und Frau auf die politische Tagesordnung setzte und Gleichstellungspolitik als frauenpolitische Strategien durch Quotierungsbeschlüsse sowie durch Antidiskriminierungsgesetze zu fixieren suchte.

Gleichstellungspolitik – so mittlerweile ein breiter Konsens – transformiert feministische Anliegen zu politisch berechenbaren Strategien und erfordert politisches Handeln in institutionellen Räumen, die maßgeblich durch bürokratische Verhaltensregeln determiniert sind. Gleichstellungspolitik zielt mit ihren Maßnahmen durchaus ins Zentrum des Geschlechterverhältnisses als Herrschaftsverhältnis, ist sie doch ein direkter Angriff auf Organisationsstrukturen, die das Verhältnis zwischen Männern und Frauen hierarchisch gestalten.

Wenn die asymmetrische geschlechterspezifische Verteilung von ökonomischer, politischer, kultureller und symbolischer Macht, von Einfluß und Partizipationsmöglichkeiten als markanter Aspekt des Demokratiedefizits bewertet werden muß, dann ist die Frage höchst aktuell, ob Gleichstellungspolitik eine wirksame Gegenstrategie ist. Wird umgekehrt die Geschlechterfrage als Demokratiefrage formuliert, dann bedeutet dies, daß Frauenpolitik die Spielräume demokratisch verfaßter Gesellschaften ausschöpft, sich aber auch genau innerhalb der Grenzen dieser Spielräume bewegt. Dabei ist das Recht ein zentraler Schauplatz von Machtkämpfen. Das Recht transportiert Machtkämpfe von der Straße, aus der Privatsphäre hinaus in die politischen Gremien, in die Parlamente.

Bundes-Gleichbehandlungsgesetz und Frauenförderung

In den letzten Jahren hat Österreich mit jenen europäischen Ländern gleichgezogen, die über Gleichbehandlungsgesetze androkratische Strukturen aufzubrechen suchen. An den Hochschulen war die Einführung des § 106a UOG 1990 mit der Einrichtung der Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen ein erster Schritt in diese Richtung. Dies geschah vor allem angesichts der eklatanten Unterrepräsentation von Frauen im Kreise der Universitätslehrer: Mit Stichtag 1. Juli

---

* Dieser Beitrag wurde erstmals in »Didaktik« 4/95/1/96 abgedruckt.

1993 lag der Frauenanteil an den österreichischen Universitäten bei den Ordentlichen ProfessorInnen bei 2,89 Prozent, bei den Außerordentlichen ProfessorInnen bei 5,3 Prozent, bei den UniversitätsassistentInnen bei 19,08 Prozent.

Im Februar 1993 ist das Bundesgesetz über Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Förderung von Frauen im Bereich des Bundes (Bundes-Gleichbehandlungsgesetz) in Kraft getreten, das alle Ressorts zur Ausarbeitung von Frauenförderplänen verpflichtet (vgl. dazu Siegmund-Ulrich 1994). Im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst ist seit 1. April eine entsprechende Verordnung in Kraft getreten, die präzise das Ziel des Frauenförderplans definiert:

„§ 2. (1) Ziel des Frauenförderplans ist es, den Anteil der weiblichen Beschäftigten in allen Verwendungsgruppen bzw. Entlohnungsgruppen und Funktionen im Ressortbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst auf mindestens 40 Prozent zu erhöhen."

Konkretisiert wird dies durch ein Frauenfördergebot, das besagt, daß Bewerberinnen, die für eine angestrebte Planstelle oder eine angestrebte höherwertige Verwendung nicht geringer geeignet sind als der bestgeeignete Mitbewerber, so lange bevorzugt anzustellen sind, bis der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der im Wirkungsbereich der jeweiligen Dienstbehörde gemäß § 1 Abs. 2 und 3 auf eine Verwendungsgruppe entfallenden Funktion mindestens 40 Prozent beträgt.

Dieser Frauenförderplan stellt einen Meilenstein in der Geschichte der Frauengleichstellung dar. Freilich darf nicht übersehen werden, daß die Realisierung dieses Frauenfördergebots zum Teil auf heftige Widerstände stößt bzw. daß gerade jene Personen, die die maßgeblichen Positionen in der universitären Hierarchie innehaben (etwa Dekane oder Vorsitzende der Berufungskommissionen), sehr rasch Wege und Mittel finden, die Realisierung des Frauenförderplans zu boykottieren bzw. Bestimmungen des Frauenförderplans zu pervertieren.

Dazu kommt jedoch noch ein weiteres Problem: Gleichbehandlungsbeauftragte müssen zu allen Sitzungen von Kommissionen und Entscheidungsgremien (Berufungsverfahren, Personalkommission, Institutskonferenzen) eingeladen werden, in denen Personalentscheidungen getroffen werden. Schon die physische Anwesenheit bei all diesen Sitzungen ist schlicht und einfach unmöglich, wenn etwa mehrere Berufungsverfahren an einer Fakultät gleichzeitig laufen. Das bedeutet, daß Gleichbehandlungsbeauftragte, die ja voll in der Lehre und Forschung eingesetzt sind und in der Regel ja auch vorrangig eigene Forschungsziele verfolgen, überbeansprucht werden; der Erfolg ihrer Tätigkeit hängt jedoch zum großen Teil vom good will etwa des Dekans, der Kommissionsmitglieder etc. ab.

Ein Problem ist auch, daß Frauenförderpolitik von den betroffenen Kolleginnen nicht immer gern gesehen wird, wollen sie sich doch ihre Erfolge allein ihren Verdiensten bzw. ihrer wissenschaftlichen Qualifikation zuschreiben. Das ist einerseits verständlich, andererseits aber natürlich insofern ein Trugschluß, als sachfremde Argumente bei jeder Besetzung eine Rolle spielen: einmal ist es eine Herkunftsuniversität, die erwünscht ist oder nicht, ein andermal das Alter. Und bei jeder Berufung spielen unbewußte Motive, Sympathien oder Vorlieben eine Rolle. Den oder die objektiv bestqualifizierte/n Kandidatin/en gibt es eben nicht. Nach wie vor sind Männer stärker darauf trainiert, eine bestimmte Außenwirkung auszustrahlen; es ließen sich jedoch genug Beispiele anführen, daß die Qualitäten, die aus dieser eher extrovertierten Haltung geschlossen werden, nämlich etwa Durchsetzungsfähigkeit, bei Frauen vielleicht gerade deswegen stärker ausgeprägt sind, weil sie permanent damit konfrontiert sind, Vorurteile, die ihnen alltäglich entgegengebracht werden, entkräften zu müssen.

Sollen die neuen Ansätze der universitären Frauengleichbehandlung greifen, dann müssen nicht nur die Konzepte weiterentwickelt, sondern vor allem auch die Rahmenbedingungen verbessert werden: Für die Gleichbehandlungsbeauftragten sind Motivation, Wissen und Sozialtechnik die wichtigsten persönlichen Voraussetzungen; und diese müssen durch flankierende Maßnahmen gefördert werden, das Wissen wird auf spezifischen Informationsveranstaltungen zu vermitteln sein, die Sozialtechnik auf Seminaren, die sich mit Rhetorik, Gesprächsführung und Konfliktfähigkeit beschäftigen.

Bis heute sind Feministinnen die schärfsten Kritikerinnen der Gleichstellungsbürokratie (Biester 1994). Gleichwohl findet sowohl auf verschiedenen Ebenen eine problem- und themenbezogene Zusammenarbeit statt. Gleichstellungspolitik – als Folge der Theorieproduktion der letzten 20 Jahre, der Entzauberung des männlichen Universalanspruchs – entzaubert freilich noch etwas ganz anderes, nämlich den Anspruch feministischer Theoretikerinnen, Wissenschaft radikal und umfassend umzuwälzen. Gleichstellungspolitik abstrahiert gerade von all jenen Anliegen, von jener Wissenschaftskritik, die Feministinnen seit Jahren formulieren. Sie beschränkt sich auf das formale Prinzip der gleichen Repräsentation. Das mag einerseits sehr ernüchternd sein. Andererseits zielt diese Politik eben ins Zentrum des männlichen Anspruchssystems; anders ausgedrückt, diese Politik entzieht der Geschlechterhierarchie ihre Legitimität. Das bedeutet, daß ein sehr nüchternes Fazit gezogen werden muß: Gleichstellungspolitik ist unverzichtbar und muß konzeptuell weiterentwickelt werden. Feministische Theorieproduktion, feministische Praxis, autonom definierte Politik wird Gleichstellungspolitik nicht ersetzen. ■

Dr. Erna APPELT ist Assistenzprofessorin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck.

Literatur

Appelt, Erna (1994), Staatsbürgerschaft und soziales Geschlecht. Zur politischen Transformation des Geschlechterverhältnisses. Studien an ausgewählten europäischen Ländern. Habilitationsschrift, Innsbruck.

Benhabib, Seyla (1993), Feminismus und Postmoderne. Ein prekäres Bündnis, in: Seyla Benhabib/Judith Butler/Drucilla Cornell/Nancy Fraser (Hg.): Der Streit um die Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart, Frankfurt/Main.

Biester, Elke u.a. (Hg.) (1994), Gleichstellungspolitik – Totem und Tabus. Eine feministische Revision, Frankfurt/Main.

List, Elisabeth (1993), Die Präsenz des Anderen. Theorie und Geschlechterpolitik, Frankfurt/Main.

Siegmund-Ulrich, Silvia (1994), Bundes-Gleichbehandlungsgesetz und Frauenförderung in Österreich, in: Ursula Floßmann/Helena Herda: Frauenförderung als Konkretisierung des Gleichheitsgebots, Linz.

Die Macht des Faktischen

Ein Kommentar zur hochschulpolitischen Debatte rund um die universitäre Streikbewegung

Karin SCHNEIDER

Die größte universitäre Widerstandsbewegung der Zweiten Republik ging im Sommersemester 1996 über die politische Bühne. Scheinbar ohne Erfolge. Auf realpolitischer Ebene wären diese auch aufgrund des politischen Kräfteverhältnises kaum zu erwarten gewesen. Die Frage bleibt jedoch, ob sich durch diese Bewegung neue Aspekte in der bildungspolitischen Diskussion und im Selbstverständnis der beteiligten Gruppen ergaben. Dies eindeutig zu beantworten ist entschieden verfrüht. Jedoch kann jetzt schon bemerkt werden, daß sich die Folgen des Sparkurses in der Art, wie in der medialen Öffentlichkeit mit den Problemen der Universitäten umgegangen wird, niederschlagen.

Glaubt mensch der Berichterstattung in den Tageszeitungen, so haben sich die Universitäten auf die „Verwaltung des Mangels" eingerichtet und die ÖH tut, was ihre Aufgabe ist und was ihr keiner verübelt und keinen wirklich stört: Sie spricht sich gegen Studiengebühren und gegen weitere Studienverschärfungen aus. Sie sagt nach wie vor „Ja zum freien Hochschulzugang" und klingt damit befremdlich nichtssagend.

Konkret bedeutet die „Mangelverwaltung": Die Zahl der Lehrbeauftragten wird um 10 Prozent reduziert, jeder einzelne davon mit 15 Prozent weniger Honorar dotiert. Im Gegengeschäft dazu gab es kleine Zugeständnisse bei Gehaltsvorrückungen für besonders qualifizierte, angestellte AssistentInnen. (»Profil« Nr. 20, 13. Mai 1996, S. 32) Für Studierende hat sich an der geplanten Null-Reduktion der Freifahrt nichts geändert, einzig in Linz gibt es konkrete Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben. Die Familienbeihilfe wird nach Ablauf der Regelstudienzeit plus zweier Toleranzsemester gestrichen. Zusätzlich werden leerstehende Posten nicht nachbesetzt. Beispiel Anglistik: Ab Herbst können den voraussichtlich 500 ErstinskribientInnen nur 120 Studienplätze zur Verfügung gestellt werden. In den Dolmetschausbildungen bedeutet die Kürzung von Planposten eine Reduktion des Lehrangebots um die Hälfte – auch hier wurde, wie auf der Medizin in Wien, überlegt, eine Aufnahmesperre für StudienanfängerInnen zu verhängen.

In der Politologie in Wien sollen aus demselben Grund keine Einführungslehrveranstaltungen abgehalten werden können – eine solche Maßnahme käme ebenfalls einem de facto Stopp von NeuinskribientInnen gleich.

Es scheint sich der Kreis zu schließen: Jene politische Ausrichtung, nach welcher ein Studium effizient und zielgerichtet absolviert und letztendlich einer Elite vorbehalten bleiben sollte, bekommt durch die Sparmaßnahmen konkrete materielle Wirkung. Vom Reich der Freiheit des intellektuellen Diskurses über eine Reduktion des „offenen Hochschulzuganges" ab in das Reich der Notwendigkeit des Sparens – so einfach ist das.

Mensch kann es sich (einem postmodernen Zeitgeist verpflichtet) dann aussuchen, ob elitäre Bildungskonzepte dem eigenen Denken entsprechen, und nun endlich durch ein von außen verordnetes Sparprogramm an Aktualität gewinnen, oder ob mensch sich einer liberal-sozialen Richtung verschrieben, der Abkehr von alten Firnbergschen Bildungsidealen nur unter dem Druck budgetärer Notwendigkeiten zu beugen beginnt.

Die Argumentationsschiene ist klar und bestechend

Wenn Universitäten nicht finanzierbar sind, dann gibt es wohl zu viele StudentInnen. Im O-Ton eines Leitartikelverfassers der »Industrie« liest sich das dann so: „Magnifizenz Otruba hat schon recht: Ein Verhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden von 1 : 63 ist im internationalen Vergleich zweifellos deporabel. (...) In Konsequenz hieße doch die Erfüllung der Forderungen von Professoren und Studenten nichts anderes, als daß in ein konstant bleibendes Hochschulsystem eben mehr Mittel hineingebuttert werden sollen. Deshalb ist gestattet, die Frage andersherum zu stellen. Ist es bei der gegenwärtigen Zahl von weit mehr als 200.000 Studenten vertretbar, sich mit so geringen Absolventenzahlen, mit extrem hohen Drop-out-Quoten und mit der Tatsache zufriedenzugeben, daß in Österreich im OECD-Vergleich so ziemlich die längsten Durchschnittsstudiendauern zu verzeichnen sind? Wäre jetzt nicht der Zeitpunkt gekommen, zudem Professoren und Mittelbau den politisch Verantwortlichen einen Reformdialog anbieten?" (»Die Industrie«, Nr. 11/12 1996).

Von konservativer Seite werden also drastische Einschränkungen, welche mit dem Sparkurs der Regierung auf die Universitäten zukommen, als positive Weisung in die richtige Richtung begrüßt: „Mit weniger Mitteln kann bei unveränderter Struktur nur weniger und/oder qualitativ weniger anspruchsvolle Leistung erbracht werden. Der Ausweg führt über technischen Fortschritt, Produktivitätssteigerungen, Produktionsdifferenzierung und Strukturverbesserungen. Diese werden in einer Marktwirtschaft über Konkurrenz erzwungen.

In Österreich entsprechen die Verhältnisse auf den Universitäten jedoch ziemlich genau den Bedingungen der zentralen Planwirtschaft. Der Kunde zahlt eben überhaupt nicht (Universitäten, Schulen) oder zuwenig (Spitalsaufenthalte). Die Anbieter erhalten die Mittel zugeteilt und entscheiden selbst, welche Leistung sie erbringen.

Das Ergebnis sind überdimensionale Einrichtungen, die wenig Rücksicht auf geänderte Bedürfnisse nehmen." (»Wirtschafts-Woche« Nr. 12)

In einem sind sich alle einig: Es brauche hochschulpolitische Reformen. In den Medien hat sich der Aufruhr an den Universitäten in einer oft nichtssagenden Thematisierung der „Misere an den Hochschulen" nieder-

geschlagen. Gemeinsamkeiten gibt es auch quer durch die politischen Lager: Weder am freien Hochschulzugang im Prinzip (!) noch an einer qualitativ guten Ausbildung an den Universitäten, soll in Zukunft gerüttelt werden.

„Die universitäre Lehre gehört reformiert. Überlast ist Dauerlast geworden. Bald stehen nur 9.500 hauptberuflichen Universitätslehrern 250.000 Studierende gegenüber. Dazu kommen 200.000 im Berufsleben stehende Absolventen, die Weiterbildung verlangen. Das Studium war nie kurz und gut, jetzt ist es lang und schlecht geworden und soll an Qualität verlieren. Die Studien sind neu aufzubauen. Eine kürzere Studienzeit mit Möglichkeiten von Zusatzqualifikationen muß das Ziel sein." (Helmut Kramer, Manfried Welan in: »Der Standard« 12. April 1996).

Die Konferenz der österreichischen Rektoren bestätigte, daß sich die Vorgabe des Ministeriums – das Einfrieren der Personalkosten – „bei keiner österreichischen Universität ausgeht" (Skalicky, Vorsitzender der Österreichischen Rektorenkonferenz in: »Der Standard« 18. Juni 1996) Die Konsequenz aus der Mangelwirtschaft: Es werde zu Leistungsnachweisen kommen – die Konferenz werde sich daher ausführlicher mit „Studienplatzbewirtschaftung" also Studiengebühren befassen (ebd.). Die Forderung nach Studiengebühren begleitete medial in einer Art Paralleldebatte die Streikzeit. Irgendwann werden wir uns einen Gratiszugang zur Universität eben nicht mehr leisten können, so die Argumentation. „Man wird bis spätestens Ende nächsten Jahres zu einem Numerus Clausus oder zu einem Studiengebührensystem kommen müssen", wird der SP-Berater und Grazer Rektor Konrad im »Kurier« zitiert. Überlegungen von seiner Seite gehen in Richtung australisches Mischsystem: Den dortigen Studenten werde freigestellt, ob sie Studiengebühren sofort begleichen, oder als Einkommensteuer zurückzahlen, wenn sie zu arbeiten beginnen. „Allein wenn die Hälfte unserer Studenten gleich zahlen – etwa 10.000 Schilling pro Jahr – dann hätten wir eine Milliarde. Das würde zwei Sparpakete auffangen."

Die gesellschaftspolitischen Fragen, um die es sich eigentlich dreht, drohen unter dem Druck des Sparpakets verloren zu gehen: Was ist einer Gesellschaft ihr Bildungssystem wert? Welche Mittel müssen dafür und von wem zur Verfügung gestellt werden?

Dies sind Fragen der politischen Prioritätensetzung; sich auf ökonomische Sachzwänge zu berufen, bedeutet nichts anderes als eine politische Entscheidung in eine bestimmte Richtung zu setzen. Wer eine solche Richtung einschlägt, muß nicht unbedingt verbal den sogenannten „freien Hochschulzugang" in Frage stellen. Die ökonomischen Fakten scheinen für sich zu sprechen.

Universitärer Out-put

„Die gleichen Bildungschancen für den Nachwuchs auch aus den niederen Einkommensschichten sind selbstverständlich sehr wichtig. Ein Sozialstaat soll nicht zulassen, daß nur Sprößlinge der Wohlhabenden Akademiker werden können. Bei uns haben alle Begabten annähernd die gleichen Chancen. Jeder Maturant kann an jeder Universität uneingeschränkt inskribieren. Das Studium für österreichische Staatsbürger ist prinzipiell kostenlos. Diese Größzügigkeit hat in den letzten 25 Jahren zu einer Explosion der Uni-Kosten geführt. (...) Doch das ‚Endprodukt' dieses Geldsatzes, mit dem die heutige Bildungsgeneration und damit auch die Zukunft des Landes finanziert wird, war gar nicht zufriedenstellend. Die Zahl der Frühabbrecher unter den Studiosi stieg im Laufe der Jahre auf erschreckende 60 Prozent. Jeder, der sich auskennt, weiß genau, daß unser Hochschulsystem in einer Strukturkrise steckt. Die Fleißigen unter den Hörern können sich in der Masse häufig nicht richtig entfalten, und die Faulen leisten sich auf Kosten der Allgemeinheit ein paar lustige Jahre." (Kolumne von Lajos Ruff in: »Trend« Nr. 4, April 1996). Eigentlich könnte mensch solche Schreibe (und davon gibt es unzählige) als typisch konservative Polemik abtun, wenn sie nicht ein Beispiel jenes Diskurses wäre, der unabhängig von den Protestaktionen an Hegemonie gewinnt. Sein Kredo in etwa: Die Universitäten haben einen Out-put zu liefern. Dieser hat gleich dem Produkt einer Firma „gut" zu sein. Gut ist es dann, wenn „der Studiosi" auch ein Akademiker wird, der bereit und fähig ist, seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Die Universitäten erzeugen also ein Produkt, das auf der einen Seite Forschungsergebnisse, auf der anderen akademischer Nachwuchs heißt. Für Studierende habe das zu beziehende Produkt in einer erstklassigen Ausbildung zu bestehen. In diesen Bahnen gedacht, erscheint es fast merkwürdig, daß ein solches „Produkt" ohne Entgelt zu beziehen sei. Verräterisch ist da ebenso die Begriffsbildung im vor einem Jahr zur Begutachtung freigegebenen UNIStG. Hier ist die Rede von „Verwendungsprofilen": Diese sollen enthalten, welcher Verwendung StudentInnen zugeführt werden können. Bei der Erarbeitung dieser werden Vertreter(inn?)en der Wirtschaft, der ArbeitnehmerInnen und AbsolventInnen einbezogen;

Erró: Femme fatale, 1994/95

die Studienpläne haben sich laut Gesetzesvorschlag daran zu orientieren. (Veronika Knapp in »UNITAT« 4/95, S. 2)

Seit Ende der achtziger Jahre beherrscht eine derartig ökonomisierte Sprechweise die öffentlichen medialen hochschulpolitischen Überlegungen. Studiengebühren würden solche Ideologie materiell verwirklichen. Sicher wären sie, jenseits aller Beteuerungen, *Auch* eine soziale Sanktion und mensch soll nicht müde werden, darauf hinzuweisen. Auf der ideologischen Ebene bedeutet das Vorhaben, Studiengebühren einzuführen, vor allem aber eine Akzeptanz der Vorstellung vom „Produkt Bildung – Produkt Akademiker" im Alltagsdenken zu verankern.

Sei es aus sozialen Gründen oder aus Überzeugung, der Druck auf die zukünftige Generation an MaturantInnen steigt, nur mehr das zu studieren, was auch unmittelbar wirtschaftlich verwertbar ist. Der Druck auf die Universitäten ihrerseits heißt, nur mehr das anzubieten, was diesen „Bedürfnissen" auch entspricht. Keine Diskussion gibt es darüber, was gesellschaftliche Bedürfnisse überhaupt ausmachen, wer darüber bestimmt, welche Bedürfnisfelder in einer Gesellschaft abgedeckt, welche überhaupt wahrgenommen werden.

Im Fall eines Darlehnssystems wie von Konrad vorgeschlagen (und hier handelt es sich ja um die mildeste, auf den ersten Blick sozial verträglichste Variante von Gebühren), bin ich als zukünftige Studentin gezwungen, mir meinen Lebensweg schon zu AHS-Zeiten in Karriererichtung zu basteln.

Das Hochschulsystem wird hier, geht es nach den Vorhaben der Hochschulreformer, unterschiedliche Ausbildungswege (sprich unterschiedliche Ausbildungszeiten mit unterschiedlichen Qualitäten bzw. Kurzstudien plus Zusatzzertifikate) offenhalten. Ein Schritt in diese Richtung war die Einführung von Fachhochschulen, welche im Gegensatz zu der universitären Berufsvorbildung eine Berufsausbildung zu leisten haben. Auch der SP-Bildungssektionschef Höllinger gehörte zu den ersten, die von dieser Seite die Einführung von „Privatunis" forderten. Eine Ausdifferenzierung des Bildungssystems (auch einer dieser Modebegriffe der Bildungspolitik) würde nur dann die Wahlmöglichkeiten der Lebensgestaltung vermehren, wenn es hier tatsächlich eine Gleichheit der Jobchancen und der sozialen Bedingungen gäbe – in Anbetracht unseres Lebens im Kapitalismus eine rein rhetorische Floskel.

Zauberformel: Evaluierung

Wettbewerbsfähigkeit, und auch in diese Richtung schlagen etliche der in den Medien zu Wort Kommenden, muß bereits auf der Schule gelehrt werden und auch die Unterrichtenden aller Ausbildungssysteme haben sich an einen Wettbewerb untereinander zu gewöhnen – die Zeiten werden härter. Die Zauberformel heißt *Evaluierung* – diese wurde im UOG 1993 gesetzlich verankert. Es gibt zwar Unklarheiten darüber, in welcher Form, mit wie hoher Mitsprache durch Studierende etc. evaluiert werden soll; weitgehende Einigung scheint es jedoch darüber zu geben, daß evaluiert werden muß. Und wenn schon (noch) nicht durch die flächendeckende Umsetzung der gesetzlichen Verordnungen in die universitäre Realität, so eben über den Druck eines Sparpaketes. Denn die erste „Aufgabe" der Universitätslehrenden nach ihrer Einigung mit Minister Scholten wird wohl der interne Kampf um die Verteilung verbleibender Posten und Lehraufträge sein.

Ohne strukturelle Reformen wird es auf den Universitäten tatsächlich zu einer Mangelwirtschaft kommen, welche sich für alle Beteiligten negativ auswirkt. Insbesondere die Breite des Lehrangebotes, welche bis jetzt über externe LektorInnen abgedeckt wurde, ist zunächst gefährdet. Doch an strukturellen Reformen wird gebastelt, sprich eben eine möglichst gute Ausbildung für wenige zu schaffen, die dann tatsächlich bereit und fähig sind, die Elite eines Landes zu stellen und zum Beispiel über Studiengebühren beweisen, daß sie dessen auch würdig sind.

Die Aussagen von Vertretern der Universität oder der Regierung zu hochschulpolitischen Reformen sind äußerst heterogen. Dennoch ordnet sich der Mainstream in einen gesamtEUropäischen Kurs ein, welcher von der mächtigsten Lobby der EU, der Industrie, vorgegeben wird.

Wettbewerbsfähigkeit

„Europas Fähigkeit, sich im 21. Jahrhundert im Wettbewerb zu behaupten, wird von der Kompetenz seiner Arbeitnehmerschaft abhängen." – Bemerkungen zur bildungspolitischen Offensive der Industriellenlobby in der EU.

Es ist eine Lüge in den eigenen linken Sack, zu glauben, mensch vertrete die „Guten", welche sich von den „Bösen" in der hochschulpolitischen Diskussion durch ein Hochhalten der Bildung und ihrer Institutionen unterscheiden. Forderungen nach „Vielfalt", „Kreativität", „vernetztem Denken" aber auch nach „Reflexion" und „Kritikfähigkeit" sind längst schon Schlagworte des modernen Managements. Im Papier des ERT (European Round Table of Industrials, deutsche Übersetzung des Papiers in: »Newsletter«. Das Internationale Kommunikations-Projekt. Hrsg.: AStA Düsseldorf u.a.) wird das Konzept des „lebenslangen Lernens" als Bildungsvision präsentiert. Die europäische Lobby der Industriellen ringt um eine gesamteuropäische Neugestaltung der Bildungs- und Erziehungssysteme. Es gäbe, so die Vertreter der Industrie, ein zunehmendes Auseinanderklaffen zwischen „wirtschaftlich sozialen Realitäten" und dem „Endprodukt unseres Erziehungssystems". An jenem „Endprodukt" soll gefeilt werden, um Europa im globalen Maßstab wettbewerbsfähig zu halten. Setzte sich in der Vergangenheit die Lobby der Industriellen vornehmlich für die Verbesserung der „hard-ware" (Technologie, Produkte, Marktanteile) ein, so bedarf es aus ihrer Sicht jetzt der Erstellung der „soft-ware oder human-ware": der Effektivierung der arbeitenden Menschen. „Somit werden die soft-ware und human-ware zu Schlüsselelementen unserer schlagenden Strategien. Um einen erhaltbaren Vorteil im Wettbewerb zu schaffen, müssen wir hochmotivierte Menschen einstellen, die in der Lage sind, zu lernen und zu verändern." (Ebd. S. 8)

Die Universitäten werden in diesem Papier keineswegs zu reinen Ausbildungsstätten degradiert, sondern sollen Grundlagen einer umfassenden Bildung bereitstellen. Es geht nach diesen Konzeptionen weniger um die Vermittlung spezieller Inhalte, als um die Schulung von Fähigkeiten der Kreativität, der Reflexion, des vernetzten Denkens oder um die Entwicklung von Haltungen wie Gruppenbezogenheit, Weltoffenheit, Wille zur Veränderung etc.

Das Konzept des „lebenslangen Lernens" umfaßt die gesamte „Bildungskette" – das heißt vom Kindergarten bis zur „post experience education". Einbezogen wird ebenso die Familie, da „das kulturelle Niveau der Mutter als ausschlaggebend betrachtet (wird), wenn es um die Fragen der ver-

schiedenen Möglichkeiten während der Schulzeit des Kindes geht." (Ebd. S. 5) Selbst dann, wenn Frauen auf ihre traditionelle Rolle fixiert bleiben, sollen sie also ein Teil des Projektes des „lebenslangen Lernens" werden, um für die zukünftig Beschäftigten das ideale „kulturelle Umfeld" zu bilden.

Die Empfehlung des ERT an die Wirtschaftsbetriebe: „Schaffe die Begierde zu lernen!" Dies gilt von den Arbeitern bis zu den Topmanagern, von den Kindergartenkindern bis zu den Alten. Die Inhalte spielen dabei weniger Rolle als die Bereitschaft „lernen zu lernen". „Wir müssen denkenden Köpfen den Vorrang geben gegenüber mit Wissen vollgestopften Köpfen. Mit anderen Worten müssen wir Studenten eher an Strukturen heranführen, als an Fakten, an Methoden anstelle von Resultaten und wir müssen die Intelligenz trainieren, anstatt nur Wissen weiterzugeben. Urteilsfähigkeit kann als Fähigkeit angesehen werden, Zugang zu professionellen Arbeitsweisen, wie raffiniert sie auch sein mögen, zu bekommen, welche, obwohl sie professionell bleiben, uns erlauben in verantwortungsvoller Weise zu handeln, also in einer Art, die einfach menschlich ist. Das ist es, was auf dem Spiel steht bei einer Universitäts(aus)bildung, welche den Namen fundamental und allgemein verdient." (Ebd. S. 10)

Selbst wenn „lernen um zu lernen" für den Bedarf an „flexiblen humanen Ressourcen" als wichtiger als die Akkumulation von Wissen angesehen wird, ist die inhaltliche Ausrichtung von Bildung für die EU-Industriellen klar: Es geht um die Konstruktion eines einheitlichen (EU-)Europas und seine Verpflanzung in die Herzen und Hirne der Menschen.

So sind Hauptbestandteile der *europäischen Perspektive des lebenslangen Lernens* unter anderem „Europäische Werte: was bedeutet es, ein europäischer Bürger zu sein? Vielfalt, Auswahl und nationale Verwurzelung, ‚Kapitalismus mit menschlichen Zügen', ‚Europa ist eine sehr alte Zivilisation', was bedeutet es, ein zivilisierter Bürger zu sein." etc. (Ebd. S. 14)

Das ERT-Papier ist sich somit durchaus der Rolle und Funktion von Geisteswissenschaften/Geschichte/Soziologie etc. bewußt, wenn es um die Hegemoniebildung einer Setzung von europäischer Überlegenheit im Alltagsbewußtsein geht. „Humanistische Bildung" wird nicht verworfen, sondern als Grundlage angeführt, auf welcher vom Manager bis zum Angestellten (nicht so nötig bei Arbeitern) aufgebaut werden soll. Den Universitäten kommt hier eine Schlüsselfunktion zu, vorausgesetzt sie beginnen mit den Wirtschaftstreibenden an einem Strang zu ziehen. Gefordert wird eine stärkere Ausrichtung an den Bedürfnissen der Industrie, die Einbindung ihrer Repräsentanten auch in die Gestaltung von Lehrplänen an Schulen und in Entscheidungsprozesse der Universitäten – in diese Richtung geht bereits das österreichische UOG 1993 sowie das UniStG 1995.

Studienzeiten sollen laut ERT-Papier auf maximal vier Jahre abgesenkt werden – ein Vorschlag der übrigens im ersten Entwurf des UniStG 1995 für die Geisteswissenschaften enthalten war.

Innerhalb des Lehrkörpers soll ein Wettbewerbsklima geschaffen werden (Das Orientierungsbeispiel sind die USA) – die Garantie auf Anstellung von Professoren gehört in jenem Konzept der Vergangenheit an – auch in diese Kerbe schlägt die österreichische Hochschulreform der neunziger Jahre. Der Wettbewerb wird ebenfalls unter den Studierenden verstärkt: „Die klügsten fünf Prozent der Studierenden in jedem Jahrgang ermitteln, ihnen besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen, und sie zur Zusammenarbeit bewegen, schafft exzellente Leistungen." (Ebd. S. 14) Unter diesen Aspekten sollen den Menschen die Werte der Bildung nahegebracht, sollen die Lehr- und Lernmethoden auch im Sinne der Studierenden verbessert werden: fächerübergreifendes Studium, Erweiterung der Vielfältigkeit, Teamarbeit, Projektorientiertes Studieren, TutorInnenbegleitung usw.

Innerhalb des gesetzten Rahmens wird auch die Fähigkeit der auf die höheren Etagen des Arbeitsmarkts Strömenden Kritik zu üben hochgehalten – denn eine moderne Wirtschaft braucht keine Menschen, die sich blind unterordnen, sondern innovative und kreative MitarbeiterInnen. Diese Fähigkeiten zu schulen wird auch in Zukunft als Aufgabe der höheren Bildungsinstitutionen definiert.

Der europäische, moderne Bürger/die Bürgerin erkennt also, wie wichtig seine Bildung ist, um sich verwertbar zu halten und wird so erst zu einem vollwertigen Mitglied der „zivilisierten" Gesellschaft. Wer nicht bereit ist, sich stets auf den neuesten Stand zu bringen oder wer mit diesem Tempo nicht im Laufschritt mithalten kann, scheidet aus dem Spiel aus. Verschwiegen wird in Papieren, die aus der Feder führender EU-Industrieller stammen, freilich, daß aus der Anstrengung der Ansammlung aller nur zu erwerbenden Zertifikate zwar die Garantie der Industrie auf flexibel einsetzbare „human-ware" folgt, für die hinter diesem Schlagwort stehenden und strebenden Menschen jedoch keineswegs die Garantie auf einen qualifizierten Job. (Vgl. zur Problematik der „Lerngesellschaft": Birge Krondorfer: „Feministische Bildung – Was kann das noch sein?" In: Differenzen und Vermittlung, Wien 1995, S. 52ff.)

Die Universitäten werden zu einer Firma und die Firmen zu einem lebenslangen College; die Grenzen zwischen Karriere in der Bildungseinrichtung und der im Betrieb verschwimmen, da das „Begehren zu Lernen" als Wettbewerbsfähigkeit von Kindesbeinen an trainiert ist und alle Lebensbereiche durchzieht.

Eine Chance, ihren Studien- bzw. Arbeitsplatz zu behalten, haben ohnehin nur „die Besten". (Vgl. die Schilderung der Firmenideologie von Microsoft in »Modern times spezial«, 16. August 1996) Der „kontrollose Schonraum Universität" (Höllinger) sei beseitigt.

Der Versuch die richtigen Fragen zu stellen, oder der Vorschlag, überhaupt etwas zu fragen

Eine universitäre Protestbewegung kommt nicht umhin, sich mit den Konzepten von Umbau und Neudefinition („neu" bezieht sich in Wirklichkeit auf die Zeit Ende der achtziger Jahre) der Bildungsinstitutionen auseinanderzusetzen. Aus einem blosen Festhalten an gewohnten Strukturen, einem Beschützen der altehrwürdigen Universitäten, wird es uns kaum gelingen, den oben geschilderten Prozessen zumindest andere Denkmöglichkeiten entgegenzusetzen. An bildungspolitischen Utopien hat es dieser Bewegung jedoch genauso gefehlt wie an Institutionskritik der bestehenden Bildungseinrichtungen. Dies ist erstaunlich, zumindest was den studentischen Strang des universitären Widerstands betrifft – denn hier gäbe es ja nicht die schlechtesten Traditionen, an welchen in Form einer kritischen Auseinandersetzung anzuknüpfen wäre. Eine „Schnellanalyse" legt die Vermutung nahe, daß die Macht des Faktischen, welche durch so tiefgreifende Einsparungen das Ruder zu übernehmen scheint, auch in studenti-

schen Gruppen wirkt: Rette was zu retten ist, oder wer kommt schon auf die Idee, die Funktionsweise von Universitäten zu thematisieren, die Forderungen nach ihrer Veränderung zum Ausgangspunkt des Protestes zu machen, wenn „sie uns die Unis wegsparen".

Das Problem ist nur, daß sich eine Widerstandskultur, die von Studierenden getragen wird, nicht der Reflexion ihrer eigenen Rolle in der Gesellschaft und der von Bildung überhaupt verschließen kann, möchte sie zumindest auf der Ebene der Diskussionen erfolgreich werden.

Wenn die Utopien nicht von uns kommen, so sind es eben allein die „Bildungsvisionen" der mächtigen Lobbys, an welchen unsere heimischen Reformer ja schon seit 10 Jahren anknüpfen. Daß mit Schlagworten wie „Bildung für alle" oder „Zukunft retten" heute nichts anderes *gesagt* wird als von jener Seite, wird bei der Lektüre des ERT-Papiers klar.

Ein emanzipatorischer Bildungsbegriff kann in diesem Artikel nicht entwickelt werden; dies wäre nun die Aufgabe der politischen Praxis einer fortschrittlichen (?) StudentInnenbewegung. Er müßte jedoch bei einer Kritik an den bestehenden und an den oben angerissenen Bildungskonzeptionen ansetzen, so wie sich jede Utopie zunächst aus einer Kritik des Faktischen entwickelt. Es müßte gelingen, Bildungskonzeptionen zu erarbeiten, die sich der Logik des „freien" Marktes ebenso entziehen wie der Elfenbeinturmmentalität und Exklusivität traditioneller Wissensproduktion. Das Problem in der momentanen Debatte scheint zu sein, daß ersteres von wirtschaftsorientierten Modernisierern, zweiteres – die Verteidigung von schöpferischen Möglichkeiten eines Status quo – von wertkonservativen Bildungseliten wahrgenommen wird. Diesen zugegeben prekären Widerspruch aufzulösen, wird nur gelingen, wenn es wieder eine breitere Auseinandersetzung über den Stellenwert von Hochschulbildung auch unter studentischen AktivistInnen gibt.

Erró: Made in Léger, 1974-76

Wenn wir „Freiräume" einfordern, dann müssen wir auch lernen zu formulieren, wo wir diese setzen wollen, wie wir als bildungsprivilegierte BürgerInnen der Metropole uns das Recht herausnehmen, solche gerade für uns zu beanspruchen. Wenn wir sie nur gegen andere verteidigen, oder diese anderen nicht in unsere Konzepte miteinbeziehen, dann sind wir bereits die berechenbaren Teile des oben beschriebenen Konzeptes: Den modernen Eliten in einem modernen Europa sollen ihre Räume zur Selbstverwirklichung auf Perspektive nicht streitig gemacht werden – ja wir werden sogar angerufen, diese selbstbewußt zu besetzen, um uns selbst als politisch verantwortlich handelnde Subjekte der „westlichen Zivilisation" zu konstituieren.

Demgegenüber steht die linke Alternative, Freiräume des Studierens *für* alle zu fordern. Doch auch dies ist nicht unproblematisch, sobald mensch die Frage stellt, welche Ideologie durch solch eine gönnerische Geste (unser Leben auch für euch) transportiert wird. Sind die traditionellen Universitäten überhaupt das Feld für alle? Gemessen an ihrem Selbstverständnis sicher nicht. Und gemessen an unseren Ansprüchen? Warum können oder wollen wir nicht Konzeptionen von Bildung und Möglichkeiten ihrer Vermittlung in die Breite denken, als Gegenkonzept zur linear und mit Selektionsfiltern durchzogenen Bildungskette? Das Projekt des lebenslangen Lernens und der Verwischung traditioneller Arbeitsstrukturen hat etwas Verlockendes. Ein solches war eigentlich auch immer Bestandteil linker Vorschläge. Es müßte heute wohl über eine Neudefinition der Rolle von Arbeit auch in bezug auf die bildungspolitische Debatte nachgedacht werden. Wir kämen dann zu Fragen, wie sich etwa Bedürfnisse in einer Gesellschaft strukturieren, wer die Verfügungsgewalt hat, Notwendiges von Luxus zu trennen. Es geht also um das Gegenkonzept des Luxus und/oder der Notwendigkeit selbstbestimmter Zeit. Diese *kann auch* Studienzeit sein. Studienzeit wäre jetzt aber durchsetzt von Phasen der Stagnation, der Distanz und des „Rückschreitens". Die Erhöhung an selbstbestimmter Zeit ist Ziel *und* Voraussetzung einer emanzipatorischen Bildungsdiskussion – doch Selbstbestimmung ist jener Luxus, der im Kapitalismus nicht zu erreichen ist. (Vgl. den Beitrag von Nikolaus Kirstein in diesem Heft.)

Eine ÖH, die sich von ihren konservativen Vorgängern abgrenzt, hätte hier die Chance und den Auftrag, herrschaftliche Bildungsdiskurse zu analysieren und zu unterbrechen. Sie hat zusätzlich zu den anderen, am Widerstand beteiligten universitären Gruppen den Vorteil, in der Institution zwar (noch) verankert, aber nicht existentiell mit ihr verwoben zu sein. Es geht in naher, weniger utopisch gedachter Perspektive darum, diesen Vorteil auch zu nutzen für eine Politik, die weniger Angst vor dem eigenen Begehren hat. Und dieses geht sicher über die ungebrochene Wiederholung bekannter Floskeln hinaus. ■

Karin SCHNEIDER studiert Geschichte. Sie war bis Juni 1996 Vorsitzende des KSV (Kommunistischer StudentInnenverband).

Sich in Haifa nach Haifa sehnen...

Zum Tod des palästinensischen Schriftstellers Emil Habibi

Helmut RIZY

„Sollte etwa mein Vertrauen in unsere Freiheit erschüttert sein, uns in diesem Land nach diesem Land zu sehnen – in Haifa nach Haifa?“
(Emil Habibi: Das Tal der Dschinnen[1])

Es war ein zweifacher Skandal, als Emil Habibi 1992 als erster arabischsprachiger Autor von Jizhak Rabin mit dem Israelischen Staatspreis für Literatur ausgezeichnet wurde. Ein früherer Preisträger sandte aus Protest gegen die Würdigung Habibis – der noch dazu zwanzig Jahre Knesseth-Abgeordneter der „Rakah“, der Kommunistischen Partei Israels, gewesen war – seine Auszeichnung zurück. Andererseits führte der Umstand, daß Habibi seinerseits den Preis annahm, dazu, daß ihn Kollegen aus der arabischen Welt des „Verrats“ ziehen – obwohl der Ausgezeichnete die rund 100.000 Schilling vor noch laufenden TV-Kameras den Opfern der Intifada widmete.

Schon zuvor hatte sich der Schriftsteller wiederholt als Befürworter der Intifada deklariert. Etwa als er erklärte: „Wir haben uns von der Vorstellung freigemacht, die Zeiger der Uhr bezüglich der Existenz des Staates Israel zurückdrehen zu können; nun ist es unumgänglich, daß auch die israelische Gesellschaft sich von der Vorstellung freimacht, den palästinensischen Nationalismus in Palästina ausräumen zu können. Wir haben begriffen, daß Israel kein Kreuzfahrerstaat ist; nun muß die israelische Gesellschaft begreifen, daß wir keine nordamerikanischen Indianer sind. Durch die Intifada versucht das palästinensische Volk, die israelische Gesellschaft dazu zu bewegen, aus dem Kreislauf der Gewalt auszubrechen und in einen Kreislauf des Dialogs einzutreten.“

Publizist und Schriftsteller

Emil Habibi, der am 2. Mai dieses Jahres gestorben ist, wurde 1921 in Schafa Amr bei Nazareth als Sohn eines Lehrers geboren, wuchs allerdings in Haifa, der damals aufstrebenden Großstadt mit Exporthafen und Erdölraffinerien auf. Nach dem Schulabschluß ließ er sich im Fernstudium zum Raffinerieingenieur ausbilden, wandte sich jedoch schließlich dem Journalismus zu, vorerst beim Palästinensischen Rundfunk in Jerusalem. 1943 gehörte Habibi, der 1940 Mitglied der Kommunistischen Partei Palästinas geworden war, zu den Gründern des nationalen Befreiungsbundes, 1944 zu den Begründern der Zeitung »al-Ittihad« (Die Union), die, nach 1948 Organ der Palästinenser in der „Rakah“, als einziges arabisch-sprachiges Presseorgan die Staatsgründung Israels überlebte. In den fünfziger Jahren fungierte Habibi als Herausgeber von »al-Ittihad«, war aber zugleich auch um zwei der „Rakah“ nahestehende literarische und kulturpolitische Monatszeitschriften – »al-Dschadid« (Das Neue) und »al-Ghad« (Das Morgen) – bemüht.

Nachdem ihm mit dem 1968 erschienenen Erzählband „Sudasijat al-aijam as-sitta“ (Sextett der Sechs Tage) auch über die Grenzen Israels hinaus der literarische Durchbruch gelungen war, legte Habibi 1972 – damals auch Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros der KP Israels – sein Knesseth-Mandat, das er seit 1953 innegehabt hatte, nieder, um sich fortan stärker der literarischen Arbeit widmen zu können. In den folgenden zwei Jahren war er Vertreter der „Rakah“ bei der in Prag erscheinenden Zeitschrift »Probleme des Friedens und des Sozialismus«.

In dieser Zeit vollendete Habibi seinen ersten Roman „al-Mutascha'il“[2], dessen erstes Buch bereits 1972 in Fortsetzungen in »al-Ittihad« veröffentlicht worden war. 1980 folgte das Theaterstück „Luka' ibn Luka'“ (Luka, Sohn des Luka), 1985 der Roman „Ichtija“ (Skandal)[3] und 1991 der weitgehend autobiographische Roman „Saraja bint al-ghul“ (Saraja, Dämonentochter).

„Der Peptimist“

Als Hauptwerk Emil Habibis gilt nach wie vor der Roman „al-Mutascha'il“, dessen Titel eine Wortschöpfung des Autors ist, in der dieser die Begriffe für Optimist und Pessimist ineinander verschmilzt. Innerhalb der ersten Seiten des Buchs läßt der Autor seinen (Anti)-Helden Said, den Glücklosen, erklären: „Ich kann einen Pessimisten nicht von einem Optimisten unterscheiden und frage mich oft, was ich eigentlich bin, ein Pessimist oder ein Optimist. Wenn ich morgens aufwache, danke ich Gott dafür, daß er mich nicht im Schlaf hinweggerafft hat. Und wenn mich am Tag ein Mißgeschick ereilt, danke ich Gott dafür, daß mir nichts Schlimmeres zugestoßen ist. Was also bin ich, ein Pessimist oder ein Optimist? – Meine Mutter stammt ebenfalls aus der Familie Peptimist...“

Emil Habibis Said erzählt in drei langen Briefen an einen Journalisten sein Schicksal, wobei die Flucht in den Libanon gleich zu Beginn des Romans und die Rückkehr vor der Staatsgründung Israels – rechtzeitig um als israelischer Staatsbürger zu gelten – an die Lebensgeschichte des Autors erinnern. Und doch ist der Roman keine verschlüsselte Autobiographie, denn den Autor muß man eher in der Person des Briefempfängers vermuten.

Said arrangiert sich vorerst im neuen Staat, indem er ein, wenn auch vergleichsweise harmloser Spitzel der neuen Machthaber wird – weil es sich so ergibt und sich ihm unter den neuen Verhältnissen keine Alternativen anbieten. Parallelen zwischen dem naiven Said und Voltaires „Candide“ sind von Habibi durchaus beabsichtigt. Heißt es doch in einem Zwiegespräch: „‚Candide ist ein Optimist, du dagegen bist ein Peptimist!‘ – ‚Das ist eine Gabe, durch die mein Volk vor allen Völkern ausgezeichnet ist!‘ – ‚Dennoch, das ganze sieht nach Plagiat aus!‘ – ‚Dafür kannst du doch nicht mich verantwortlich machen, sondern dieses Leben, das sich nicht verändert hat seit jener Zeit, nur daß es das Eldorado inzwischen wirklich gibt auf diesem Planeten.‘“

Und wenige Seiten später läßt der Autor Said sagen: „Ich möchte diesen wundersamen Vergleich zwischen Candide und uns mit den folgenden Worten schließen: Candide, mein lieber Freund, pflegte zu sagen: ‚Alles in dieser Welt steht zum Guten, daran ist

nicht zu rütteln, wiewohl man zugestehen muß, daß ein wenig Klage durchaus angebracht ist, angesichts dessen, was in der Welt sowohl geistig als auch körperlich geschieht.' Mir indessen war es nicht einmal vergönnt zu klagen."

Der Traum als Hoffnung

Die Briefe von Habibis Helden kommen gewissermaßen aus dem Jenseits. Said ist verschwunden, lebt in einem Zustand der Entrückung durch seinen „außerirdischen Freund", einer Lichtgestalt, die ihm einst am Fuß des Leuchtturms von Akka – jener Stadt, die zum Symbol islamisch-arabischen Widerstands gegenüber fremden Usurpatoren geworden ist – begegnete.

An einer Stelle erklärt Said: „Ich indessen beschloß, nicht wie meine Vorfahren gebeugten Rückens zu sterben. Schon im zarten Kindesalter versagte ich es mir, vor meinen Füßen nach einem Erlösungsschatz zu suchen. Ich suchte vielmehr in der Höhe danach, im unendlichen All, in diesem ‚küstenlosen Meer', wie es Muchjiddin Ibn Arabi bezeichnet hatte." An anderer Stelle gibt er die Worte seines „ketzerischen Lehrers" wieder: „Damals, als sie noch dem Denken verpflichtet waren, pflegten die Araber zuerst zu handeln und dann zu träumen, nicht wie jetzt, da sie erst träumen und dann ... weiterträumen."

Erró: Expressionist Portraits, 1991

Saids „außerirdischer" Retter und Gesprächspartner bringt das Dilemma seinerseits auf den Punkt: „Genau das ist eure Art, so seid ihr. Wenn ihr eure elende Wirklichkeit nicht mehr ertragen und den geforderten Preis für ihre Veränderung nicht aufbringen könnt, weil ihr wißt, daß er enorm ist, dann sucht ihr Zuflucht bei uns."

Ironisch, bisweilen sarkastisch rechnet hier Habibi mit dem Fatalismus des volkstümlichen Islam ab, demzufolge Gottes Zuwendung auch im Widrigen gesehen werden muß und die Rettung von einem Erlöser erwartet wird.

Der Weg zum Selbstbewußtsein

Der Orientierungslosigkeit, die für das erste Jahrzehnt nach dem Verlust der angestammten Heimat von Habibi angesprochen wird, folgen zwei Phasen hin zu einem nationalen Selbstbewußtsein: die des wilden Aufbegehrens gegen die Unterdrückung und schließlich die wachsende Erkenntnis, sich mit dem Gegner rational auseinandersetzen zu müssen. Dem entsprechen die drei Bücher in Habibis Roman, die jeweils mit einem Frauennamen übertitelt sind. „Juad" („Sie wird zurückgebracht") ist der erste, „Bakija" („Die, die geblieben ist") der zweite, worauf noch eine „zweite Juad" folgt.

Überhaupt spielen die Namen in Habibis Werk eine große Rolle, etwa wenn Said seinem Sohn den Namen „Walaa" („Loyalität") gibt. Es ist allerdings dieser Walaa, der sich schließlich dem Druck nicht mehr beugen will und gegen die selbstauferlegte Sprachlosigkeit der Eltern aufbegehrt: „Schon als ich in der Wiege lag, habt ihr mein Weinen unterdrückt, und als ich größer wurde und von euch das Reden lernen wollte, bekam ich nichts als Geflüster zu hören. Als ich zur Schule kam, habt ihr mich gewarnt, ich solle achtgeben, wenn ich rede. Als ich erzählte, mein Lehrer sei mein Freund, habt ihr geflüstert: ‚Vielleicht soll er dich aushorchen!' Und als ich die Geschichte von al-Tantura hörte und sie alle verfluchte, da habt ihr mir ins Ohr geflüstert, ich solle achtgeben, wenn ich rede. Als sie mich verfluchten, hieß es wieder, ich solle achtgeben, wenn ich rede. Als ich mich mit Freunden traf, um zum Streik aufzurufen, sagten auch sie mir, ich solle achtgeben, wenn ich rede. Und schon am frühen Morgen sagtest du mir, ich solle achtgeben, wenn ich rede: ‚Du sprichst im Schlaf.' Wenn ich im Bad vor mich hinträllerte, schrie mich mein Vater an, ich solle eine andere Melodie singen. Die Wände hätten Ohren, und ich solle achtgeben, wenn ich rede. ‚Gib acht, wenn du redest! Gib acht, wenn du redest!' Ich möchte endlich einmal nicht mehr achtgeben, wenn ich rede, ein einziges Mal!"

Natürlich ist dies eine Folge der herrschenden Bedingungen, unter denen die in ihrer Heimat gebliebenen Palästinenser leben müssen, verfolgt von Mißtrauen und Repression. Im „Tal der Dschinnen" erklärt der Erzähler einmal: „Außerdem gibt es in diesem Staat keinen Araber, der nicht von sich selbst eine schlechte Meinung hätte und glaubte, daß sie davon ausgingen, er sei in seinem tiefsten Innern eben doch ein Saboteur, oder daß all der Groll, den er immer spürt, Anlaß böte, ihn – wenn ihnen das zu Ohren kommt oder sie es auch bloß vermuten, worin sie ja Meister sind –, für einen tatsächlichen oder doch einen potentiellen Saboteur zu halten."

Im Besitz der Sieger

Emil Habibi hat zwar das Schicksal seines „Peptimisten" als Satire angelegt, doch gefriert mitunter der Witz, wenn es um den Zynismus geht, mit dem die israelische Staatsmacht den im Land lebenden Arabern begegnet. So berichtet Said: „Der Bürgermeister hat uns mitgeteilt, sie hätten ihm gesagt: ‚Ihr habt einen Krieg geführt und ihn verloren, ihr und eure Habe seid daher in unseren legitimen Besitz übergegangen.' Nach welchem Gesetz sollte ein Besiegter aber sein Recht einklagen?"

Diese Haltung gegenüber den Palästinensern kann sich nur selbst ad absurdum führen. Etwa wenn ein eifriger Staatsdiener von Said, der seine Habseligkeiten in eine neue Wohnung trägt, ein Zertifikat dafür verlangt, daß die Hauseinrichtung tatsächlich ihm gehöre und nicht gestohlen sei. Er verweist darauf, daß diese offenbar aus einem arabischen Haus stamme, und fügt hinzu: „Damit sind sie Staatseigentum geworden." Worauf ihm Said entgegnet: „Wir sind doch alle Staatseigentum." – Die Lösung des Dilemmas: „Meine Sachen wurden nur dadurch davor gerettet, Staatseigentum zu bleiben, daß wir Jaakub herbeiriefen, der den Beamten davon überzeugte, daß ich selbst Eigentum des Staates sei."

Es ist beinahe selbstverständlich, daß Said eines Tages im Gefängnis landet. Er kommt auch wieder frei, um

Erró: Miró, 1991

nach einiger Zeit festzustellen: „Wer in unserem Land ins Gefängnis kommt, wird zu einem Weberschiffchen: hinein – hinaus, hinein – hinaus." Und an anderer Stelle läßt ihn Habibi resümieren: „Mir fällt nur auf, daß Ihre Gefängnisse – nachdem was Sie über die dort geltenden Anstandsregeln dargelegt haben – so voller Menschlichkeit und Barmherzigkeit im Umgang mit den Gefangenen sind, so human, daß sich Ihr Umgang mit uns drinnen eigentlich gar nicht von Ihrem Umgang mit uns draußen unterscheidet, und daß auch wir uns drinnen und draußen eigentlich in nichts unterscheiden. Wodurch werden denn nun die fehlbar gewordenen Araber überhaupt bestraft?"

Als Said gerade wieder einmal nicht im Gefängnis sitzt, wird er eines Tages von Soldaten vor seinem Gemüsestand verhaftet und beschuldigt, er habe seiner Zwangsaufenthaltsverfügung zuwidergehandelt, indem er nach Schafa Amr gefahren sei, um Melonen einzukaufen. „Dieser Akt bedrohe die Existenz des Staates. Denn wer heimlich Melonen transportiere, der transportiere auch heimlich Rettiche. Und Rettiche unterscheiden sich von Handgranaten einzig durch die rote Farbe. Und rot sei, auf jeden Fall, nicht blauweiß."

Doppelt angefeindet

Emil Habibi selbst kannte nicht nur die Diskriminierung als Palästinenser in Israel, sondern auch die als Kommunist in Israel, wobei die Verbindung Palästinenser – Kommunist von den Machthabern offenbar als Gipfel an subversiver Gefahr betrachtet wird. Deshalb gilt es auch, nach Möglichkeit jeden Kontakt zu verhindern, wie im „Peptimisten" nicht nur einmal beschrieben wird. Dem Spitzel Said wird unter anderem die Aufgabe gestellt, palästinensische Arbeiter, die sich „in den Klauen der Bauunternehmer" befinden, „vor den Klauen der Kommunisten zu bewahren."

Und Habibi brauchte nicht eben seine dichterische Phantasie spielen zu lassen, wenn er bei Gelegenheit einfließen ließ: „Und was anders als Tausendundeine Nacht hätte den Bewohnern jenes kleinen, halb zerfallenen, friedlichen Dorfes in der Nähe von Baka al-Gharbia im kleinen Dreieck wohl helfen können, als man während der Wahlen zur dritten Knesseth (1956, H.R.) zu ihnen kam und ihnen befahl, die Kommunisten mit Gewalt daran zu hindern, Versammlungen im Dorf abzuhalten; andernfalls werde man sie, die Dorfbewohner, mit Gewalt vertreiben und über die Grenze abschieben."

Im letzten Abschnitt läßt Habibi die „zweite Juad" Dorfbewohner, die unter einer verhängten Blockade leiden, fragen: „Gibt es denn niemand, der euch hilft?" Und sie erhält zur Antwort: „Niemand außer den Kommunisten und den Leuten im Kibbuz." Wobei die Hilfe der Kibbuznikim keineswegs uneigennützig ist, wie das Gespräch in der Folge zeigt: „‚Die Blockade ist noch keine Woche alt, wenn ihre Ländereien sich nach unseren kundigen Händen sehnen. (...) Dann setzen sich die Leute für die Aufhebung der Blockade ein, und wir können zur Arbeit auf ihren Feldern zurückkehren.' – ‚Warum gerade ihr?' – ‚Weil es unsere Felder waren. Wir haben sie angelegt und werden sie weiter bebauen. Sie sehnen sich ebenso nach uns wie wir uns nach ihnen. Und diese Neigung haben sie nie zu beschlagnahmen vermocht.'"

„Skandal"

Auch in Habibis zweitem Roman stehen zwei Frauennamen im Vordergrund: „Ichtija" („Skandal"), die im arabischen Original Titelfigur ist, und „Sarwa". In gewisser Weise verkörpern auch sie, wie ihre „Schwestern" aus dem „Peptimisten", Palästina. Die geheimnisvolle „Skandal" zieht schon früh die Aufmerksamkeit der jungen Burschen auf sich, die sich ihr allerdings nur in heimlichen Briefchen nähern können. Eines Tages scheint sie verschwunden und erst spät stellt sich heraus, daß sie die ganze Zeit über da war, nur offenbar seit Geburt gelähmt und stumm. Die, die ihr Geheimnis hätte lüften können, ihre Schwester Sarwa, das lebhafte, hoffnungsfrohe, aufmüpfige Mädchen, stürzt eines Tages ab und stirbt.

Das zentrale Ereignis des Romans ist ein gigantischer Verkehrsstau in der Innenstadt Haifas, der alles lahmlegt, wobei niemand weiß, was ihn tatsächlich verursacht haben könnte. Der Erzähler, ein Journalist bei der Zeitung »Die Union«, war selbst im Stau eingeschlossen, und versucht seinerseits die Ursache herauszufinden, während eine staatliche Untersuchungskommission

mit allen möglichen Theorien aufwartet. Der Erzähler gibt sich sogar zu Beginn des Romans zu erkennen, als sich Zeugen finden, die ein „außerirdisches Geschöpf“ als Verursacher des Staus gesehen haben wollen: „Da es das Schicksal wollte, daß ich mit meinem Auto unter den ersten der gedankenverlorenen Fahrer in diesem Gedränge war, erwartete ich, von der für diesen Fall zuständigen Ermittlungsbehörde über diese Hypothese vernommen zu werden, ja, ich erwartete, man werde mich, aufgrund des Außerirdischen in meinem Roman ‚Der Peptimist‘, als Kronzeugen einvernehmen.“

Selbstverständlich richtet sich der Argwohn bald auch auf Palästinenser und Kommunisten. Ein junger palästinensischer Anwalt, der mit seinem schicken Jaguar ganz vorn vor der Verkehrsampel gestanden hatte, gesteht schließlich, ohne zu wissen, welchen Verbrechens er überhaupt angeklagt ist. Die Zeitung »Die Union« ergreift für ihn Partei, schreibt, der Anwalt wäre gefoltert worden, worauf dieser wiederum die Zeitung klagt – ein Umstand, der es Habibi ermöglicht, einmal mehr aus dem Vollen zu schöpfen, wenn er die Zeitung sich folgendermaßen rechtfertigen läßt:

„Wir appellierten ans Oberste Gericht und argumentierten dort, wir hätten mit unserer Nachricht lediglich den Nationalismus des Anwalts verteidigen und ihn vor der Peinlichkeit bewahren wollen, eine Schuld einzugestehen, die er nicht auf sich geladen hatte; denn wenn er sie wirklich auf sich geladen hätte, wäre es peinlich, unter der ersten Ohrfeige zusammenzubrechen. Doch das hielt der Anwalt des Anwalts für einen Beweis für die Engstirnigkeit der Kommunisten und für ihren ererbten Stalinismus, ebenso für ihre dogmatische Erstarrung und ihre Vorliebe für verbale Possenreißerei statt realistisch-pragmatischem und schlagfertigem Vorgehen.“

Einer der israelischen Richter nimmt die Gelegenheit der Verhandlung wahr, gegen die kommunistische Zeitung zu wettern: „Der Eifer, mit dem die Zeitung »Die Union« bei der Verfälschung der Geschichte des Befreiungskrieges vorgehe, rief er, habe ihn tief getroffen. Dann wörtlich: Was immer ihr auch für Gerüchte verbreitet, niemand hat uns je beschuldigt, wir hätten die Araber von Haifa gebunden in den Golf von Akka geworfen. Wir haben ihnen die Hände freigelassen. Wenn also jemand ertrunken ist, so deshalb, weil er nicht schwimmen konnte (und hier habt ihr nicht das Recht, uns Vorwürfe zu machen) oder weil er keinen Platz in einem Boot fand (und hier habt ihr das Recht, den Engländern Vorwürfe zu machen).“

Es sind aber keineswegs die israelischen Machthaber allein, die Habibi in seinem Werk immer wieder an den Pranger stellt. So wendet er sich im „Peptimisten“ an einer Stelle gegen jene palästinensischen Führer, die – vor allem bis zum Beginn der Intifada – die Rolle der Palästinenser, die in ihrem Land geblieben waren, nicht zur Kenntnis nahmen: „Wer also errichtete die Gebäude und legte die Straßen an, pflegte die Erde und bebaute sie in Israel? Wer anders als die Araber, die in Israel geblieben waren. Ebendiese Araber, die geduldig in dem Teil des Landes geblieben waren, den unser Staat besetzt hatte, fanden in Achmad asch-Schukeiris[4] Reden niemals die geringste Erwähnung.“

Gegen die Anbiederer

Insbesondere nimmt Habibi aber auch jene seiner Landsleute aufs Korn, die sich Liebkind machen wollen, indem sie den palästinensischen Kampf denunzieren. Der „Jaguar-Advokat“ aus dem „Tal der Dschinnen“ etwa zählt zu diesen: „Als sie auf ihn zurückgriffen und ihn nochmals darüber befragten, was er von dem Phänomen des Auftauchens eines vermummten Bewaffneten am hellichten Tag auf der Hechaluz-Straße beobachtet habe, sagte er, er könne die Sache nicht leugnen. – Haben Sie ihn gesehen? – Möglicherweise. – Präzisieren Sie Ihre Antwort! – Einer Sache bin ich ganz sicher, daß er nämlich zur Ablehnungsfront gehörte. – Mißbilligen Sie sein Tun? – Wir sind gegen jedweden Terrorismus, von welcher Seite er auch kommen möge. – Präzisieren Sie Ihre Antwort! – Wir sind gegen diese terroristische Aktion. – Präzisieren Sie Ihre Antwort! – Wir sind gegen diesen bewaffneten, vermummten Palästinenser, der am hellichten Tag in der Hechaluz-Straße aufgetaucht ist.“- Übrigens haben Personen, Situationen, Aussagen im Werk Habibis vielfach ihr reales Pendant, wenn auch für den nichtisraelischen Leser höchst selten erkennbar.

Ein weiteres Stilelement ist Habibis außerordentliche Lust am Zitieren aus dem Jahrhunderte alten Schatz arabischer Literatur. Sein Anliegen dabei ist, diesen Schatz weiterzugeben, wie ihn früher auch die Geschichtenerzähler tradierten, und ihn als jenes Erbe zu hüten, das nicht konfisziert werden kann. Wenngleich er zweifelsohne auch dieses Erbe nicht unergründet läßt. So heißt es zum Beispiel im „Tal der Dschinnen“ bezüglich der Verschleierung der Frauen:

„Wer darauf besteht, diesen Schleier über unsere unverschleierte menschliche Kultur zu senken, hat wahrlich weniger Hirn als ein Esel. Denn unsere Kultur ist das, was uns die Arbeiter und Bauern, nicht das, was uns die gefräßigen und verschlagenen Kalifatsusurpatoren hinterlassen haben. Und die große Mehrheit des Volkes sind die Landarbeiter – Bauern und Bäuerinnen, Taglöhner und Taglöhnerinnen, nackt bis auf einen schmutzverkrusteten Lendenschurz. Was hätte ihnen ein Gesichtsschleier oder ein Kopftuch genützt? Welcher Schleier würde sie vor der sengenden Armut schützen? Selbst die arabische Kuffija hat nie sonst jemand aus dem Volk als nur der Führer, der Kaufmann und der Herr vom Nacken flattern lassen. Die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, Männer wie Frauen, band sie fest um den Kopf, um sich gegen die Hitze der Sonne zu schützen und gegen das Feuer der Erniedrigung, das innen an ihren Schläfen brannte.“

Die alles entscheidende Frage für Emil Habibi – nicht nur als Schriftsteller und nicht nur als Politiker, sondern ganz allgemein als Araber in Israel – war aber das Sehnen nach der Heimat, in der er doch lebte. Im Erzähler der Kurzgeschichte „Das Mandelbaumtor“[5] aus dem Band „Sudasijat al-aijam as-sitta“ könnte man durchaus den Autor selbst vermuten, wenn jener abschließend mit Nachdruck erklärt: „Ich gebe sie nicht auf, die Heimat!“ ■

Helmut RIZY ist Schriftsteller und Journalist.

Anmerkungen

1 Emil Habibi: Das Tal der Dschinnen – Roman aus Palästina, Lenos Verlag, Basel 1993.
2 Emil Habibi: Der Peptimist oder Von den seltsamen Vorfällen um das Verschwinden Saids des Glücklosen, Lenos Verlag, Basel 1992.
3 Er erschien auf deutsch unter dem obengenannten Titel: Das Tal der Dschinnen.
4 Achmad asch-Schukeiri aus Akka war der erste Vorsitzende der PLO.
5 In: Erkundungen, 16 palästinensische Erzähler, Verlag Volk und Welt, Berlin 1983.

Spaniens Himmel

Der Bürgerkrieg als Kampfprobe

Anni DONNINGER

Vor nunmehr 60 Jahren ist der Spanische Bürgerkrieg ausgebrochen. Am 18. Juli 1936 erhob sich das in Spanisch-Marokko stationierte Armeekorps gegen die legitime Regierung. Der extra nach Marokko eingeflogene Franco war damals noch eine weniger bedeutende Figur.

Oft wurde der Spanische Bürgerkrieg als Kampfprobe gesehen, bei der sich die Reaktion und der Fortschritt messen konnten. Die europäischen Demokratien taten nichts, um die Spanische Republik zu verteidigen, obwohl diese demokratisch gewählt worden war. Durch ihre Passivität haben sie zum Sieg der Frankisten beigetragen.

Dagegen haben die faschistischen Regimes sehr schnell verstanden, wo ihre Interessen waren. José Antonio Primo de Rivera, der Sohn des vorherigen Diktators und Chef der Falange, und General Sanjurjo hatten bereits im Frühjahr des Jahres 1936 mit dem deutschen Außenministerium Kontakte aufgenommen. Selbstverständlich waren Deutschland und Italien über die Vorbereitungen des Staatsstreichs informiert worden. Der italienischen und der deutschen Regierung kam außerdem ein Spanien entgegen, das ihre spätere Außenpolitik unterstützen sollte. Die Deutschen sahen in diesem Krieg einen Übungsplatz zum Erproben ihrer Waffen. Deutschland konnte alle seine Kriegsinstrumente einer Generalprobe unterziehen. Es war der erste Krieg, in dem technische Mittel des 20. Jahrhunderts voll zum Einsatz kamen. 30.000 deutsche Militärs konnten sich im Bürgerkrieg für ihre weiteren Kriegsspiele vorbereiten. Deutsche Flieger der Legion Condor zerstören im April 1937 Guernica.[1]

Angehörige verschiedener Nationen standen einander in Spanien an den gegnerischen Fronten gegenüber. Es ist trotzdem als Wunder zu bezeichnen, daß sich die republikanischen Kräfte drei Jahre lang halten konnten. Die erste Phase des Bürgerkriegs sah auch – trotz des oft geschilderten Chaos' – relativ günstig für sie aus. Die Aufständischen hatten „nur" die rückständischen Gebiete in Andalusien und Galizien erobern können; die großen Städte waren auf Seiten der Repubik; Madrid konnte erst am Ende von den Faschisten erobert werden.

Es darf nicht vergessen werden, daß die Frankisten den Krieg nur durch ihre technische und materielle Überlegenheit gewinnen konnten.

Republikanische Gesinnung

Der Geist und die Wahrheit sollten auf vielfache Weise in Spanien vernichtet werden. Der konservative Universitätsrektor Miguel de Unamuno hatte diese prophethisch anmutende

Aussage während einer Feier in Salamanca gemacht. Es war zu einer Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Chef der Fremdenlegion gekommen. Unamunos Ansicht nach würden die Faschisten den Krieg nur durch ihre materielle Übermacht gewinnen können. Nicht durch Überzeugung, wie er betonte. Der renommierte Philosoph starb bald nach diesem Eklat an seiner Universität – an Kummer.[2] Der Dichter Federico García Lorca wurde dagegen ein Monat nach Kriegsbeginn ermordet. Sein Vergehen bestand darin, eine in den Dörfern Andalusiens herumreisende republikfreundliche Theatergruppe („La Barraca") gegründet zu haben. In seinen Theaterstücken schildert Lorca recht drastisch die Situation in den rückständigsten Dörfern Spaniens, die moralisch gedrückte und religiös gefärbte Stimmung, die sich später in der „Cruzada", im Kreuzzug der Kirche gegen die Republik, blutig manifestieren wird.

Der französische Katholik G. Bernanos – ursprünglich wie Unamuno ein Anhänger Francos – beschreibt später die grauenhafte Vorgangsweise der Frankisten, ihre Gegner kurzerhand ohne Prozeß zu ermorden, in seinem Buch „Les grands Cimetières sous la lune" – „Die großen Friedhöfe unter dem Mond."[3]

Die Verteidigung des republikanischen Spaniens wurde zu einem leidenschaftlichen Anliegen für politisch bewußte Menschen verschiedener sozialer und nationaler Abstammung. Wahrscheinlich könnte man die magische Anziehungskraft Spaniens für fortschrittliche Kräfte mit jener Cubas oder Nicaraguas in den letzten Jahrzehnten vergleichen. Wobei es in Spanien um einen bewaffneten Kampf ging, bei dem viele ihr Leben oder die Freiheit verloren haben.

„Heute wissen wir, daß 220 (Österreicher, A.D.) ihren Einsatz mit dem Leben bezahlten. Sie starben für Spaniens und Österreichs Freiheit.[4]

Als der Ausgang des Krieges klar wurde, mußten die Mitglieder der Internationalen Brigaden das Land verlassen und wurden in französische Lager in der Nähe von Perpignan gesteckt. Die wichtigsten Lager für Interbrigadisten befanden sich in Argelès und Saint Cyprien. Österreicher und Deutsche konnten schließlich nicht in ihre Länder zurückkehren.

Viele Ausländer engagierten sich gerade deswegen, weil ihre Regierungen sich so extrem „neutral" verhielten.

Ein Vertrag der Nicht-Intervention war zwischen England und Frankreich geschlossen worden. Es war eine Farce. Die Sowjetunion unterstützte ab Oktober 1936 offiziell die spanische Regierung mit dem Hinweis, daß die Deutschen und Italiener offen in Spanien militärisch intervenierten.

Fiktion und Realität

Intellektuelle, Schriftsteller, Maler und Musiker hatten sich aktiv in Spanien engagiert. Sie haben zahlreiche Werke hinterlassen, die nach wie vor diesen Krieg lebendig beschreiben, oder einen Versuch seiner Verarbeitung darstellen.

„Es war ein Krieg, in dem die Groteske neben dem Gemetzel existierte, die militärische Folklore neben den Schlachten. André Malraux, der auf republikanischer Seite als Kommandeur einer internationalen Fliegerstaffel teilnahm, baut in seinem Roman ‚Die Hoffnung' immer wieder solche Sequenzen ein. Die gesamte Literatur des Spanischen Bürgerkrieges ließe sich unter dem Gattungsbegriff Faction, also Mischung aus Facts und Fiction, rubrizieren. Fast stets sind die Orte, die Kriegsgeschehnisse und die handelnden Personen verifizierbar."[5]

Der Schriftsteller André Malraux schaffte Flugzeuge auf illegale Weise über die Grenze und gründete eine Fliegerstaffel. Gleichzeitig schrieb er seinen oben erwähnten Roman.[6] Er konnte also seine Erlebnisse direkt verarbeiten, so wie die meisten Schriftsteller und Dichter es taten. Später drehte Malraux einen Film und versuchte, Geld aus den USA aufzutreiben. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung war aber der Krieg bereits verloren, und der Film konnte nur durch ein Wunder gerettet werden.

Auch Hemingway war als Korrespondent in Spanien. Er kam zu Beginn des Jahres 1937. Und wurde jubelnd empfangen.

Hemingway hatte 40.000 Dollar gesammelt und Ambulanzwagen sowie Sanitätsbedarf für die Republikanische Regierung gekauft. Er machte sein Hotelzimmer zu einem sozialen Zentrum, wo man sich betrinken, telephonieren, sich duschen konnte. Sein berühmter Roman „Wem die Stunde schlägt" vermittelte der Welt vielleicht ein leichter verdaubares – aber gut recherchiertes – Bild vom Bürgerkrieg. Bei ihm gibt es eine – auch verfilmte – Liebesgeschichte. Die anderen Geschichten erscheinen vielleicht authentischer – wie jene von André Malraux oder George Orwells „Mein Katalonien" –, aber auch „sperriger".[7] ■

Mag. Anni DONNINGER ist AHS-Lehrerin für Philosophie und Französisch.

Anmerkungen

1 Im »Zeit-magazin«, Nr. 29, 12. Juli 1996, findet sich eine Gegenüberstellung von deutschen Zeitzeugen der beiden gegnerischen Lager der Bürgerkriegsparteien.

2 Vgl. zur Rede Unamunos: Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg, Interbrigadisten berichten über ihre Erlebnisse 1936 bis 1945, herausgegeben von der „Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der spanischen Republik..." Redaktionskomitee: Bruno Furch, Josef Gradl, Heinrich Fritz, Dr. Josef Schneeweiß, Walter Wachs unter der Leitung von Alois Peter, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1986, S. 21-22.
Weiters: F. J. Raddatz, Mit Gewehr und Feder, in: »Die Zeit«, Nr. 29, 12. Juli 1996, S. 9-11.

3 Georges Bernanos, Les grands cimetières sous la lune, Paris 1938.

4 »Spanien Heute«, Sondernummer 60 Jahre, Vereinigung Österreichsicher Freiwilliger in der Spanischen Republik, 1936–1939 und Freunde des demokratischen Spaniens, S. 1.

5 F. J. Raddatz, a.a.O.; S. 11.

6 André Malraux, L'Espoir, Paris 1937. Dieser Roman ist allerdings schwer lesbar, wenn man die Ereignisse nicht näher kennt.

7 Vgl. F. J. Raddatz, a.a.O., S. 10-11.

Lektüretips

F. R. Benson: Writers in Arms, the literary impact of de Spanisch Civil war, London 1968.
I. Ehrenburg: Menschen, Jahre, Leben, München 1962.
Ders.: Spanien heute, Berlin 1932.
G. Bernanos: Les grands cimetières sous la lune, Paris 1938.
Max Gallo: Histoire de l'Espagne franquiste, Verviers 1969.
M. Gallo, R. Debray: Spanien nach Franco, Berlin 1975.
W. Krauss: Spanien 1900-1964, München 1972.
Constancia Mora: Doppelter Glanz, Dietz Verlag 1977.
Antonio Tabucci: Erklärt Pereira, München 1995.
Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg, vgl. Fußnote 2.

Die österreichischen Spanienkämpfer

Eine Bilanz

Hans LANDAUER

Am 22. Oktober dieses Jahres werden es sechzig Jahre, daß in Albacete, damals eine Stadt mit 43.000 Einwohnern in der Mancha, der Heimat Don Quijotes, die Internationalen Brigaden gegründet wurden, die nicht nur rechtslastige Historiker abwertend „Komintern-Armee" nannten.

Dabei wird ganz übersehen, daß es schon vor der organisierten Hilfe für die bedrängte Spanische Republik eine beispiellose Sympathiewelle, die sich im Zustrom von Freiwilligen aus aller Welt und dem ganzen Spektrum des Antifaschismus manifestierte, gab.

Die Sowjetunion sprang auf diesen bereits in Fahrt befindlichen, militärischen Hilfszug auf. An humanitärer Hilfe und Sympathiebezeugungen hatte sie sich schon vom Anfang an beteiligt. Zweifellos war die Komintern, bzw. die von ihr angeleitete Rote Hilfe der Organisator, nachdem bis zu diesem Zeitpunkt auch die Sowjetunion am Verhandlungstisch der famosen Nichteinmischungskommission gesessen war. Sie mußte jedoch bei den Verhandlungen feststellen, daß diese Kommission zwar jede Hilfe für die rechtmäßige Regierung, nicht aber für die Rebellen unterband. Gab es also bis zu diesem Zeitpunkt auf Seiten der Regierungstruppen einige Hundert Freiwillige, so intervenierten Deutschland, Italien und Portugal bereits vom ersten Tag des Putsches an massiv mit Menschen und Material zugunsten der Rebellen.

Brachten doch deutsche und italienische Flugzeuge schon in den ersten Wochen Francos Fremdenlegionäre und Maurische Söldner von Spanisch-Marokko auf das Festland, um die in Bedrängnis geratenen Rebellen zu unterstützen. Dies war für jedermann, der es wissen und sehen wollte, klar ersichtlich. In der Nichteinmischungskommission blockte der Vertreter Englands alle Hinweise darüber ab und der Vertreter der sozialistischen Regierung Leon Blum in Frankreich assistierte ihm dabei. Diese Haltung ist für heutige Betrachter der Situation umso unverständlicher, als ein Sieg der Rebellen jedem Strategen sagen mußte, daß dieser Sieg in einer sich bereits abzeichnenden Auseinandersetzung mit dem auf eine „Neuordnung Europas" erpichten Nazi-Deutschland, sich zum Nachteile Englands und Frankreichs auswirken würde.

Waren es also bis zum 22. Oktober 1936 die über die ganze Bandbreite des weltweiten Antifaschismus verteilten Freiwilligen, welche ohne fremdes Zutun und Hilfe nach Spanien gekommen waren, so setzte nun der organisierte Zustrom unter der Ägide der Roten Hilfe ein. Das heißt aber nicht, daß nicht auch weiter Freiwillige – speziell Ärzte oder andere Spezialisten – mit Hilfe anderer spanischer Volksfrontorganisationen, republikanischer Auslandsvertretungen oder sympathisierender Organisationen, aus allen Teilen unseres Planeten nach Spanien kamen.

Wie war dies nun bei den Österreichern?

Wir können hier, chronologisch gesehen, vier Gruppen feststellen.

1. Österreichische Freiwillige, die beim Ausbruch der Kämpfe schon in Spanien waren. Unter diesen gab es bereits in den ersten Tage der Kämpfe, in Barcelona, zwei Tote. Gregor Starke und ein gewisser Mechter fielen beim Sturm auf die Atarazanas-Kaserne, in der sich Putschisten verschanzt hatten.

2. Die Gruppe derer, die ohne materielle und logistische Hilfe schon wenige Tage nach Ausbruch der Kämpfe aus Österreich nach Spanien eilten und noch in den Milizeinheiten im Aragon kämpften. Einer davon, Franz Maizan aus Graz, war bis zur italienisch-französischen Grenze bei Ventimiglia mit dem Fahrrad gefahren und fiel beim Sturm auf die Eremitage Santa Quiteria, am 20. Oktober 1936.

3. Die Freiwilligen aus der Sowjetunion, durchwegs ehemalige Schutzbündler. Es waren 164 Mann. Die ersten verließen die Sowjetunion Ende Oktober. Unter ihnen der spätere, letzte Kommandant der 11. Internationalen Brigade, der Floridsdorfer Arbeiter Anton Dobritzhofer, der sich in Spanien Adolf Rainer nannte. Sie hatten, wie übrigens alle noch 1936 nach Spanien fahrenden Schutzbündler, keine militärische Ausbildung, außer der, die sie seinerzeit beim Schutzbund bekommen hatten. Ihnen folgten bis Ende 1936 etwa 30 weitere Freiwillige, immer in Dreiergruppen. Die Reise erfolgte per Bahn, Schiff und Flugzeug über die Nordroute: Leningrad – Finnland – Schweden und Dänemark, und die Reisenden, die bei ihrer Flucht 1934 aus Österreich, im Feber 1934, ja keine gültigen Reisepässe hatten, wurden mit gefälschten Reisedokumenten ausgerüstet und behielten ihre falsche Identität.

Anders verhielt es sich bei den im Frühjahr 1937 aus der Sowjetunion nach Spanien Kommenden. Sie machten eine sechswöchige militärische Ausbildung (in Rjasan Infanterie, in Gorki Panzer und Panzerautos; in Tambow Pioniere) und kamen schon als Leutnante nach Spanien. Bei den nächsten, im Sommer und Herbst 1937 nach Spanien Gekommenen wurde zwar an der Ausbildung festgehalten, nach Spanien kamen die Kursanten jedoch als gewöhnliche Soldaten. Die meisten von diesen kamen über die Südroute – von Odessa mit dem Schiff –, hatten also keine „Grenzprobleme" und behielten ihre wahre Identität meist bei. So kommt es, daß von den 164 Freiwilligen aus der Sowjetunion nur 61 einen „Nom de Guerre", einen Decknamen, hatten.

4. Der größte Zustrom, die größte Gruppe, kam aus der Heimat, dem kleriko-faschistischen Österreich, in der alle Arbeiterorganisationen, also auch die Rote Hilfe, verboten waren. Hier war der Andrang so stark, daß die verantwortlichen Organisatoren vorerst Wert darauf legten, nur in Spanien sofort einsetzbare, ausgebildete Soldaten, Chauffeure und anderes, technisches Personal zu schicken. Hingewiesen wurde auch darauf, daß die Freiwilligen ein Mindestalter von 21 Jahren haben müßten. Unter den Freiwilligen, sowohl aus der Heimat als auch der Sowjetunion befanden sich nachweislich solche, die nur dem Schutzbund und/oder den Revolutionären Sozialisten angehörten, also keine Mitglieder der KPÖ waren und ihre Organisatio-

nen weder in Spanien noch nachher verließen. Nicht uninteressant dürfte es sein, daß die Wiener Organisatoren zu dieser Zeit Kontakt zu führenden Sozialdemokraten, wie Major Alexander Eifler und einem Major Bauer vom Schutzbund hatten, um sie nach Spanien zu bringen. Dies geht sowohl aus einem Brief von Julius Deutsch als auch aus dem folgenden Polizeibericht hervor. Am 12. März 1937 hieß es im Situationsbericht des Bundeskanzleramtes – Generaldirektion für öffentliche Sicherheit – unter dem Hinweis „Streng vertraulich! Nicht für Journale!": „Nach langwierigen Erhebungen gelang es der Bundespolizeidirektion Wien, in der Person des Schlossergehilfen Franz Storkan den Leiter einer kommunistischen Aktion auszuforschen, die sich mit der Anwerbung von Freiwilligen für die spanischen Regierungsmilizen und der Organisierung von Freiwilligen-Transporten befaßte."

Bataillon „12. Feber 1934"

In den sichergestellten Unterlagen schienen namentlich 45 Personen und der Hinweis auf Eifler und Bauer auf. Einige von ihnen waren zum Zeitpunkt der Aufdeckung der Aktion durch die österreichische Polizei nicht mehr am Leben. Schon vor der Aufdeckung war man dazu übergegangen, die Freiwilligen nur mit Nummern zu erfassen. Am 5. März 1937 war die höchste Nummer 519. Trotz dieser Panne florierten die Transporte bereits einige Wochen später problemlos und erreichten im Juni 1937, mit der Gründung des österreichischen Bataillons „12. Feber 1934", einen weiteren Höhepunkt. Darüber berichtete der Rundfunk Bratislava und führte die Südbahnstrecke, die Bezirke Mödling, Baden und Wiener-Neustadt an, aus denen in den Monaten Mai und Juni zahlreiche Freiwillige nach Spanien gegangen waren. Aber nicht nur mit der Waffe in der Hand wollten österreichische Antifaschisten/innen der Spanischen Republik helfen.

Die Gruppe der österreichischen Ärzte war nach einem Bericht des Chefs des Internationalen Sanitätsdienstes Dr. Telge unter 27 Nationen mit 16 Medizinern beiderlei Geschlechts an fünfter Stelle hinter Polen, Deutschland, den USA und Jugoslawien, aber noch vor der Tschechoslowakei, Ungarn und England. Ebenso verhielt es sich bei den Krankenpflegern und -pflegerinnen. Ohne Zweifel war der erste Österreicher, der sich dieser Rolle verpflichtet fühlte, der altösterreichische Arzt Dr. Osias Sigall. Nach einem Bericht des Österreichischen Konsulates in Barcelona „ist er schon in den ersten Tagen als Arzt mit einer von Barcelona aus organisierten Kolonne mitgegangen. Die Kolonne wurde von der hiesigen Regierung und den Arbeiterformationen gebildet, um an dem Kampfe gegen die Rebellen von Zaragoza teilzunehmen." Einmalig im Sanitätsdienst der Internationalen Brigaden dürfte auch die Tatsache gewesen sein, daß sich die von diesem Dienst betreuten Soldaten, manchmal auch geringschätzig und übelwollend als „Söldner" bezeichnet, einen Teil der medizinischen Versorgung selbst bezahlten. Bis Juli 1937 hatten die Soldaten der Internationalen Brigaden vier Millionen Peseten für den Sanitätsdienst gespendet. Die Abteilung für Hygiene und Desinfektion unterstand dem Grazer Chemiker Dr. Ferdinand Bilger, Sohn des gleichnamigen Grazer Universitätsprofessors. Die Wiener Ärzte Dr. Fritz Jensen-Jerusalem und Dr. Walter Freudmann engagierten sich nach der Niederlage in Spanien beim Chinesischen Roten Kreuz und halfen dort bei der Niederwerfung Japans. Dr. Max und Maria Langer emigrierten nach Lateinamerika. Maria wurde eine weltweit anerkannte Psychoanalytikerin. Dr. Fritzi Brauner schließlich lebt heute in Paris. Gemeinsam mit ihrem Gatten Dr. Alfred Brauner, der ebenfalls im Internationalen Sanitätsdienst in Spanien tätig war, widmet sich die heute Fünfundachtzigjährige der Organisation „Ärzte gegen den Krieg" und der Therapie kriegsgeschädigter Kinder. Nicht unerwähnt soll die 1907 in Drohobyez geborene Dr. Anna Hammermann bleiben. Sie geriet bei der Auseinandersetzung Titos mit der Sowjetunion in Jugoslawien in Schwierigkeiten und konnte erst nach einem Zwangsaufenthalt in Montenegro das Land verlassen. Sie verstarb 1994 im Kibbuz Ginossar am Tiberias-See.

Zwei der in Spanien tätig gewesenen österreichischen Krankenschwestern, Paula Draxler und Anny Peczenik, verloren im Kampfe für die Wiedererstehung unserer Heimat ihr Leben. Paula Draxler wurde in Paris, in GESTAPO-Haft, erschossen und Anny Peczenik im KZ-Buchenwald vor Weihnachten 1944 gehenkt. Sie waren ein Teil der Gruppe von Österreichern, welche im Rahmen des französischen Widerstandes über ganz Frankreich verteilt wirkten. Ein Teil von ihnen kehrte 1943 – unter der Parole „Gesicht zur Heimat" – als Fremdarbeiter getarnt, nach Österreich zurück, um hier „am Aufbau einer Wiener Leitung der KPÖ" mitzuwirken. Was sie nicht wußten, war der Umstand, daß im Zentrum der Bemühungen bereits ein Spitzel der GESTAPO saß. Es kam immer wieder zu Massenverhaftungen in den Betrieben, in denen es gelungen war, Betriebsorganisationen aufzubauen. Dutzende Todesurteile und langjährige Kerkerstrafen waren die Folge. Die aus Frankreich Eingeschleusten – fast durchwegs österreichische, jüdische Spanienkämpfer – wurden nicht einmal vor Gericht gestellt.

Bei ihnen wurde der § 1 der XIII. VO zum Reichsbürgergesetz vom 1. Juli 1943 angewendet, in dem es heißt: „Strafbare Handlungen von Juden werden durch die Polizei geahndet." Die jüdischen Spanienkämpfer Ing. Walter Greif, Ludwig Beer, Walter Haider und René Hajek, wurden nach ihrer Einlieferung in ein deutsches KZ dort liquidiert. Gundl Steinmetz, welche in Brüssel bei ihrer Verhaftung von einem GESTAPO-Beamten angeschossen wurde, gab ihre Identität nie preis. Sie wurde als Elsässerin Helene Fischer vom Inquisitenspital Brüssel nach Bonn und nach einer Bombardierung des dortigen Spitals weiter verlegt. Durch diesen Umstand verlor die GESTAPO ihre Spur und ist sie der Liquidierung entgangen.

Zahl der österreichischen Spanienkämpfer

Kommen wir nun zur Zahl der österreichischen Spanienkämpfer. Nach mehr als zehnjährigen Recherchen in Österreich, Deutschland, Spanien, Frankreich und Rußland kann ich mit Sicherheit sagen, daß die Zahl der österreichischen Freiwilligen auf Seiten der Spanischen Republik bei 1.500 lag. Alle anderen Zahlen gehören in das Reich der politischen Propaganda oder Spekulation. Andreu Castells bringt in seinem Buch „Las Brigadas Internacionales de la Guerra de Espana" chronologisch geordnet drei Statistiken, in denen die österreichischen Freiwilligen mit 846, 1045 und 1507 angeführt sind. Zum weiteren Vergleich, bzw. zur Feststellung der genauen Anzahl von österreichischen Freiwilligen in Spanien, dienen die im IML-Moskau, Zahl 545-6-71, „Statistische Angaben über die österreichischen Freiwilligen in Spanien", von der österreichischen Sektion der Kaderabteilung in Albacete zusammengestellten Zahlen. Danach waren

am 22. Dezember 1937 1063 Österreicher numerisch erfaßt. Zu diesen kamen noch 106 inzwischen Gefallene und 41 andere Personen (4 im Auslandsurlaub, 10 repatriiert, 17 Deserteure und 10 gleich bei ihrer Ankunft Zurückgeschickte), so daß bis zu diesem Zeitpunkt 1216 Österreicher nach Spanien gekommen waren. In einer zweiten Liste – unter der gleichen Signatur –, welche nach der Zurückziehung der Freiwilligen im September 1938 angelegt worden war, wurden 1133 Österreicher erfaßt. Zählt man zu diesen die nachweislich 235 Gefallenen hinzu – von 85 Prozent wissen wir Ort, Art und Zeitpunkt ihres Todes – so ergibt das fast genau die Zahl der heute im Spanien-Archiv im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands aufliegenden Dossiers von 1368. Nicht vergessen darf man die Tatsache, daß nicht alle Österreicher, wenn auch der überwiegende Teil, vom Kaderbüro erfaßt waren. Eine Besonderheit des österreichischen Bataillons bestand darin, daß es bereits bei seiner Gründung 30 Prozent Spanier in seinen Reihen hatte und alle Offiziere und der Großteil der Mannschaft ehemalige Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes waren. Nicht unerwähnt sollen die 269, von der Kaderabteilung angefertigten „Characteristicas", wir würden Dienstbeschreibungen sagen, bleiben. Sie wurden für 208 KPÖ-Mitglieder und 61 Nichtmitglieder angelegt. Wie bei allen Dienstbeschreibungen, zu allen Zeiten und in allen Ländern und Organisationen, sind in diese Sympathie und Antipathie eingeflossen. Zur Ehre der österreichischen „Zeugnisverteiler" muß aber gesagt werden, daß sie sich, zum Unterschied anderer Nationen, von denen mir Characteristicas bekannt sind, fair benahmen, nie unter die Gürtellinie gingen. Was mir aber als gemeinsames Merkmal dieser Dienstbeschreibungen auffällt, ist die Sinnlosigkeit einer „Kaderpartei". So mancher, der 1939 die höchste Stufe, „Kader", erreicht hatte, entpuppte sich bis 1945, beim bitteren Weg durch die französischen und deutschen Gefängnisse und Konzentrationslager, menschlich und politisch als kleines Licht – und dies ist noch milde ausgedrückt – während so mancher als „politisch unklar" oder gar „deklassiert" Eingestufte seinen Gefährten und Leidensgenossen durch seine Haltung und sein Benehmen bei der GESTAPO und den SS-Schergen im KZ Kraft zum Überleben gab. Einige Bemerkungen zu den Opfern, die man eigentlich nicht erwartet hatte, den sogenannten Stalinopfern.

Für mich waren sie ein Opfer des Systems, da es solche auch im Jugoslawien Titos gab. Die Zahl wird, was die österreichischen Spanienkämpfer betrifft, die in die Sowjetunion gingen, maßlos überzeichnet. Es sind dies Josef Frank aus Wiener-Neustadt, der als Invalide in die Sowjetunion kam und dort, nach einer Verurteilung als „deutscher Spion" zu 10 Jahren Lager, am 3. Juli 1943 in einem solchen verstarb. Am 16. Jänner 1989 wurde er rehabilitiert, wie auch Emil Jork, der nach einer schweren Augenverletzung ebenfalls in die Sowjetunion kam. Von ihm ist amtsbekannt, daß er am 12. Oktober 1942 im Gulag Bogoslawski war. Sein weiteres Schicksal konnte bis dato nicht geklärt werden.

In Jugoslawien schließlich wurden die beiden österreichischen Spanienkämpfer Josef „Martin" Presterl und Paul Gasser im sogenannten „Dachauer-Prozeß", zusammen mit anderen jugoslawischen Spanienkämpfern in Laibach unter den unsinnigsten Beschuldigungen zum Tode verurteilt und hingerichtet. In den, durch den Prozeß ausgelösten, Pressepolemiken spielten die KPÖ-Medien keine besonders gute Rolle. In verschiedensten deutschen Konzentrationslagern verstarben oder wurden, als Juden und im Zuge der Euthanasie-Aktion „13 f 14" 84 österreichische Spanienkämpfer – Frauen und Männer – exekutiert. An sie erinnern zwei Namenstafeln in den KZs Dachau und Mauthausen.

Als englischer Fallschirmagent starb der Revolutionäre Sozialist Hubert Mayr, während Franz Tesar, die Brüder Hans und Leopold Dittrich, Franz Berger sowie Josef Dycka das gleiche Schicksal im Auftrage der Roten Armee erlitten. Franz Löschl, Laurent Mraz, Karl Trucker und Ernst Fürbas erreichten ihre Einsatzgebiete nicht. Die ersten zwei stürzten mit einer englischen Maschine am 21. April 1941 in der Nähe des Tegernsees ab, während bei Brjansk ein Monument an das gleiche Schicksal von Trucker und Fürbas erinnert. Herbert Lenhart kam bei einem Einsatz in der Slowakei ums Leben. Josef Goldberger und Franz Zivny wurden nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Charkow erschossen. Beide waren in der GESTAPO-Sonderfahndungsliste UdSSR erfaßt. Leopold Engelman wurde als Angehöriger der Kampfgruppe Steiermark, der noch die Spanienkämpfer Fritz Tränkler, Walter Wachs, Hans Griebaum, Karl Sattler, Toni Sandmann und Johann Kriftner angehörten, am 1. April 1945 im RAD-Lager St. Oswald ob Freiland durch Genickschuß getötet. Seine Mörder kamen 1946 vor einem Grazer Gericht mit lächerlich geringen Strafen davon. Otto Schatko war unter den Opfern, welche die GESTAPO-Graz am 3. April 1945 am Feliferhof, erschoß.

Die österreichischen Spanienkämpfer haben ohne Zweifel einen Teil der Forderungen, welche in der Moskauer Deklaration festgeschrieben waren, erfüllt. Nicht am Ulrichsberg fand die Wiedergeburt unserer Heimat statt, sondern vor Madrid und im Widerstand während des Zweiten Weltkrieges. Nicht Löhr, Rendulic und der „hochdekorierte" Major Walter Nowotny haben zur Wiederherstellung unserer Heimat beigetragen, sondern die Kämpfer, die nie Helden sein wollten und derer man sich, wenn überhaupt, nur dann erinnert und bedient, wenn die „Staatsräson" es für das Ausland gebietet. Das Engagement dieser Frauen und Männer in Spanien und später ist jedoch nur vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung der dreißiger Jahre zu verstehen. Die Vernichtung des „Roten Wien", wo durch eine Gemeindeverwaltung trotz der allgemeinen, weltwirtschaftlich so ungünstigen Lage, eine glänzende Probe zur Bewältigung kommunal-, sozial- und kulturpolitischer Probleme abgelegt wurde; das scheinbar unaufhaltsame Vordringen des Faschismus in Europa und die damit verbundene Gefahr des nächsten Weltkrieges; die brutal zerstörte Illusion, daß der Sozialismus – was immer man darunter verstand – mit dem Stimmzettel zu erringen und auch zu verteidigen sei.

Wie sollte man da nicht einem Volk zu Hilfe eilen, das sich gegen die gleichen Kräfte und verhängnisvollen Entwicklungen stellte. Nie werde ich das Plakat vergessen, welches ich am Tage meiner Ankunft in Spanien, in der Festung Figueras, sah. Es zeigte einige tote Kinder auf dem Pflaster von Madrid. Sie waren Opfer eines Bombenangriffs der Legion Condor. Darüber die prophetischen Worte: „Hoy Espana, Manana el Mundo" – „Heute Spanien, morgen die Welt". Aber Guernica war für die damals Verantwortlichen in den westlichen Demokratien kein Thema. Warschau, Rotterdam, Coventry und in der Folge Dresden aber waren nur die Folgen dieser Politik. ■

Hans LANDAUER ist ehemaliger Spanienkämpfer.

Gespreizter Schnickschnack

Ich muß die »Weg und Ziel«-Redaktion enttäuschen. Nach der Lektüre des Schandl-Artikels „Ambivalente Notizen zum historischen Subjekt“ (in »Weg und Ziel« 3/1996) gestehe ich, mich außerstande zu sehen, darauf zu antworten. Wiewohl ich Schandl hier und da schätzen gelernt habe, im vorliegenden Fall ist mein Urteil: Gespreizter Schnickschnack in himmlischer Höhe.

Dazu diese Bemerkungen:

1. Wenn ein Autor vom „Menschen“ im Kollektivsingular (Der Mensch) spricht, ist er weit hinter das Erreichte gefallen. Was zur Idee der „Subjektwerdung“ etc. bislang zu sagen ist, hat die Kritische Psychologie ernsten Angedenkens gesagt. Ich wundere mich, daß Schandl sein Unwissen so schamlos spazieren führt. Eine Kategorie wie die der „gesellschaftlichen Individualitätsform“ hätte ihm manche Leerformelei erspart.

2. Wenn ein Autor dermaßen unbedarft über „revolutionäre Politik“ redet, so kann man ihm nur seinen Mangel an Erfahrung zugute halten. Erfahrung im emphatischen Sinne? Dazu kommt, es ist als hätte der gute Schandl nie die Deutsche Ideologie gelesen, worin die Idee des Antipolitischen skizziert ist. Ein weiteres Mal wundere ich mich, daß Schandl sein Unwissen dermaßen schamlos spazieren führt. Es gäbe gute Gründe, noch einmal zu tun, was wir in Wien 1992/93 schon einmal, im leider zu kleinen Kreis, getan haben: ein Intensivseminar über die Nuancenunterschiede zwischen „Das Politische“, „Die Politik“ und „Der Staat“ zu veranstalten.

3. Was den Zusammenhang zwischen „Klassen“ und „Politiken“ anlangt, so bin ich nicht klüger als zu Zeiten der Veröffentlichung von „Angebetet und Verworfen“ (1992). Aber so klug sind wir damals gewesen, einen solchen Satz, wie ihn Schandl hingeschrieben hat: „Erstmals tritt der Mensch auf den Plan“ nicht aufs Papier zu bringen. (Vgl. Kröll/Wammerl in der Rubrik „Marxismus in Diskussion“ in diesem Heft.)

Über Klassen und Politiken ist zu streiten. Schandls „Mensch“ mag für UNO-Resolutionen taugen, für das Begreifen dessen, was los ist und statt hat, gibt er nichts her.

Alles in allem: Schandls „Ambivalente Notizen“ greifen für meinen Geschmack nicht nur zu hoch im Jargon, sondern vor allem zu kurz in der Sache. So kann ich nur meine Hilf- und Ratlosigkeit bekennen. Eine Debatte für Klasse, Subjekt und Politik in »Weg und Ziel« müßte im Voraus besser unterfüttert sein. Mein Tip vom Rande her: ein vernünftiges Seminar über Subjects und Politics.

Friedhelm Kröll

Brief an die Redaktion

Im Original meines Artikels über die Streikbewegung an den österreichischen Hochschulen, das der Redaktion von »Weg und Ziel« übermittelt worden ist, läßt sich im drittletzten Abschnitt, der unter anderem die Rolle des KSV behandelt, folgender Satz finden: „Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang die gute und auch notwendige Zusammenarbeit mit der KPÖ, die sich als einzige Partei vollinhaltlich hinter die Forderungen der studentischen Protestbewegung stellt.“ In der Nr. 3/1996 von »Weg und Ziel« findet sich dieser Satz unvorhergesehener Weise folgendermaßen wieder: „Von den österreichischen Parteien stellte sich – neben den Grünen – nur die KPÖ vollinhaltlich hinter die Forderungen der studentischen Protestbewegung.“ Zum einen ist durch diesen ziemlich lästigen Umstand der Zusammenhang dieser Aussage zum vorhergehenden Satz, in dem von der Orientierung des KSV die Rede war, verloren gegangen, zum anderen ist der politische Aspekt dieser Änderung nicht zu vernachlässigen: Denn da es geradezu lächerlich ist zu behaupten, daß sich die Grünen „vollinhaltlich hinter die Forderungen der studentischen Protestbewegung“ stellten, drängt sich für mich die Frage auf, wer in der Redaktion von »Weg und Ziel« ein Interesse daran hat, das Renommee der Grünen im studentischen Bereich zu stärken, und dies überdies zu Lasten der KPÖ. Außerdem ist es mir unverständlich, aus welchem Grunde und mit welcher Motivation die überaus bedeutsame Erwähnung einer guten Zusammenarbeit zwischen KSV und KPÖ eliminiert worden ist. Eine Richtigstellung würde ich deshalb als naheliegend ansehen.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Mugrauer

Die Relativierung des Alleinvertretungsanspruches der KPÖ auf Vertretung der studentischen Interessen erfolgte durch Julius Mende, dem Verantwortlichen für »Weg und Ziel« in der Parteiführung. Gemeinsam haben wir gefunden, daß der gute Artikel von Manfred Mugrauer durch einige Anbiederungspassagen, die an die Haltung früherer KSV-Funktionäre erinnert, geschwächt wurde. Wir bitten den geschätzten Autor den grob manipulativen Eingriff zu verzeihen und mit seinen KSV-KollegInnen zu sprechen, ob sie die kleine Relativierung zur Wahrheit hin auch so schrecklich fänden.

Die Redaktion

In eigener Sache

Wir bitten Sie/Euch das falsche Lay-out auf den letzten vier Seiten der vorigen Ausgabe zu entschuldigen!

Früher war's ja einfach, da wurde das »Weg und Ziel« zur Gänze an einem Ort produziert. Nunmehr sind aus Kostengründen an der Herstellung 7 Personen bzw. Firmen (und noch mehr Arbeitsschritte) an 7 verschiedenen Orten beteiligt. Unter Termindruck wurde dieser Fehler übersehen.

Sex & Kapital als Reich der niederen Dämonen

Bemerkungen zum Schwerpunkt von »Weg und Ziel« 2/1996

1. Die gleichzeitige Entmythisierung und Remythisierung der Sexualität ist ein Exempel für die Doppelnatur der bürgerlichen Gesellschaft, die gleichzeitig progressive und retardierende Tendenzen entfaltet. Die Remythisierung der Sexualität, das retardierende Moment also, wird von rechts wie von links betrieben.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung in »Weg und Ziel« 2/1996.

Sosehr in den einzelnen Beiträgen auch um einen rationalen Umgang mit diesen Komplex gerungen wird, so laufen die Argumentationen letztlich doch auf eine Remythisierung hinaus.

Der gemeinsame Nenner aller dieser Beiträge ist implizit oder explizit die Zurückweisung einer Sexualität als „Spaß ohne Ecken und Kanten", der vollendeten Entmythisierung der Sexualität also. Warum darf „Spaß ohne Ecken und Kanten" nicht wenigstens als Desideratum formuliert werden? Weil offenbar die Sexualität direkt oder indirekt in die politische Pflicht genommen wird.

Dies kann bloß zu neuen Mythisierungen führen; wenn Sexualität revolutionären Treibstoff liefern soll, dann kann sie keine entspannte freudige Selbstverständlichkeit sein, sondern muß in ein außergewöhnliches Spannungsverhältnis getaucht werden. Die wiederum führt zur unweigerlich zu einer Mythisierung; das heißt zu einer nichtmaterialistischen Betrachtungsweise

2. Sexualität wurde in fast allen linken Strömungen vorwiegend unter dem Gesichtspunkt abgehandelt, die Prinzipien der bürgerlichen Tugendhaftigkeit gegen die reale Liederlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft auszuspielen. So nimmt es nicht Wunder, daß die Monogamie eine ganz unmaterialistische höhere Weihe erhält.

Realistisch gesehen ist die Monogamie ein Produkt des ökonomischen Zwangs. Während des größten Teils der menschlichen Geschichte war die Familie der entscheidende ökonomische Verband; typisch dafür ist etwa die bäuerliche Lebens- und Wirtschaftsform.

Das blanke Überleben der Menschen hing also von stabilen und funktionierenden Familienverhältnissen ab. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die Monogamie verherrlicht und die Promiskuität verteufelt wurde.

Sobald jedoch Menschen in der Lage waren, sich diesem Zwang zur Familienwirtschaft zu entziehen, wurden sie in der einen oder anderen Form polygam oder genauer mehr oder weniger promisk. Dies galt für den oberen wie für den unteren Pol der gesellschaftlichen Stufenleiter, für Aristokraten wie für Gesetzlose.

Demokratisierung der Gesellschaft bedeutet also auch, daß zunehmend alle Menschen die Chance erhalten, promisk zu leben. Diese Entwicklung verläuft freilich wie die Echternacher Springprozession: Jeder Bewegung nach vorn folgt wieder ein Rückschritt, wenn auch in der Gesamtsumme eine fortschreitende Bewegung sichtbar wird.

3. Das „Glas Wasser" als Chiffre für rein hedonistische sexuelle Kontakte war eine polemische, den russischen Verhältnissen der damaligen Zeit entstammende Formulierung, die allerdings eine konsequent materialistische Fassung des Problems darstellte. Unpolemisch ausgedrückt und an westliche Sprachgebräuche angepaßt handelt es sich um nichts anderes als um die inkriminierte Option für „Spaß ohne Ecken und Kanten".

4. Die strikte Sexualmoral, die von Marx über Lenin bis zur Gegenwart zumindest in der Theorie die Position der meisten Linken prägte, verrät auch einiges über den Marxismus selbst.

Der Marxismus ist allenfalls eine Anatomie der kapitalistischen Wirtschaftsform, aber keine theoretische Vorwegnahme einer nachbürgerlichen Gesellschaft.

Mehr noch; gerade in den Bereichen des „Überbaus" konserviert der Marxismus eher frühbürgerliche, längst von der realen kapitalistischen Entwicklung überholte Elemente. Diese „kulturelle Rückständigkeit" war wohl auch ein wesentlicher Faktor für den Zusammenbruch nicht bloß der Sowjetunion, sondern aller marxistischen Bewegungen; sie findet sich nicht erst im sowjetischen Kommunismus, sondern keimhaft bei Marx und Engels selbst.

Konkret auf die Fragen der Sexualität bezogen ist etwa die Position Lenins nichts weiter als eine Adaptierung der „Tugend" der französischen Jakobiner, eine Art Konservierung der Positionen Robespierres und Saint Justs.

Die „Ungleichzeitigkeit" sozialistischer Bewegungen erstreckt sich aber noch viel weiter. Immer wieder wurde und wird versucht, den Kapitalismus durch das Anknüpfen an vorbürgerliche Denkformen, Produktionsweisen und Kulturen aufzusprengen; ein Versuch, der wesentlich zum praktischen Scheitern und zur theoretischen Verlotterung dieser Bewegungen beigetragen hat.

5. Das theoretische Konzept Volkmar Siguschs wurde wohl mit vollem Recht als theoretischer Richtpunkt gewählt. Dieses Konzept zeigt nicht nur die linke Remythisierung der Sexualität; es markiert den Punkt, an dem das Denken der Linken vom Materialismus in Mystizismus umschlägt.

Siguschs Arbeiten selbst mögen wenig bekannt sein; sie drücken aber eine weitverbreitete Grundströmung präzis und mit theoretischen Anspruch aus.

Die Gesamtheit des Lebens in der bürgerlichen Gesellschaft wird aus dem Warenfetisch als System der Verblendung, als Totalität des Falschen konstruiert.

Damit werden der bürgerlichen Gesellschaft und dem Kapital ihre vorwärtstreibende Potenz abgesprochen; ihr Doppelcharakter, sowohl progressive als auch retardierende Elemente zu entwickeln, wird verneint.

Der Kapitalismus erscheint dann als ein statisches und geschlossenes, entwicklungsunfähiges und geschichtsloses Reich des Bösen. Die dialektische Entwicklung wird verworfen; Widersprüche erscheinen nicht mehr als Elemente eines Prozesses, sondern als bloße Antinomien.

Wenn aber der Kapitalismus zu einer Totalität des Verwerflichen gerinnt, wenn in ihm keine progressive Dialektik wirkt, dann kann es auch keine Umwälzung geben, die aus der inneren Bewegung der bürgerlichen Gesellschaft selbst hervorgeht. Dann bleibt nur die hohle und bereits reichlich irrationale Hoffnung auf die „Peripherie" oder das Warten auf ein Wunder.

Auf der Ebene des Bewußtseins entspricht dem die Behauptung, der Kapitalismus habe einen radikaleren Verblendungszusammenhang geschaffen als alle früheren Gesellschaften. Bei näherer Betrachtung etwa der Religionsgeschichte

wird diese Behauptung recht fadenscheinig; der springende Punkt ist aber, daß nach dieser Konzeption strenggenommen jede Rationalität unmöglich und jedes Denken verkehrt und falsch ist. Ausgenommen davon wäre nur eine kleine intellektuelle Elite, die sich durch eifrige Marx- und Freudlektüre im Geiste frei von der kapitalistischen Totalität gemacht hätte. Diese Elite wäre eine Art moderne Wiedergeburt der spätantiken Gnostiker, die sich durch die mühsame Aneignung verborgener Weisheitslehren von der satanischen Welt distanziert glaubten.

Folgerichtig wird jede Vorstellung abgewehrt, in der bürgerlichen Gesellschaft könnten Fortschritte zum vernünftigen Denken gemacht werden oder das Wirken des Kapitals könnte zumindest potentiell die Menschen zur Rationalität zwingen.

Eine solche Konzeption mag sich auf Marx berufen; allerdings zu Unrecht. Im „Kommunistischen Manifest" umreißen Marx und Engels die Entwicklung des Massenbewußtsein im Kapitalismus so:

„Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen".

6. Ein Grundfehler der linken Theoriebildung wird am Beispiel der Sexualitätsdebatten besonders deutlich. Es ist die Vermanschung verschiedener Erkenntnis- und Praxisebenen, das Hereinzerren begrifflicher Instrumentarien in Bereiche, auf die sie nicht zugeschnitten sind.

So sind die Marxschen Begriffe auf ganz bestimmte Felder der gesellschaftlichen Tätigkeit bezogen. Jeder Versuch, sie außerhalb dieser Felder anzuwenden, erzeugt Deformationen und führt zu Mystifizierungen, wie die oben angeführte Ausdehnung des Warenfetisch auf die Gesamtheit der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Forderung, die Trennung von „privaten und politischen Fragen" aufzuheben ist beinahe ein Stehsatz linker Sexualitätsdebatten. Dies ist die praktische Seite des theoretischen Synkretismus, in dem der Marxismus für alle möglichen Aufgaben herangezogen wurde.

Auf dem Scherbenhaufen von zweihundert Jahren Revolutionsgeschichte sollte allerdings auch die Überlegung platzgreifen ob nicht derartige Crossovers zum Bankrott des Sozialismus wesentlich beigetragen haben. Für die Zukunft könnte es wohl recht nützlich sein, die Differenz der Ebenen und der Praxisarten zu beachten und sie nicht in einer schlechten Totalität zusammenzuzwingen; die Differenz von Politik und Gesellschaft, von „privat" und „öffentlich" zu akzeptieren und „auszuhalten".

Andreas Rasp

Verwirrung geht weiter

Es ist noch gar nicht so lange her, daß auf den Wiener Plakatwänden ein eigenartiges Plakat zu sehen war. Ich hätte es, wäre auf dem Impressum nicht SPÖ gestanden, für ein EU-Plakat der ÖVP bzw. der FPÖ gehalten. Vor dem Hintergrund von EU-Sternchen, von denen einige geradzu wie Flugzeuge aussahen, die durch die Lüfte rasen, stehen in Balkenlettern die Worte: „In Europa zählt Stärke." Was im Klartext nichts anderes heißen kann als militärische Stärke, also mehr Waffen, mehr Aufrüstung etc. Die Europäer müßten sich der Gefahren erwehren, in denen sie schweben, wobei natürlich neue Feindbilder geschaffen werden müssen.

Erich Reiter, der FPÖ-Sektionschef im Ministerium für Landesverteidigung, hat sie auch schon bereit. Er hat schon vor drei Jahren in einem Artikel in der »Österreichischen Militärischen Zeitschrift« (Heft 2/1993) darauf verwiesen, vor welchen Mächten Europa auf der Hut sein müsse. Zu diesen zählt er Rußland und die Völker der sogenannten Dritten Welt. Als ob Rußland keine anderen Sorgen hätte, als Europa zu überfallen, und die Völker der Dritten Welt, die bisher nur Opfer europäischer Aggressionen gewesen waren, sich jetzt plötzlich selbst in Aggressoren verwandelt hätten.

Es liegt nun auf der Hand, daß dort, wo Stärke gebraucht wird, die stärkste Macht das Sagen hat. Auf dieser Grundlage hat die deutsche Bundesregierung auch schon vor einiger Zeit den Führungsanspruch für „Kerneuropa" für sich reklamiert. Was Österreich anbelangt, so wird es diesen Anspruch ganz gewiß befürworten, da ja der deutsche Einfluß in Österreich eindeutig im Wachsen ist. Da Österreich in so vielen Bereichen nur das nachvollzieht, was die deutsche Bundesregierung bereits getan hat, wird sie ihr auch in der Frage der sogenannten Sicherheitspolitik die Gefolgschaft nicht aufkündigen. Es ist deshalb verständlich, daß Innenminister Kaspar Einem bei allen EU-Fans geradezu einen Schock auslöste, als er die Frage, wer Österreich bedrohe, mit einem lautstarken „Niemand" beantwortet. Die Antwort der FPÖ auf diese Äußerung bestand darin, daß sie seinen Rücktritt verlangte.

Nun ist die Situation bei uns so, daß in den Fragen Sicherheit, Neutralität, dem Weitergehen von der EU zur WEU und dann auch zur NATO eine unglaubliche Verwirrung herrscht. Da kann es passieren, daß ein hochrangiger Politiker am Montag für die Weiterführung der WEU zur NATO eintritt, während am Dienstag sich ein anderer hunderprozentig gegen die NATO auspricht. Am Mittwoch kann einer sich an die Brust schlagend beteuernd sagen, daß die Neutralität Österreichs ein so kostbares Gut ist, daß man mit ihr nicht spielen darf, während am Donnerstag wieder ein anderer erklärt, daß die Neutralität überholt sei, daß sie zwar einmal gute Dienste geleistet hätte, aber jetzt der Sicherheit Österreichs im Wege stehe. Dann kommt noch die Äußerung dazu, man dürfe sich schließlich in dieser Frage nicht isolieren und man soll auch nicht gleich der NATO beitreten, sondern erst dann, wenn der „richtige" Zeitpunkt gekommen ist und diese echte Sicherheit verbürgt, was sie heute noch nicht tut.

Ich habe zwei Enkel und möchte nicht, daß sie, wenn die eingeschlagene Orientierung auf einen Beitritt zur NATO bzw. zu irgendwelchen Militärallianzen weitergeht, ihre Haut eines Tages für Ziele zu Markte tragen sollen, die mit den Interessen Österreichs nichts zu tun haben. Es wird Beistandsverpflichtungen geben, die nicht umgangen werden können.

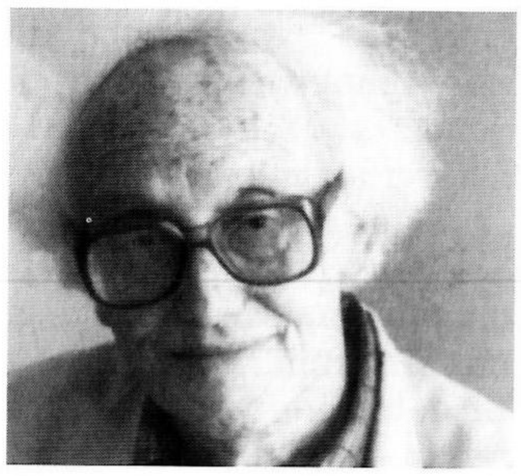
Das oben kritisierte Plakat der SPÖ kann zu der bereits bestehenden Verwirrung nur beitragen. Das Interesse der europäischen Völker und damit auch des österreichischen, kann nämlich niemals in der *Politik der Stärke* liegen, sondern nur in einem zähen Ringen um *Abrüstung* und *friedliche Lösung* aller anstehenden Konflikte.

Otto Kreilisheim

Georg Scheuer (1915-1996)

Georg Scheuer war bis 1934 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, nach dem Bruch mit dem Stalinismus Linksoppositioneller; er wandte sich jedoch auch bald von Leo Trotzki und der IV. Internationale ab. Im neuerstandenen Österreich war der ehemalige Widerstandskämpfer jahrelang Pariser Korrespondent der »Arbeiterzeitung«. Regelmäßig veröffentlichte er Anfang der achtziger Jahre auch im »Extrablatt«. Er publizierte diverse Bücher (z. B. „Genosse Mussolini") und autobigraphische Schriften.

Es war im Mai 1980, als ich ihn das erste Mal in Paris besuchte. Die größte Differenz zwischen uns bestand damals in der Frage der Charakterisierung der Sowjetunion. Ich vertrat – wie die meisten Trotzkisten das auch noch heute tun – die These vom deformierten Arbeiterstaat, die gemäß der Trotzkischen Theorie davon ausging, daß die Sowjetunion ihrem Wesen nach sozialistisch oder zumindest protosozialistisch gewesen ist, es nur einer politischen Revolution bedürfe, um zur Arbeiterdemokratie voranzuschreiten. Für Georg Scheuer hingegen war die Sowjetunion nie über den Staatskapitalismus hinausgekommen. Trotz dieser und anderer Meinungsverschiedenheiten war er den kleinen Gruppierungen der Radikalen Linken in Österreich meist in interessierter Freundschaft verbunden. Er unterstützte jene gelegentlich publizistisch, schenkte ihnen wichtige Schriftstücke, schritt aber auch oftmals ein, wenn die historische Legendenbildung ein Bild zeichnete, das so gar nicht seinem scharfen Erinnerungsvermögen entsprach. So machte er nie einen Hehl



Georg Scheuer (1915-1996)

daraus, daß der Niedergang der gesamten antistalinistischen Linksopposition eng mit dem Sektierertum Trotzkis und seiner Epigonen verknüpft gewesen ist.

Das letzte Mal war er mir aufgefallen, als er vor einigen Wochen der trotzkistischen »Die Linke« (Nr. 14, 30.8.96) in einem ausführlichen Leserbrief mitteilte, welch abenteuerlichen Kurs doch Leo Trotzki im Spanischen Bürgerkrieg gegenüber der POUM und den Anarchisten eingeschlagen hatte. In „Zwischen Spaniens Revolution und Stalins Dolchstoß" heißt es unter anderem: „Trotzki lebte bis zu den Moskauer Prozessen in einer Art Traumwelt, aus der er durch die blutrünstige Niedertracht Stalins gerissen wurde. Bis 1936 fühlte er sich als Chef einer ‚Weltpartei der sozialistischen Revolution'. Hitler, Stalin und die kapitalistischen Westmächte sollten von dieser ‚Partei' Trotzkis gestürzt und hinweggefegt werden. (...) Trotzki wiegte sich aber in Illusionen. Er lebte in vergangenen Zeiten und verkannte die wirkliche Lage der dreißiger Jahre. Mit hervorragender Rhetorik und schriftstellerischer Begabung spielte er den Führer einer imaginären Weltrevolution."

Ich wollte ihm daraufhin wieder einmal schreiben, und ihm wie früher einige mir wichtige Beiträge schicken. Dazu ist es nun leider nicht mehr gekommen. Am 15. September 1995 ist Genosse Scheuer im 81. Lebensjahr in Wien verstorben. **Franz Schandl**

Heinz Jung (1935-1996)

Bekannt war mir Heinz Jung seit Anfang der siebziger Jahre – als marxistischer Wissenschaftler und Publizist, als, neben Jupp Schleifstein, bedeutendster Kopf des Instituts für Maxistische Studien in Deutschland, ab 1981 dessen Leiter.

Heinz Jung versuchte als einer der ersten die ganze Tragweite des Untergangs des realen Sozialismus in Osteuropa aus Marxistischer Sicht zu erfassen; sein „Abschied von der Realität", eine Art politisches Tagebuch über die Zeit zwischen dem Sommer 1989 und dem Herbst 1990, noch 1990 erschienen, wiederspiegelt den schmerzhaften Prozeß, in dem sich sein Abschied auch von – „Neuerern" wie „Konservativen" durchaus gemeinsamen – Hoffnungen auf und Illusionen über einen im Zeichen von Perestroika und Glasnost à la Gorbatschow erneuerten Sozialismus vollzog.

Heinz Jung (1935-1996)

Daß Heinz Jung trotz seiner in diesem Buch formulierten Einsichten, seiner schonungslosen Kritik am „Gorbatschowismus", Ende 1990 der PDS beitrat, mag vielen als Inkonsequenz erscheinen.

Vor allem war Heinz ein Wissenschaftler, der eingreifen, verändern wollte; die „Einheit von Wahrheits- und Veränderungsanspruch" kennzeichnete nicht nur das Leben Josef Schleifsteins, wie Heinz Jung über sein großes Vorbild schrieb, sondern auch sein eigenes. Und da mochte ihm eine immerhin nach Hunderttausenden Mitgliedern und Anhängern zählende PDS, an der sich zudem das Gros seiner jahrzehntelangen wissenschaftlichen Gesprächspartner aus der früheren DDR orientierte, als fruchtbareres Wirkungsfeld erscheinen als die damals noch weitgehend mit sich selbst beschäftigte Rest-DKP.

Heinz versuchte nie, seine organisationspolitische Option für andere zum Maßstab zu machen. Mit unverhohlener Freude registierte er Erfolge der DKP auf dem Weg zur Konsolidierung (und trug das seine dazu bei, indem er sich zum Beispiel der Karl-Liebknecht-Schule als Referent zur Verfügung stellte. In den letzten Jahren absorbierte der Kampf um das Gelingen und die Verbreitung der Zeitschrift »Z« einen Großteil seiner Arbeitskraft.

Für *eine* „Option" mancher früherer Weggefährten freilich hatte er nur Spott und Verachtung übrig: für den Rückzug ins „Private" und die Unterwerfung unter den Zeitgeist. Kapitulation war nicht seine Sache.

Klug und beharrlich bemühte er, der ja nicht nur ein hervorragender Wissenschaftler, sondern auch ein glänzender Wissenschaftsorganisator war, sich immer wieder, die gebeutelte und zersplitterte marxistische Linke zu einem fruchtbaren Dialog zusammenzuführen.

Ausschnitte aus einem Nachruf von Hermann Kopp aus »Unsere Zeit«.

BAHAMAS

Nr. 20 – Sommer 1996

Schwerpunkt:

Elemente des Antisemitismus

* Deutschen Fernfuchtlern mißfällt Dayton *
* Linksradikale für kulturelle Erweckung*
* „Frieden" im Nahen Osten *
* Antiimperialismus und Antizionismus *
* Goldhagendebatte *
* Deutsche Antworten auf die soziale Frage *
* Kommunitarismus *
* 200 Jahre deutsche Intelligenz u.a.m.

Abonnement DM 18 für drei Ausgaben; Einzelpreis DM 6
(nur Vorauskasse / Briefmarken)

**Bahamas, Fon/Fax: Berlin 030 / 623 69 44, Postfach 620 628;
10796 Berlin; Konto: E. Müller, Nr. 12005270,
Berliner Volksbank; BLZ 100 900 00**

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

31

Globalisierung – Arbeit und Ökologie

Wohlstand durch globale Kostenabwälzung, Weltkapitalismus, Arbeitslosigkeit, Wohlfahrtsstaat; 'Maastricht'-Monetarismus, Austeritätspolitik - Ende der Tarifpolitik? Ökonomisierung der Umweltpolitik: Nachhaltigkeit, Effizienzrevolution, Ökosteuer; soziale Verteilungspolitik statt Sparpopulismus

M. Massarrat, E. Altvater, B. Mahnkopf, K. Dräger, H. Baumann, E.-L. Laux, M. Schnepf, M.R. Krätke, T. Heim, W. Brüggen, R. Steppacher, H. Gabathuler, R.H. Strahm, P. Bosshard

Diskussion

M. Madörin: Arbeit und Einkommen - feministische Bilanz
A. Rieger: Arbeitszeitpolitik und Gewerkschaften
H. Ruh: Neue Zeitökonomie
C. Knöpfel: Zweiter Arbeitsmarkt / Soziale Ökonomie
H. Lindenmeyer: Arbeitslose orientieren sich neu

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

16. Jg./Heft 31 - Juli 1996 Fr. 18.–

isw *sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.*

isw-report
(erscheint vierteljährlich, z. T. mit beigeheftetem wirtschaftsinfo)
DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)
Kerneuropa - Keim zur Weltmacht (Nr. 23, April 1995)
5 Jahre neue Bundesländer (Nr. 25, Oktober 1995)
Cash - Crash - Casino-Kapitalismus (Nr. 26, Januar 1996)
Neue Arbeitswelten (Nr. 27, April 1996)
Grenzen des Sozialstaats oder: Grenzen des Systems?
Referate des 5. isw-forums (Nr. 28, Juli 1996)

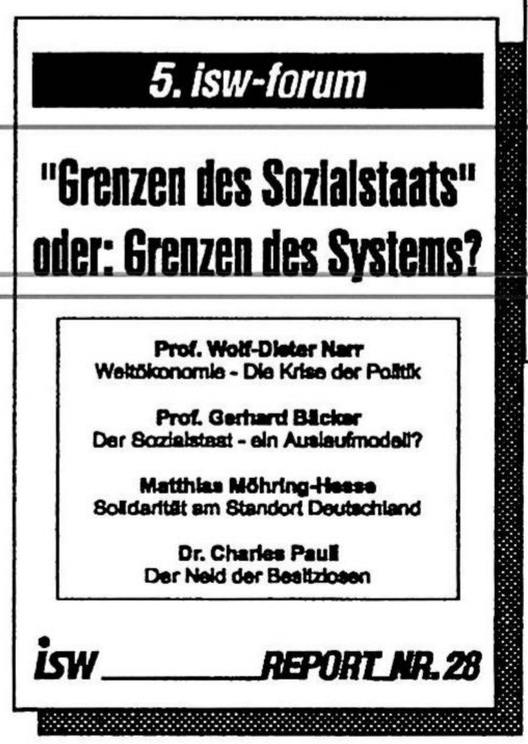
isw-spezial
Strategische Waffenbrüderschaft Deutschland-Türkei
(Nr. 8, April 1995), DM 5,- + Versand

isw-wirtschaftsinfo extra
Lohn, Preis, Profit '95, Argumente & Fakten zur Tarifrunde
(Nr. 20, Januar 1995) DM 4,- + Versand
Ausbildung & Übernahme (Nr. 23, Sept. 1995) 4,- + Versand
Von Krise zu Krise - Standortkrieg oder Beschäftigungspolitik
(Nr. 25, April 1996), DM 5,- + Versand

wirtschafts- und grafikdienst
Multimedia (Nr. 1, Okt. 95), DM 7,- + Versand
Reichtum u. Kapitalmacht in Deutschland
(Nr. 2, Nov. 95), DM 8,- + Versand
Der Steuer-Skandal (Nr. 3, Juni 1996), DM 10,- + Versand

analysen
fakten & argumente

Neu bei isw!



**Prospekte anfordern,
Bestellungen,
abonnieren, fördern**
bei isw sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3,
80639 München,
Fax 089-168 94 15

»Weg und Ziel« – Abo

Hiermit bestelle ich

- ❍ ein Jahresabonnement von »Weg und Ziel« 5 Hefte 200,- öS (Ausland 35 DEM).
- ❍ ein »Weg und Ziel«–Probeheft.

Name und Anschrift:

Unterschrift

»Weg und Ziel« Trattnerhof 2/14, 1010 Wien, Tel.: 0222/ 533 60 23

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien